



TECHNISCHE UNIVERSITÄT
BRAUNSCHWEIG



Forschungsberichte aus dem
Institut für Sozialwissenschaften (ISW)

Nr. 94

Ulrich Menzel

**Entwicklungstheorie
Geschichte und Hauptkontroversen**

Januar 2010
ISSN-Nr. 1614-7898

Institut für Sozialwissenschaften
Bienroder Weg 97
38106 Braunschweig
www.tu-braunschweig.de/isw

Nr. 94

Ulrich Menzel

**Entwicklungstheorie
Geschichte und Hauptkontroversen**

Januar 2010

ISSN-Nr. 1614-7898

Inhalt

1	Was ist Entwicklungstheorie?	4
1.1	Was ist Entwicklung?	4
1.2	Funktionen sozialwissenschaftlicher Theorie	9
1.3	Analytische versus normative Theorie	12
1.4	Die entwicklungstheoretischen Begriffe	18
1.5	Entwicklungstheorie als Sonderfall der Mutterdisziplinen?	25
1.6	Entwicklungstheorie als Produkt von Entwicklung	28
2	Die Paradigmen der entwicklungstheoretischen Ideengeschichte	38
2.1	Die lange Vorgeschichte: Die Klassiker vom Merkantilismus bis in die 1930er Jahre	38
2.2	Die Etablierung der Disziplin durch die Pioniere: Entwicklungsökonomie und Modernisierungstheorie	82
2.3	Die kritischen Gegenpositionen: Strukturalismus, Dependenz- und Weltsystemtheorie	105
2.4	Die große Debatte der 1970er/1980er Jahre	121
2.5	Entwicklungstheorie in der Krise	161
2.6	Der Paradigmenwechsel und die Umkehrung der Entwicklungsproblematik	170
3	Die Vierzehn entwicklungstheoretischen Hauptkontroversen	173
3.1	Große Theorie vs. kleine Theorien	174
3.2	Universalismus vs. Kulturrelativismus	175
3.3	Binnenorientierung vs. Außenorientierung	176
3.4	Nullsummendenken vs. Nichtnullsummendenken	177
3.5	System vs. Akteur	178
3.6	Basis vs. Überbau	179
3.7	Markt vs. Staat	180
3.8	Stadien vs. Kontinuum	181
3.9	Werte vs. Produktive Kräfte	182
3.10	Rente vs. Profit	183
3.11	Macht vs. Wohlstand	184
3.12	Wachstum vs. Umverteilung	185
3.13	Industrialisierung vs. Demokratisierung	186

3.14	Wachstum vs. Nachhaltigkeit	187
------	-----------------------------	-----

Anhang:	Chronik der Entwicklungstheorie 1939 – 2009	189
	Theoretische Beiträge, Institutionen und weltpolitische Ereignisse	

1 Was ist Entwicklungstheorie?

1.1 Was ist Entwicklung?

Der Begriff „Entwicklung“ ist zwar in aller Munde, was aber unter dem Begriff zu verstehen ist, darüber gibt es keinen Konsens, weder unter Experten, noch unter Entwicklungspolitikern und schon gar nicht in der interessierten Öffentlichkeit¹. Auf jeden Fall handelt es sich um einen Querschnittsbegriff. Zwar wird im landläufigen Verständnis darunter zuerst wirtschaftliche Entwicklung im Sinne von Wachstum, Industrialisierung und Wohlstandssteigerung verstanden, doch geht es gleichermaßen um politische und soziale Entwicklung. Diese betrifft aber nicht nur die Wirtschaft, den Staat und die Gesellschaft, also die Systemebene, sondern auch deren Akteure, also die Entwicklung der Fähigkeiten und Fertigkeiten jedes einzelnen Menschen. Bereits aus dem Spannungsfeld dieser unterschiedlichen Perspektiven (System oder Akteur) entzündeten sich viele Kontroversen.

Etymologisch wird seit dem 18. Jahrhundert die ältere Bedeutung des Begriffs im Sinne von „auseinanderentwickeln“, „herauswickeln“ durch die neuere Bedeutung „entfalten“, „herausbilden“ ersetzt. Das Konkrete, ein zusammengefaltetes Stück Papier zu entfalten, wird ersetzt durch das Übertragene, nämlich Gedanken, Talente, Fähigkeiten zu entwickeln. Der Vorgang verweist auf die Nähe zur frühkindlichen Entwicklung („Das Kind entwickelt sich gut“) und zur Evolutionstheorie des frühen 19. Jahrhunderts. Erst seit etwa 1950 wird der Begriff im heutigen Sinne zur Charakterisierung von „Entwicklungsländern“ im Unterschied zu „Industrieländern“ verwendet, deren Entwicklung durch „Entwicklungshilfe“ zu unterstützen ist. Dabei ist wieder nicht nur die Systemebene im Sinne von Wirtschaftswachstum oder Staatenbildung, sondern immer auch die Akteursebene und damit Entwicklung im Sinne der alten übertragenen Bedeutung von Alphabetisierung, Bildung und Ausbildung gemeint.

Hinzu kommt, dass das Verständnis des Begriffs „Entwicklung“ im Laufe der Jahrhunderte und besonders in den letzten 50 – 60 Jahren einem Wandel unterworfen war, der wiederum abhing von dem jeweils herrschenden Paradigma, in dessen Sinne Entwicklungspolitik betrieben wurde. Die nachfolgende Übersicht benennt nur die wichtigsten Bedeutungen seit der Herausbildung des Merkantilismus im 16. Jahrhundert, dem ersten Konzept, das mit dem Problem des Entwicklungsgefälles zwischen Vorreitern und Nachzüglern „entwicklungsstrategisch“ umgehen wollte.

¹ Auf bibliographische Angaben wird verzichtet. Alle bibliographischen Angaben der im Text genannten Titel finden sich in Ulrich Menzel, *Geschichte der Entwicklungstheorie. Einführung und systematische Bibliographie*. Hamburg 1995. = Schriften des Deutschen Übersee-Instituts Nr. 31.

Tab.1: Der Wandel des Verständnisses von Entwicklung im Lichte der entwicklungstheoretischen Paradigmen

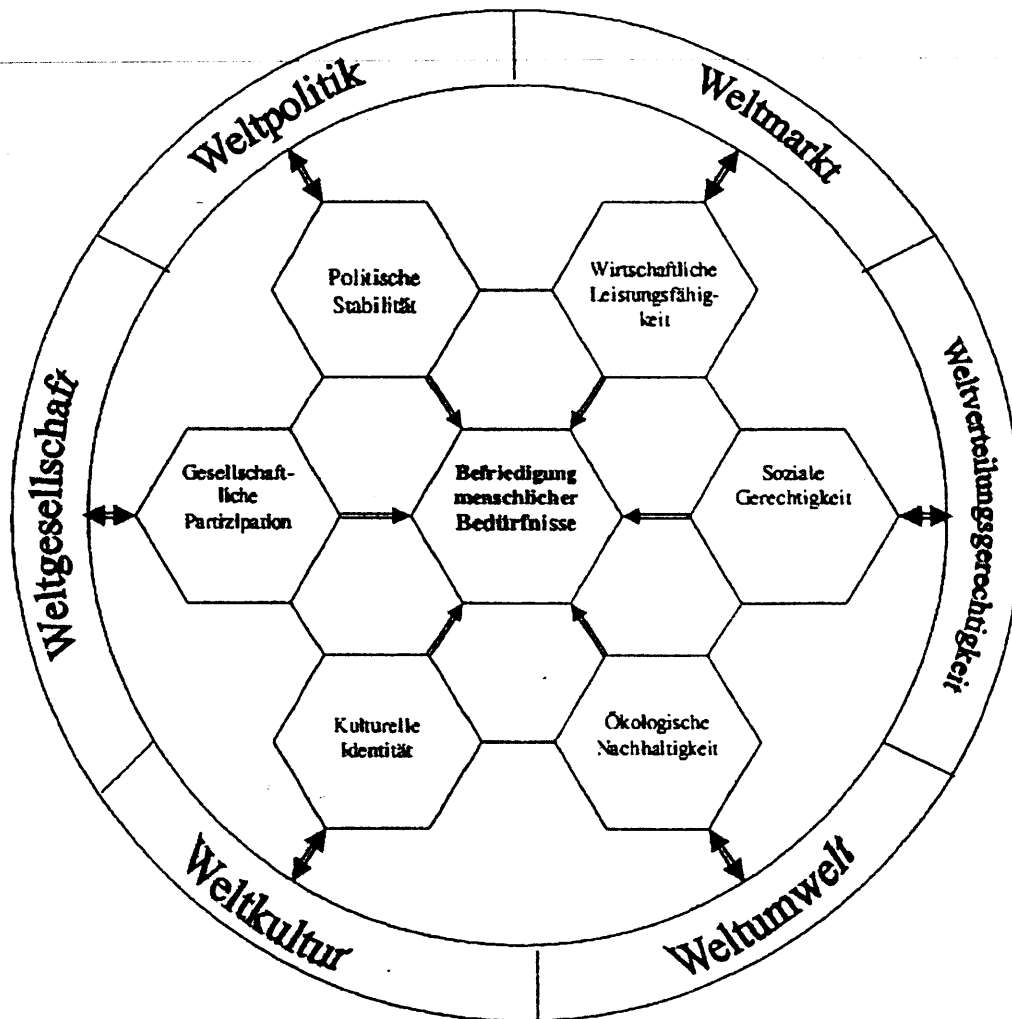
	Paradigma	Verständnis von Entwicklung
16. - 18. Jhd.	Merkantilismus	Staatenbildung Machtentfaltung Steigerung des Edelmetallvorrats durch Bergbau und Überschüsse im Außenhandel
18. Jhd. (2.Hälfte)	Physiokratie	Rentenmaximierung Evolution von Gesellschaft Agrarentwicklung
19. Jhd.	Klassik	Wohlstand der Nationen Steigerung der Arbeitsproduktivität
	Neomerkantilismus	Nachholende Industrialisierung Steigerung der Produktiven Kräfte
	Neoklassik	Wirtschaftswachstum
	Klassische Soziologie	Rationalisierung Arbeitsteilung Soziale Differenzierung
1920er	Marxismus	Ursprüngliche sozialistische Akkumulation Aufbau des Sozialismus
1940er	Keynesianische Entwicklungsökonomie	Wirtschaftswachstum Importsubstitutionsindustrialisierung
1950er	Modernisierungstheorie	Wachstum Staatenbildung Sozialer Wandel Mentaler Wandel
1960er	Dependenztheorie	Autozentrierte Kapitalakkumulation Massenkonsumgüterindustrialisierung
1970er	Alternative menschliche Entwicklung	Stärkung menschlicher Kapazitäten Grundbedürfnisbefriedigung Nachhaltigkeit
1980er	Neoliberalismus	Wirtschaftswachstum durch Strukturanpassung und Exportorientierung
1990er- 2000er	Post-development	Rückkehr zur Subsistenzorientierung traditioneller Gemeinschaften
	Institutionenökonomik	Institutionenbildung Gute Regierungsführung

Der tiefere Sinn der hier aufgelisteten Begriffe erschließt sich im weiteren Verlauf des Textes. Die Übersicht macht aber bereits deutlich, dass ein allgemein und durchgängig akzeptiertes Verständnis von Entwicklung nicht zu finden ist, da sich das Verständnis im Laufe der Zeit geändert hat, alte Verständnisse trotz des Wandels weiterleben und konkurrierende Verständnisse nebeneinander existieren können, die sich sogar gegenseitig ausschließen. Hier wird eine Klärung des Begriffs Entwicklung angeboten, die zugleich als Maßstab für alle weiteren Ausführungen gilt. Demnach sollte die **Befriedigung menschlicher Bedürfnisse** im Zentrum des Begriffs stehen, wobei Bedürfnisse nicht nur materiell, sondern in einem umfassenden Sinne gemeint sind. Dabei ist zu berücksichtigen, dass auch das Verständnis des Begriffs „Bedürfnisse“ relativ ist und von den jeweiligen Gegebenheiten und Möglichkeiten abhängt. Auch Bedürfnisse können sich entwickeln, werden womöglich durch eigene Entwicklung oder die Entwicklung anderer erst geweckt. Insofern ist Entwicklung auch ein Prozess, der mit der Entwicklung von Bedürfnissen einhergeht und niemals ein Endstadium erreichen kann. Im Zentrum des Entwicklungsbegriffs steht also der Akteur.

Da jedes Individuum aber in einem gesellschaftlichen und naturräumlichen Kontext steht, bedarf es förderlicher Rahmenbedingungen auf der Systemebene. Diese wird durch das **Hexagon der Entwicklung**² aus politischer Stabilität, wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, sozialer Gerechtigkeit, gesellschaftlicher Partizipation und ökologischer Nachhaltigkeit gebildet.

² Das Hexagon der Entwicklung ist ein Zitat des von Dieter Senghaas formulierten „Zivilisatorischen Hexagons“. Vgl. dazu Dieter Senghaas, Zum irdischen Frieden. Frankfurt 2004.

Abb. 1: Das Hexagon der Entwicklung



© Menzel

Die Eckpunkte des Hexagons sind nicht als hierarchisch in ihrer Wertigkeit aufzufassen, sondern als prinzipiell gleichrangig. Sie wirken aufeinander ein und stehen ihrerseits in einem Spannungsverhältnis zum globalen Kontext von Weltpolitik, Weltmarkt, Weltverteilungsgerechtigkeit, Weltumwelt, Weltkultur und Weltgesellschaft. Damit findet „Entwicklung“ auf drei Ebenen, dem des Individuums, seinem gesellschaftlichen Kontext und im globalen Rahmen statt. Zwischen den drei Ebenen besteht ein spannungsgeladenes Verhältnis von Chancen und Herausforderungen, das im positiven Sinne genutzt oder im negativen Sinne zu Entwicklungsblockaden und Fehlentwicklungen führen kann.

Politische Stabilität im Sinne von Frieden, Rechtssicherheit, Schutz des Eigentums, funktionierenden und leistungsfähigen staatlichen Institutionen ist eine elementare Rahmenbedin-

gung, ohne die Entwicklung nicht stattfinden kann. Das zeigen die sich häufenden Fälle fragiler Staatlichkeit mit aller Deutlichkeit. Entwicklung kann nicht stattfinden ohne Wirtschaftswachstum. Nur so sind der Bedarf einer wachsenden Bevölkerung und die Befriedigung wachsender individueller Bedürfnisse möglich. Wirtschaftswachstum ist aber nur möglich durch wachsende wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, die sich an der Steigerung der Arbeitsproduktivität, der Bodenproduktivität und der besseren Nutzung des Kapitalstocks (Kapitalproduktivität) ablesen lässt. Dabei geht es aber nicht nur um Wachstum schlechthin, sondern auch um die breitenwirksame Verteilung des Wachstums. Soziale Gerechtigkeit im Sinne von Verteilungsgerechtigkeit heißt, dass möglichst alle Mitglieder einer Gesellschaft am Entwicklungsprozess partizipieren. An dieser Stelle wird deutlich, dass politische Stabilität nicht nur der Garant wirtschaftlicher Entwicklung, sondern auch der Garant von sozialer Entwicklung ist. Da wirtschaftliches Wachstum immer auch zu Lasten der Natur geht durch Erschöpfung von Böden, Verbrauch von Bodenschätzen und fossilen Energieträgern, Umnutzung von Landschaft für Siedlung, Verkehr und Industrie, durch Emissionen in Luft und Wasser, muss Wirtschaftswachstum nachhaltig sein in dem Sinne, dass der Naturverbrauch zu begrenzen ist, dass die Natur sich regenerieren kann. Kulturelle Identität ist gleichermaßen eine Entwicklungsressource wie ein zu bewahrendes Ziel von Entwicklung. Hier und nicht nur in der egoistischen Nutzenmaximierung eines globalen homo ökonomikus wird eine Antriebsquelle gesehen, warum Menschen bestrebt sind, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu steigern. Die Beeinträchtigung kultureller Identität ist eine wesentliche Ursache, warum es zu Konflikten, zu politischer Instabilität mit negativen Konsequenzen für die anderen Eckpunkte des Hexagons kommt. Gesellschaftliche Partizipation schließlich ist die Voraussetzung, dass politische Entwicklung im Sinne von Demokratie, Garantie von Freiheits- und Menschenrechten, Entfaltung unternehmerischer Initiative, Durchsetzung von Verteilungsgerechtigkeit, Behauptung kultureller Identitäten und sogar ökologischer Nachhaltigkeit überhaupt stattfinden kann. Die Eckpunkte des Hexagons sind damit Voraussetzung wie Ziel von Entwicklung. Sie bilden den analytischen wie den normativen Gegenstand von Entwicklungstheorie.

Damit sind verschiedene Disziplinen – die Wirtschaftswissenschaft, die Politikwissenschaft, die Soziologie, aber auch die Psychologie, die Pädagogik, die Kultur- und sogar die Natur- und Ingenieurwissenschaften angesprochen. Die akademischen Disziplinen lassen sich wiederum in Teildisziplinen unterscheiden: Die Wirtschaftswissenschaft, Politikwissenschaft und Soziologie der **Entwicklungsländer**, die empirisch und vielfach mit Fallstudien arbeiten (1); die Wirtschaftswissenschaft, Politikwissenschaft und Soziologie des **Entwicklungsprozesses**, die die allgemeinen Theorien der Mutterdisziplinen auf Entwicklungsländer anwenden, aber auch aus der Analyse von Entwicklungsprozessen der Industrieländer gewonnen sein

können (2); und die **Entwicklungspolitik** auf nationaler wie internationaler Ebene, bei der die genannten Disziplinen politikberatend wirken (3). Bei der Entwicklungstheorie geht es um die unter (2) genannten Sachverhalte, die wiederum in die Teildisziplinen Entwicklungsökonomie, Entwicklungspolitik und Entwicklungssoziologie unterteilbar sind. Damit gehört die Entwicklungstheorie zur Gruppe der sozialwissenschaftlichen Theorien.

Allerdings – die Entwicklungstheorie gibt es nicht. Es gibt vielmehr eine Vielzahl konkurrierender Theorien und Theoreme auf ganz unterschiedlichem Abstraktionsniveau, die sich zum Teil ergänzen aber auch widersprechen können. Manche Theorien sind empirisch gewonnen, andere rein axiomatisch abgeleitet. Manche verstehen sich als analytisch, manche als normativ, manche haben einen universalen, andere einen partikularen Anspruch, manche sind am Gemeinwohl, andere am Wohl des Einzelnen orientiert. Welche Theorie Konjunktur hat, zum Mainstream wird, welche in Opposition dazu steht oder nur Unterströmung bleibt, welche eine Renaissance erfährt oder in Vergessenheit gerät, ist nicht nur vom Erkenntnisfortschritt über den Gegenstand „Entwicklung“, sondern auch von den realen Entwicklungsprozessen, von der Interessenlage der Gewinner und Verlierer in diesem Prozess oder gar dem theoretischen Paradigmenwechsel in den Mutterdisziplinen abhängig. Deshalb ist es nur schwer möglich, das Lehrbuch zur Entwicklungstheorie zu schreiben. Hilfreich zum Verständnis dessen, was alles unter „Entwicklungstheorie“ zu fassen ist, ist eine Orientierung an den großen und kleinen Debatten der Entwicklungstheorie. Mehr noch – anhand der Debatten, die im Fach geführt wurden, lässt sich der Erkenntnisfortschritt am besten nachvollziehen, lässt sich die Entwicklung des Entwicklungsdenkens nachvollziehen und zumindest eine große Annäherung an den Gegenstand des Erkenntnisinteresses erzielen.

1.2 Funktionen sozialwissenschaftlicher Theorie

In den Sozialwissenschaften hat Theorie ganz unterschiedliche Funktionen, je nachdem, ob man von ihrer empirisch-analytischen oder ihrer normativen Dimension ausgeht. Empirisch-analytisch heißt die Beschäftigung mit dem, was ist (oder war), und normativ heißt Beschäftigung mit dem, was sein soll. Der Zusammenhang zwischen beiden Dimensionen besteht darin, dass man aus der empirischen Untersuchung der Vergangenheit die Gegenwart verstehen und so künftiges Handeln anleiten will. So weit es bei der Entwicklungstheorie um letzteres geht, damit wie bei der Friedens- und Konfliktforschung um die Schaffung einer besseren Welt, ist Entwicklungstheorie idealistische und damit normative Wissenschaft. Da sich Entwicklungstheorie aber auch mit der Erklärung gesellschaftlicher Prozesse von bereits als „entwickelt“ geltenden Ländern befasst, wobei explizit oder implizit Erkenntnisse aus der

Analyse der entwickelten Länder auf die Entwicklungsländer übertragen werden, ist Entwicklungstheorie beides – als historische Sozialwissenschaft eine empirisch-analytische und als Anleitung zur Formulierung von Entwicklungsstrategien oder als Politikberatung eine normative Theorie.

Ein grundsätzliches erkenntnistheoretisches Problem besteht in der Frage, wie man überhaupt zu Theorie kommt. Soll man zunächst die Fakten auf sich wirken lassen, um aus dem Vergleich der vielen erhobenen Daten, einzelnen Äußerungen oder untersuchten Texten zu allgemeinen Aussagen zu kommen (= induktive Methode) oder bedarf es, bevor man mit der Datensammlung oder Auswertung von Texten beginnt, bereits eines theoretischen Vorverständnisses, in dessen Licht die Daten erhoben, ausgewählt und interpretiert werden (= deduktive Methode). Nur wenn ich ein theoretisches Vorverständnis von Entwicklung habe, bin ich in der Lage, die relevanten Variablen zu erkennen und zu interpretieren. Lasse ich mich zu sehr vom theoretischen Vorverständnis leiten, werde ich „betriebsblind“, werde viele relevante Variablen nicht erkennen oder fehlinterpretieren. In der Regel ist die Mischung aus beiden Herangehensweisen die beste Methode, der wiederum ein iterativer Prozess zugrunde liegen sollte. Ohne ein theoretisches Vorverständnis keine empirische Untersuchung, ohne Empirie keine wissenschaftlich abgesicherte Theorie. Allerdings kann sozialwissenschaftliche Theorie nie die Erklärungskraft naturwissenschaftlicher Theorie erreichen und Aussagen mit Gesetzeskraft formulieren. Da man es in den Sozialwissenschaften mit Menschen zu tun hat, sind so viele Variablen wirksam, dass eindeutige und immerfort gültige Aussagen nicht möglich sind. Jede sozialwissenschaftliche Theorie liefert immer nur Annäherungen an die Wahrheit, lässt Ausnahmen und Sonderbedingungen zu und ist auch immer abhängig vom jeweiligen historischen und gesellschaftlichen Kontext, in dem sie entstanden ist. Hier liegt ein wesentlicher Grund, warum es gerade auf dem Feld der Entwicklungstheorie so viele konkurrierende Lehrmeinungen gibt.

Theorie hat aber nicht nur erkenntnisleitende, sondern auch viel elementarere Funktionen. Fangen wir ganz unten an. Gleichviel, ob man mit amtlicher Statistik arbeitet, selber Daten erhebt durch Interviews, teilnehmende Beobachtung oder Experimente, ob man Texte primärer (z.B. Behördenschrifttum) oder sekundärer (z.B. entwicklungspolitische Literatur) Art auswertet, immer steht eine unendliche Zahl von Daten und Texten zur Verfügung. Bevor sie erhoben und ausgewertet werden, müssen Vorüberlegungen angestellt werden: Welche Daten sollen gesammelt, welche Texte sollen gelesen werden? Das theoretische Vorverständnis hilft, eine Fragestellung im Hinblick auf den Untersuchungsgegenstand zu formulieren und nur die im Lichte der Fragestellung relevanten Daten und Texte zu beschaffen, zu selektieren oder zu erheben. In einem zweiten Schritt müssen diese Informationen in eine Ord-

nung gebracht und beschrieben werden. Nach welchen Kriterien und Methoden dies geschieht, dazu bieten sich viele Alternativen. Die im Lichte des Gegenstands und der Fragestellung adäquate Wahl der Methode ist wiederum theoriegeleitet.

Der eigentliche theoretische Schritt ist der Übergang von der Beschreibung zur Analyse und Interpretation des empirischen Materials. Spätestens an dieser Stelle wird klar, dass dies in erheblichem Maße vom theoretischen Vorverständnis abhängt. Noch so sorgfältig und methodisch umsichtig erhobene Daten sprechen nicht nur für sich, sondern lassen sich im Lichte des jeweils zugrunde gelegten theoretischen Paradigmas ganz unterschiedlich analysieren und vor allen Dingen interpretieren.

Bei der Analyse und Interpretation sollte die theoretische Beschäftigung aber nicht stehen bleiben. Die Güte einer Theorie misst sich an ihrer Prognosefähigkeit. Um wieder auf das naturwissenschaftliche Beispiel zurückzukommen. Wenn ich viele Male beobachtet habe, dass das Wasser friert, wenn das Thermometer unter null Grad sinkt, kann ich die Prognose abgeben: Immer wenn es kälter als null Grad wird, friert das Wasser. Diese Eindeutigkeit kann es bei entwicklungstheoretischen Prognosen leider nicht geben. Dennoch sollten Aussagen getroffen werden können nach dem Muster: Wenn dieser oder jener Zustand herbeigeführt wird, dann ist diese oder jene Reaktion wahrscheinlich. Wenn wider erwarten eine andere, womöglich konträre Reaktion eintritt, ist dies Anlass, die Theorie zu überprüfen, zu modifizieren, ggf. als widerlegt zu betrachten.

Von der Prognosefunktion einer Theorie kommt man zu ihrer Funktion als Handlungsanleitung. Das Politikfeld, auf das Entwicklungstheorie bezogen ist und für das es die theoretische Grundlage beansprucht, heißt Entwicklungspolitik. Die korrespondierenden Begriffe Entwicklungshilfe oder Entwicklungszusammenarbeit (EZ) haben eine andere normative Konnotation, auf die noch zurückzukommen sein wird. Entwicklungspolitik, gleichviel, ob im innergesellschaftlichen, zwischenstaatlichen oder supranationalen Rahmen stattfindend, bezieht sich immer auf künftiges Handeln. Daraus ergibt sich eine weitere Doppelfunktion. Theorie dient, da es immer verschiedene Handlungsoptionen gibt, der Legitimierung politischen Handelns, dient zu begründen, warum diese oder jene Alternative besser oder vernünftiger ist, wobei die jeweiligen Rahmenbedingungen zu berücksichtigen sind. Theorie hat aber auch die Funktion, zuvor die Prinzipien und Normen und darauf aufbauend die Regeln und Entscheidungsverfahren zu begründen, an denen sich entwicklungspolitisches Handeln ausrichten hat.

Damit erreichen wir eine neue Dimension von sozialwissenschaftlicher Theorie. Es geht nicht mehr nur um die Erklärung dessen, was ist und wie es dazu gekommen ist, sondern um die Formulierung dessen, was künftig sein soll. Die dem künftigen Handeln zugrunde liegenden Normen sind aber nicht mehr nur wissenschaftlich begründbar, sondern auch abhängig von Prinzipien, die aus anderen politischen, gesellschaftlichen und vor allem kulturellen Kontexten stammen können. Da diese von Gesellschaft zu Gesellschaft, von Kultur zu Kultur unterschiedlich sind oder sein können oder sich im Zeitverlauf verändern können, ist die normative Funktion von Entwicklungstheorie eine besonders kontroverse Angelegenheit.

Entwicklungspolitik im engeren Sinne gibt es seit Beginn der 1950er Jahre. Entwicklungstheorie im heutigen Verständnis wird etwa seit dem gleichen Zeitraum betrieben, obwohl entwicklungstheoretisches Denken bis in die Ära des Merkantilismus und damit ins 17. Jahrhundert zurückreicht. Es gibt wohl kaum eine akademische Disziplin, die seit ihres Bestehens von so vielen hochkontroversen Debatten, Schulbildungen und Paradigmenwechseln begleitet war. Dabei waren diese Wandlungsprozesse nicht nur das Resultat wachsenden theoretischen Verständnisses über den Gegenstandsbereich „Entwicklung“, also des theoretischen Inputs, sondern auch das Resultat ihres Outputs, der Entwicklung oder Fehlentwicklung als Folge von Entwicklungspolitik. Beides hat wiederum die zugrunde liegenden Normen und Prinzipien beeinflusst.

Und schließlich hat Theorie auch eine erkenntnistheoretische Funktion. Wenn man den gesamten Prozess von Sammlung, Auswahl, Ordnung, Beschreibung, Analyse, Prognose, Legitimierung, Handlungsanleitung und Evaluation der Resultate des Handelns durchgegangen ist, kommt man ggf. zu neuen Erkenntnissen, die das theoretische Vorverständnis erweitern, modifizieren oder in Frage stellen, so dass Entwicklungstheorie ein wachsendes Reflexionsniveau erreicht. Da es sich bei dem Fach im engeren Sinne im akademischen Fächerkanon um eine junge Disziplin handelt, sind hier die anfänglichen Erkenntnisfortschritte besonders groß gewesen.

1.3 Analytische versus normative Entwicklungstheorie

Die Unterscheidung zwischen der analytischen und der normativen Dimension von Entwicklungstheorie ist nicht nur wissenschaftstheoretisch geboten, sondern auch aus Rücksicht auf den spezifischen Gegenstandsbereich, der durch **Ungleichzeitigkeit** gekennzeichnet ist. Analytisch befasst sie sich mit den vielschichtigen Fragen, ob, wann, warum und wie es in einzelnen Teilen der Welt zu Entwicklungsprozessen gekommen ist, wie diese Prozesse auf

andere Teile der Welt gewirkt haben, ggf. nachvollzogen wurden, während andere Teile nicht oder nur unzureichend davon erfasst wurden, dort Prozesse von blockierter, fehlgeleiteter oder abgebrochener Entwicklung stattgefunden haben, Stagnation oder gar Rückentwicklungen zu konstatieren sind. Dabei können die letztgenannten Prozesse sowohl interne wie externe Ursachen haben.

In einem umfassenden Verständnis ist Entwicklung ein Prozess, der alle Gesellschaften der Welt betrifft, wobei der Zeitpunkt, zu dem eine Gesellschaft in diesen Prozess eintritt und das Tempo, in dem es diesen Prozess mitvollzieht, sehr unterschiedlich sein können. Demnach beginnt Entwicklung mit dem Ursprung der Menschheit. In dem Maße, wie sich die Menschen als Folge von Wanderung und klimatischen Veränderungen über die Welt ausbreiten, beginnt dieser Prozess an den verschiedenen Orten der Welt zu ganz unterschiedlichen Zeitpunkten. Dabei waren die Veränderungen über lange Zeiträume kaum merklich, wurde Entwicklung von den Zeitgenossen gar nicht als solche wahrgenommen. Erst vor etwa 2.500 Jahren hat der Prozess in Asien und Europa ein forciertes Tempo angenommen. In dem Maße wie es in den Frühphasen der Globalisierung zu einer Vernetzung von Asien und Europa durch Eroberung, Handel, Kommunikation und Wanderung gekommen ist, erfolgte Entwicklung von Gesellschaft zu Gesellschaft nicht mehr autonom, sondern in gegenseitiger Beeinflussung.

Demgegenüber steht das eingeschränkte Verständnis, dass Entwicklungstheorie sich nur auf den kurzen Zeitraum seit Ende des 2. Weltkriegs und die sich daran anschließende Entkolonialisierung zu beziehen hat. Demzufolge wären nur die postkolonialen Gesellschaften seit 1945 Gegenstand entwicklungstheoretischer Überlegungen. Damit kommt eine Variable, der seitdem eskalierende Ost-West-Konflikt, ins Spiel, der gerade auf dem Feld der Entwicklungsländer ausgetragen wurde. Vorrangig ging es seit 1947 aus westlicher Sicht darum, im Rahmen einer umfassenden Containment-Politik auch durch Entwicklungshilfe zu verhindern, dass die ehemaligen Kolonien sich politisch am „Ostblock“ und entwicklungspolitisch am sowjetischen Industrialisierungsmodell aus Verstaatlichung der Industrie, Kollektivierung der Landwirtschaft und zentraler Planwirtschaft orientierten. Umgekehrt versuchte auch die östliche Seite durch ihre Version von Entwicklungspolitik auf Basis der marxistischen Politischen Ökonomie das Umgekehrte zu erreichen. Damit gab es von Anfang an eine „kapitalistische“ und eine „sozialistische“ Entwicklungstheorie, war die jeweilige Kritik durch das konkurrierende Leitbild geprägt.

Folgt man der Annahme eines Strukturbruchs nach 1945, dann war in der Tat alles neu. Es gab wiedergewonnene Unabhängigkeit alter Staaten, neue Staaten in Gebieten, in denen es

zuvor keine Staaten gegeben hatte oder deren Grenzen quer zu den Grenzen vorkolonialer Gesellschaften lagen und damit das Problem von Staaten ohne Nationenbildung, die womöglich nur die Hülle der Kolonialverwaltung übernommen hatten. Zum Teil erfolgte dieser Umbruch auf revolutionäre Weise im Zuge eines Unabhängigkeitskrieges, zum Teil durch eine friedliche Übergabe. Hinzu kam eine denkbar heterogene Wirtschaftsstruktur in vielen der neuen Staaten. Am einen Ende des Spektrums die jahrhundertealte Eingliederung in eine internationale Arbeitsteilung wie in der Karibik und am anderen Ende die noch weitgehend unberührte Nomadenwirtschaft im Steppengürtel Zentralasiens. Daraus resultierten komplexe Fragen, wie die aus der sich überstürzenden Umbruchsituation resultierenden Probleme zu verstehen und welche Strategien zu verfolgen waren, diese Probleme zu lösen. Entwicklungspolitik als Querschnittsthema war geboren. Die Entwicklungsökonomie wurde eine Spezialdisziplin der Wirtschaftswissenschaft, die Entwicklungssoziologie eine Spezialdisziplin der Soziologie, die Entwicklungspolitik eine Spezialdisziplin der Politikwissenschaft, die Entwicklungspsychologie eine Spezialdisziplin der Psychologie, später sogar im Sinne des Konzepts „angepasste Technologie“ die Entwicklungstechnologie eine Spezialdisziplin der Ingenieurwissenschaften.

Es gibt allerdings Einwände gegen die These vom Strukturbruch nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Entkolonialisierung setzte nicht 1947 in Indien ein, sondern 1919 nach dem Ersten Weltkrieg durch den Zerfall des Osmanischen Reiches, des Zarenreiches und des Reiches der Österreichischen Habsburger oder ab 1810 in Lateinamerika, während der Französischen Revolution in Haiti oder noch früher 1776 in den 13 Neuenglandkolonien. Manche nichtwestlichen Länder wie Japan, Persien, Thailand (Siam), China oder Äthiopien sind, auch wenn sie Einschränkungen ihrer Souveränität hinnehmen mussten, nie Kolonien gewesen, können also auch keine postkoloniale Gesellschaft darstellen. Andere wie die Türkei als Kerngebiet des Osmanischen Reiches, Portugal und Spanien, selbst Russland waren selber Kolonialmächte und dennoch ganz oder in Teilen Gegenstand entwicklungspolitischen Bemühens. Wieder andere wie Kanada, Australien oder Neuseeland waren lange Zeit Kolonien außerhalb von Europa oder noch andere wie Irland, Norwegen oder Finnland waren lange Zeit Kolonien innerhalb von Europa und vermochten dennoch alle frühzeitig in die Gruppe der Industrieländer aufzusteigen. Große Flächenstaaten weisen zudem ein großes Entwicklungsgefälle innerhalb ihrer Grenzen auf, das den Begriff „interner Kolonialismus“ rechtfertigt. Alle diese Einwände und Differenzierungen sind wichtig bezüglich der Diskussion um die internen und externen Dimensionen der Entwicklungsproblematik. Ferner: Auch die Anfänge der Entwicklungsökonomie und Entwicklungssoziologie im engeren Sinne reichen bis in die frühen 1940er Jahre zurück, als von Ost-West-Konflikt noch keine Rede sein konnte, und fu-

ßen auf ökonomischen oder soziologischen Theorien, die bis in die 1930er Jahre oder ins 19. Jahrhundert und noch weiter zurückreichen.

Dem eingeschränkten Verständnis von Entwicklungstheorie als ganz neuer Disziplin kann also ein umfassenderes gegenübergestellt werden, das Entwicklungsprozesse schlechthin verstehen will. Aus dem weiteren Verständnis folgt zweierlei: Zur Geschichte der Entwicklungstheorie gehört die gesamte einschlägige Theoriebildung der Wirtschaftswissenschaften, der Soziologie und Politikwissenschaft, soweit sie sich mit Fragen des Wirtschaftswachstums, der Industrialisierung, der Einkommensverteilung, des Außenhandels, des sozialen Wandels, der Staaten- und Nationenbildung und der Demokratisierung befasst sowie die wirtschaftspolitischen, sozialpolitischen und verfassungsrechtlichen Instrumentarien, die diese Prozesse begleiten. Es gibt keine entwicklungstheoretische Stunde null, sondern ein Kontinuum bis ins 16. Jahrhundert, als sich zum ersten Mal im Bewusstsein der Zeitgenossen Entwicklungsunterschiede zwischen Vorreitern und Nachzüglern offenbarten, die als Problem erkannt wurden.

Wenn es aber eine Kontinuität theoretischer Beschäftigung zwischen der Zeit vor und nach 1945 gibt, dann steht auch die These vom Strukturbruch in Frage. 1945 war kein besonderes Datum der Entwicklungsgeschichte. Die Probleme vorher waren im Grundsatz die gleichen wie danach. Damit stellt sich auch die Frage des Untersuchungsgegenstands von Entwicklungstheorie neu. Lernen kann man dann nicht nur aus den Erfolgen und Misserfolgen der postkolonialen Gesellschaften, sondern auch aus der Entwicklungsgeschichte derjenigen Gesellschaften, die bereits vor 1945 erfolgreich oder nicht erfolgreich waren. Wenn man aber zu dem Schluss kommt, dass man auch aus der Entwicklungsgeschichte Lateinamerikas im 19. Jahrhundert, aus Europas Entwicklung im 16.-18. Jahrhundert, aus Asiens Entwicklung aus noch früherer Zeit lernen kann, dann muss man sich auch mit den Theorien dieser Epochen befassen. Diese haben nicht nur Antworten auf ihre zeitgenössischen Probleme gegeben, sondern auch politisches Handeln angeleitet und waren insofern entwicklungswirksam.

Damit wird eine fundamentale Frage aufgeworfen. Gibt es einen weltweit gleichgerichteten Entwicklungsprozess, bei dem technische und institutionelle Innovationen sowie wirtschaftlicher Wandel die Richtung vorgeben, dessen Herausforderungen und Chancen sich keine Gesellschaft dauerhaft entziehen kann? Die Unterschiede zwischen den einzelnen Gesellschaften lägen dann nur im Zeitpunkt, zu dem sie in diesen Prozess eintreten, der Stufe, die sie in diesem Prozess bereits erklommen haben, und der Art und Weise, wie sie politisch damit umgehen, soweit ihnen dazu der nötige Handlungsspielraum bleibt. Wie sie das ma-

chen und wie erfolgreich sie dabei sind, das hängt ganz wesentlich von ihren jeweiligen eigenen Voraussetzungen und Randbedingungen ab.

Oder gibt es Strukturbrüche in der Weltgeschichte wie z.B. den Beginn der europäischen Welteroberung Ende des 15. Jahrhunderts, die systematische Kolonialpolitik des 17. Jahrhunderts im Zeitalter des Merkantilismus, die Industrielle Revolution Ende des 18. Jahrhunderts, die Ära des Freihandels und die Transportrevolution Mitte des 19. Jahrhunderts, den Imperialismus Ende des 19. Jahrhunderts, den Beginn des Ost-West-Konflikts nach dem 2. Weltkrieg und die beschleunigte Globalisierung im Informationszeitalter? Je nachdem, wann und wie eine Gesellschaft von diesen Strukturbrüchen erfasst wurde, ergeben sich daraus ganz unterschiedliche Entwicklungschancen, die die Vorstellung von der weltweit gleichgerichteten Entwicklung fragwürdig machen. Gilt in Abwandlung des berühmten Satzes von Karl Marx, dass das jeweils am weitesten entwickelte Land allen anderen nur das Bild der eigenen Zukunft zeigt und damit auch zum nachahmenswerten Modell macht? Wird die Entwicklung der Vorreiter zum Modell, zur Norm, zum Leitbild der Nachzügler? Gibt es womöglich, wenn sich erst einmal ein Entwicklungsgefälle etabliert hat, gar keine Alternative, als sich dieser Norm zu beugen? Wenn das so ist, dann macht es für entwicklungstheoretische Überlegungen einen grundsätzlichen Unterschied, ob ein Land Vorreiter, gar der Erste war, oder Nachzügler.

Oder gibt es unterschiedliche Entwicklungswege, gar grundsätzliche Entwicklungsblockaden, mindestens aber kritische Entwicklungsphasen von Herausforderungen und Chancen, die es notwendig machen, auch entwicklungstheoretisch in Alternativen zu denken? Dahinter steht die fundamentale geschichtsphilosophische Frage: Gibt es einen Fortschritt in der Geschichte? Beantwortet man diese Frage mit ja, ist man Anhänger eines idealistischen Geschichts- und Menschenbildes. Fortschritt in der Geschichte heißt, dass die Welt zu einer besseren Welt wird, in der zumindest langfristig alle Probleme lösbar sind. Und es bedeutet: Der Mensch ist vernunftbegabt. Das unterscheidet ihn vom Tier. Wenn er vernunftbegabt ist, zeigt er auch Einsicht in das Vernünftige, in die bessere Welt, zumindest ist er lernfähig und zum Besseren zu erziehen. Idealistische Ziele wie Frieden, Wohlstand, Demokratie, Gleichberechtigung, Menschenrechte, Nachhaltigkeit, alles das, was man unter Entwicklung versteht, sind grundsätzlich erreichbar. Auch wenn es kein gradliniger Prozess ist und wenn es immer wieder, sogar katastrophale Rückschläge gibt, am Ende eines langen historischen Prozesses gibt es die bessere Welt. Der Entwicklungsfortschritt misst sich daran, inwieweit und für wie viele sich die genannten Ziele realisiert haben.

Beantwortet man die Frage mit nein, ist man Anhänger eines realistischen Menschen- und Geschichtsbildes. Der Mensch ist nicht nur vernunftbegabt, sondern auch triebgesteuert, ist nicht nur friedliebend, solidarisch, altruistisch, sondern auch machtstrebend, egoistisch, kriegerisch, mindestens lebt der gute Mensch in einer schlechten Welt und ist auch immer zum Schlechten verführbar. Deshalb gibt es keinen grundsätzlichen Fortschritt, keinen Sinn in der Geschichte, sondern immer nur die Wiederkehr alter Probleme. Entwicklung innergesellschaftlich wie im Weltmaßstab ist demzufolge eher ein Nullsummenspiel. Was der eine gewinnt, muss der andere verlieren. Der Aufstieg Europas führte zum Niedergang der asiatischen und amerikanischen Hochkulturen, der Wiederaufstieg Asiens zum Niedergang Europas.

Zu dieser Kontroverse muss man Stellung beziehen. Im Kern ist entwicklungstheoretisches Denken, da es um Fortschritt geht, idealistisches Denken. Wenn man allerdings Zweifel hegt, ob die Richtung dieser Entwicklung erstrebenswert ist, weil sie zur Zerstörung der Natur führt, weil sie kulturelle Vielfalt nivelliert, weil sie die Herrschaft des Marktes anstelle der Moralökonomie setzt, weil sie zu entfremdeter Arbeit führt oder weil man im Sinne des Nullsummendenkens davon überzeugt ist, dass dauerhaft nur ein Teil der Welt auf Kosten eines anderen an Entwicklung partizipiert, dann stellt sich die radikale Alternative. Es geht dann nicht mehr um die Frage von Markt oder Staat, Wachstum oder Umverteilung, Wohlstand oder Demokratie, sondern viel grundsätzlicher um die Infragestellung von Entwicklung, ob universalistisch oder partikularistisch, überhaupt. Die von den Theoretikern des Postdevelopmentansatzes vorgestellte Lösung, aus der radikalen Kritik des Entwicklungsdenkens formuliert, lautet Abkoppelung vom globalen Entwicklungsprozess, Entwicklung alternativer Lebensformen, am besten zurück zu einem Zustand, bevor die jeweilige Gesellschaft von diesem Prozess erfasst wurde. Ob dieser „prämoderne“ Zustand, zu dem die postmodernen Entwicklungstheoretiker zurückwollen, tatsächlich so paradiesisch war, ist eine Frage, die sich empirisch kaum klären lässt, da es kaum Zeugnisse über diesen Zustand gibt. Es hat sich allerdings herausgestellt, dass alle radikalen Experimente alternativer Entwicklung (Kambodscha, China während der Kulturrevolution, Nordkorea, Albanien), möglicherweise auch despotische Gesellschaften zu früheren Zeiten, in Totalitarismus und Katastrophe geendet haben.

Wenn man also von einem idealistischen Entwicklungsbegriff auszugehen hat, heißt das nicht zwangsläufig blinde Fortschrittsgläubigkeit nach dem Motto: Alle Probleme dieser Welt sind lösbar. Es ist nur eine Frage des richtigen Einsatzes von Technik und Wissenschaft und der Mobilisierung der entsprechenden materiellen Ressourcen. Entwicklungstheorie muss immer kritisch sein, Probleme, Fehlentwicklungen, Entwicklungsblockaden, abträgliche

Rahmenbedingungen als solche identifizieren und zu Politikempfehlungen kommen, wie damit umzugehen ist, ohne in eine grundsätzliche Fortschrittskritik zu verfallen. Entwicklungsdanken muss optimistisch sein.

Was allerdings als Fortschritt empfunden wird, mit welchen Mitteln, auf wessen Kosten, zu wessen Gunsten, in welcher Reihenfolge, Entwicklung erfolgt, das sind durch und durch normative Fragen. Hier wird es immer wieder Gratwanderungen zwischen Wünschbarkeit und Notwendigkeit geben. Die Geschichte des entwicklungstheoretischen Denkens zeigt, dass seine Normen immer von der Position, die eine Gesellschaft im Entwicklungsprozess eingenommen hat, ihrem politischen und kulturellen Rahmenbedingungen und auch von internationalen Interessenlagen abhängig waren. Es ist deshalb kaum möglich von der Entwicklungstheorie zu sprechen. Vielmehr geht es immer um spezifische Einsichten und spezifische Empfehlungen, die auf besondere Situationen reagieren.

1.4 Die entwicklungstheoretischen Begriffe

Im Licht dieser Überlegungen sind die in der entwicklungstheoretischen Diskussion verwendeten Begriffe kritisch zu hinterfragen und auf ihren jeweiligen semantischen Gehalt zu überprüfen. Die Teile der Welt, die heute als Entwicklungsländer bezeichnet werden, versprachen zu Beginn der europäischen Welteroberung am Ende des 15. Jahrhunderts eine Verheißung. Blickte man nach Osten, verwendete man den Begriff „Indien“ als Sammelname für alle afrikanischen und asiatischen Reiche, die durch das Osmanische Reich von Europa getrennt waren und an deren sagenhaften Reichtümern man partizipieren wollte ohne die arabischen oder osmanischen Zwischenhändler. Begriffe wie Ostindien und Westindien, Britisch Indien, Niederländisch Indien oder Indochina erinnern daran. Blickte man nach Westen, sprach man von der Neuen Welt des zuvor unbekannten Kontinents Amerika, der durch die Alte Welt in Europa zu erschließen war. Später, nachdem die europäischen Mächte territoriale Besitznahme oder Eroberung in Übersee vorgenommen hatten, wurde der Begriff Kolonien im Sinne der Ausweitung der Mutterländer üblich. England wurde um Neuengland, Frankreich um Neufrankreich, Amsterdam um Neuamsterdam etc. erweitert. Dabei überwog die positive Konnotation, ging es doch um die Verwirklichung einer besseren Gesellschaft, um die Erschließung und Ausbeutung, gaben die klassischen Kolonialtheorien Empfehlungen im Sinne einer „Art of Colonization“, wie dies am besten zu geschehen habe. Bartolomé de Las Casas mit seinem „kurzgefaßten Bericht von der Verwüstung der Westindischen Länder“ (1552) war der erste, der die Schattenseiten der frühen Kolonialisierung brandmarkte. Dennoch blieb die Kritik am Kolonialismus und die Erkenntnis, dass dieser nicht nur Entwicklung sondern auch

deren Gegenteil bewirken könne, lange Zeit Unterströmung einer grundsätzlich dem Kolonialismus positiv gegenüber eingestellten Literatur, die in der These gipfelte, dass es die „Bürde des weißen Mannes“ sei, den nichtwestlichen Gesellschaften die Zivilisation zu bringen.

Nach 1945 kam ein vages Problembewusstsein auf der begrifflichen Ebene erstmals in der „Inauguraladresse“ des amerikanischen Präsidenten Harry S. Truman an den Kongress vom 12. Juni 1949 zum Ausdruck. Darin ist von „unentwickelten Gebieten“ bzw. der „Entwicklung unerschlossener Gebiete“ die Rede, denen Truman im Rahmen eines Vier-Punkte-Plans technische Hilfe und Kredite verspricht. Die Inauguraladresse begründete das neue Politikfeld „Entwicklungshilfe“, das aber erst mit Antritt der Kennedy-Administration ihre institutionelle Ausformung erlebte. Das von Truman verkündete Programm war ein Element Politik der Eindämmung (Containment), die als umfassende Strategie gegenüber der Sowjetunion im eskalierenden Ost-West-Konflikt konzipiert wurde. Der unterstellten grundsätzlichen Bereitschaft zur Expansion von Seiten der Sowjetunion sollte nicht nur politisch und militärisch, sondern auch durch ein wirtschaftliches Hilfsprogramm entgegentreten werden. Der strategische Stellenwert der Entwicklungshilfe im Ost-West-Konflikt wurde allerdings erst 1957 von Milikan und Rostow theoretisch begründet. Die hier von der US-Regierung verwendete Begrifflichkeit meinte zwar ein wirtschaftliches Merkmal (unentwickelt bzw. unerschlossen), benutzte dieses aber zu einer Klassifikation von „Gebieten“ (gemeint sind Kolonien und nicht Länder), da die meisten heutigen Staaten 1949 noch nicht unabhängig waren.

Da in vielen dieser „Gebiete“ nationale Unabhängigkeitsbewegungen aktiv waren, bestand aus amerikanischer Sicht die Gefahr der Verquickung von Unabhängigkeitsstreben und Ausnutzung des Ost-West-Konflikts. Da hier erstmals von prominenter Seite eingeräumt wurde, dass Kolonien wirtschaftlich zurückgeblieben sind, drohte die ordnungspolitische Orientierung an der Sowjetunion, die behauptete, dass der Sozialismus leistungsfähiger sei als der Kapitalismus und es möglich sei, den Westen wirtschaftlich einzuholen und zu überholen. Der damalige weltpolitische Kontext musste für die US-Regierung bedrohlich sein. Die Chinesische Revolution stand im Sommer 1949 kurz vor dem Abschluss, die Anlehnung, womöglich sogar Unterordnung, Chinas an die Sowjetunion war zu erwarten. Das bereits 1947 unabhängig gewordene Indien orientierte sich, gestützt auf die Arbeiten des indischen Ökonomen Prasanda Chandra Mahalanobis (1893-1972), bereits am sowjetischen Modell der Planwirtschaft.

Aus der Ankündigung Trumans und dem darin verwendeten spärlichen Vokabular werden bereits eine Reihe von fundamentalen Annahmen deutlich mit implizit weitreichenden Konsequenzen:

1. Es gibt eine ganze Gruppe von Gebieten (Kolonien) auf der Welt, die wirtschaftlich im Vergleich zu den westlichen Industrieländern zurückgeblieben sind.
2. Entwicklungsprobleme werden als rein wirtschaftliche verstanden.
3. Technische Hilfe und Kredite sollen in der Lage sein, diese Probleme zu lösen. Das Modell für diese Vorstellungen lieferte der Marshall-Plan, der im amerikanischen Verständnis die wirtschaftliche Wiederbelebung Westeuropas, dessen politische Stabilisierung und damit die Abwehr der Ausbreitung des Kommunismus in Europa bewirkt hatte. Entwicklung im Sinne wirtschaftlicher Entwicklung war demnach von außen unterstützbar.
4. Dabei stand das westliche (US-amerikanische) Wachstums- und Industrialisierungsmodell Pate.
5. Implizit wurde unterstellt, dass die Ursachen für „Unentwicklung“ interner bzw. innergesellschaftlicher Natur sind.
6. Das sowjetische Modell aus zentraler Planwirtschaft, Staatseigentum an Produktionsmitteln, vorrangiger Schwerindustrialisierung und Kollektivierung der Landwirtschaft wurde offenbar als für Kolonien attraktive Alternative angesehen.
7. Da von fortschreitender Entkolonialisierung in Asien und Afrika auszugehen war, würde es zu weiterer Staatenbildung kommen. Womöglich würde sich eine ganze Gruppe von Staaten an der Sowjetunion orientieren und damit die Machtverhältnisse im internationalen System verschieben.
8. Auch wenn der Begriff „Dritte Welt“ noch nicht verwendet wurde, so wurden die „unentwickelten Gebiete“ doch bereits als Gruppe mit gemeinsamen Merkmalen wahrgenommen, die sie vom Westen wie vom Osten unterschied.

Der Begriff „Entwicklung“ wurde demnach bei der Entstehung des neuen Politikfeldes Entwicklungspolitik rein wirtschaftlich im Sinne von Wachstum verstanden, wobei dieses vorrangig durch Industrialisierung zu erreichen sei. Dass damit komplexe gesellschaftliche und kulturelle Zusammenhänge angesprochen waren, wurde noch nicht wahrgenommen. Ein Entwicklungsland wurde behandelt wie ein Unternehmen, dem man Geld leiht, um Investitionen in moderne technische Ausrüstungen zu finanzieren, und dessen Mitarbeiter man einer Fortbildung unterzieht, damit sie sachgerecht mit diesen Ausrüstungen umgehen können. Entwicklung anderer gesellschaftlicher Bereiche geriet anfänglich kaum ins Blickfeld oder wurde als zwangsläufige Folge der Industrialisierung angesehen. Soweit Bildungs- und Ausbildungsfragen angesprochen waren, wurden diese nur instrumentell als Voraussetzung für Industrialisierung und nicht um ihrer selbst willen verstanden. Folglich wurden den „Industrieländern“ die „Entwicklungsländer“ als eine Gruppe gegenüber gestellt, die noch nicht das Stadium der Industriegesellschaften erreicht hatte, aber auf dem Weg dahin war. Industrialisierung wurde zur Inkarnation von Entwicklung, selbst wenn viele Industrieländer in den

1950er Jahren schon auf dem Weg in die Deindustrialisierung waren. Leitbild war, die rückständige, traditionelle oder vormoderne Agrargesellschaft in eine moderne Industriegesellschaft zu verwandeln. Später sollte mit den Begriffen Dienstleistungsgesellschaft, Informationsgesellschaft, Wissensgesellschaft oder postmoderne Gesellschaft typologisch eine dritte Stufe dem globalen Stadienmodell hinzugefügt werden.

Der seit den 1970er Jahren verwendete Begriff „unterentwickelte Länder“ steht dazu in kritischer Opposition und geht von einem anderen Entwicklungsverständnis aus. Hier wird die Vorstellung von der gleichgerichteten Entwicklung aller Länder radikal in Frage gestellt und stattdessen argumentiert, dass der Entwicklungsprozess der Entwicklungsländer nicht verzögert eingesetzt hat, sondern in eine andere Richtung verlaufen ist, an deren Ende nicht Entwicklung, sondern Unterentwicklung steht. Deshalb wird konsequenterweise von der Entwicklung der Unterentwicklung gesprochen. Zurückgeführt wird diese nicht auf verspäteten Wandel im Innern, sondern auf Einflüsse von außen, die im Kolonialismus und der Eingliederung in eine internationale Arbeitsteilung zu suchen sind. In der ersten optimistischen Sicht spricht man deshalb auch von nachholender, in der zweiten pessimistischen Sicht von blockierter oder fehlgeleiteter Entwicklung. Aus einer strukturalistischen Perspektive wurden, damit weitgehend synonym, die Begriffe Metropolen und Satelliten oder Zentrum und Peripherie bzw. Metropolitane und Periphere Länder verwendet. Gemeinsam ist beiden Begriffstraditionen, dass der Staat (bzw. das Land) als die adäquate Analyseeinheit angesehen wird. Entwicklungsprozesse bzw. Prozesse von Unterentwicklung beziehen sich immer auf einzelne Entwicklungsländer (developing bzw. backward countries) bzw. unterentwickelte Länder (underdeveloped countries).

Der Sammelbegriff Entwicklungsländer hat in dem Maße, wie die Entwicklungstheorie die Unterschiede der unter diesem Begriff rubrizierten Länder wahrgenommen hat, eine semantische Differenzierung erfahren. Statt der Dichotomie von Industrie- und Entwicklungsländern werden Begriffe verwendet, die Unterschiede auf einer Skala von Entwicklung ausdrücken, Schwellenländer oder junge Industrieländer (New Industrializing Countries - NICs) auf der einen Seite und am wenigsten entwickelte Länder (Least Developed Countries - LDCs) auf der anderen Seite des Spektrums. Oder es werden gemeinsame Merkmale wie Ölexportierende Länder, Landlocked Countries, Kleinst- und Inselstaaten, die positiv oder negativ entwicklungsrelevant sind, eingeführt. Seit einiger Zeit sind Begriffe wie fragile Staaten oder gescheiterte Staaten (failed states) hinzugekommen, die politische Systemmerkmale hervorheben, die für Entwicklung relevant sind.

Gruppiert wurden die genannten Länder zu Teilwelten, die durch gemeinsame Merkmale konstituiert sind. Aus den westlichen Industrieländern wurde die Erste Welt, aus den östli-

chen Industrieländern die Zweite Welt, auch wenn diese sich selber nie so bezeichnet hat, wobei wirtschaftliche und politische Merkmale der Blockzugehörigkeit wenig trennscharf kombiniert wurden. Aus der übrigen Welt wurde ganz pauschal die „Dritte Welt“ (Tiers monde). Dabei war der Begriff, in den 1950er Jahren in Frankreich entstanden, ursprünglich emanzipatorisch in Anlehnung an den „Dritten Stand“ der Französischen Revolution gemeint in bewusster Abgrenzung zur Ersten und Zweiten Welt und als Alternative zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Gemeinsame Ziele der sich der Dritten Welt zugehörig fühlenden Länder sollten die Entkolonialisierung und eine eigenständige Entwicklung sein, um der politischen auch die wirtschaftliche Emanzipation von den Mutterländern folgen zu lassen. Aus westlicher Sicht wurde so aus der Dritten Welt die Welt der Blockfreien, die erstmals auf der Bandung-Konferenz 1955 programmatisch in Erscheinung getreten war und sich 1961 auf der Konferenz von Belgrad in der Blockfreienbewegung organisierte hatte. Lateinamerikanische Länder waren in Bandung noch nicht vertreten, gehörten damals aufgrund ihrer politischen Anlehnung an die USA trotz wirtschaftlicher Rückständigkeit noch zur „Ersten Welt“. Umgekehrt trat China in Bandung auf, ein erstes Signal zur Emanzipation von der Sowjetunion.

Die Konnotation des Begriffs „Dritte Welt“ im Sinne von arm, rückständig oder unterentwickelt, latent sogar irgendwie drittklassig, erfuhr der Begriff erst später. Angesichts der wirtschaftlichen Differenzierung wurde später der Begriff „Vierte Welt“ als Sammelbezeichnung der ganz armen Länder eingeführt, die ein niedrig angesetztes Mindest-Pro-Kopf-Einkommen nicht erreichten. Damit fand erstmals ein quantitativer Indikator - Länder mit hohem, mittlerem oder niedrigem Pro-Kopf-Einkommen – Eingang in die Terminologie zur Klassifizierung der Welt. Entwicklung drückte sich aus in der Erreichung eines bestimmten Einkommensniveaus. Während also der Begriff Entwicklungsländer eindeutig wirtschaftlich gemeint war, verbarg sich hinter dem vielfach synonym gebrauchten Begriff „Dritte Welt“ je nach Kontext ein wirtschaftliches, politisches oder ordnungspolitisches, ein emanzipatorisches oder abwertendes Verständnis.

Die strukturalistische Terminologie „Zentrum“ und „Peripherie“ geht demgegenüber nicht von einer Skala sondern von einer Dichotomie aus. Hier die westlichen Industrieländer, dort die ehemaligen Kolonien und heutigen unterentwickelten Länder, wobei der Status der Zweiten Welt semantisch wie in der Sache unklar bleibt. Manchmal wird als Zwischenkategorie die „Semiperipherie“ eingeführt, um ein Minimum an Differenzierung zu erlauben. „Semiperipherien“ sind aber keine Zwischenkategorie im Entwicklungsniveau, sondern haben eine für das Gesamtsystem funktionale Bedeutung wie etwa die Unteroffiziere in der Armee. Sie können aber auch als Zwischenkategorie für einzelne Länder dienen, die eine Aufwärts- oder Ab-

wärtsmobilität im Weltsystem durchlaufen. Entscheidender Unterschied zur vorgenannten Terminologie ist, dass der politische Status, ob Kolonie, Halbkolonie oder souveränes Land, für die Entwicklungsproblematik als nahezu bedeutungslos angesehen wird. Vorrangig wirtschaftliche Variablen, nämlich die Art der Eingliederung in die internationale Arbeitsteilung, werden als ausschlaggebend für das Entwicklungsniveau angesehen. Aufwärts- und Abwärtsmobilität im internationalen System sind immer eine Folge des Ranges, den ein Land in der internationalen Arbeitsteilung einnimmt. Entwicklungsländer sind ehemalige Kolonien, die sich im Prozess der Entwicklung befinden, Peripherien sind unterentwickelte Länder, deren Entwicklungsblockaden auch nach der politischen Unabhängigkeit aufgrund des beibehaltenen Rangplatzes in der internationalen Arbeitsteilung fortbestehen.

Eine besondere Konnotation hatte die „Theorie der Drei Welten“ aus chinesischer Sicht. Mit der Ersten Welt waren hier die ehemaligen Supermächte USA und Sowjetunion, mit der Zweiten Welt die übrigen Industrieländer in Ost und West und mit der Dritten Welt die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas unter Führung Chinas gemeint. Damit wurde darauf insistiert, dass nicht, wie von sich behauptet, die Sowjetunion, sondern das maoistische China vor der Öffnungs- und Modernisierungspolitik ab 1978 das Leitbild eines erfolgreichen Entwicklungsmodells die Alternative zur westlich-kapitalistischen Industrialisierung sei.

Auch geographische Begriffe wie Norden, Süden, Osten und Westen haben eine entwicklungstheoretische Konnotation, bei der latent oder offen klimatische Aspekte als verantwortlich für Entwicklung angesehen werden. Der Norden, das sind die Länder der gemäßigten Zone, die sogar, wie im Falle Australiens oder Neuseelands, auf der südlichen Halbkugel liegen können. Der Süden, das sind die Länder der „heißen Zone“, wie sie Friedrich List nannte, die aufgrund abträglicher klimatischer Bedingungen rückständig sind, auch wenn dazu die Wüstengebiete der USA oder das fast auf dem Äquator liegende Singapur gehören mögen. Der Westen, das ist Demokratie und Marktwirtschaft, der Osten, das ist Diktatur und Planwirtschaft. Wo der Osten und der Westen sind, wird immer aus westeuropäischer Perspektive bestimmt: Auch für die USA liegt China im Fernen Osten, obwohl doch die Bezeichnung Ferner Westen angebracht wäre.

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts und der Auflösung der Zweiten Welt, die sich nach ihrer politischen und wirtschaftlichen Transformation im europäischen Teil weitgehend in die alte Erste Welt integriert hat, macht der Begriff Dritte Welt im Sinne von blockfrei oder Alternative zwischen Kapitalismus und Sozialismus weder politisch noch entwicklungstheoretisch Sinn. Hinzu kommt die schon lange nicht mehr zu leugnende krasse Differenzierung der ihr ehemals zugehörigen Länder. Auf der einen Seite die neuen Industrieländer in Ost- und

Südostasien, die in mancher Hinsicht die alten Industrieländer bereits überholt haben, daneben die wohlhabenden ölexportierenden Länder ohne besondere Industrialisierung, die osteuropäischen und zentralasiatischen Transformationsländer, die zum Teil ein rohstoffbasiertes Wachstum erfahren, die klassischen Entwicklungsländer, die seit Jahrzehnten mehr oder weniger stagnieren, und die Katastrophenländer, die nicht nur besonders arm, sondern als fragile Staaten vom Staatszerfall bedroht sind. Sofern sie über funktionierende staatliche Strukturen kaum mehr verfügen, ist selbst der Begriff Staat obsolet geworden.

Von der Dritten Welt zu sprechen als homogene Gruppe von Staaten mit gleichgerichteten politischen und wirtschaftlichen Interessen und entsprechender Organisation zur Verfolgung dieser Ziele macht offensichtlich schon lange keinen Sinn mehr. Trotz des augenscheinlichen „Endes der Dritten Welt“ als Konstrukt der Tiers mondisme und der Sinnentleerung des Begriffs führt er ein zähes Leben und wird weiter verwendet, vermutlich weil kein besserer sich anbietet.

Tab. 2: Der Wandel der entwicklungstheoretischen Begriffe^a

	heutige entwickelte Länder	heutige Entwicklungsländer
15. – 18. Jhd..	Okzident Alte Welt	Orient Neue Welt + „Indien“
19. Jhd. - 1945	Kolonialmächte Mutterländer Imperien	Kolonien Länder der „heißen Zone“
1940er – 1960er	Industrieländer	Entwicklungsländer rückständige Länder
1970er	moderne Gesellschaften Erste Welt Norden Zentrum Metropolen	traditionale Gesellschaften Dritte Welt Süden Peripherie Satelliten unterentwickelte Länder abhängige Länder
1980er	alte Industrieländer	junge Industrieländer Schwellenländer Ölländer wenig entwickelte Länder Länder mit geringem Einkommen
1990er	postindustrielle Gesellschaften	Vierte Welt fragile Staaten zerfallene Staaten

^a nicht alle Begriffe sind im Deutschen gebräuchlich, sondern Übersetzungen aus dem Englischen

Festzuhalten bleibt, dass es zu keinem Zeitpunkt allgemein akzeptierte Begriffe oder gar ein allgemeines Verständnis dieser Begriffe gab. Alle in der Debatte verwendeten Begriffe waren immer politische Begriffe als Resultat des weltpolitischen Kontexts, in dem sie entstanden und verwendet wurden. Und sie waren auch immer Konstrukte als Resultat unterschiedlicher theoretischer Sichtweisen. Je nach dem, welches Paradigma jeweils hegemonial war, beförderte es die vorrangige Verwendung dieses oder jenes Begriffes. Dennoch waren diese Konstrukte immer handlungsmächtig, indem sie für Entwicklungspolitik handlungsleitend waren.

1.5 Entwicklungstheorie als Sonderfall der Mutterdisziplinen?

Ist Entwicklungstheorie, selbst wenn man sie als Querschnittsthema versteht, eine eigenständige akademische Disziplin? Sind ihre Teildisziplinen Sonderfälle der Mutterdisziplinen oder gelten für die „Entwicklungsländer“, wie sie fortan hier genannt werden, die gleichen theoretischen Aussagen wie für die übrige Welt? Wenn ersteres zutrifft, dann wurde das Fach in den frühen 1950er Jahren neu gegründet, wenn letzteres zutrifft, dann gibt es nur allgemeine Theorien wirtschaftlicher, sozialer und politischer Entwicklung, die für die Frühphasen späterer Industrieländer genauso Gültigkeit besitzen wie die Frühphasen heutiger Schwellenländer.

Die Antwort auf die Frage hängt wesentlich davon ab, welchem theoretischen Paradigma man anhängt. Die entwicklungsökonomischen Pioniere der 1950er Jahre waren bis auf wenige Ausnahmen Keynesianer und bemühten sich um die Begründung einer eigenständigen akademischen Disziplin. Der neoklassische Mainstream der 1980er Jahre hingegen leugnete eine besondere entwicklungsökonomische Theorie und behauptete, dass es nur eine wirtschaftswissenschaftliche Theorie gibt, die für alle Länder, gleich welchem Entwicklungsstand, gilt. Unter den theoretischen Angeboten sei die Neoklassik das Beste. Die Befolgung neoliberaler Rezepte ist deshalb bereits Entwicklungspolitik. Der empfohlene oder erzwungene Rückzug des Staates aus der Wirtschaft im Rahmen der Strukturanpassungspolitik war die Konsequenz. Auch wenn man kein Anhänger des Neoliberalismus ist, bleibt die Frage, welche Bedeutung die Erkenntnisse über die Ursachen der Entwicklung heutiger OECD-Länder vor, während und nach der Industriellen Revolution haben zur Erklärung heutiger Probleme der Entwicklungsländer. Es ist durchaus fraglich, ob die klassische bzw. neoklassische Theorie immer und überall gültige Erklärungen liefert oder ob sie selbst im Falle der Industrieländer nur in bestimmten Entwicklungsphasen Erklärungskraft haben, während für andere Phasen sich andere Paradigmen anbieten.

Begann folglich die Entwicklungsökonomie Ende des 18. Jhs. mit der französischen und britischen Klassik (Say, Smith, Ricardo), setzte sich seit den 1880er Jahren fort mit der Neoklassik (Marshall u.a.) und mündete in den 1980er Jahren in die Renaissance der Neoklassik (Balassa, Bhagwati, Krüger)? Oder wurzelt Sie eher im englischen und französischen Merkantilismus des 17. und 18. Jahrhunderts, setzte sich fort im Neomerkantilismus des 19. Jahrhunderts (List u.a.), im Keynesianismus der 1950er Jahre und mündet in der gegenwärtigen Institutionenökonomik? Gelten ihre Erklärungen für alle Gesellschaften gleichermaßen, angefangen von der ersten modernen Ökonomie der Weltgeschichte, den Niederlanden, im 17. Jahrhundert bis zu den aktuellen Ländern mit Hochwachstum wie China und Indien? Oder gelten für ehemalige Kolonien, für die Zeit nach 1945 andere Bedingungen als früher, die auch theoretisch anders zu fassen sind? Haben die Stadien- oder Stufenlehren von List, Rostow oder Fourastié allgemeine Gültigkeit oder gelten sie nur für frühe Fälle des Wandels von der Agrar- über die Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft, während spätere Fälle durch die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen gekennzeichnet sind?

Ähnliches trifft auch zu für die Soziologie und deren Theorien gesellschaftlicher Entwicklung. Gelten die Theorien der Gründerväter des Fachs wie Weber, Dürkheim, Tönnies, die sich auf dem sozialen Wandel im Zuge der Industriellen Revolution in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts beziehen, auch für künftige Gesellschaften im Industrialisierungsprozess? Oder kann die parallel zur Entwicklungsökonomie in den 1950er Jahren entstandene Entwicklungssoziologie für sich in Anspruch nehmen, theoretische Erkenntnisse zu formulieren, die nur für gegenwärtige Entwicklungsgesellschaften gültig sind?

Die Modernisierungstheorie der 1950er Jahre identifizierte Prozesse des Übergangs von traditionellen zu modernen Gesellschaften, die mit Schlagworten wie Arbeitsteilung, Urbanisierung, Alphabetisierung, soziale Differenzierung und soziale Mobilisierung belegt werden. Diese wurden aus der Analyse von Industriegesellschaften gewonnen und auf Entwicklungsländer übertragen. Auch hier stellt sich die Frage nach der Zulässigkeit dieser Übertragung. Die der Modernisierungstheorie kritisch gegenüberstehende Entwicklungssoziologie leugnet, dass deren Theorien sozialen Wandels allgemeine Gültigkeit haben und bemüht sich in vielen Einzelfallstudien um den Nachweis, dass blockierte oder fehlgeleitete wirtschaftliche Entwicklung auch zu gesellschaftlichen Deformationen geführt haben, die besondere entwicklungsstrategische Konsequenzen verlangen. Allgemeiner formuliert: Ist die Entwicklungssoziologie eine Bindestrichsoziologie, die eine Art Volkskunde für Entwicklungsländer betreibt und sich insoweit nicht grundsätzlich von der Ethnologie unterscheidet, oder handelt

es sich um eine eigenständige akademische Disziplin als soziologisches Pendant zur Entwicklungsökonomie?

Gleiches gilt schließlich für die Politikwissenschaft. Gelten theoretische Aussagen über politische Prozesse wie Staatenbildung, Nationenbildung, Demokratisierung, Gewaltenteilung, Herausbildung des Rechtsstaates, des Steuerstaats, des Verwaltungsstaates und des Sozialstaats für alle Länder der Welt gleichermaßen? Ist Demokratisierung das zwangsläufige Ergebnis von Industrialisierung und sozialer Mobilisierung? Alle Länder, die sich industrialisieren, würden demnach auch zu demokratischen Rechtsstaaten. Oder gibt es verschiedene Wege in die Moderne? Ist Industrialisierung auch unter autoritären staatlichen Bedingungen möglich? Selbst wenn das sowjetische Industrialisierungsmodell gescheitert ist, so stellt sich doch die Frage, ob es neben dem europäisch-bürgerlichen Weg in die Moderne auch einen asiatisch-bürokratischen gibt, der nicht zwangsläufig weniger erfolgreich ist und der durchaus auch breitenwirksam sein kann in dem Sinne, dass ein großer Teil der Bevölkerung am wachsenden Wohlstand Teil hat.

Gibt es analog zur Entwicklungsökonomie und Entwicklungssoziologie auch eine spezifische Entwicklungspolitologie? Oder formuliert die politische Ideengeschichte wie die moderne Staats- und Demokratietheorie Aussagen, die auch Gültigkeit für die Entwicklungsländer haben? Immerhin gab es in den 1970er Jahren eine intensive Debatte über den Staat in der Dritten Welt als besondere Kategorie. Die spätere Theorie des bürokratischen Entwicklungsstaates zur Erklärung des Schwellenländerphänomens in Asien wie die Debatte um Rentenstaaten weisen auf Alternativen politischer Entwicklung.

Eine weitere Kontroverse betrifft die Reichweite von Entwicklungstheorie. In den 1950er bis 1970er Jahren herrschte jenseits des Paradigmenstreits zumindest insofern Konsens, dass die Theorien und die daraus abgeleiteten Entwicklungsstrategien jeweils globale Erklärungskraft besitzen. Die fortschreitende Differenzierung der Entwicklungsländer hat Zweifel aufkommen lassen, ob große Theorien dem Gegenstandsbereich angemessen sind. Paradoxerweise ging dieser Bewusstseinswandel einher mit einem wachsenden Verständnis von Globalisierungsprozessen. Auch Entwicklungsländer sind ganz unterschiedlich von Globalisierung betroffen, können deren Gewinner oder Verlierer sein, können kaum berührt werden oder sich gar aus dem Globalisierungsprozess entziehen, so dass besser von der Gleichzeitigkeit von Globalisierung und Fragmentierung gesprochen wird.

An die Stelle von Theorien globaler Reichweite sind deshalb vielfach solche mittlerer Reichweite getreten, die nur noch einzelne gesellschaftliche Aspekte erklären wollen oder Gültig-

keit nur noch für einzelne Gruppen von Entwicklungsländern beanspruchen. So operierte die Schwellenländerdiskussion oder die Diskussion über Rentenökonomien gerade mit Indikatoren, die sie von den übrigen Entwicklungsländern unterschied. Oder es werden regionale Gruppierungen vorgenommen wie z.B. Afrika südlich der Sahara, Ostasien, Naher und Mittlerer Osten. Damit geraten historische und kulturelle Faktoren in den theoretischen Fokus, die als relevant angesehen werden, warum asiatische Länder derzeit so erfolgreich, viele afrikanische Länder hingegen Katastrophenfälle sind. In der Nachfolge der Weber-These über den Zusammenhang von protestantischer Ethik und dem Geist des Kapitalismus werden andere Hochreligionen auf ihr entwicklungsförderndes oder entwicklungshemmendes Potential untersucht.

Vergleicht man allerdings asiatische Länder untereinander, fällt es schwer, gemeinsame kulturelle oder historische Merkmale etwa von China, Malaysia und Indien zu identifizieren. Aufgrund ihrer Geschichte, ihrer Kultur, ihrer Religion, ihres gegenwärtigen politischen Systems sind sie denkbar unterschiedlich und gelten dennoch als erfolgreiche Schwellenländer. Umgekehrt fällt es schwer zu erklären, warum in Afrika Botsuana ein Erfolgsfall ist, während etwa Somalia der krasse Fall eines gescheiterten Staates ist. Führen diese Vergleiche zu der Konsequenz, dass selbst Theorien mittlerer Reichweite wenig Aussagekraft haben und jeder Fall separat erklärt werden muss? Ist nicht bereits der Begriff „Staat“ oder „Land“ in vielen afrikanischen Fällen unangebracht, wurden doch die an europäischen Kabinetttischen ausgehandelten Grenzen nach der Entkolonialisierung übernommen, kann von Staatenbildung, gar von Nationalstaatsbildung kaum die Rede sein.

1.6 Entwicklungstheorie als Produkt von Entwicklung

Entwicklungstheorie als akademische Disziplin im engeren Sinne blickt also auf eine Geschichte von etwa 60 Jahren zurück. Berücksichtigt man allerdings die Wurzeln der Querschnittsdisziplin, muss man bis zum Beginn der drei Mutterdisziplinen zurückgehen. Während die Natur- und Geisteswissenschaften im Mittelmeerraum (aber auch in Asien) vor etwa 2500 Jahren entstanden sind, handelt es sich bei den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften um junge Disziplinen im akademischen Fächerkanon. Der Beginn der Soziologie reicht zurück bis ins letzte Viertel des 19. Jahrhunderts. Die Politikwissenschaft in ihrer neueren Tradition beginnt an der Wende vom 19. auf das 20. Jahrhundert, in ihrer älteren Tradition als Teil der Politischen Ökonomie bzw. Kameral- oder Polizeywissenschaft (hiermit verwandt ist der englische Begriff policy) in der Frühen Neuzeit. Die Wirtschaftswissenschaft im modernen Sinne beginnt mit der Klassik, die bei Adam Smiths „Wealth of Nations“ von 1776

ihren Ausgangspunkt nimmt. In ihrer älteren Version reicht sie unter den Begriffen Merkantilismus oder Politische Ökonomie bis ins frühe 17. Jahrhundert zurück, als die staatswissenschaftlichen Fächer noch eine Einheit bildeten.

Der Begriff „Politische Ökonomie“ wurde erstmals 1615 von Antoine de Montchr stien (1575-1621) im Titel seines „Traict  de l'oeconomie politique“ verwendet. Die Entstehung des Merkantilismus mit seinen spezifischen englischen, französischen, deutsch- sterreichischen und italienischen Ausprägungen fiel zusammen mit der Herausbildung des absolutistischen Staats und war Folge des Entwicklungsgef lles zwischen dem Vorreiter Niederlande und den übrigen europäischen Staaten, während die Niederlande mit Hugo Grotius oder Pieter de la Court bereits im 16. Jahrhundert die ersten liberalen Autoren vorzuweisen hatten. Damit wird deutlich, dass wichtige Etappen der Ideengeschichte des Fachs im Kontext von besonderen Herausforderungen zu sehen sind. Die moderne Wirtschaftswissenschaft entstand als Gegenbewegung zum Merkantilismus im Zuge der Industriellen Revolution in Großbritannien und Frankreich, die Soziologie, als die soziale Frage im Verlauf der Industriellen Revolution immer drängender wurde, in Deutschland und Frankreich, die neuere Politikwissenschaft in den USA und Großbritannien als ersten Demokratien, die Entwicklungstheorie im engeren Sinne nach dem Zweiten Weltkrieg im Kontext des beginnenden Ost-West-Konflikts in den USA. Erst nach 1945 lassen sich theoretische Beiträge aus Lateinamerika, Afrika und Asien identifizieren.

Wenn man also verstehen will, welche entwicklungstheoretischen Aussagen, gleichviel ob analytisch oder normativ, in einer bestimmten Phase entstanden sind, ist jeweils der Kontext der realen Entwicklung zu berücksichtigen. Zum besseren Verständnis der Ideengeschichte des Fachs ist deshalb eine Skizze der realen Entwicklung, damit auch der Geschichte von Vorreitern und Nachzüglern, von Aufstieg und Niedergang in Europa und in der Welt vorangestellt, wobei gerade das Wechselspiel zwischen Europa und Asien von besonderer Bedeutung ist.

Das vormoderne Weltsystem, das in der Ära der Pax Mongolica zwischen 1250 und 1350 seine größte Ausdehnung erreichte, erstreckte sich nahezu über die gesamte eurasische Landmasse. Die Niederlande und Oberitalien, selbst der Mittelmeerraum, waren nur der ferne Westen, fast schon die Peripherie dieses Weltsystems mit seinem Zentrum im Becken des Indischen Ozeans. Indien und China waren Europa damals in jeder Hinsicht weit überlegen. Dies ist der Grund, warum in Europa die Suche des Seewegs nach Indien im 15. Jahrhundert ein großes Thema war. Die Europäer wollten den direkten Zugang zu den Sch tzen des Orients, über die seit Marco Polo (1254-1325) sagenhafte Berichte vorlagen, und damit

den Zwischenhandel der Araber und Osmanen auf den Routen über das Rote Meer und den Persischen Golf umgehen. Als die Portugiesen nach langer Suche 1498 endlich in Indien angekommen waren, mussten sie feststellen, dass die Araber dort schon lange etabliert waren und dass man den Indern wirtschaftlich hoffnungslos unterlegen war. Die Teilnahme am Gewürzhandel konnte nur militärisch erzwungen werden. Die Präsenz der Portugiesen in Asien als Seemacht blieb im gesamten 16. Jahrhundert nur randständig, beschränkte sich auf einige Hafenkolonien (Hormuz, Goa, Diu, Malacca, Macao etc.) und Faktoreien. Die Handelsbilanz war negativ, weil die Asiaten keinen Bedarf nach europäischen Produkten hatten, die gegen Gewürze, Seide, Baumwolltextilien oder andere Luxusgüter hätten getauscht werden können. In China wurden sie lediglich in der winzigen Enklave Macao geduldet, in Japan 1637 sogar wieder des Landes verwiesen.

Ganz anders die Spanier, die auf der Westroute den Seeweg nach Indien gesucht, stattdessen aber Amerika gefunden hatten. Auch diese stießen auf Hochkulturen, vermochten diese aber militärisch zu besiegen und später als Landmacht große Teile Amerikas flächendeckend zu kolonisieren. Neben der Anlage von Zuckerplantagen in der Karibik war der Silberbergbau in Mexiko und Peru die Haupteinnahmequelle. Dieses Silber diente als „politisches Silber“ der Finanzierung des spanischen Militärapparats in Europa. Auf diese Weise gelangte es über diverse Zwischenstationen auch nach Asien, um die negative Handelsbilanz auszugleichen. Damit wurde das amerikanische Silber zum ersten Schmiermittel der Weltwirtschaft und trug wesentlich dazu bei, dass der europäische Fernhandel überhaupt expandieren konnte. Brasilien, das aufgrund des Tordesillas-Vertrages Portugal zugesprochen war, diente anfänglich nur als Zwischenstation auf dem langen Weg nach Asien.

Der Vergleich des portugiesischen Kolonialismus in Asien und des spanischen Kolonialismus in Amerika macht die grundlegende Weichenstellung zu Beginn des 16. Jahrhunderts deutlich. Die asiatischen Hochkulturen blieben nahezu unbeeindruckt. Portugal gründete zwar den Estado da India mit der Hauptstadt Goa, beschränkte sich aber darauf, die Seeverbindungen von Europa nach Asien und im Becken des Indiks zu kontrollieren, um aus der Besteuerung des Seehandels eine Rente zu erzielen. Der um Afrika herum gelenkte Gewürzhandel konnte den Transithandel auf den alten Routen durch das Osmanische Reich nach Europa nur wenig beeinträchtigen. In Amerika hingegen führte der Kolonialismus nicht nur zur Zerstörung der alten Hochkulturen, sondern als Folge der Immigration, der Zwangsarbeit und der eingeschleppten Krankheiten zu einer weitgehenden Ausrottung der Bevölkerung. Der Kontinent wurde schrittweise in eine zuvor unbekannte internationale Arbeitsteilung eingebunden, bei der Plantagen- und Minenprodukte gegen europäische Fertigwaren getauscht wurden. Eine eigene Manufaktur war den Kolonien untersagt.

Afrika, aufgrund des Tordesillas-Vertrages in der portugiesischen Hälfte gelegen, nahm eine Zwischenposition ein. Einerseits wurde es Quelle eines florierenden transatlantischen Sklavenhandels, um die ausgerottete indianische Bevölkerung in Amerika zu ersetzen. An dem einen Ende waren die Portugiesen die Sklavenhändler, an dem anderen Ende die Spanier die Abnehmer und Sklavenhalter. Dies konstituierte den berüchtigten Dreieckshandel zwischen Europa, Westafrika und der Karibik. Andererseits blieb die europäische Kolonisierung Afrikas bis ins späte 19. Jahrhundert nur randständig, wurde der Kontinent als letzter in die Weltwirtschaft integriert. In Spanien und Portugal wirkte der koloniale Handel und die Plünderung der Kolonien kaum entwicklungsfördernd, da die Erträge weitgehend für die Herrschaftskosten des portugiesischen Seereiches und des spanischen Imperiums verwendet wurden.

Dies änderte sich grundlegend Ende des 16. Jahrhunderts, als sich in den Niederlanden aufgrund vielfältiger innovatorischer Leistungen die erste moderne Ökonomie der Welt herausbildete. Nicht zufällig emanzipierte sich der wirtschaftlich am weitesten entwickelte Teil des Spanischen Reiches in einem langen Unabhängigkeitskampf. An dessen Ende stand der Ruin der Spanischen Habsburger und in den Nördlichen Niederlanden mit Amsterdam das neue kommerzielle und finanzielle Zentrum der Weltwirtschaft. Dank ihrer hohen Wettbewerbsfähigkeit waren die Niederlande in der Lage, die innereuropäische Arbeitsteilung von der Ostsee bis in den Mittelmeerraum zu dirigieren und auch nach Übersee auszugreifen. In Asien konnte Portugal weitgehend aus dem Geschäft gedrängt werden, in Brasilien gelang dies nur für kurze Zeit. Während sie in Europa diverse See- und Landkriege mit den aufstrebenden Engländern und Franzosen führte, einigte man sich in Asien mit England auf zwei Einflusszonen, eine englische in Indien und eine niederländische in Indonesien. Obwohl die niederländischen und später auch die englischen Aktivitäten in Asien weit über das portugiesische Engagement hinausgingen, weil eine territoriale Expansion über die Hafenkolonien und Faktoreien hinaus betrieben wurde, so berührte dies das asiatisch-europäische Entwicklungsgefälle bis weit ins 18. Jahrhundert kaum. Noch um 1800 dürfte etwa die Hälfte des Weltsozialprodukts in Indien und China erzeugt worden sein.

Entwicklungstheoretisch interessanter waren zunächst die Reaktionen der europäischen Nachzügler auf den Vorreiter Niederlande. England betrieb ab 1650 mit der Navigationsakte und der Stapelakte einen Merkantilismus, der auf den Außenhandel beschränkt blieb mit dem Ziel, die niederländische Dominanz auf dem maritimen Sektor zu brechen, die eigene Handelsmarine zu fördern und sich als Seemacht zu etablieren. Da die Niederländer dies nicht so ohne weiteres hinnehmen wollten, wurden drei Seekriege geführt, bis am Ende des

Spanischen Erbfolgekrieges (1713) um die Aufteilung des Spanischen Reichs Großbritannien als führende See- und Handelsmacht sich durchsetzen konnte.

Das vergleichsweise mächtigere und wohlhabendere Frankreich entwickelte unter Colbert in der Regierungszeit Ludwig XIV. ein umfassendes Programm staatlicher Regie über die Wirtschaft, das weit über die Außenwirtschaft hinaus ging und auch die Gewerbeförderung im inneren umfasste.

Mit Hilfe der merkantilistischen Politik konnten sich die europäischen Nachzügler der ersten Generation (Großbritannien und Frankreich) gegen den Vorreiter Niederlande durchsetzen und diesen militärisch wie wirtschaftlich in die Schranken verweisen. In Übersee ging der Konflikt unentschieden aus. In der Neuen Welt dehnte sich Großbritannien auf Kosten Spaniens in Nordamerika und der Karibik aus und kreierte den Typ der Siedlerkolonie. In Asien blieb es beim Patt mit den Niederländern. Frankreich und die übrigen europäischen Mächte wurden aus Indien verdrängt. In Afrika errang man ab 1713 das Privileg des Sklavenhandels. China zeigte sich weiterhin widerspenstig und verweigerte den Niederländern wie den Engländern den ungehinderten Zugang zum chinesischen Markt.

Ein neuerlicher Wandel setzte erst im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts mit der Industriellen Revolution ein, die in Großbritannien ihren Ausgang nahm. Es wurde nicht nur zur Führungsmacht in Europa und setzte die übrigen europäischen Länder einem harten Verdrängungswettbewerb aus, auch im Verhältnis zu Asien trat erstmals ein grundsätzlicher Wandel ein. Großbritannien importierte seitdem nicht mehr Baumwolltextilien aus Indien, um sie in Europa weiter zu vermarkten, die anfänglich gegen die indische Konkurrenz geschützte britische Baumwollindustrie machte derart rasche Produktivitätsfortschritte, dass umgekehrt die indische Textilmanufaktur niederkonkurriert wurde. Erst seit etwa 1800 setzte der Niedergang Indiens ein, kam der Handel auf den alten Routen nach Europa wirklich zum Erliegen, trug dies zum Niedergang der Levante bei. Die expandierende Baumwollindustrie führte auch zum Aufschwung des Plantagensektors in den amerikanischen Südstaaten und zu einem neuerlichen Schub für den Sklavenhandel.

Erst nach dem industriellen Durchbruch kam es in Großbritannien zum programmatischen Wechsel vom Merkantilismus zum Liberalismus der Klassischen Politischen Ökonomie. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts wurden deren Ideen politisch umgesetzt, als eine liberale Mehrheit im Parlament zunächst einseitig das Freihandelsprinzip (Abschaffung der Kornzölle, Aufhebung der Navigationsakte u.a.) gegen den Widerstand der konservativen Gentry durchsetzte, die ihre Grundrente verteidigen wollte. Baumwolle und Getreide gegen Fertig-

waren waren die Grundlage des freihändlerischen Bündnisses zwischen amerikanischen Südstaaten und den Staaten des Mittleren Westens mit den britischen Manchesterleuten vor dem amerikanischen Bürgerkrieg. Großbritannien war wohlgerne nicht dank der Verfolgung liberaler Prinzipien zur industriellen Führungsmacht aufgestiegen, sondern dank merkantilistischer Politik gegen die niederländische Konkurrenz. Erst nachdem man an der Spitze stand, wurde das liberale Gedankengut zur herrschenden Lehre. Über ein System von Handelsverträgen, die über die Meistbegünstigungsklausel miteinander verknüpft waren, wurde der Freihandel in Europa für einige Jahrzehnte zur herrschenden Praxis, während man in Übersee zum Mittel der „Kanonenbootdiplomatie“ griff, um die Märkte zu öffnen. Als China dem britischen Opiumschmuggel energisch entgegentrat, setzten die Briten die Öffnung mit Gewalt durch. Ähnliches geschah mit Japan und Siam. Seitdem akzentuierte sich das Gefälle zwischen Europa und Asien. Indien musste einen Niedergang hinnehmen, wurde kolonisiert, während China stagnierte und nur kommerziell durchdrungen wurde, aber seine territoriale Integrität behaupten konnte.

Als mit Deutschland und den USA die zweite Generation der Nachzügler im Westen auf den Plan trat, kam es zu wachsender Rivalität mit Großbritannien. Die Unabhängigkeit der USA entzündete sich an der Frage, ob die amerikanischen Kolonien über eine Besteuerung von Seiten des Mutterlandes an den Herrschaftskosten des Empire zu beteiligen waren. Nach der Unabhängigkeit betrieben die USA eine protektionistische Politik, da bereits der erste amerikanische Finanzminister Alexander Hamilton erkannt hatte, dass zu der politischen die wirtschaftliche Emanzipation vom Mutterland hinzutreten musste.

Deutschland, aber auch andere europäische Länder, kehrten seit der Großen Depression (1873-1896) zum Schutzzoll zurück, orientierten sich eher an den Lehren Friedrich Lists als am Liberalismus der Klassik. Etwa um 1900 waren sowohl die USA wie Deutschland dabei, Großbritannien industriell zu überholen und einen wachsenden Anteil am Welthandel zu erobern. Großbritannien als alte weltwirtschaftliche und industrielle Führungsmacht stand vor dem Dilemma zwischen Festhalten an der liberalen Orientierung und Behauptung der Wohlfahrtsgewinne durch den Freihandel, aber schrittweiser Deindustrialisierung oder Einschwenkungen auf die protektionistische Linie und Aufgabe der weltwirtschaftlichen Führungsrolle, die nur noch im Bereich der internationalen Dienstleistungen (Handel, Schifffahrt, Finanzierung) behauptet werden konnte. Da das Land als einziges den liberalen Dogmen treu blieb, kehrte sich der Peripheriesierungsdruck um. Das erste Land der Industriellen Revolution wurde zum ersten Land des industriellen Abstiegs. Der nachholende Kolonialismus Deutschlands und der USA blieb begrenzt. Die USA vermochten zwar bis an die Pazifikküste zu expandieren und sich die ehemals französischen und spanischen Territorien in Nordame-

rika einzuverleiben, die Kolonisierungsbestrebungen in der Karibik und im Pazifik blieben bis auf die Philippinen gering. Immerhin etablierten sich die USA als pazifische Seemacht. Weil man in China zu spät gekommen war, propagierte man dort das liberale Prinzip der „open door“, das sich mit der eigenen antikolonialen Tradition gut vereinbaren ließ.

Afrika südlich der Sahara war der eigentliche Schauplatz eines verspäteten Kolonialismus, wobei es nicht mehr um die Aufteilung „herrenloser Gebiete“ ging, sondern auch um die Konkurrenz der imperialistischen Mächte untereinander. Der Burenkrieg um die Kontrolle Südafrikas und seiner Rohstoffe war der Höhepunkt dieses Konflikts. Lateinamerika war schon Anfang des 19. Jahrhunderts weitgehend unabhängig geworden dank der Schwäche der iberischen Kolonialmächte, der programmatischen Schützenhilfe der Französischen Revolution und der Unabhängigkeit der Neuengland-Kolonien. Die Unabhängigkeit Lateinamerikas änderte aber nichts an deren Einbindung in die internationale Arbeitsteilung, nur dass nicht mehr Spanien und Portugal, sondern Großbritannien und zunehmend die USA die Partner wurden. Den Verlust Nordamerikas kompensierten die Briten mit dem Aufbau des Zweiten Empire in Australien, Neuseeland, Südafrika und Ostafrika und der schrittweisen Eroberung Indiens und anderer asiatischer Länder.

Gleichzeitig expandierten Ende des 19. Jahrhunderts die Nachzügler der dritten Generation - Russland in der Endphase des Zarenreiches und Japan. In Zentralasien war Großbritannien der russische Gegner, in Ostasien Japan. Verlierer war wieder China, das auf sein hanchinesisches Kernland zurückgedrängt wurde. Auch diese Generation der Nachzügler setzte keineswegs auf die liberale Karte, im Gegenteil, neben die Außenhandelspolitik trat eine umfassende Industriepolitik, die Japan zum Modell des bürokratischen Entwicklungsstaates machte.

Der Erste Weltkrieg war im Kern ein Hegemonialkonflikt zwischen alten und neuen Industrieländern, der am Ende durch den Eintritt der neuen wirtschaftlichen Führungsmacht USA entschieden wurde, während das zaristische Russland wie das Osmanische Reich und Österreich-Ungarn an diesem Konflikt zerbrochen sind. Die Zwischenkriegszeit wurde durch die Weltwirtschaftskrise geprägt. Großbritannien, das bis zuletzt an den liberalen Prinzipien Freihandel und Goldstandard festgehalten hatte, war nicht mehr in der Lage, die Krise erfolgreich zu bekämpfen. Die USA, die es vielleicht schon gekonnt hätten, waren noch nicht bereit, eine internationale Führungsrolle zu übernehmen, sondern beharrten auf ihren isolationistischen Prinzipien. Konsequenz war der Zerfall der Weltwirtschaft in große Blöcke, die unterschiedlicher Programmatik folgten. Im angelsächsischen Bereich löste der Keynesianismus die Neoklassik als herrschende Lehre ab und wurde im New Deal der Roosevelt-Ära

zum Leitbild der Wirtschaftspolitik. Die Sowjetunion ging Ende der 1920er Jahre zum System der Planwirtschaft und des staatlichen Eigentums an Produktionsmitteln über. Finanziert wurde deren ambitioniertes Programm vorrangiger Schwerindustrialisierung auf Kosten der Landwirtschaft, die zu diesem Zwecke zwangskollektiviert wurde. In Deutschland, Italien, Spanien und einigen Balkanländern wurde eine Wirtschaftspolitik unter faschistischen Vorzeichen verfolgt. Auch wenn das Privateigentum nicht grundsätzlich in Frage gestellt wurde, so bekam der Staat doch eine bestimmende Rolle. Deutsches Ziel war eine autarke Großraumwirtschaft in Zentral- und Osteuropa. In Asien schließlich expandierte Japan auf dem Kontinent und exportierte das Modell des bürokratischen Entwicklungsstaates nach Korea, Taiwan und in die Mandschurei. Selbst in China begann während der Guomindang-Ära der 1920/30er Jahre eine Politik der wirtschaftlichen Reformen, die die Stagnation des Kaiserreiches überwinden, China die volle Souveränität zurückbringen und eine staatlich geförderte Industrialisierung in Gang setzen sollte. Damit war der Liberalismus als ordnungspolitisches Modell weltweit auf dem Rückzug.

Ähnlich dem Ersten Weltkrieg lässt sich auch der Zweite Weltkrieg als Konflikt auf- und absteigender Großmächte interpretieren, bei dem auch unterschiedliche ordnungspolitische Modelle aufeinanderprallten. Die aus der Not geborene Koalition der Alliierten zerbrach nach der deutschen und japanischen Niederlage, nicht zuletzt, weil die ordnungspolitischen Grundsätze diametral entgegengesetzt waren. Da der eskalierende Ost-West-Konflikt einherging mit der zweiten Welle der Entkolonialisierung in Asien, rasch gefolgt von der dritten Welle in Afrika, politisierte sich auch die Entwicklungsproblematik auf ganz neue Weise. Sollte das westliche Modell aus Demokratie, Privateigentum und Marktwirtschaft oder das östliche Modell aus Diktatur, Staats- bzw. Kollektiveigentum und Planwirtschaft zum Modell für die postkolonialen Gesellschaften werden und damit die Machtbalance zwischen Ost und West verändern? Die Sowjetunion hatte ihr Modell nach 1945 Osteuropa oktroyiert, war dabei, es auch auf Ostasien (Nordkorea, Innere Mongolei, China und Vietnam) zu übertragen und reklamierte ihren Sozialismus als Königsweg zur Lösung der Entwicklungsproblematik.

Der Westen, das heißt in erster Linie die USA, musste sein Modell dagegenstellen, wobei den besonderen Bedingungen der postkolonialen Gesellschaften Rechnung zu tragen war. Entsprechende Entwicklungsstrategien waren zu entwickeln, die durch Entwicklungshilfe umgesetzt oder unterstützt werden sollten. Begründet und legitimiert wurden diese Strategien unter dem Dach der Modernisierungstheorie durch eine neue Disziplin, die Entwicklungstheorie. Diese orientierte sich ganz selbstverständlich an der damals herrschenden Volkswirtschaftslehre, dem Keynesianismus, an der Fortentwicklung der klassischen Soziologie durch den Strukturfunktionalismus und an den Theorien von Nationalstaatsbildung und

Demokratisierung, die aus den angelsächsischen Reeducationprogrammen und Demokratisierungsbestrebungen bei den Kriegsgegnern Deutschland, Italien und Japan entlehnt waren. Diese hatten Modernisierung unter autoritären Vorzeichen betrieben, die von der gleichzeitig entstehenden Totalitarismustheorie als pathologische Abweichung vom angelsächsischen Weg in die Moderne bezeichnet worden war.

In Reaktion auf die Ost-West-Konstellation etablierte sich seit der Bandung-Konferenz (1955) die „Blockfreien-Bewegung“ als dritte Kraft, die programmatisch einen Weg zwischen Sozialismus und Kapitalismus verfolgen wollte. Faktisch war es eher eine Schaukelpolitik und das Bestreben, möglichst viele Transferzahlungen aus beiden Lagern zu ergattern. Das sowjetische Modell wurde nur in wenige Entwicklungsländer (China, Nordkorea, Vietnam, Kuba, Angola, Mozambique, Äthiopien etc.) exportiert, nur wenige versuchten tatsächlich einen dritten Weg (Indien in den 1950er Jahren, Algerien, Tansania), während die meisten auf die westliche Karte setzten. Lateinamerika orientierte sich am stärksten an den USA. Es ist deshalb kein Zufall, dass hier, als die erhofften Erfolge im Ansatz steckenblieben, in Form der Dependenztheorie die radikale Kritik an der westlichen Modernisierungstheorie und Entwicklungsökonomie formuliert wurde. Anstelle der internen entwicklungshemmenden Faktoren wurden die externen, in der Struktur der Weltwirtschaft verorteten, Blockaden in den Vordergrund gerückt.

Die Krise der Großtheorien begann allerdings erst Ende der 1970er Jahre als Folge der einsetzenden Differenzierung der Entwicklungsländer in Schwellenländer, Ölländer, „normale“ Entwicklungsländer und ganz arme Länder. Das Beispiel der Kartell-Politik der OPEC war Anlass, eine neue Weltwirtschaftsordnung zu konzipieren, die eine Art globalen Keynesianismus zum Ziel hatte. Die Erkenntnis, dass das japanische Modell des bürokratischen Entwicklungsstaates in Südkorea, Taiwan und Singapur kopiert wurde, war Anlass für eine staatstheoretische Diskussion. China reklamierte nach dem Schisma mit der Sowjetunion in den 1960er Jahren einen eigenen Weg zum Aufbau des Sozialismus und ein entwicklungspolitisches Modell, für die übrige Dritte Welt. In manchen afrikanischen Ländern, so im Falle der Ujamaa-Bewegung in Tansania, wurde tatsächlich damit experimentiert.

Ein neuerlicher Schwenk erfolgte in den 1980er Jahren, als der Neoliberalismus den Keynesianismus als herrschende Lehre in der Wirtschaftswissenschaft ablöste. Konsequenterweise führte dies zur „konterrevolutionären“ Wende in der Entwicklungstheorie. Die Besonderheit einer (keynesianischen) Entwicklungsökonomie wurde geleugnet, Neoliberalismus als adäquates Konzept zur Lösung der Entwicklungsländerprobleme reklamiert. Seinen Ausdruck fand dies im Washington-Konsens. Die neoliberale Wende trug dazu bei, dass das

Spektrum der Entwicklungsländer von Gewinnern und Verlierern der Globalisierung sich erweiterte. Der Wiederaufstieg Asiens setzte sich fort mit den Schwellenländern der zweiten Generation (Malaysia, Thailand, Indonesien), zu denen China seit dem radikalen Kurswechsel des Jahres 1978, der Abwendung vom Maoismus und der Hinwendung zu einer Politik der Öffnung und Modernisierung des Landes als besonderes Schwergewicht hinzutrat.

Neu gemischt wurden die Karten seit dem Zerfall der Sowjetunion, der Transformationsprozesse in Osteuropa und dem Ende des Ost-West-Konflikts. Da das politische Motiv für Entwicklungspolitik entfallen war, wurde die Hilfe des Ostens eingestellt, die Hilfe des Westens drastisch reduziert. Eine Konsequenz in Afrika südlich der Sahara war der Zerfall staatlicher Strukturen in vielen Ländern. Erst jetzt offenbarte sich, welche stabilisierende Funktion die Militär- und Wirtschaftshilfe des Westens wie des Ostens gehabt hatte, selbst wenn die angestrebte Entwicklung ausgeblieben war. Damit wurde der sich seit den 1970er Jahren abzeichnende Differenzierungsprozess weiter forciert. Die Ölexportierenden Länder am Persischen Golf sind eine Region des rentenfinanzierten Wohlstands, große Teile Asiens sind zu jungen Industrieländern aufgestiegen und damit die eigentlichen Gewinner der Globalisierung, Lateinamerika behält sein heterogenes Bild von Entwicklung und Unterentwicklung, Afrika südlich der Sahara ist bis auf wenige Ausnahmen zur großen Krisenregion der Welt abgestiegen. Osteuropa holt auf, die Deindustrialisierung in Westeuropa und Nordamerika setzt sich fort. Große Teile Asiens, allen voran China und Indien, sind auf dem besten Weg, in die weltwirtschaftliche Führungsposition zurückzukehren, die sie zwischen 1500 und 1800 verloren haben. Die neue Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise der Jahre 2008/2009 hat zu einer Renaissance des Keynesianismus geführt und die Hegemonie des neoliberalen Denkens endgültig gebrochen. Dies wird auch entwicklungstheoretische Konsequenzen haben und die Repolitisierung der Entwicklungstheorie fördern.

Diese Trends werfen ganz neue theoretische Fragen auf. Im Zentrum steht dabei, ob es, anders als die Modernisierungstheorie behauptet, auch wenn diese durch die Transformationsprozesse in Osteuropa eine späte Bestätigung und kurzzeitige Renaissance erfahren hat, doch verschiedene Wege in die Moderne gibt. Neben dem westlichen gibt es den östlichen des bürokratischen Entwicklungsstaates, der nicht zwangsläufig dem westlichen Demokratie-Modell folgt. In Japan, Taiwan oder Südkorea ist, so die These, die Demokratisierung nur der amerikanischen Intervention nach 1945 zu verdanken, während Malaysia, Singapur, Vietnam und vor allem China zeigen, dass Industrialisierung auch ohne Demokratisierung möglich ist. Eine weitere grundsätzliche Frage lautet, warum ausgerechnet Asien so erfolgreich ist, das Profil Lateinamerikas so ambivalent bleibt und Afrika zum großen Krisenkonti-

nent geworden ist. Zur Beantwortung dieser Fragen reicht die herkömmliche Entwicklungstheorie nicht aus, sind kulturelle, religiöse und historische Faktoren zu bemühen.

2. Die Paradigmen der entwicklungspolitischen Ideengeschichte

2.1. Die lange Vorgeschichte: Die Klassiker vom Merkantilismus bis in die 1930er Jahre

Die Wurzeln der Entwicklungstheorie gehen zurück auf eine Epoche der Wirtschaftspolitik, die erstmals von Adam Smith Merkantilismus, in Frankreich nach dem Finanzminister Ludwigs XIV. Colbertismus und in Deutschland Kameral- oder Polizeywissenschaft genannt wurde. Der Merkantilismus war allerdings kein ausgefeiltes theoretisches Lehrgebäude, sondern eine Summe praktischer Maßnahmen im Bereich der Finanz-, Industrie-, Infrastruktur-, Außenhandels-, Kolonial- und Gesellschaftspolitik, die darauf abzielten, die politische und militärische Machtentfaltung der sich herausbildenden europäischen Nationalstaaten im Zeitalter des Absolutismus auf eine solide wirtschaftliche Basis zu stellen.

Allerdings wurden die ersten merkantilistisch orientierten Schriften und deren politische Konsequenzen noch vor ihrer eigentlichen Blüte durch deren liberale Kritik in Frage gestellt. Anfang des 17. Jahrhunderts verfasste der Niederländer Hugo Grotius (1583–1645) mit seiner Schrift „De Mare Liberum“ (Die Freiheit des Meeres oder über das Recht der Holländer auf freien Indienhandel), 1609 zunächst anonym veröffentlicht, den Generalangriff auf den Mare Clausum-Anspruch der Portugiesen und Spanier auf den Weltmeeren und eröffnete damit die erste große entwicklungspolitische Debatte. Hintergrund war der Vertrag von Tordesillas zwischen Kastilien und Portugal aus dem Jahre 1494, in dem die beiden Entdeckungsnationen auf Vermittlung des Papstes kurz nach der ersten Kolumbus-Reise (1492) die bislang erkundete überseeische Welt und alles, was künftig noch entdeckt werden sollte, in eine kastilisch-spanische und eine portugiesische Hälfte aufteilten. Diese Demarkationslinie verlief 1184 Meilen westlich der Kap Verden von Pol zu Pol durch den Atlantik. Aufgrund des Tordesillas-Vertrages fiel Amerika bis auf die Ostspitze (Brasilien) an Kastilien, Afrika und Asien an Portugal. 1529 wurde im Vertrag von Saragossa eine entsprechende Demarkationslinie im Pazifik gezogen, die aber nur wenig praktische Relevanz hatte.

Der König von Portugal, Manuel I, trug seit 1501 den Titel „König von Portugal und der Algarve, Herr der Eroberungen, der Seefahrt und des Handels mit Indien, Äthiopien, Arabien

und Persien", eine Metapher für die gesamte afrikanisch-asiatische Welt südlich und östlich des Osmanischen Reiches. In der Folgezeit gründeten die Portugiesen den Estado da India mit der Hauptstadt Goa, eine Kette von Forts und Faktoreien an der west- und ostafrikanischen Küste, der arabischen Halbinsel, in Indien, der indonesischen Inselwelt, China und sogar Japan. Absicht war nicht nur, den traditionellen Gewürzhandel zwischen Asien und Europa auf die Route um Afrika herumzulenken, sondern auch die Kontrolle des innerasiatischen Seehandels, um diesen zu besteuern. Auf diese Weise erzielten die Portugiesen eine Rente, mit der die Herrschaftskosten des Estado bestritten werden sollten.

Das System funktionierte aus portugiesischer Sicht, solange keine dritte europäische Macht den Tordesillas-Vertrag in Frage stellte. Dies änderte sich zu Beginn des 17. Jahrhunderts mit dem Abfall der Niederlande von Spanien. Als die Vereinigte Ostindische Kompanie (VOC), von den Generalstaaten mit dem Monopol des Asienhandels ausgestattet, die ersten Flotten aussandte, um sich ein Stück des lukrativen Asienhandels zu sichern, stießen sie auf den erbitterten Widerstand Portugals. Anlässlich der Kaperung einer vollbeladenen portugiesischen Karacke, der St. Katharina, in der Straße von Malacca durch den Kapitän van Heemskerck im Dienste der VOC eskalierte der Konflikt. Die St. Katharina wurde nach Emden verbracht und dort, gedeckt durch das niederländische Prisenrecht, versteigert. Angesichts der außerordentlichen Höhe des Erlöses kamen den Aktionären der VOC Skrupel, ob der Vorgang rechtens sei. Sie beauftragten den noch jungen Juristen Grotius mit einem Gutachten. Diese Schrift, „De jure praedae“ (über das Prisenrecht), wurde erst Mitte des 19. Jahrhunderts aus dem Nachlass veröffentlicht. Für Zündstoff sorgte das Kapitel „De Mare Liberum“, in dem Grotius eine naturrechtliche Argumentation vorlegte, wieso das Meer niemandem gehöre und folglich für jeden zur wirtschaftlichen Nutzung (Schifffahrt, Handel, Fischfang) offen stehe. Die Kaperei portugiesischer Schiffe in asiatischen Gewässern zur Durchsetzung des Grundsatzes „Freiheit der Meere“ sei also rechtens, im Sinne der Lehre vom gerechten Krieg sogar legitim. Dahinter verbarg sich erstmals der Grundsatzkonflikt zwischen einem staatlichen Monopolanspruch und der Idee der freien Konkurrenz.

Die spanische Krone erkannte die Brisanz der Argumentation, da hier der spanisch-portugiesische Anspruch über die Kolonien und den Kolonialhandel in Frage gestellt wurde, und beauftragte Seraphim de Freitas (1570-1633) mit einem Gegengutachten, das dieser 1625 unter dem Titel „De iusto imperio Lusitanorum“ (Über die rechtmäßige Herrschaft der Portugiesen in Asien) vorlegte. Er begründete den portugiesischen Anspruch mit der Legitimation des Papstes, dem Recht des Entdeckers, den hohen Kosten, die Portugal für die Erkundung des Seewegs nach Indien aufgebracht habe, u.a.

Noch komplexer wurde die Debatte, als auch zwei Engländer, William Welwood (1566-1624) 1613 mit „Abridgement of All the Sea-Laws“ und John Selden 1617 mit „Mare Clausum“ in die Debatte eingriffen. Das Problem war, dass das Mare Clausum-Prinzip nicht nur von Portugal im Indik oder von Spanien in der Karibik verfolgt wurde, sondern auch in europäischen Gewässern galt. Venedig betrachtete die Adria als ein venezianisches Meer, die Dänen erhoben den Sund-Zoll und besteuerten die Durchfahrt in die Ostsee und England reklamierte die umliegenden Gewässer (Nordsee, Kanal, Irische See) für sich und damit das exklusive Recht zu Fischfang und Schifffahrt. Das Argument des Festlandsockels wurde hier erstmals vorgebracht.

Im Prinzip standen sich eine rentenorientierte, eine merkantilistische und eine liberale Position gegenüber. Die Niederlande argumentierten von der Warte des Vorreiters, der durch die freie Konkurrenz aufgrund seiner Überlegenheit als aufstrebendes kommerzielles Zentrum der Welt den größten Vorteil erwarten konnte. Spanien und Portugal argumentierten von der Warte der bereits im Abstieg befindlichen Mächte, die ihre Renteneinkünfte, Resultat einer politisch ausgehandelten Monopolsituation, behaupten wollten. England hingegen argumentierte aus der Perspektive des europäischen Nachzüglers, der Schutzmaßnahmen gegen die überlegene niederländische Konkurrenz ergreifen wollte.

Im Hintergrund ging es um die Behauptung der spanischen Universalmonarchie, die auch die Kontrolle der Weltwirtschaft für sich beanspruchte, gegen das von den Niederlanden (und England) formulierte Souveränitätsprinzip. Die VOC schloss ihrerseits durchaus exklusive Handelsverträge mit asiatischen Fürsten. Grotius rechtfertigte diesen Widerspruch mit deren Souveränität und trug damit einen weiteren Angriff auf den Estado da India vor. Erstmals wurde hier für nichteuropäische Staaten das Recht auf Souveränität eingeräumt, wenn man so will der Beginn der Entkolonialisierung gleich an ihrem Beginn. Ferner ging es um die Frage, ob die Krone, wie im Falle Portugals oder Spaniens, oder bürgerliche Kräfte, wie im Falle der Aktionäre der VOC, die Akteure des Kolonialhandels und der Kolonialpolitik sein sollten. Der Keim der aktuellen Debatte zwischen einem „staatsfreundlichen“ und einem „marktfreundlichen“ Ansatz war bereits erkennbar. Auch im Konflikt zwischen den Niederlanden und England ging es um die Frage, ob der Staat seinen aufstrebenden bürgerlichen Kräften Flankenschutz gegen überlegene Konkurrenz geben soll oder ob letztlich die internationale Konkurrenz auf dem Weltmarkt die Regulierungsinstanz zu sein habe.

Paradox war allerdings, dass der niederländische Staat sich im 17. Jahrhundert im Inland weitgehend aus der Wirtschaft heraushielt, in Übersee aber zwei Kolonialgesellschaften, der VOC in Ostindien und der WIC in Westindien, weitreichende wirtschaftliche, politische und

sogar militärische Privilegien und Monopole einräumte, so dass hier von der Privatisierung des Kolonialismus gesprochen werden kann. Deshalb gab es in den Niederlanden bereits lange vor Adam Smith, etwa Pieter de la Court (1618-1685), Autoren, die die Privilegien der Handelskompanien kritisierten und eine liberale Politik auch im Bereich des Kolonialhandels forderten.

Die Blüte des Merkantilismus folgte erst später im 17. und 18. Jahrhundert. Seine Hauptvertreter stammten bezeichnenderweise nicht aus den Niederlanden, sondern aus den aufstrebenden Nationen England und Frankreich, mit Abstrichen auch aus Deutschland und Italien. In Frankreich gehörten dazu neben Jean Baptiste Colbert (1619-1683) vor allem Barthélemy de Laffemas (1545-1612), Maximilien de Béthune Sully (1560-1641), Sébastien de Vauban (1633-1707), der als erster Ingenieur des Königs auch für die Festungsbauten Frankreichs zuständig war, ferner Pierre le Pesant de Boisguillebert (1646-1714) und François de Forbonnais (1722-1800). In England beginnt die ideengeschichtliche Ahnengalerie mit John Hales (? – 1571) und setzte sich fort mit Thomas Mun (1571-1641), Gerard de Malynes (1586-1641) und Josiah Child (1630-1699), der zugleich auch Direktor der berühmten East India Company war. Prominente Kameralisten in Deutschland und Österreich waren Veit Ludwig von Seckendorff (1626-1692), Johann Joachim Becher (1635-1682), Philipp Wilhelm von Hörnigk (1640-1714), Johann Heinrich Gottlieb von Justi (1717-1771) und Joseph von Sonnenfels (1733-1817). In Spanien wurde die merkantilistische Lehre vernachlässigt, vielleicht weil man mit den Silberminen in Mexiko und Peru fast ein Monopol bei der weltweiten Förderung von Edelmetall hatte und es deshalb nicht im Außenhandel verdienen, sondern „nur“ zu fördern und sicher nach Europa zu schaffen hatte. Dass der permanente Abfluss von Edelmetall an die Konkurrenten Niederlande, England und Frankreich, über den die spanische Macht buchstäblich zerrann, auch mit der Ignoranz in Fragen der Politischen Ökonomie zu tun hatte, erkannten die spanischen Zeitgenossen offenbar nicht.

Die Unterschiede bestanden aber nicht nur im zeitlichen Auftreten des Merkantilismus, sondern auch in den Akteuren, Interessenten und Instrumenten merkantilistischer Politik. In England war das Parlament während der Herrschaft Cromwells (1649-1666) und später seit der Glorious Revolution (1688-1689) die entscheidende Instanz. Das Parlament verabschiedete die Gesetze (Navigation Act - 1651, Staple Act – 1660, Corn Laws etc.), mit denen der Außenhandel reglementiert wurde. Nutznießer waren die Fernhandelskaufleute gegen die niederländische Konkurrenz, der Grundbesitz, um die Getreidepreise und damit die Grundrente hochzuhalten, und zuletzt die junge Baumwollindustrie (Kaliko-Gesetze), weil auch diese gegen niederländische und vor allem indische Konkurrenz zu schützen war. Im absolutistischen Frankreich war die Bürokratie der Akteur merkantilistischer Politik, wobei hier nicht nur der

Außenhandel reguliert wurde, sondern unter Colbert ein umfassendes System staatlicher Regie über die Wirtschaft insgesamt errichtet wurde. In Italien ging es um die Rolle der Banken und die Geldpolitik, in Deutschland um die Maximierung der Einkünfte der Territorialfürsten, die in der fürstlichen Rentenkammer verwaltet wurden. Deshalb der Begriff Kameralwissenschaft.

Der Wohlstand und damit die „Entwicklung“ eines Landes, so die damalige Vorstellung, drücke sich aus in seinem Vorrat an Edelmetall, der aus drei Quellen gespeist werden kann: durch die Ausbeutung von Gold- und Silberminen, durch die Eroberung und Plünderung anderer Länder, die über Edelmetall verfügen, sowie durch den Überschuss, der im Außenhandel zu erzielen ist. Außenhandel und damit Wohlstand bzw. Entwicklung war im damaligen Verständnis ein Nullsummenspiel. Was der eine gewinnt, muss der andere verlieren. Dass die Bearbeitung des Bodens (Physiokratie) oder die produktive Verwendung von Kapital und Arbeit (Klassik) Quelle des Wohlstands ist, dass also alle gewinnen können, war noch nicht ins Bewusstsein gedrungen. Die Wirtschaftspolitik richtete sich deshalb auf die Frage, wie durch staatliche Intervention eine positive Handelsbilanz zu erzielen sei. Mit Hilfe von Zöllen und Verboten sollten die Importe von Manufakturwaren reduziert und eigene Manufakturen gefördert werden, durch Navigationsakten der Außenhandel den einheimischen Schiffen reserviert bleiben. Der Erwerb von Kolonien zur Ausbeutung der dortigen Bodenschätze, die Anlage von Plantagen sowie der Sklaven- und Kolonialhandel nahmen einen hohen Rang ein.

Der Merkantilismus war aber weit mehr als nur ein Satz handelspolitischer Instrumente. Er war gleichermaßen auch ein Bündel von Maßnahmen zur Nationalstaatsbildung durch Integration nach innen und Separation nach außen, durch die Ausschaltung von Partikularinteressen zugunsten des nationalen Interesses. Er förderte die Durchsetzung des Verwaltungs- und Steuerstaats. Er sollte einer ökonomischen Logik durch die Trennung von Moral und Wirtschaft zum Durchbruch verhelfen und er war nicht zuletzt eine politische Strategie zur Durchsetzung der staatlichen Macht nach innen und der Absicherung dieser Macht nach außen.

Das merkantilistische Leitbild lautete: Der politisch und militärisch starke Staat basiert auf einer leistungsfähigen Wirtschaft, um seine Organe Bürokratie und Militär aber auch die Repräsentation des Staates zu finanzieren. Das nationale Interesse dient als Legitimation der sozialen Kosten wirtschaftlicher Entwicklung. Nationalismus wurde so zu einer ökonomischen Potenz. Damit richtete sich der Merkantilismus gegen den religiösen und politischen Universalismus von Kaiser und Papst wie gegen den Partikularismus einzelner Stände wie

Grundherren, Klöster, Städtebünde, Zünfte und Gilden. Stattdessen wollte er die Interessen des absolutistischen Staates und des entstehenden frühkapitalistischen Bürgertums fördern. Deren Interessenharmonie ergab sich aus dem Umstand, dass der Staat das Bürgertum zur Finanzierung seiner Macht benötigte, das Bürgertum umgekehrt des staatlichen Schutzes nach innen und außen bedurfte, um seine wirtschaftlichen Interessen zu verfolgen.

Im Anschluss an Eli Heckscher lassen sich neun Dimensionen merkantilistischer Politik unterscheiden: Der Merkantilismus als System zur Bildung von Nationalstaaten (1) wirkt integrierend nach innen durch die Aufhebung von Binnenzöllen, die Angleichung von Maßen, Gewichten, Währungen, Besteuerung, Gewerbeordnungen etc. und durch den Ausbau der Infrastruktur aus Kanälen, Straßen, später Eisenbahnen. Er wirkt separierend nach außen durch Zollgrenzen, Einfuhrbeschränkungen, Wechselkurse u.a. Damit trägt er dazu bei, das Territorialprinzip in allen sozialen Systemen durchzusetzen.

Der Merkantilismus als System der Gewerbeförderung (2) betreibt Industriepolitik durch die Aufhebung mittelalterlicher Zunftordnungen, Förderung der Wissenschaft, Qualitätskontrolle, Arbeits- und Armengesetze, aber auch durch Importverbote oder hohe Zölle bei Manufakturwaren, Zollfreiheit für Rohstoffe, Maschinenexportverbote, Festschreibung niedriger Löhne, um die internationale Konkurrenzfähigkeit zu fördern.

Der Merkantilismus als Schutzsystem (3) verhängt Agrarzölle zur Sicherung von Renten, Manufakturzölle zur Sicherung von Extraprofiten, Navigations- und Stapelakte zur Ausschaltung ausländischer Konkurrenz, aber erlässt auch Exportverbote im Hochtechnologiebereich (z.B. britisches Maschinenexportverbot), um technischen Vorsprung zu behaupten.

Der Merkantilismus als Geldsystem (4) fördert den Edelmetallbergbau (aber auch die Alchemie zum Zwecke des Goldmachens), die Entdeckung und Ausbeutung von Edelmetallvorkommen in Übersee (die legendäre Suche nach der Bonanza oder dem El Dorado), den Kaperkrieg gegen andere Kolonialmächte (spanische Silberflotte) und den Zustrom von Edelmetall durch Erzielung einer positiven Handelsbilanz, durch die Manipulation des Wechselkurses von Gold und Silber bzw. die Ausnutzung unterschiedlicher Wechselkurse in Drittländern.

Der Merkantilismus als Kolonialsystem (5) strebt nach wirtschaftlicher Autarkie und Versorgungssicherheit mit Rohstoffen, Nahrungs- und Genussmitteln durch die Gründung von Kolonien, Kolonialgesellschaften und Handelskompanien, denen Privilegien im Handel mit Ko-

lonialwaren, Sklaven, Fertigwaren und Edelmetall verliehen werden. Dazu gehört auch das Manufakturverbot in den Kolonien, die Besteuerung der Kolonien und des Kolonialhandels.

Der Merkantilismus als Machtsystem (6) verfolgt das Ziel der Maximierung der Staatseinnahmen durch Steuern, Zölle, Gebühren und Gewinne staatlicher Unternehmen, durch den Aufbau einer Bürokratie zur Förderung, Kontrolle und Besteuerung der privaten Wirtschaft, durch den Unterhalt eines stehenden Heeres und einer Kriegsflotte, durch die Förderung der Rüstungsindustrie. Nach außen führt er Kriege aus wirtschaftlichen Motiven, nach innen werden konkurrierende Mächte wie Zünfte, Gilden, Grundherren, Klöster, religiöse Minderheiten durch staatliche Regulierung, ggf. auch Militäraktionen, in Schach gehalten. Damit ist nicht nur Wohlstand, sondern auch Macht ein relatives Gut. Der Machtgewinn des einen führt zum Machtverlust des anderen.

Und schließlich versteht sich der Merkantilismus als ordnungspolitisches System (7). Der Markt wird einer staatlichen Regulierung unterzogen. Oberste Prämisse ist: Das Wohl des Staates steht über dem Wohl des Individuums. Dem Liberalismus im Inneren durch Aufhebung der mittelalterlichen Zunftbeschränkungen steht die Regulierung nach außen gegenüber. Die religiösen Vorbehalte des Mittelalters gegen Zins, Wucher, Luxuskonsum, Tabak, Alkohol, Sklaven, das Erwerbsstreben schlechthin werden bekämpft, um neue Geschäftsfelder zu eröffnen und die kapitalistische Gesinnung schlechthin zu fördern. Dazu gehört auch die Toleranz gegenüber nationalen und religiösen Minderheiten wie Juden, Calvinisten oder anderen reformierten Glaubensrichtungen.

Die erste grundsätzliche Kritik am Merkantilismus wurde ausgerechnet in Frankreich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts durch eine neue volkswirtschaftliche Lehrmeinung vorgebracht, die unter dem Begriff Physiokratie in die Dogmengeschichte einging und ein erstes Verständnis über volkswirtschaftliche Zusammenhänge offenbarte. Wohlstand, so die zentrale Annahme, ist kein Nullsummenspiel, der durch eine positive Handelsbilanz erzeugt werden kann, die Quelle des Wohlstands ist vielmehr die Natur. Hervorragende Vertreter der Physiokratie waren François Quesnay (1694-1774) mit seinem „Tableau économique“ von 1758, der Marquis de Mirabeau (1715-1789), Paul Pierre Merier de la Rivière (1720-1794), Guillaume François Le Trosne (1728-1780) und Pierre Samuel Du Pont de Nemours (1739-1817), der in die USA emigrierte, dort den Du Pont-Konzern gründete und nebenbei auch den Begriff „Physiokratie“ prägte. Deutsche Physiokraten waren Johann August Schlettwein (1731-1802) und Jakob Mauvillon (1743-1794), während die Lehre in England kaum Anklang fand. Am Bekanntesten wurde das Tableau économique, die erste Formulierung eines wirtschaftlichen Kreislaufmodells und der Ansatz zu einer volkswirtschaftlichen Gesamtrech-

nung. Es unterscheidet die „produktive Klasse“ der bürgerlichen Pächter, die „Klasse der Grundeigentümer“, die zusammen mit den Bauern den primären Sektor bilden, und die „sterile Klasse“ aus Manufakturbesitzern, Händlern, freien Berufen, Dienstpersonal etc., die den sekundären und tertiären Sektor bilden. Der Struktur des tableaux liegen fünf Prinzipien zugrunde. Die produktive Klasse ist durch ihre Bearbeitung der Natur für die eigentliche Wertschöpfung zuständig. Das Nettoprodukt der Landwirtschaft nach Abzug der Produktionskosten ist eine freie Gabe der Natur. Der Überschuss wird an die Grundeigentümer als Entgelt für die Ausgaben abgeliefert, die diese ursprünglich für die Melioration des Bodens (Rodung, Entwässerung, Einzäunung, Gebäude) aufgewendet haben. Ein Teil des Nettoprodukts geht an die Manufakturisten und Händler, die dafür im Gegenzug gewerbliche Erzeugnisse an Pächter und Grundeigentümer liefern. Jede Klasse teilt ihre Ausgaben gleichmäßig zwischen landwirtschaftlichen und gewerblichen Gütern auf. Am Ende der Kreislaufperiode verfügt jede Klasse über die gleiche Menge an Werten wie zu Beginn der Periode.

Damit gewannen die Physiokraten erstmals eine Vorstellung über Entstehung, Verwendung und Verteilung des Einkommens, wie sie heute in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung gegeben ist. Neu war die Vorstellung eines Kreislaufs, nach dem das Einkommen auch von der Nachfrage und nicht nur vom Angebot abhängt. Ansatzweise wurde bereits eine Wachstumstheorie formuliert, insofern das Wachstum von den Investitionen in die Landwirtschaft (Bodenmeliorationen) abhängt und nicht das Resultat eines Überschusses in der Handelsbilanz ist, der von außen zufließt. Damit kritisierten die Physiokraten indirekt auch die Vernachlässigung der Landwirtschaft durch die Merkantilisten. Sie lieferten auch eine Legitimation für die Existenz des Grundbesitzes, dessen Renteneinkommen das Äquivalent für die zuvorige Urbarmachung des Bodens sei, bevor dieser den Bauern zur Bearbeitung überlassen wird. Nur Grundeigentümer können sparen und den gesparten Teil der Rente für Investitionen in die Landwirtschaft verwenden. Der Profit der Manufakturisten wurde als „Lohn“ für deren administrative Tätigkeit und nicht als Rendite des von ihnen eingesetzten Kapitals verstanden. Ein moderner Kapitalbegriff war noch nicht vorhanden. Daneben entwarfen die Physiokraten auch eine rudimentäre Gesellschaftstheorie. Die Gesellschaft habe sich in einem evolutionären Prozess aus ursprünglichen Gemeinschaften von Sammlern und Jägern durch Arbeitsteilung, strukturelle Differenzierung (Klassenteilung) und politische Einigung entwickelt. Diese Begriffe sollten im 19. Jahrhundert bei den Gründervätern der Soziologie wieder auftauchen. Die so entstandene Gesellschaft repräsentiere mit ihren drei Klassen und der zentralen Autorität des Fürsten eine natürliche Ordnung, die sich nach den Regeln der Vernunft und nicht etwa der Demokratie richte. Aufgabe des Fürsten, am besten in Form der aufgeklärten Monarchie, sei die Garantie des Eigentums und der Schutz dieser Ordnung. Der Begriff der natürlichen Ordnung, die nicht durch Eingriffe gestört werden dürfe, bezog sich auch

auf die Natur – eine erste Formulierung des Nachhaltigkeitsgesichtspunkts – und den Handel, der nicht beschränkt werden dürfe – auch das eine Kritik am Merkantilismus. Mit Ausbruch der Französischen Revolution verschwand das den adligen Grundbesitz legitimierende physiokratische Denken und wurde ersetzt durch die Klassik, die allerdings ihre prominentesten Vertreter in Großbritannien und erst in zweiter Linie in Frankreich hatte. Dort waren nicht die Physiokraten, sondern die Klassiker die Gegner der Merkantilisten.

Dass Großbritannien im 18. Jahrhundert den Niederlanden den Rang als führende europäische Wirtschafts- und Handelsmacht abgelaufen hatte, lag nicht zuletzt daran, dass die merkantilistische Politik auf außenwirtschaftlichem Gebiet am konsequentesten verfolgt wurde. Als in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ein zunächst langsames, aber stetiges Wirtschaftswachstum einsetzte und das Land sich vor dem Hintergrund bahnbrechender technologischer Innovationen industrialisierte, wurde dort mit der Politischen Ökonomie eine Theorie entwickelt, die einen systematischen Anspruch erhob und den Merkantilismus einer noch grundsätzlicheren Kritik als die Physiokratie unterzog. Erster Vertreter des neuen Denkens, das später Klassik genannt wurde, war Adam Smith (1723-1790), dessen Hauptwerk, „Eine Untersuchung über die Natur und die Ursachen des Wohlstands der Nationen“ (Plural!), die erste konsistente entwicklungstheoretische Schrift überhaupt ist. Fortgesetzt wurde die Klassik mit Robert Thomas Malthus (1766-1834) und David Ricardo (1772-1823) und fand mit John Stuart Mill (1806-1873) ihren Abschluss, um nur die prominentesten Briten zu nennen.

Ein wesentlicher Unterschied zum Merkantilismus bestand darin, dass dem Wohl des Individuums Vorrang vor dem Wohl des Staates oder dem Gemeinwohl eingeräumt wurde. Dahinter stand die anthropologische Grundannahme, dass der Mensch selbstsüchtig ist und nach der Verbesserung seiner Lage und nicht der der Gesellschaft strebt, wie später die Marxisten argumentierten. Erst aus der Summe der individuellen Anstrengungen resultiere das Gemeinwohl, ein Gedankengang, der auf den Einfluss von Bernard Mandevilles (1670-1733) „Bienenfabel“ hinweist. Das Individuum handelt im Sinne des Homo Ökonomikus zweckrational, da alle seine Entscheidungen einem strikten Kosten-Nutzen-Kalkül unterworfen sind. Insofern ist die Klassik eine Rational Choice-Theorie, die die Rationalisierung aller Lebensbereiche verlangt. Damit das Leitbild des selbstsüchtigen Homo Ökonomikus sich durchsetzen kann, müssen alle Beschränkungen, die seiner freien Entfaltung entgegenstehen, beiseite geräumt werden. Die sichtbare Hand staatlicher Regulierung des Merkantilismus muss durch die unsichtbare Hand des Marktes als alleiniger Regulierungsinstanz ersetzt werden. Der Staat wird auf eine Nachtwächterfunktion für die innere und äußere Sicherheit reduziert.

Unterstellt wird, dass auf den Märkten (für Güter, Arbeitskräfte, Kapital und Immobilien) vollkommene Konkurrenz herrscht und der einzelne Marktteilnehmer über umfassende Marktkennntnis verfügt. Die Mobilität der Produktionsfaktoren ist innerstaatlich unbegrenzt. Kapital und Arbeit fließen aus den Bereichen, in denen ein Überangebot besteht, in solche, wo ein Mangel herrscht, bis Angebot und Nachfrage sich im Gleichgewicht befinden. Damit wird in der Tendenz immer die optimale Allokation der Produktionsfaktoren gewährleistet, während staatlicher Dirigismus zu Fehlallokationen und damit Vergeudung bzw. Unterausnutzung von Ressourcen führen kann. Im internationalen Rahmen ist die Mobilität der Produktionsfaktoren allerdings eingeschränkt, wodurch von Land zu Land Unterschiede erhalten bleiben, die es auszunutzen gilt.

Während die Physiokratie noch von der Annahme ausging, dass nur die Natur die Quelle des Wohlstands sei und in der Industrie Werte, die in der Landwirtschaft entstanden sind, umgeformt werden, ging die Klassik von der Annahme aus, dass menschliche Arbeit, egal wo verausgabt, wertschaffend und somit wohlstandsfördernd ist. Selbst Dienstleistungstätigkeiten gehören unter bestimmten Annahmen, wenn sie produktionsnah sind, dazu. Die daraus resultierende Arbeitswertlehre besagt, dass der Wert einer Ware von dem Arbeitsaufwand abhängt, der zu ihrer Erzeugung notwendig ist.

Damit erfolgte zum zweiten Mal eine Revidierung der Vorstellung, wodurch der Wohlstand einer Gesellschaft, modern ausgedrückt, wodurch Entwicklung zustande komme. Die Theorie der Merkantilisten lautete: durch den Überschuss im Außenhandel; die Theorie der Physiokraten lautete: durch die Ausbeutung der Natur; die Klassiker argumentierten: durch menschliche Arbeit in den produktiven Sektoren der Wirtschaft. Diese drei Theorien reflektierten den Aufstieg und Abstieg gesellschaftlicher Klassen. Der Merkantilismus wollte den Fernhandel, die Physiokratie die Landwirtschaft und die Klassik die Industrie fördern. Entsprechend wurden legitimatorische Argumente geliefert, warum hoher Handelsprofit, hohe Grundrente oder hohe industrielle Profite notwendig sind für die Entwicklung eines Landes bzw. warum die Interessen von Handelskompanien, Grundbesitzern oder Industriekapitalisten besonders zu bedienen sind. Betrachtet man diese Argumente im Licht der späteren Stadientheorien, erkennt man die Korrespondenz mit der historischen Abfolge von Handelskapitalismus, Agrarkapitalismus und Industriekapitalismus. Erst mit dem Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft, der nur noch marginalen Bedeutung des Agrarsektors und der drastischen rückläufigen Bedeutung des Industriesektors wurden die objektiven Werttheorien (aus dem Ausland, aus der Natur, aus der Arbeit) durch die subjektive neoklassische Grenznutzentheorie ersetzt, bei der der Wert einer Ware von ihrer Knappheit abhängt oder am Ende nur noch eine Frage der spekulativen Bewertung ist.

Die Produktivität der Arbeit und damit auch ihre wohlfahrtssteigernde Wirkung, hier liegt der entwicklungstheoretische Kern der Klassik, kann durch Investitionen oder Arbeitsteilung gesteigert werden. Investitionen können nur getätigt werden, wenn zuvor ein Teil des Einkommens gespart und nicht konsumiert wird, da die Investitionen aus dem Sparguthaben finanziert werden. Sparen können aber nur die Bezieher hoher Einkommen. Im Sinne einer hohen Investitionstätigkeit ist eine anfängliche Ungleichheit in der Einkommensverteilung von Vorteil. Die Entlohnung der Arbeit darf daher die notwendigen Subsistenzkosten nicht überschreiten. Hohe Investitionen führen wiederum zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und damit in Kombination mit zusätzlichen Arbeitskräften zu Wachstum. Erst mit Zeitverzögerung setzt sich dieses Wachstum in breitenwirksamen Wohlstand um. Hier klingt erstmals das Argument „Wachstum zuerst, Umverteilung später“ an. Dabei muss, um keine Ressourcen zu verschwenden, die optimale Kombination der Produktionsfaktoren Boden, Kapital und Arbeit gefunden werden. Diese stellt sich auf den jeweiligen Märkten durch die freie Konkurrenz heraus, da die Produktionsfaktoren immer dahin wandern, wo die höchste Vergütung erzielt werden kann. Auch der Boden wird zur Ware, feudale Grundeigentümer verwandeln sich in Agrarkapitalisten. Die Einhegungsgesetze des 18. Jahrhunderts, die das Gemeindeland zum Verschwinden brachten, haben diesen Prozess gefördert.

Damit verkündeten Smith und seine Nachfolger eine optimistische Botschaft und lieferten eine Begründung für die Reduzierung des staatlichen Einflusses, den der Merkantilismus geboten hatte, für liberale Handels- und Fabrikgesetze gegen die Monopolrechte von Zünften, Gilden und Handelskompanien und für Freihandel gerade im Bereich der Agrargüter, dem sich die Grundbesitzer widersetzen. Er legitimierte aber auch die sozialen Kosten, die getragen werden müssen, bis alle an der Entwicklung partizipieren.

Malthus lieferte die konservative Reaktion auf die liberal-optimistische Botschaft von Smith vor dem Hintergrund der sozialen Not und der wirtschaftlichen Schwierigkeiten am Ende des 18. Jahrhunderts während des Krieges mit Frankreich und der politischen Herausforderung durch die Französische Revolution. Gegen dessen Wohlfahrts Theorie stellte er das „Naturgesetz der Armut“ und nahm damit die spätere Teufelskreisargumentation moderner Entwicklungstheoretiker wie Gunnar Myrdal vorweg. Die Begründung lieferte er mit der Theorie, dass die Bevölkerung schneller wächst als die Nahrungsmittelproduktion gesteigert werden kann. Dahinter stand wiederum das „Gesetz vom abnehmenden Bodenertragszuwachs“ als Resultat eines überproportional zunehmenden Kapitaleaufwands. Die Folge seien steigende Nahrungsmittelpreise und eine Verelendung der Bevölkerung. Der Ausgleich zwischen einer (geometrisch) wachsenden Bevölkerung und einem (arithmetisch) wachsenden Nahrungsmittelangebot könne nur durch Seuchen, Hungersnöte, Kriege oder sexuelle Enthaltensamkeit her-

gestellt werden. Deshalb kritisierte Malthus auch das Armengesetz von 1795, das die soziale Unterstützung an die Familiengröße und die Getreidepreise knüpfte. So wurden nur Müßiggang und die Verschärfung des Bevölkerungsdrucks gefördert. Damit war Malthus auch der Begründer der Unterkonsumptionstheorie. Im Gegensatz zu dem „Gesetz über die Absatzwege“ des Franzosen Jean-Baptiste Say (1767-1832), das jedes Produkt auch seinen Käufer finde, vertrat er die Position, dass im Bereich der Massenkonsumgüter mehr produziert werde, als von den Arbeitern konsumiert werden könne. Die Lösung des Problems liege im Luxuskonsum durch die Bezieher hoher Einkommen. Deren hohe Einkommen haben damit nicht nur (wie bei Smith) die Funktion, eine hohe Sparrate zu ermöglichen, sondern den ansonsten nicht absetzbaren Rest der Produktion zu verbrauchen. Deshalb haben, anders als bei Smith, auch Grundbesitzer und deren Renten eine volkswirtschaftliche Bedeutung. Malthus legitimierte also nicht nur die temporäre, sondern eine dauerhafte Ungleichheit in der Einkommensverteilung. Eine nachfrageorientierte Wohlfahrtsstaatspolitik würde demgegenüber Entwicklung blockieren.

David Ricardo stand wiederum für die optimistische Richtung der Klassik und entwickelte zentrale Gedanken von Smith in seinen „Grundsätzen der politischen Ökonomie und Besteuerung“ (1817) weiter. Er argumentierte vor dem Hintergrund des Handelskriegs mit Frankreich (1807-1814) und den von den Grundbesitzern nach 1815 durchgesetzten neuen Getreidezöllen. Entwicklungstheoretisch besonders relevante Grundsätze seines Hauptwerks sind das Theorem der komparativen Kosten und die Wachstums- und Verteilungstheorie.

Im Kapitel „Über den auswärtigen Handel“ wird die Annahme von Smith, dass Arbeitsteilung wohlfahrtssteigernd wirkt, um die internationale Dimension erweitert. Dazu bemüht er ein historisches Beispiel, den Methuen-Vertrag zwischen England und Portugal aus dem Jahre 1703, der nicht nur den bilateralen Handel und den Zugang zur portugiesischen Kolonie Brasilien fördern sollte, sondern auch ein Glied in der wachsenden Abhängigkeit Portugals von England war, in die man sich nolens volens begab, um ein Gegengewicht gegen die führende Wirtschaftsmacht Niederlande zu bilden.

Zur Illustrierung arbeitet Ricardo mit folgendem Modell: Portugal und England erzeugen beide zwei Güter – Wein und (Woll)Tuch. Die Annahme lautet, dass in Portugal der Weinerzeugung und in England der Tucherzeugung aufgrund der klimatischen Unterschiede (Sonne bzw. Regen unterstützen den Weinbau bzw. die Schafweide) eine höhere Arbeitsproduktivität zugrunde liegt. Da Ricardo von der Arbeitswerttheorie ausgeht, beziffert er eine bestimmte Einheit der in beiden Ländern produzierten Güter in den jeweils dazu verausgabten Ar-

beitsstunden. Adam Smith hatte gezeigt, dass im Falle absoluter Unterschiede in der Arbeitsproduktivität eine Spezialisierung für beide Partner von Vorteil ist. Diesen absoluten Vorteil illustrierte Ricardo mit folgendem Zahlenbeispiel:

Tab. 3: Arbeitsaufwand zur Wein- und Tucherzeugung vor und nach der Spezialisierung bei absolutem Vorteil

	Portugal	England	Summe
Wein	80 160	120 0	200 160
Tuch	100 0	90 180	190 180
Summe	180 160	210 180	390 340

Fette Werte = Arbeitsstunden nach der Spezialisierung.

Eine bestimmte Menge Wein kann in Portugal mit 80 Arbeitsstunden und in England mit 120 Arbeitsstunden erzeugt werden, eine bestimmte Menge Tuch in Portugal mit 100 Arbeitsstunden und in England mit 90 Arbeitsstunden. Wenn beide Länder sich jeweils auf die Branche konzentrieren, in der sie einen Produktivitätsvorteil besitzen, dort die Erzeugung verdoppeln, die Hälfte der Produktion exportieren und die Branche mit dem Produktivitätsnachteil aufgeben, wird die gleiche Menge Wein bzw. Tuch nach der Spezialisierung statt in 200 in 160 Stunden bzw. statt in 190 in 180 Stunden erzeugt. Portugal spart 20, England sogar 30, beide zusammen sparen 50 Stunden Arbeit. Der Wohlfahrtsgewinn äußert sich in reduziertem Arbeitsaufwand. Voraussetzung ist die Möglichkeit, dass Kapital und Arbeit in beiden Ländern mobil sind und in die jeweils andere Branche wandern können, keine ordnungspolitischen Restriktionen der Mobilität entgegenstehen.

Ricardo geht im weiteren Argumentationsgang über Smith hinaus, indem er zeigt, dass eine Spezialisierung selbst dann noch sinnvoll ist, wenn ein Land in beiden Branchen über die höhere Arbeitsproduktivität verfügt.

Tab. 4: Arbeitsaufwand zur Wein- und Tucherzeugung vor und nach der Spezialisierung bei relativem Vorteil

	Portugal	England	Summe
Wein	80 160	120 0	200 160
Tuch	90 0	100 200	190 200
Summe	170 160	220 200	390 360

Fette Werte = Arbeitsstunden nach der Spezialisierung

Im zweiten Zahlenbeispiel ist die Wein- wie die Tucherzeugung in Portugal günstiger als in England. Eigentlich müssten beide Branchen in England aufgegeben werden, englisches Kapital und englische Arbeiter nach Portugal wandern und Portugal den gesamten Weltmarkt beliefern. Da Ricardo aber (damals nicht zu unrecht) international von eingeschränkter Faktormobilität ausgeht, also englisches Kapital und englische Arbeitskräfte nicht oder nur kaum nach Portugal wandern können, macht es für England Sinn, sich auf die Branche zu spezialisieren, in der der komparative Nachteil am geringsten ist. Das ist im Zahlenbeispiel die Tuchindustrie (100:90) und nicht die Weinindustrie (120:80). Nach der Spezialisierung spart England 20 Arbeitsstunden, Portugal noch 10 Stunden. Implizit wird vorausgesetzt, dass die Transportkosten nicht den Vorteil kompensieren, dass der Außenhandel nicht durch Verbote unterbunden und dass Zölle nicht den komparativen Vorteil aufheben. Die handelspolitische Forderung lautet demnach Freihandel, damit der arbeitssparende, wohlfahrtssteigernde Vorteil der Spezialisierung für alle wirksam werden kann. Später sollte sich herausstellen, dass Ricardos Annahme von der internationalen Immobilität der Produktionsfaktoren nicht mehr zutrifft. Kapital in Form von Direktinvestitionen und Arbeitskräfte durch Migration sind international mobil geworden. Die Tuchproduktion kann sehr wohl nach Portugal verlagert werden und damit zur Deindustrialisierung Englands führen.

Keine explizite Aussage macht Ricardo über die Verteilung des Wohlstandsgewinns zwischen beiden Ländern. Dieser ergibt sich aus den Austauschrelationen. Welche Menge Wein und damit welche Menge Arbeitsstunden wird international gegen welche Menge Tuch getauscht? Aus dieser offenen Frage sollte später die Kontroverse über die „Modifikation des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt“ bzw. die „Theorie vom ungleichen Tausch“ entstehen. Da die Faktorpreise (z.B. Arbeitslöhne) sich aufgrund der eingeschränkten Faktormobilität international nicht angleichen, besteht die Möglichkeit, dass mehr gegen weniger Arbeit ge-

tauscht wird und so gesehen internationale Ausbeutung stattfindet. Im von Ricardo verwendeten Beispiel würde Portugal England ausbeuten.

Mit dem Theorem der komparativen Kosten wurde erstmals eine universalistische Theorie formuliert, die bis heute ein zentrales Thema der Entwicklungsökonomie geblieben ist. Außenhandel ist anders als im merkantilistischen Verständnis kein Nullsummenspiel. Alle können durch internationale Arbeitsteilung und Außenhandel gewinnen. Die handelspolitische Konsequenz wurde Mitte des 19. Jahrhunderts mit der Aufhebung der merkantilistischen Zollpolitik und dem Übergang zum Freihandel gezogen. Dies war erstmals bei Grotius angeklungen, der allerdings nicht ökonomisch, sondern naturrechtlich argumentiert hatte.

Der Freihandel wurde von Ricardo auch aufgrund seiner Wachstumstheorie präferiert, die wiederum auf seiner Verteilungstheorie beruht. Ricardo unterscheidet entsprechend den Produktionsfaktoren Boden, Arbeit und Kapital die Einkommensarten Rente, Lohn und Profit. Wie Malthus argumentiert er, dass die Grundrente von der Höhe des Bodenertrags abhängig ist. Je nach Güte des Bodens wird eine unterschiedliche Rente erzielt, die Bewirtschaftung von Grenzböden wirft gar keine Rente ab. Die Höhe des Lohns ist von den Subsistenzkosten abhängig, wobei Ricardo das Existenzminimum nicht physisch, sondern gewohnheitsmäßig definiert. Erst der Rest des Gesamteinkommens, nach Abzug von Rente und Lohn, bleibt als Profit übrig. Dabei ist die Höhe des Profits aufgrund der Kapitalmobilität zwischen den Branchen in der Tendenz überall gleich.

Wenn nun die Bevölkerung eines Landes wächst und immer mehr Grenzböden bebaut werden müssen, steigt die Rente auf den besseren Böden. Deren Besitzer erzielen eine Differentialrente, weil die Agrarpreise sich an den Erzeugnissen auf den schlechtesten Böden orientieren. Andernfalls würden diese nicht bebaut. Zusätzlich führt das Gesetz vom abnehmenden Bodenertragszuwachs zu steigenden Agrarpreisen. Diese müssen lohnsteigernd wirken, da die Löhne sich an den Subsistenzkosten orientieren. Damit sinkt der Anteil des Einkommens, der auf den Profit entfällt. Sinkende Profite bedeuten sinkende Investitionen und damit verlangsamtes Wachstum, bis Stagnation erreicht ist. Am Ende werden für eine wachsende Bevölkerung nicht mehr genügend Nahrungsmittel produziert.

Dieser pessimistischen Perspektive kann, so Ricardo, nur der Freihandel, insbesondere mit Agrargütern, entgegenwirken. Wenn die besseren Böden des Auslands einbezogen werden und damit das Nahrungsmittelangebot steigt, sinkt die Grundrente, weil die eigenen Grenzböden aufgegeben werden können. Außerdem führen sinkende Agrarpreise aufgrund sinkender Subsistenzkosten zu sinkenden Löhnen. Beides wirkt in dieselbe Richtung: Die Profi-

te steigen wieder, es wird mehr investiert und mehr produziert. Kurz – es findet Entwicklung statt.

Hier wird deutlich, wieso Ricardo die importbehindernden Getreidezölle, die in England 1660 eingeführt worden waren und 1815 erneuert wurden, um den Landlords hohe Renten zu garantieren, ins Zentrum seiner Kritik stellt. Bemerkenswert ist auch, dass er, obwohl selber Landlord, den theoretischen und politischen Angriff gegen die Renteninteressen der Grundbesitzer führt. Erstaunlicherweise ist Ricardos Rententheorie anders als seine Theorie der komparativen Kosten später kaum für die Entwicklungstheorie fruchtbar gemacht worden, obwohl doch die Suche nach Renten (rent-seeking) auch und gerade heute als ein wesentliches Entwicklungshindernis angesehen wird.

Die klassische Theorie war aber nicht nur die Munition, die in England selber dem politischen Liberalismus in den 1830er/1840er Jahren zum Durchbruch verhalf und Mitte des 19. Jahrhunderts die merkantilistischen Außenhandelsgesetze zu Fall brachte, sie war auch die Theorie des wirtschaftlichen Vorreiters, der, auf die Überlegenheit seiner Wettbewerbsfähigkeit bauend, diese Prinzipien weltweit durchzusetzen suchte und folglich, zumindest in der Theorie, an der kolonialen Beherrschung fremder Territorien kein Interesse mehr haben durfte. Der Freihandel wurde zunächst einseitig, dann bilateral durch Handelsverträge, die durch das Prinzip der Meistbegünstigung miteinander verknüpft waren und so ein internationales Freihandelsregime konstituierten, und zuletzt gewaltsam mit den Mitteln der "Kanonenbootdiplomatie" gegen widerspenstige Länder durchgesetzt. Die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts wird deshalb auch als die Ära des Freihandelsimperialismus bezeichnet. Die ihr zugrunde liegende klassische Lehre setzte sich alsbald über England hinaus als herrschende volkswirtschaftliche Lehrmeinung in Europa durch.

Die theoretische Gegenposition wurde bereits sehr früh, in der Tradition des Merkantilismus als System der Gewerbeförderung verbleibend, durch den ersten amerikanischen Finanzminister, Alexander Hamilton (1757-1804), thematisiert, der die protektionistische Tradition der Republikaner begründete. In seinem berühmten "Report on Manufactures" (1790) formulierte Hamilton erstmals den Gedanken des Erziehungszolls, dem später auch der Klassiker John Stewart Mill Sympathie abgewinnen konnte. Hamilton argumentierte, dass die vollständige Unabhängigkeit der Neuengland-Staaten erst gegeben sei, wenn die ehemaligen Kolonien in der Lage seien, ihre eigenen Manufakturwaren zu erzeugen und nicht mehr auf die Importe aus dem früheren Mutterland angewiesen seien. Das Manufakturverbot in den Kolonien war ein Instrument der klassischen Kolonialpolitik gewesen. Die Freihandelsorientierung im Sinne Ricardos entsprach deshalb eher den Interessen der exportorientierten Plantagenökonomien

der Südstaaten, während im Norden vor wie nach dem Bürgerkrieg, der auch in diesem dogmengeschichtlichen Konflikt zu sehen ist, protektionistische Vorstellungen von Ökonomen wie Henry Charles Carey (1793-1879) und Daniel Raymond (1786-1849) dominierten. Der Freihandel wurde in den USA erst nach dem 2. Weltkrieg zur Doktrin, als diese den wirtschaftlichen Vorsprung Großbritanniens längst aufgeholt hatten und selber an der Spitze standen.

Der hegemoniale Konflikt zwischen Frankreich und England, der das ganze 18. Jahrhundert hindurch auch immer wieder militärisch ausgetragen wurde, hatte auch eine entwicklungspolitische Dimension. Da nach dem fehlgeschlagenen Ägypten-Feldzug und der Trafalgar-Schlacht 1805 endgültig klar war, dass Großbritannien zur See militärisch haushoch überlegen war und damit auch den Überseehandel zu kontrollieren vermochte, sollte es von seinen wichtigen Absatzmärkten in Europa, für die es auch als Zwischenhändler von Kolonialwaren fungierte, ferngehalten werden. Auch erkannten die Berater Napoleons, so Auguste Ferrier (1777-1861), dass die militärische Überlegenheit Großbritanniens auch auf dessen Wirtschaftskraft beruhte.

Die französische Kontinentalsperre hatte, wenn auch anders motiviert, entwicklungspolitisch die Konsequenz eines massiven Protektionismus für die noch junge kontinentaleuropäische Industrie. Diese sollte unter französischer Führung, gestützt auf eigene und nicht aus den Kolonien importierte Rohstoffe, ohne den Druck der englischen Konkurrenz unter „Treibhausbedingungen“ gedeihen. Ferrier lieferte 1805 dazu in seinem "Du gouvernement considère, dans ses rapport avec le commerce" die theoretische Begründung. Mindestens den Beginn der Industriellen Revolution in der Schweiz oder die Gründung einzelner Branchen wie der norddeutschen Zuckerrübenindustrie lässt sich so erklären. Damit kam eine nationalistisch motivierte Kritik am Universalismus der Klassik in Gang.

Einem Schwaben, Friedrich List (1789-1846) aus Reutlingen, war es vorbehalten, den zuerst in den USA propagierten Neomerkantilismus zu einem theoretischen System auszubauen. List entwickelte in seinem Hauptwerk „Das nationale System der politischen Ökonomie“ (1841) eine Stufenlehre, bei der er fünf Stufen, die wilde Stufe der Jäger und Sammler, die Stufe der Viehzucht (Nomaden), die Stufe der Agrikultur (Bauern), die Stufe der Agrikultur und Manufaktur sowie die Stufe der Agrikultur, Manufaktur und des Handelsstands unterschied. Dabei dürfte ihm die Erfahrung des USA-Aufenthalts die sinnliche Anschauung vermittelt haben. Großbritannien sei als einziges Land auf der fünften Stufe, die USA, Frankreich und die deutschen Staaten auf der vierten Stufe, die Länder „der heißen Zone“ inklusive Spanien und Portugal auf der dritten Stufe. Selber argumentierte er vom Standpunkt der

„Länder der vierten Stufe“ (heute „Schwellenländer“), die in der Lage seien, den englischen Vorsprung aufzuholen, wenn sie bewusst für eine Übergangszeit die universalistischen Freihandelsprinzipien der Klassik verletzen. Andernfalls würden sie aufgrund des britischen Verdrängungswettbewerbs auf der vierten Stufe verbleiben.

An die Stelle von Ricardos Theorie der Werte (Wohlstandsgewinn durch Reduzierung von Arbeitszeit) setzte er seine Theorie der produktiven Kräfte. Unter „produktiven Kräften“ verstand List die Fähigkeiten und Kompetenzen einer Gesellschaft, die sich nicht nur in der Ausstattung mit Sachkapital, sondern auch in der Innovationskraft, Ingenieurleistung, im unternehmerischen Geist, im Bildungs- und Ausbildungsniveau der Beschäftigten äußert. Nicht die Menge an Gütern bzw. deren Wert, auch nicht die Einsparung von Arbeitszeit durch internationale Spezialisierung, mache den Wohlstand eines Landes aus, sondern die Fähigkeit, Güter zu erzeugen. (Gibst Du einem Hungrigen einen Fisch, wird er einmal satt, lehrst Du ihn fischen, wird er niemals hungern!). Statt billige Manufakturwaren zu importieren, sollen die Länder der vierten Stufe Manufakturen aufbauen, die notwendige Infrastruktur schaffen und alles zu einer kohärenten Verbindung fügen. Die dafür notwendigen Basisinvestitionen, die sich privatwirtschaftlich nicht rentieren, müssen vom Staat geleistet werden. Die nationale Gewerbsproduktivkraft könne sich aber nur entfalten, so die handelspolitische Konsequenz, wenn sie dazu auch die Möglichkeit, sprich den Schutz vor der überlegenen englischen Konkurrenz, habe. Separation durch Schutzzölle nach außen und Integration durch Wegfall administrativer Hemmnisse und Ausbau der Infrastruktur (Eisenbahnbau) nach innen lautete deshalb sein Rezept. Der zeitweilig damit verbundene Wohlstandsverlust im Sinne der Klassik wurde von List als zu zahlende „Lernkosten“ abgebucht, werde aber mehr als kompensiert durch den künftigen Wohlstandsgewinn als Folge entfalteter produktiver Kräfte.

In dieser Frage führte List eine erbitterte Auseinandersetzung mit der „Englischen Schule“, die als die zweite große Debatte nach der Debatte über die Freiheit der Meere in der Internationalen Politischen Ökonomie bezeichnet werden kann. Sobald der englische Industrialisierungsvorsprung aufgeholt sei, könne zum Freihandel zurückgekehrt werden. Für die „Länder der dritten Stufe“, die in der „heißen Zone“ gelegenen Kolonien aber auch Südeuropa, sah List diese Möglichkeit nicht. Damit formulierte List in dreifacher Hinsicht eine erste umfassende Kritik der Klassik. Indem er die Bedeutung des Nationalstaats herausstellte, wandte er sich gegen deren Universalismus. Die Entwicklungspotenz des Nationalismus werde verkannt. Indem er die geistige Dimension der produktiven Kräfte herausstellte, wandte er sich gegen deren Materialismus, der nur Tauschwerte berücksichtigte. Indem er das nationale Wohl herausstellte, wandte er sich gegen deren Individualismus und die darin enthaltene anthropologische Annahme der Selbstsucht als einzig treibender Kraft menschlichen Han-

delns. Auch die Gemeinwohlorientierung kann eine Triebkraft sein. Ferner ist das Gemeinwohl mehr als die Summe der individuellen Erfolge, da aus der Vereinigung der Kräfte auch Synergieeffekte entstehen können. Produktivitätssteigerungen resultieren nicht nur aus Arbeitsteilung und Individualisierung, sondern auch aus der Zusammenführung von Individuen zu gemeinschaftlichen Zwecken. Durch die Leugnung der Entwicklungschancen der „Länder der heißen Zone“ entpuppte sich List allerdings auch als Vorläufer der späteren Klimatheorien.

Zweifellos ist List in den 1820er Jahren durch seine politische Emigration in die USA von den zeitgenössischen amerikanischen Ökonomen beeinflusst worden. Umgekehrt beeinflusste List spätere Autoren und Politiker wie Christian Beyel in der Schweiz, Sergei Witte in Russland und Mihail Manoilescu in Rumänien. Wir finden bei ihm eine frühe Formulierung der in den 1950er/ 1960er Jahren so populären Strategie der Importsubstitutionsindustrialisierung (ISI), die auf die Ausweitung des Binnenmarkts anstelle des Exportwachstums abzielte. Der Unterschied zum klassischen Merkantilismus besteht darin, dass Zweck und Mittel vertauscht werden. Manufakturen sind nicht dazu da, um über die Reduzierung der Importe bzw. die Steigerung der Exporte den Edelmetallvorrat und damit den nationalen Reichtum zu steigern und das finanzielle Fundament der Macht des absolutistischen Staates auszubauen, der Aufbau von Manufakturen selbst ist vielmehr der Zweck, da sie ein wesentlicher Faktor zur Steigerung der produktiven Kräfte sind. Nicht Machtentfaltung sondern Hebung des nationalen Kompetenzniveaus (Entwicklung) sind das Ziel. Das Nullsummendenden des klassischen Merkantilismus wird im Neomerkantilismus aufgegeben. Wenn auch nicht alle, so können doch zumindest einige, die besagten Länder der 4. Stufe oder modern ausgedrückt die Schwellenländer, sich entwickeln. List begründete damit eine entwicklungstheoretische Gegentradition zur Klassik, die Deutsche Historische Schule.

Dieser Sonderentwicklung in der nationalökonomischen Doktrinenbildung mit den Hauptvertretern Wilhelm Roscher (1817-1894), Bruno Hildebrandt (1812-1886) und Karl Knies (1821-1878) als jüngere und Gustav von Schmoller (1838-1917) und Werner Sombart (1863-1941) als ältere historische Schule, zu denen im weiteren Sinne auch Max Weber (1864-1920) gezählt werden kann, ging es weniger um die reine, an Modellen orientierte Theoriebildung wie bei Ricardo als vielmehr um die Aufarbeitung der in Deutschland seit Mitte des 19. Jahrhunderts ablaufenden nachholenden Industrialisierung und der daraus resultierenden sozialen Frage. Damit nahmen sie eine doppelte Frontstellung ein – gegen die Klassik wie gegen den Sozialismus, während umgekehrt Marx den Universalismus der Klassik teilte, aber ausgehend von deren Arbeitswerttheorie die Verteilung der Einkommen zum Ansatzpunkt seiner Kritik machte. Basierend auf den wirtschaftsromantischen Vorstellungen bei Johann Gottlieb

Fichte (1762-1814) und Adam Müller (1779-1829) über den „Geschlossenen Handelsstaat“ (1800) und die „Elemente der Staatskunst“ (1809/1810) wurde die Wirtschaft als organisches Ganzes und nicht als eine Summe von Wirtschaftssubjekten verstanden. Theoretische Aussagen wurden nicht deduktiv wie in der Klassik, sondern induktiv durch die Beobachtung von Einzelphänomenen gewonnen. Statt axiomatisch begründeter theoretischer Gebäude wurden Prozesse beschrieben. Erkenntnisse über wirtschaftliche Zusammenhänge seien nicht aus Modellen ableitbar, sondern nur aus der empirisch gewonnenen Kenntnis über die historische Wirklichkeit des Wirtschaftslebens. Dazu bedürfe es der historischen Forschung und des Sammelns von Daten, um lange Zeitreihen zu erstellen. Die Klassik selber sei ein historisches Ereignis und erklärbar aus der besonderen Situation, in der sich Großbritannien in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts befunden habe. Der Ansatz der Deutschen Historischen Schule wurde in den späteren Stadientheorien, so bei Rostow oder Fourastié, fortgesetzt.

Die im Verlauf der Industrialisierung zutage tretende soziale Frage wurde in Abgrenzung zum Marxismus und der sich formierenden Arbeiterbewegung auf der akademischen Ebene unter dem Stichwort „Kathedersozialismus“ thematisiert. Dieser lief auf staatliche Fürsorgepolitik statt auf soziale Revolution hinaus, die in Deutschland in der Bismarck-Ära in Angriff genommen wurde. Insofern steht am Beginn der Herausbildung des Sozialstaats eine eigene akademische Tradition, die sich früh um die soziale Entwicklung bemühte und hierbei auf die regulierende Rolle des Staates setzte, während in der liberalen angelsächsischen Tradition Daseinsfürsorge eher Privatsache ist. Die Historische Schule hat sich in der entwicklungstheoretischen Diskussion bis heute gerade in Deutschland als Unterströmung erhalten und lebt in der historisch-komparativen Makrosoziologie als Variante der Modernisierungstheorie fort.

Mit der in Europa immer weiter fortschreitenden Industrialisierung wuchs nicht nur die Kluft zu den Kolonien und den übrigen Ländern der „heißen Zone“, es stellte sich auch heraus, dass der Kapitalismus nicht nur Wohlstand, sondern auch Ausbeutung und Elend produziert. Hier setzte die sozialistische Kritik an, als deren hervorragendster Vertreter sich Karl Marx (1818-1883) herausstellte. Künftig ging es bei der Entwicklungsproblematik nicht nur darum, wie Industrialisierung und Wohlstandsgewinn zu erreichen seien, sondern auch darum, wie dieser Wohlstand zu verteilen ist. Marx mit seinem Hauptwerk „Das Kapital. Kritik der Politischen Ökonomie“ war der letzte Vertreter der Klassik und wollte zugleich ihr Überwinder sein. In der Hegelschen Tradition der Dialektik als historischem Movens insistierte er darauf, dass Kapitalismus nur ein historisch begrenztes System sei, das aufgrund interner Wider-

sprüche die subjektiven und objektiven Voraussetzungen seiner eigenen Überwindung hervorbringe.

Marx hat zwar viel geschrieben, vieles und gerade sein Hauptwerk sind aber nur Fragment geblieben. Von den 1858 geplanten sechs Büchern des Hauptwerks ist nur der erste Band des ersten Buches über „Das Kapital“ (1867), also ein Achtzehntel des Sechs-Bücher-Plans, zu seinen Lebzeiten erschienen. Die Fragmente des zweiten und dritten Bandes wurden erst posthum von Engels stark redigiert herausgegeben. Für die weiteren fünf Bücher über das Grundeigentum, die Lohnarbeit, den Staat, den Internationalen Handel und den Weltmarkt finden sich nur verstreute Bemerkungen in diversen Schriften und Briefen. Wären die sechs Bücher geschrieben worden, hätte sich darin vermutlich auch eine konsistente marxische Entwicklungstheorie befunden.

So gilt es, eine Paradoxie zu konstatieren. Obwohl Marx nie ein konsistentes und explizit entwicklungstheoretisches Werk verfasst hat, ist er zu einem der einflussreichsten Entwicklungstheoretiker überhaupt geworden, auf den sich die eine Hälfte der Zunft im Osten wie im Westen, im Norden wie im Süden berufen hat. Viele Bücher, zuletzt noch in den 1970er Jahren, wurden verfasst, um die Marxsche Theorie über den Staat oder den Weltmarkt aus einzelnen Zitaten zu „rekonstruieren“, also die geplanten fünf Bücher doch noch zu verfassen und auf diese Weise auch eine konsistente Marxsche Entwicklungstheorie zu formulieren. Seine Lehre wurde dennoch in vielen Teilen der Welt zur offiziellen Staatsdoktrin, mit der nicht nur der Aufbau des Sozialismus begründet, sondern gleich auch noch ein weiteres Paradoxon mitgeliefert wurde. Sollte doch im Marxschen Verständnis Sozialismus eine gesellschaftliche Epoche jenseits des Kapitalismus sein, nachdem die Produktivkräfte zur vollen Entfaltung gebracht waren und nur noch die gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zu regeln war. In Wirklichkeit wurde Sozialismus aber eine Doktrin zur Inszenierung nachholender Entwicklung.

Vermutlich hat sich kaum einer der marxistischen Politiker die Mühe gemacht, sich an der Rekonstruktion der Marxschen Entwicklungstheorie zu beteiligen. Es wäre schnell deutlich geworden, dass die einschlägigen Passagen in seinem Werk in ihrer Ambivalenz und Widersprüchlichkeit kaum die theoretische Grundlage für das Projekt nachholender Entwicklung unter sozialistischen Vorzeichen hätten abgeben können. Zu deren Verständnis sind auf jeden Fall die Wurzeln seines Denkens zu berücksichtigen. Dies ist beim jungen Marx die Hegelsche Geschichtsphilosophie kombiniert mit dem Materialismus Feuerbachs, der auf den Einfluss der Junghegelianer zurückgeht. Hinzu kommen die französischen Frühsozialisten (Proudhon, St. Simon) während des Pariser Exils und das Studium der klassischen National-

ökonomie während des Londoner Exils. Diese drei Einflüsse kulminierten in einer anfänglich durchaus konsistenten Theorie über die Abfolge von Gesellschaftsformationen, deren Triebkräfte, Widersprüche und revolutionären Umbrüche auf ein Endziel hin führen sollten. Diese Utopie war, wissenschaftlich legitimiert, als politische Handlungsanweisung gedacht und ganz im Sinne der Klassik mit einem universalistischen Anspruch versehen.

Das entwicklungspolitische Konzept von Marx, wie es sich aus der „Deutschen Ideologie“, dem „Manifest“, dem „Kapital“ und kleineren Arbeiten zu Indien und China herausdestillieren lässt, lautet folgendermaßen: Am Anfang jedes Entwicklungsprozesses, immer verstanden als Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise, steht die ursprüngliche Akkumulation. Diese vollzieht sich im Prozess der Auflösung des Feudalismus durch die gesellschaftliche Trennung von Kapitalbesitzern und freien Lohnarbeitern. Anhand des englischen Beispiels illustriert Marx, wie im Zuge der Einhegungsgesetze durch die Vertreibung der Bauern Ackerland in Schafweide zum Zweck der profitableren Wollproduktion umgenutzt wird. So kommt es zur Kapitalisierung des Bodens und zur Verwandlung von Bauern in Lohnarbeiter, die in die Städte wandern und ihre Existenz in der frühen Textilmanufaktur fristen. So lautet Marx' Variante der Ricardoschen Faktormobilität, die bei Ricardo aus Eigennutz durch das Wirken der Marktkräfte geschieht. Die Auflösung der bäuerlichen Subsistenzwirtschaft und die beginnende Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land führen zur Herausbildung des inneren Marktes. Zusätzlich verweist Marx allerdings auf die Entstehung des Wucher- und Kaufmannskapitals als Folge von Fernhandel und kolonialer Expansion, die die ursprüngliche Akkumulation auslösen. Bereits hier lassen sich beide Positionen einer Debatte finden, die später mit großer Intensität, etwa bei Maurice Dobb versus Paul M. Sweezy oder Immanuel Wallerstein versus Robert Brenner, geführt wird. Bei der Debatte zwischen Internalisten und Externalisten ging es darum, ob primär interne Kapitalakkumulation oder externer Kapitalzufluss, insbesondere aus den Kolonien, die Industrialisierung vorbereitet haben.

Was nach der ursprünglichen Akkumulation folgt, lässt sich ableiten aus der Marxschen Werttheorie, die er weitgehend von Ricardo übernommen hat. Diese besagt kurz gefasst folgendes: Der Wert einer Ware entspricht der zu ihrer Herstellung verausgabten Arbeitskraft. Das eingesetzte Sachkapital (Abnutzung von Maschinen, Rohstoffe, Hilfsstoffe) ist nur bei dessen Herstellung aufgespeicherte Arbeit, die im Produktionsprozess in die Produkte eingeht. Auch die Arbeitskraft selber ist eine Ware, deren Wert ihren Reproduktionskosten, also den dafür notwendigen Lebensmitteln, entspricht und sich in der Höhe des Lohns widerspiegelt. Die Besonderheit der Ware Arbeitskraft im Unterschied zu allen anderen Waren besteht in dem Umstand, dass ihre Verausgabung einen höheren Wert schafft, als zu ihrer Reproduktion notwendig ist. Diese Differenz ist der Mehrwert. Da der Kapitalist aber die Leistung

des gesamten Arbeitstages gekauft hat, kann er auch über das gesamte Produkt verfügen. Sein Ziel muss sein, will er im Konkurrenzkampf nicht unterliegen, durch Steigerung der Arbeitsproduktivität den Mehrwert und damit seinen Profit zu steigern. Dies ist vor allem durch Investitionen, den Einsatz von Maschinen, möglich.

Die Marxsche Kritik an der Politischen Ökonomie setzt an bei der Verteilung des Mehrprodukts. Während bei seinen klassischen Vorläufern die Entlohnung der drei Produktionsfaktoren Boden, Kapital und Arbeit durch Rente, Profit und Lohn als gerechtfertigt angesehen wurde, begründet für Marx diese Verteilung ein Ausbeutungsverhältnis in Landwirtschaft und Industrie. Dieses kann im Zuge der Umverteilung des Bodens und der Verstaatlichung der Industrie sowie der daraus resultierende Abschaffung der Grundbesitzer und Kapitalisten zugunsten der Erhöhung der Arbeitseinkommen aufgehoben werden. Damit liefert er eine doppelte Begründung, warum es zur Überwindung des Kapitalismus kommen muss, nämlich eine objektive zur Lösung der Verteilungsproblematik und eine subjektive, um die Entfremdung aufzuheben, die wiederum aus der früheren Freisetzung der Arbeitskräfte und der Trennung von ihren Produktionsmitteln im Zuge der ursprünglichen Akkumulation resultiert.

Bevor es dazu aber kommt, hat der Kapitalismus eine doppelte historische Mission zu erfüllen. Erstens müssen die Produktivkräfte zur vollen Entfaltung gebracht werden und den höchstmöglichen gesellschaftlichen Reichtum produzieren, der Kapitalismus muss sein Entwicklungspotential voll ausgereizt haben. Zweitens muss er sich von seinem Ursprungsland England auf die ganze Welt ausgebreitet haben, muss die gesamte Welt durchkapitalisiert worden sein. Insofern spielen Kolonialismus und Freihandel eine historisch notwendige Rolle, da sie dem Kapitalismus in nichtkapitalistischen Gesellschaften zum Durchbruch verhelfen.

An dieser Stelle ist es notwendig, zu klären, ob Marx ein unilineares Geschichtsverständnis hatte. Dies suggerierte jedenfalls die orthodoxe stalinistische Marx-Interpretation, derzufolge das Abfolgeschema von Urgesellschaft, antiker Sklavenhaltergesellschaft, Feudalismus, Kapitalismus, Sozialismus und Kommunismus weltweit und für alle Zeiten Gültigkeit besitze. Folglich mussten auch für Länder wie Russland oder China alle diese Phasen identifiziert werden. Belege für diese Sicht finden sich im „Manifest“, im Vorwort zur „Kritik der politischen Ökonomie“ und insbesondere in dem berühmten Satz aus dem Vorwort zum ersten Band des „Kapital“: „Das industriell entwickelte Land zeigt dem minderentwickelten nur das Bild der eigenen Zukunft.“ Dieser Satz bezog sich zwar eher auf Deutschland im Verhältnis zu England, wo der Satz auch stimmte, wurde aber als allgemeine Aussage umgedeutet.

Eine andere Interpretation, die sich aus dem „Formen-Kapitel“ in den „Grundrissen“, aber auch aus diversen Aufsätzen über Indien und China herauslesen lässt, lautet: Neben dem westeuropäischen Weg zum Kapitalismus gibt es noch einen zweiten Weg, über den sich traditionelle Gemeinschaften nicht in feudale sondern in tributgebundene, bürokratische Gesellschaften transformieren ohne weiterführende gesellschaftliche Dynamik. Marx unterscheidet hier die Asiatische und Slawische Produktionsweise, die sich zu Asiatischen oder Halbasiatischen (Russland) Despotien weiterentwickeln, wobei die Frage der künstlichen Bewässerung der Landwirtschaft das Unterscheidungsmerkmal bildet. Er unterscheidet ferner die Antike und die Germanische Produktionsweise, aus denen der Feudalismus und daraus wieder der Kapitalismus entstanden sein sollen.

Die Asiatische Produktionsweise hat drei wesentliche Elemente: Sie kennt kein Privateigentum an Grund und Boden. Einziger Grundeigentümer ist der Despot, der sich das agrarische Mehrprodukt in Form von Tribut (Rente oder Steuer) aneignet, um damit seinen bürokratischen und militärischen Apparat und seinem Repräsentationsaufwand zur Machdemonstration zu unterhalten. Die Basis der Gesellschaft ist die selbstgenügsame Dorfgemeinde mit ihrer Einheit von Agrikultur und Manufaktur. Die Bürokratie nimmt übergeordnete ökonomische Aufgaben wahr, vor allem die Organisation der großen Wasserbauten (Deiche, Kanäle), des Transportwesens, der Getreidespeicher und sonstiger öffentlicher Aufgaben und unterhält staatliche Monopole für Salz, Eisen, Außenhandel u.a. Despotische Gesellschaften haben sich deshalb in Flusstälern (Nil, Gelber Fluss, Indus, Mesopotamien etc.) herausgebildet.

Das Zusammenwirken dieser drei Faktoren verhindert die ursprüngliche Akkumulation. Die Bauern werden nicht freigesetzt, die Produzenten nicht von den Produktionsmitteln getrennt. Es bildet sich keine Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land und damit auch kein innerer Markt heraus. Staatliche Monopole ebenso wie die bäuerliche Subsistenzwirtschaft behindern die Entfaltung eines kapitalistischen Unternehmertums. Also gibt es auch keine bürgerlich-städtische Entwicklung. Die Städte bleiben reine Residenz- und Verwaltungssitze. Der Fernhandel wird bürokratisch kontrolliert oder sogar ganz untersagt. Die Folge ist eine unproduktive Verwendung des Mehrprodukts für den Machterhalt (Militär), den Luxuskonsum der Herrschenden und öffentliche Prestigebauten (Paläste, Grabmäler). Weitere Folge ist die Stagnation bzw. ein zyklisches Auf und Ab ohne wirklichen (technisch-industriellen) Fortschritt trotz kultureller und wissenschaftlicher Höchstleistungen. Der Asiatischen Produktionsweise zugerechnet werden im Grunde alle Hochkulturen außerhalb Europas. Selbst die altamerikanischen Reiche (Inkas, Azteken) sollen diesem Typus entsprechen.

Damit entpuppt sich, dass ist die erste Lesart seiner Entwicklungstheorie, Marx als eurozent-

rischer Modernisierungstheoretiker, der dem herablassenden Orientbild der europäischen Aufklärung im Anschluss an Montesquieu (z.B. in dessen „Persischen Briefen“) verhaftet ist und der die Hegelsche Geschichtsphilosophie mit dem Universalismus der klassischen Ökonomen verbindet. Wenn ein Land aufgrund interner Blockaden nicht von sich aus zum Kapitalismus gelangen kann, dann muss es eben von außen geschehen, dann hat der Kolonialismus, namentlich die britische Herrschaft in Indien, eine doppelte Mission zu erfüllen, nämlich „die Zerstörung der alten asiatischen Gesellschaftsordnung und die Schaffung der materiellen Grundlagen einer westlichen Gesellschaftsordnung“.

In dieser Doppelfunktion des Kolonialismus erweist sich die Hegelsche List der Vernunft. „Die bürgerliche Periode der Geschichte hat die materielle Grundlage einer neuen Welt zu schaffen: einerseits den auf der gegenseitigen Abhängigkeit der Völker beruhenden Weltverkehr und die hierfür erforderlichen Verkehrsmittel, andererseits die Entwicklung der menschlichen Produktivkräfte und die Umwandlung der materiellen Produktion in wissenschaftliche Beherrschung der Naturkräfte... Erst wenn eine große soziale Revolution die Ergebnisse der bürgerlichen Epoche, den Weltmarkt und die modernen Produktivkräfte, gemeistert und sie der gemeinsamen Kontrolle der am weitesten fortgeschrittenen Völker unterworfen hat [sic!], erst dann wird der menschliche Fortschritt nicht mehr jenem scheußlichen heidnischen Götzen gleichen, der den Nektar nur aus den Schädeln Erschlagener trinken wollte.“

Aufgrund solcher Äußerungen lässt sich Marx als früher und gar nicht kritischer Globalisierungstheoretiker lesen, stand er in der zeitgenössischen Debatte zwischen Freihandel und Schutzzoll im Lager der Freihändler - allerdings in langfristig strategischer Absicht. Durchsetzung des Freihandels hieß für ihn freie Bahn für den Kapitalismus und damit ein Schritt in Richtung Sozialismus. In allen militärischen Konflikten des 19. Jahrhunderts, im 1. und 2. Opiumkrieg, im Krimkrieg, im Mexikanischen Krieg oder in der Frage der französischen Kolonialherrschaft über Algerien stand Marx immer auf Seiten des Fortschritts, also der westlichen Mächte.

Aus manchen Indien-Schriften, besser noch aus den Schriften zur Irischen Frage, lässt sich aber auch der frühe Dependenztheoretiker Marx herauslesen, wenn er beklagt, dass die englischen Baumwolltextilien die indische Hausindustrie niederkonkurriert haben, wenn er darauf verweist, dass die ursprüngliche Akkumulation in Europa auch durch den Ressourcenabfluss aus den frühen Kolonien gespeist wurde: „Während des gesamten 18. Jahrhunderts wurden die aus Indien nach England gebrachten Schätze weit weniger durch den verhältnismäßig geringfügigen Handel als durch direkte Ausbeutung dieses Landes und aus den aus ihm herausgepressten, nach England überführten enormen Vermögen gewonnen. Bis

1813 war Indien in der Hauptsache ein exportierendes Land, während es nun zu einem importierenden wurde... Indien, seit undenklichen Zeiten die gewaltigste Werkstatt für Baumwollwaren, wurde nun mit englischem Garn und englischen Baumwollstoffen überschwemmt. Hatte man die einheimische indische Produktion von England ferngehalten oder nur unter den härtesten Bedingungen zugelassen, so wurde Indien nun selbst mit englischen Waren bei niedrigem, lediglich nominellem Zoll überschwemmt. Das bedeutete den Ruin der einst so berühmten einheimischen Baumwollindustrie."

Friedrich List hätte es nicht besser formulieren können. Besonders deutlich wird diese Position, wenn Marx argumentiert, dass die Rückständigkeit Irlands das Resultat der englischen Herrschaft sei. Hier erscheint auf einmal nicht mehr der universalistische Freihändler, sondern der nationalistische Schutzzöllner, der zumindest für Irland die gleichen Konsequenzen wie List für Deutschland zieht. Ob er dies auch für die „Länder der heißen Zone“ (List) oder die „geschichtslosen Völker“ (Engels) getan hätte, mag allerdings bezweifelt werden.

Aber es gibt noch eine dritte Lesart, die sich andeutet in den späten Schriften zu China und ausgeführt wird in den Russland-Schriften. Ganz entgegen seiner oder der britischen Freihändler Erwartung zeigte sich nämlich, dass die bloße Öffnung Chinas nicht ausreichte, um den chinesischen Markt zu erobern. Im Gegenteil, die chinesische Dorfgemeinde erwies sich als resistent, eine Erkenntnis, die Marx auch im Hinblick auf Russland gewann. Dort hatten die Reformen Stolypins seit 1861 zwar zur Bauernbefreiung geführt. Aber die Dorfgemeinde mit ihrem System privater Nutzung von kollektivem Boden, der periodisch umverteilt wurde, und ihrer kollektiven Besteuerung vermochte sich zu erhalten. Vor diesem Hintergrund war in Russland eine heftige Debatte zwischen den Volkstümlern (Narodniki) und den Anhängern der Marxschen Lehre entbrannt, ob Russland vor der Revolution erst zum vollentwickelten Kapitalismus gelangen müsse oder ob der Übergang zum Sozialismus direkt möglich sei und sich auf den Kollektivismus der Dorfgemeinde gründen könne.

Marx formulierte zweimal, 1877 und 1881, Stellungnahmen zu dieser Frage, insbesondere in den Entwürfen zu einem Brief an Vera Sassulitsch, der nicht abgeschickt wurde. Er erscheint unentschlossen, relativiert seine Analyse im „Kapital“, die nur für Westeuropa gelte. Russland habe die Wahl zwischen einer nachholenden ursprünglichen Akkumulation oder die historische Chance des direkten Übergangs zum Sozialismus, wenn der moderne Industriesektor der Dorfgemeinde bei der Mechanisierung helfe. Damit sind wir mitten im Dilemma aller Länder, die seit 1917 die Entwicklungsproblematik unter sozialistischen Vorzeichen lösen wollten. Stalin und Mao wählten den Weg der nachholenden ursprünglichen Akkumulation und damit die gewaltsame Enteignung der Bauern im Zuge der Zwangskollektivierung und

die Ausbeutung der städtischen Industriearbeiter unter bürokratischem Kommando wie zu Zeiten der Asiatischen Produktionsweise. Pol Pot in Kambodscha ging den Weg der Volkstümler, der mit letzter Konsequenz zum „Steinzeitkommunismus“ führte.

Die spätere Wirkung des Marxschen Denkens war enorm. Sein vielschichtiges Oeuvre ließ es zu, dass sich gleichermaßen extreme Dependenztheoretiker wie der frühe Frank oder Wallerstein und marxistische Modernisierungstheoretiker wie Bill Warren („Imperialism: Pioneer of Capitalism“) auf Marx berufen konnten. Das Elend in Afrika lässt sich marxistisch erklären als Folge kolonialer Ausbeutung, als Folge der Einbindung in den Weltmarkt. Die Industrialisierungserfolge in Ost- und Südostasien lassen sich marxistisch erklären als Folge der Modernisierungsimpulse des Kolonialismus, der Einbindung in internationale Arbeitsteilung und des Beitrags der Direktinvestitionen zur ursprünglichen Akkumulation und erfolgreichen Durchkapitalisierung. Die parasitäre Despotie rentenorientierter Staatsklassen afrikanischer und asiatischer Länder als Ursache von Unterentwicklung lässt sich umgekehrt genauso marxistisch erklären wie die Demokratisierungswelle der 1990er Jahre als zwangsläufige Folge von Industrialisierung und gesellschaftlicher Modernisierung. Im Kampf gegen Rentseeking treffen sich überzeugte Neoliberale und orthodoxe Marxisten, weil beider Denken in Ricardo wurzelt. Der Sieg sozialistischer Revolutionen und antikolonialer Befreiungsbewegungen lässt sich marxistisch erklären genauso wie der Zusammenbruch des Sozialismus und das Scheitern postkolonialer Entwicklungsprojekte, weil der Kapitalismus seine historische Funktion noch nicht erfüllt hatte. Es kommt immer nur darauf an, ob man den universalistischen Modernisierungstheoretiker, den nationalistischen Dependenztheoretiker, den leninistisch gewendeten oder den romantischen Volkstümler Marx zur Folie nimmt.

An die letztgenannte Alternative knüpfte die innerrussische Debatte zwischen den Sozialdemokraten, Wladimir Iljitsch Lenin (1870-1924) und Georgi Plekhanov (1856-1918), und den Volkstümlern an. Während letztere darauf insistierten, dass in Russland der Kapitalismus aufgrund der Enge des Binnenmarkts und der überlegenen englischen Konkurrenz keine Chance zur Entfaltung habe, deshalb die russische Dorfgemeinde zum Fokus einer sozialistischen Gesellschaft werden müsse, der Kapitalismus „übersprungen“ werden könne, suchte Lenin in seinem Buch über „Die Entwicklung des Kapitalismus in Russland“ (1899) gerade das Gegenteil nachzuweisen. Bemerkenswert ist, dass bei Plekhanov und ursprünglich auch bei Lenin selbst die Gefahr eingeräumt wurde, dass in Russland als einem „halbasiatischen“ Land die sozialistische Revolution und die dann notwendige planmäßige Organisation der Produktion auch zu einer „asiatischen Restauration“ führen könne. Insofern trete an die Stelle der alten Despotie des Zarenreiches eine neue Despotie der Bürokratie.

Die Diskussion um das Agrarprogramm der russischen Sozialdemokratie auf dem Stockholmer Parteitag 1906 war Anlass dieser Bedenken. Plekhanov warnte deshalb (das berühmte Plekhanov-Fragezeichen), die sozialistische Revolution in Russland anzustreben, bevor der Kapitalismus und die bürgerliche Gesellschaft sich bereits voll etabliert hätten. Diese Debatte wurde in den 1920er/1930er Jahren im Zusammenhang mit der Diskussion um die Asiatische Produktionsweise wieder aufgenommen und von Stalin kategorisch beendet. Die Pointe bei dieser Auseinandersetzung innerhalb der russischen Linken ist, dass gleichzeitig unter der programmatischen Anleitung des Finanzministers Sergei Julius Witte (1849-1915) eine staatlich forcierte Industrialisierungs- und Modernisierungspolitik (insbesondere Eisenbahnbau und Schwerindustrie) verfolgt wurde, deren Grundgedanken auf List und seinen Vorläufern beruhten.

Das Ende des 19. Jahrhunderts erlebte mit der „Zweiten Industriellen Revolution“ im Bereich von Chemie und Elektrotechnik nicht nur eine neue Industrialisierungswelle in Europa und Nordamerika mit der Folge, dass der britische Industrialisierungsvorsprung schwand. Um die Jahrhundertwende wurden dort erstmals der „British Decline“ und eine Zollreform zur Abwehr des auf das erste Industrieland zurückschlagenden Peripheriesierungsdrucks thematisiert, wenn auch die Freihändler am Ende sich behaupten konnten. Die verstärkte Konkurrenz ebenbürtiger Industrieländer, die auch eine militärische Dimension (Aufrüstung und Schlachtflottenbau) hatte, war einer der Gründe für das letzte Ausgreifen der europäischen Mächte auf den noch nicht kolonialisierten Rest der Welt in Afrika, China und im Pazifik. Die Phase von 1880-1914 wird von den Historikern als Zeitalter des Imperialismus bezeichnet. Die darauf bezogene Imperialismustheorie stellte die Frage nach den Ursachen imperialistischer Politik. Im Buch des britischen Linksliberalen John Atkinson Hobson (1858-1940) „Der Imperialismus“ (1902) aus Anlass des Burenkrieges verfasst, wurde die europäische Welteroberung einer grundsätzlichen Kritik unterzogen. Gleichzeitig analysierte er die wirtschaftlichen und ideologischen Triebkräfte, die zur imperialistischen Politik geführt hatten.

In der Hobsonschen Tradition stehende Autoren wie Rudolf Hilferding (1877-1949), Lenin, Rosa Luxemburg (1871-1919), Nikolai Bucharin (1888-1938) und Fritz Sternberg (1895-1963) wollten, ausgehend von der Marxschen Kapitalismusanalyse, einen aus binnenwirtschaftlichen Verwertungs- oder Absatzschwierigkeiten resultierenden Zwang zum Kapital- und Warenexport ableiten, der die Eroberung von Kolonien und damit die Erschließung neuer Felder wirtschaftlicher Betätigung erfordere. Deshalb bezeichnete Lenin in seiner berühmten, theoretisch allerdings nicht besonders tiefgründigen, Analyse von 1916 den Imperialismus als das höchste, bereits auf den Niedergang hindeutende Stadium des Kapitalismus. Demgegenüber betonten nichtmarxistische Autoren wie Joseph Schumpeter (1883-1950) die

soziologische Dimension des Imperialismus, das in ihm zum Ausdruck kommende Streben nach schierer Machtausweitung. Gemeinsam war allen diesen Theorien die eurozentrische Sichtweise, der, wenn auch kritische, Blick aus der Sicht der imperialistischen Mächte auf deren Motive. Die Resultate imperialer Expansion für die betroffenen Kolonien wurden allenfalls am Rande thematisiert. Selbst die Zweite Internationale konnte sich zu keiner grundsätzlichen Kritik an der Kolonialpolitik verstehen. Erst die strukturalistische Dependenztheorie der 1960er Jahre, die sich in der Tradition der klassischen Imperialismustheorie verstand, sollte für eine grundsätzliche Umkehrung der Blickrichtung sorgen. Welche Konsequenzen haben Kolonialismus und Imperialismus für die unterworfenen Länder?

Der mit dem Industrialisierungsprozess in Europa einhergehende soziale Wandel wurde etwa 100 Jahre nach der Herausbildung der modernen Volkswirtschaftslehre zum Gegenstand einer neuen akademischen Disziplin, der Soziologie. Deren Stammväter, Ferdinand Tönnies (1855-1936) in „Gemeinschaft und Gesellschaft“ (1887), Emile Durkheim (1858-1917) in „Über soziale Arbeitsteilung“ (1902) und Max Weber (1864-1920) mit seinen religionssoziologischen Schriften und dem Hauptwerk „Wirtschaft und Gesellschaft“ (1911-1920) thematisierten, wie es im sich industrialisierenden Europa zu modernen Gesellschaften gekommen war. Insbesondere bei Weber stand dabei neben den historisch-strukturellen Gründen die Frage nach den **inneren geistigen Antrieben** zur Herausbildung des Kapitalismus im Vordergrund. Damit begab er sich in expliziten Gegensatz zu Marx, der in dem berühmten 24. Kapitel des „Kapital“ über die ursprüngliche Akkumulation die **äußeren Zwänge** in den Vordergrund gestellt hatte, denen sich der einzelne ausgesetzt sah. Eine weitere entwicklungstheoretische Hauptkontroverse war eröffnet.

Obwohl auch Weber in der Tradition der Historischen Schule stand, betonte er im Unterschied zu List nicht nur die Notwendigkeit zur Entfaltung der Produktiven Kräfte eines Gemeinwesens, sondern die Herausbildung einer bürgerlich-rationalen Weltauffassung seiner einzelnen Mitglieder. Die zentrale Fragestellung lautete: Worin bestehen die geistigen Antriebe und die historisch strukturellen Gründe der Entstehung des modernen Kapitalismus und was sind seine Auswirkungen? Dass diese Frage in Deutschland erst so spät gestellt wurde, ist Ausdruck der verspäteten Entwicklung Deutschlands im Vergleich zu seinen Nachbarn Großbritannien oder Frankreich. In der Rationalisierung aller Verhaltensweisen, der „Entzauberung der Welt“, sieht Weber den Kern des bürgerlich-kapitalistischen Modernisierungsprozesses. Das, was Marx im Sinne der Widerspiegelungstheorie zum Überbau rechnete, ist bei Weber ein autonomer Faktor. Dabei ging es ihm um die Klärung der universalhistorischen Frage nach den Gründen der europäischen Sonderentwicklung zum okzidentalen Rationalismus und der hier anzutreffenden Herausbildung einer kapitalistischen Geis-

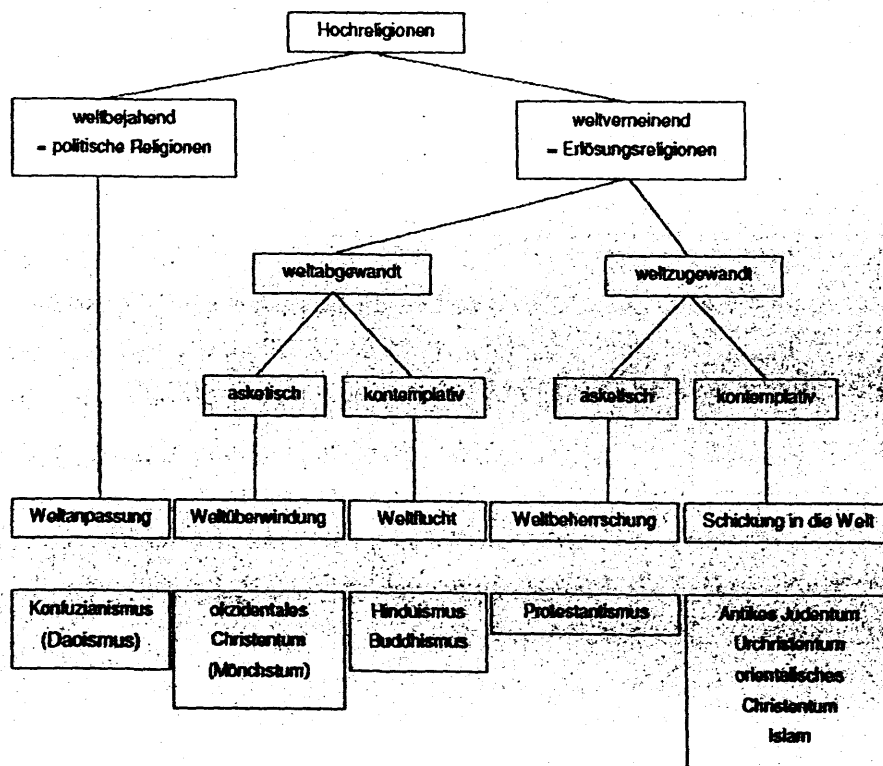
teshaltung und um die Unterschiede im okzidentalen Kulturkreis selbst, die er für die Ungleichzeitigkeit der Entwicklung zwischen den europäischen Ländern verantwortlich machte.

Die europäische Sonderentwicklung wurde in seiner berühmten Schrift „Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“ (1904/05) religionssoziologisch begründet. Weber geht von der empirischen Beobachtung aus, dass es eine signifikante Korrelation zwischen Bekenntnis und Bildungsstand bzw. beruflichem Erfolg gibt. Protestanten haben in der Tendenz höhere Bildungsabschlüsse und sind wohlhabender, eher in unternehmerischen Tätigkeiten zu finden als Katholiken. Weber argumentiert, dass die puritanischen Richtungen des Protestantismus, insbesondere der Calvinismus, eine religiös motivierte Berufsethik gefördert haben, die dem rationalen Ethos des modernen Kapitalismus entspreche und deshalb als mächtige Triebkraft kapitalistischer Entwicklung fungiere. Entscheidend für die Entwicklungswirksamkeit der Religion ist die Frage, ob es sich dabei um eine Erlösungsreligion handelt oder nicht. Der Wunsch nach Erlösung prägt das menschliche Handeln. Die jeder Religion spezifischen Heilsziele und Heilswege haben maßgeblichen Einfluss auf das innerweltliche Handeln.

Die calvinistische Prädestinationslehre geht von der Allmacht Gottes aus, dessen Ratschluss durch das menschliche Verhalten, anders als im Katholizismus, nicht beeinflussbar ist, weder durch gute Werke, Beichte noch Bußfertigkeit. Schon bei Geburt ist jedem vorbestimmt, ob er zu den Auserwählten oder den Verdammten gehört. Also lebt der Calvinist in ständiger Unsicherheit über sein Schicksal. Ob er zu den Auserwählten gehört, kann er lediglich an den Erfolgen seiner beruflichen Tätigkeit ablesen. Wohlstand wird so zum Gradmesser der Heilsgewissheit. Aus der Mönchsaskese wird die innerweltliche Askese, das Handeln in der Welt, die rationale auf Erwerbsstreben ausgerichtete Lebensführung, deren Erfolg sich am beruflichen Erfolg zeigt. Es geht bei Webers Argumentation wohlgemerkt nur um die Formationsphase des Kapitalismus. Mit dessen erfolgreicher Etablierung als institutionelle Ordnung verlieren die religiösen Wurzeln ihre Bedeutung. So erklärt Weber, dass der Kapitalismus in Europa eher in den protestantischen Teilen entstanden ist. Folglich begannen dort die Kommerzialisierung und Industrialisierung, befanden sich dort die anfänglich wohlhabenderen (entwickelteren) Teile des Kontinents, während in Süd- und Osteuropa der Katholizismus bzw. die Orthodoxe Kirche diese Impulse nicht auslösen konnten. Über die angelsächsische Siedlungsauswanderung nach Nordamerika, Australien, Südafrika etc. bzw. die lateinische Siedlungsauswanderung nach Südamerika haben sich diese Unterschiede über die Welt ausgebreitet. Die Neuengland-Kolonien wurden kapitalistisch, Lateinamerika behielt feudale Züge.

Im zweiten Schritt untersucht Weber die übrigen Hochreligionen aus der Erlösungsperspektive unter der Fragestellung, welche Haltung sie zur Welt einnehmen. Dabei unterscheidet er typologisch weltbejahende und weltverneinende Religionen. Weltverneinende Religionen sind Erlösungsreligionen, weltbejahende wie der Konfuzianismus und Daoismus nennt er politische Religionen. Unter den Erlösungsreligionen lassen sich die weltabgewandten und die weltzugewandten unterscheiden, wobei beide Richtungen sich wiederum in die Varianten asketisch und kontemplativ bzw. ekstatisch aufteilen lassen. Auf diese Weise erhält er eine ganze Skala von Idealtypen bezüglich der Frage, welche Haltung das Individuum zur Welt einnehmen kann. Da der ursprüngliche Arbeitsplan Webers (wie bei Marx!) aufgrund seines frühen Todes nicht vollendet wurde – es fehlen ausgearbeitete Schriften zum Islam, zum Urchristentum, zum talmudischen Judentum und zum orientalischen Christentum – kann sein Gesamtergebnis nur aufgrund verstreuter Hinweise „rekonstruiert“ werden, ein großes Thema der Weber-Literatur (wieder wie bei Marx). Demnach hätte Weber fünf Idealtypen unterschieden, denen jeweils eine oder mehrere Hochreligionen zugeordnet werden. Konfuzianismus und Daoismus führen zu Weltanpassung, Okzidentales Christentum und Mönchs-Christentum zu Weltüberwindung, Hinduismus und Buddhismus zu Weltflucht, Protestantismus, insbesondere in der calvinistischen Richtung, zu Weltbeherrschung und Antikes Judentum, Urchristentum, Orientalisches Christentum und Islam zur Schickung in die Welt.

Abb. 2: Webers Typologie der Hochreligionen



nach Wolfgang Schluchter

Auf diese Weise will Weber erklären, warum Entwicklung in Teilen der christlichen Welt begann und von hier aus die Eroberung der Welt ihren Ausgang nahm. In Indien und China wären im Sinne Webers durchaus die materiellen Voraussetzungen gegeben gewesen, doch bergen Hinduismus, Buddhismus und Konfuzianismus geistige Entwicklungsblockaden, so dass diese Länder gegenüber dem Westen ins Hintertreffen gerieten. Ähnlich wie Marx ist also auch Weber ein Anhänger der Theorie von der Stagnation des Orients, nur dass er diese nicht materialistisch, sondern idealistisch erklärt. Nicht koloniale Ausbeutung und Imperialismus, sondern interne Entwicklungshemmnisse, womöglich einsetzender Niedergang in alten Hochkulturen vor der Ankunft der ersten Europäer, seien entscheidend für deren gegenwärtige relative Rückständigkeit.

Damit steht auch Weber in der Tradition der europäischen Aufklärung. Autoren wie Montesquieu, Hegel, die amerikanische Modernisierungstheorie oder Samuel Huntington heute kontrastieren immer den Okzident mit dem Orient, wobei sie jeweils unterschiedliche Geisteshaltungen für die Dynamik im Okzident und die Stagnation im Orient verantwortlich machen. Während dies im 18. und 19. Jahrhundert, selbst noch in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nachvollziehbar erschien, geriet dieser Typ von Stagnationstheorien im Hinblick auf Asien seitdem in wachsende Legitimationsschwierigkeiten. Erst erfuhr der Konfuzianismus einen paradigmatischen Interpretationswechsel, sollte er doch im Hinblick auf Japan und jetzt auch auf China als Erklärung für Modernisierung und nicht mehr als Blockade von Entwicklung herhalten. Seit auch Thailand, Indien, Malaysia und Indonesien, damit buddhistisch, hinduistisch und muslimisch geprägte Gesellschaften in die Gruppe der asiatischen Schwellenländer eingerückt sind, gerät die religionssoziologische Erklärung für Entwicklung und Rückständigkeit insgesamt ins Wanken.

Hinsichtlich der innerwestlichen Differenzierung argumentiert Weber, dass sich in den angelsächsischen Ländern frühzeitig eine von aristokratischen Hemmnissen befreite kapitalistische Wirtschaftsgesinnung durchsetzen konnte, während in Deutschland (als Grenzfall) sowie in Ost- und Südeuropa aufgrund feudaler Relikte eine unterentwickelte Geschäftsmoral vorherrschend blieb. Anders als in England vermochte die ökonomisch absteigende Klasse der Großgrundbesitzer ihre politische Macht und ihr Leitbild des preußisch-bürokratischen Kapitalismus als ideologische Kraft zu behaupten. In der „Großen Depression“ der 1880er Jahre konnten die ostelbischen Junker im Gegensatz zu den britischen Standesgenossen 40 Jahre zuvor sogar neue Kornzölle durchsetzen, weil das Bürgertum im ganzen 19. Jahrhundert aufgrund der verspäteten Industrialisierung zu schwach blieb. Insofern war Weber auch der letzte große Theoretiker der bürgerlichen Gesellschaft, die in seinem Heimatland nie so richtig zum Durchbruch gekommen ist.

Die eigentliche Rezeption Webers erfolgte allerdings erst nach dem Zweiten Weltkrieg. In den USA begann sie immerhin Anfang der 1930er Jahre, als Talcott Parsons dessen Protestantismusschrift ins Englische übersetzte. Die sog. Weber-These war in jeder Soziologen-Generation umstritten, vor allem aufgrund empirischer Falsifizierung (z.B. durch den Frühkapitalismus in den katholischen oberitalienischen Stadtrepubliken oder den katholischen Südlichen Niederlanden/Brügge), wurde aber immer wieder diskutiert und im Zuge der entwicklungstheoretischen Diskussionen der 1950er Jahre wieder aktuell. Weber war damit nicht nur der Mitbegründer der Soziologie insgesamt, sondern via Parsons auch einer der Stammväter der Entwicklungssoziologie und Modernisierungstheorie, deren wichtige Fragen er bereits gestellt hatte.

Der Erfolg der Oktoberrevolution im vergleichsweise rückständigen Russland hatte aus entwicklungspolitischer Sicht mehrere Konsequenzen. Die Revolution ließ sich im Sinne der Leninschen Imperialismustheorie nur dadurch rechtfertigen, dass mit dem Bruch des „schwächsten Glieds der Kette“, nämlich Russland, das kapitalistische Weltsystem insgesamt zusammenbrechen würde, dadurch die Revolution auf die hochindustrialisierten Länder ausgedehnt und dessen Proletariat anschließend der Sowjetunion eine Art Entwicklungshilfe beim Aufbau des Sozialismus leisten werde. Um die erwartete Weltrevolution zu organisieren, wurde 1919 die Kommunistische Internationale als Exekutive aller Kommunistischen Parteien in Moskau gegründet. Die Gründung des Völkerbunds und der International Labour Organisation (ILO) war die liberale Reaktion, der amerikanische Präsident Woodrow Wilson der große Gegenspieler Lenins. Bereits Anfang der 1920er Jahre erwies sich die Vorstellung vom Weitertragen der Revolution als eine Fehlkalkulation, da die politische Krise nach dem Ersten Weltkrieg in den europäischen Industrieländern, insbesondere Deutschland, überwunden wurde. Die revolutionären Aktivitäten verlagerten sich deshalb auf nichteuropäische Länder, wobei bis Ende der 1920er Jahre China und dessen nationalistische Revolution im Zentrum des Interesses der Komintern stand.

Damit geriet die Kolonialfrage aus einer emanzipatorischen Perspektive erstmals so richtig ins Blickfeld, wobei aber weniger entwicklungsstrategische Erwägungen als vielmehr Fragen der revolutionären Strategie in den Kolonien im Vordergrund standen. Der Aufbau des Sozialismus dort werde auch die Entwicklungsprobleme lösen. Da in Ländern wie China aber von einem entwickelten Kapitalismus mit entsprechendem Proletariat noch weniger die Rede sein konnte als in Russland am Vorabend der Oktoberrevolution, wurde die alte innerrussische Kontroverse aus den 1880er Jahren wieder aktuell, ob denn der Sozialismus auch in einer bäuerlichen Gesellschaft über die Mobilisierung der Bauern zu verwirklichen sei. Diese

Frage war immer wiederkehrendes Thema auf den Weltkongressen der Komintern, wobei die Debatte zwischen dem indischen Kommunisten Manabendra Nath Roy (1887-1954) und Lenin über Strategie und Taktik der kolonialen Revolution auf dem Zweiten Weltkongress 1920 für Furore sorgte. Sollte man in den Kolonien die nationale Unabhängigkeit anstreben oder erst die Kolonialherren die historische Mission der Industrialisierung und Modernisierung erfüllen lassen? Sollte man dort erst die bürgerlich-demokratischen Kräfte gegen die traditionelle (feudale) Oberschicht unterstützen oder direkt die sozialistische Revolution anstreben? Eng damit verbunden war die Frage der Unabhängigkeit der ehemaligen russischen Kolonien. Dies geschah nur im Falle Finnlands, während in Zentralasien und im Kaukasus nach der Gründung der Sowjetunion 1922 nur noch „Autonomie“, aber keine Unabhängigkeit konzidiert wurde. Die bislang letzte Welle der Entkolonisierung erfolgte deshalb erst 1990 mit der Auflösung der Sowjetunion im Kaukasus und in Zentralasien.

Der Widerspruch zu der Argumentation, dass der Kolonialismus eine wesentliche Ursache für Entwicklungsprobleme sei, wurde von marxistischen Autoren tabuisiert. In China zumindest setzte sich schließlich gegen den Widerstand der orthodox argumentierenden Kominternmehrheit (Einheitsfront mit der GMD) Anfang der 1930er Jahre die maoistische Vorstellung von der Bauernrevolution und einem Sozialismus durch, der sich auf die Armut des ländlichen Raums statt auf die entwickelten Produktivkräfte in den modernen Städten wie Shanghai und dessen klassenbewusstes Proletariat gründet. Hier liegt die Wurzel, warum der Maoismus von Autoren wie Wittfogel als eine späte Variante der asiatischen Despotie bezeichnet wurde. Die mit der Frage der revolutionären Strategie und dem Charakter der orientalischen Gesellschaften verknüpfte Diskussion um die Asiatische Produktionsweise wurde 1931 auf der Leningrader Orientalistenkonferenz politisch zugunsten des orthodoxen, universellen Schemas über den Ablauf von Gesellschaftsformationen verworfen, um der Kritik an Stalins Apparateherrschaft und dem Argument der „asiatischen Restauration“ Russlands die Spitze zu nehmen. Diese Episode ist ein schönes Beispiel, dass die Entwicklungstheorie nicht zur Erklärung von gesellschaftlichen Wandlungsprozessen herangezogen wurde, sondern gesellschaftlichen Wandel legitimieren, dies gar im Sinne einer apodiktisch gesetzten Entwicklungstheorie in eine bestimmte Richtung gedrängt werden sollte, selbst wenn sich die Wirklichkeit immer weiter von besagter Theorie zu ihrer Erklärung entfernte.

Für Russland selbst lautete die Konsequenz aus dem Scheitern der weltrevolutionären Hoffnungen, dass der Sozialismus in einem Land und aus eigener Kraft aufzubauen sei. Damit wurde das Sozialismus-Paradoxon praktisch. Sozialismus als real existierendes Gesellschaftssystem war seitdem nicht mehr eine Gesellschaft jenseits des entwickelten Kapitalismus, wo es nur noch um die Umverteilung des Wohlstands geht, Sozialismus war seitdem

eine Gesellschaftsformation, die nachholende Entwicklung erst zu inszenieren hatte. Wachstum zuerst, Umverteilung später lautete deswegen implizit die Parole genauso wie in der Frühphase der späteren Entwicklungsökonomie unter marktwirtschaftlichen Vorzeichen.

Über die richtige Strategie wurde in den 1920er Jahren innerhalb der bolschewistischen Partei eine entwicklungstheoretische Kontroverse geführt, die unter dem Namen Industrialisierungsdebatte in die Literatur einging. Gegenüber standen sich Nikolai Bucharin (1888-1938) als Vertreter des rechten und Eugen Preobraschensky (1886-1937) als Vertreter des linken Flügels der Partei, die am Ende (siehe die Todesdaten) beide dem Stalinismus zum Opfer fielen. Dabei ging es angesichts knapper Ressourcen und großer Rückständigkeit der Sowjetunion um die Optionen vorrangiger Agrarentwicklung mit allmählicher Industrialisierung, die durch landwirtschaftliche Nachfrage angeregt wird, versus beschleunigter Industrialisierung auf Kosten der Landwirtschaft mit den gesellschaftlichen Konsequenzen von bürokratischen Nutznießern und bäuerlichen Leidtragenden.

Die grundsätzlichen Aspekte der Kontroverse sollten in der entwicklungsökonomischen Diskussion der 1950er Jahre wiederkehren. Wer finanziert die Investitionen, die einer Industrialisierung vorangehen? Wer muss seinen Konsum einschränken, um das notwendige Sparvolumen zu erzielen? Und nicht zuletzt: Woher stammen die anfänglichen Investitionsgüter, wenn noch keine Schwerindustrie vorhanden ist? Die entwicklungsstrategischen Alternativen lauteten: Vorrangige Agrarentwicklung durch die Förderung eines mittelbäuerlichen Sektors (die Kulaken), Export der Agrarüberschüsse, um Ausrüstungsgüter aus dem kapitalistischen Ausland zu importieren oder autarke Industrialisierung bei lang anhaltendem Konsumverzicht der gesamten Gesellschaft und bäuerliches Zwangssparen durch gewaltsame Wegnahme der agrarischen Überschüsse. Resultat der Debatte war die Entscheidung für Option zwei, die mit dem Ersten Fünfjahresplan (1928-1932) in die Tat umgesetzt wurde. Dies hieß forcierte Schwerindustrialisierung und Vernachlässigung der Konsumgüterindustrie, staatliches Eigentum an den Produktionsmitteln und Zwangskollektivierung der Landwirtschaft, um die agrarischen Überschüsse besser requirieren zu können. Statt Steigerung der Agrarproduktion Steigerung der Abschöpfungsquote. Konsequenterweise wurde dieser Vorgang in Anlehnung an Marx ursprüngliche sozialistische Akkumulation genannt, wobei die sozialen Konsequenzen nicht weniger hart als bei den von Marx beschriebenen Einhegungsgesetzen in England gewesen sein dürften. Der damit einhergehende Aufbau einer Planungs- und Verwaltungsbürokratie bestätigte Plekhanovs Warnung vor einer möglichen asiatischen Restauration, die im Stalinismus ihren despotischen Ausdruck fand.

Die sowjetische Strategie der 1930er Jahre wurde zum sowjetischen Entwicklungsmodell, das nach dem Zweiten Weltkrieg auf Osteuropa, China und ehemalige Kolonien, die in den politischen Einflussbereich der Sowjetunion fielen, übertragen wurde. Dies geschah selbst dort, wie in einigen osteuropäischen Ländern, die bereits über ein hohes Industrialisierungsniveau wie in der ehemaligen DDR, der Tschechoslowakei oder Ungarn verfügten, obwohl es dort gar nicht um nachholende Entwicklung gehen konnte. Auch hier hatte sich die Wirklichkeit wieder der Theorie anzupassen und nicht umgekehrt, eines der vielen Beispiele für den normativen Charakter von Entwicklungstheorie. Dass das sowjetische Modell in manchen osteuropäischen Ländern eher Rückschritt als Fortschritt bedeutete, war nach dem Umbruch des Jahres 1989 Anlass für die Modernisierungstheorie, ihre Erkenntnisse auf Osteuropa zu projizieren. Die Erklärung für die dort stattfindenden Transformationsprozesse und deren ausbleibende Erfolge wurden in der fehlgeleiteten Modernisierung während der sozialistischen Phase gesehen. Im Sinne Webers war das Hauptproblem die im Kollektivismus begründete Unterdrückung der Motivation des einzelnen.

Bevor die Skizzierung der Theoriebildung für die 1950er Jahre fortgesetzt wird, ist ein Rückblick auf die dogmengeschichtliche Weiterentwicklung im „bürgerlichen“ Lager notwendig. Obwohl die Wirtschaftspolitik der europäischen Nachzügler sich eher an den Listischen Vorstellungen orientierte und die liberale Phase in Europa abgesehen von Großbritannien nur wenige Jahrzehnte dauerte, beherrschte das klassische Denken die akademische Diskussion, wobei sich das Schwergewicht von makro- auf mikroökonomische Fragestellungen verlagerte. Seit Alfred Marshalls (1842-1924) „The Pure Theory of Foreign Trade“ (1879) wurde der Ausdruck „Neoklassik“ gebräuchlich, wobei in unserem Zusammenhang vor allem die Weiterentwicklung der ricardianischen Außenhandelstheorie von Interesse ist. Im Unterschied zu Ricardo, der von internationalen komparativen Vorteilen aufgrund unterschiedlicher natürlicher Produktionsbedingungen (Klima, Bodenfruchtbarkeit, Bodenschätze) ausgegangen war, wurde von den schwedischen Nationalökonomten Eli Heckscher (1879-1952) („The Effect of Foreign Trade and the Distribution of Income“, 1919), ein heftiger Kritiker des Merkantilismus, und Bertil Ohlin (1899-1979) („Die Beziehungen zwischen internationalem Handel und internationalen Bewegungen von Kapital und Arbeit“, 1930) das Faktorproportionentheorem oder Heckscher-Ohlin-Theorem entwickelt. Dieses zielte darauf ab, die von Land zu Land unterschiedliche Ausstattung mit Produktionsfaktoren, also Arbeit und Kapital, in die Analyse komparativer Vor- oder Nachteile einzubeziehen. Komparative Vorteile zwischen Ländern resultieren demzufolge nicht nur aus natürlicher Faktorausstattung, sondern auch aus deren unterschiedlicher Knappheit. Daraus wurde gefolgert, dass internationale Arbeitsteilung nicht nur zwischen Rohstoff- und Fertigwarenproduzenten (sog. Ricardo-Güter wie Wein und Tuch), sondern auch zwischen Produzenten von

Fertigwaren unterschiedlicher Faktorintensität (sog. Heckscher/Ohlin-Güter) für alle Beteiligten von Vorteil sei. Faktorintensität meint das Verhältnis der eingesetzten Produktionsfaktoren bei der Erzeugung einzelner Güter. Das hieß, dass unterschiedliche Lohnhöhe als Folge der Verknappung bzw. des Überschusses an Arbeitskräften oder unterschiedliche Ausstattung mit Kapital eine Spezialisierung auf arbeits- oder kapitalintensive Produktion sinnvoll macht. Diese Überlegung sollte aber erst nach dem 2. Weltkrieg Karriere machen.

Das neoklassische Denken blieb nämlich nur bis in die frühen 1930er Jahre herrschende Lehrmeinung, bis, ähnlich wie derzeit, die Weltwirtschaftskrise und die anschließende lang anhaltende Depression deutlich machten, dass die Kräfte des Marktes allein kein Heilmittel gegen die Krise zu liefern vermochten. Die wirtschaftspolitische Praxis dieser Jahre dokumentierte eher das Gegenteil. Massiver Protektionismus, gegenseitige Abwertungen und die Schaffung exklusiver Wirtschaftszonen wie die Gründung des Sterling-Blocks im Jahre 1932 oder des Yen-Blocks machten deutlich, dass die Regierungen die Rettung in wirtschaftlichem Nationalismus und Staatsintervention suchten. Die Folge war, dass, gemessen am binnenwirtschaftlichen Einbruch, der Welthandel noch stärker zurückging. Von internationaler Arbeitsteilung nach Maßgabe komparativer Kosten konnte keine Rede mehr sein. Damit war auch die seit den 1880er Jahren währende Expansionsphase der Primärgüterproduzenten in den angelsächsischen Siedlerkolonien, am südlichen Ende von Lateinamerika und am Schwarzen Meer, realer Hintergrund der damaligen Attraktivität des Theorems, an ihr Ende gelangt. An den Spätfolgen des frühen Primärgüterbooms und dem Einbruch der 1930er Jahre kranken Länder wie Argentinien noch heute.

In dieser Krisensituation war es der Engländer John Maynard Keynes (1883-1946), der mit seiner „Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ (1936) eine neue Revolution des ökonomischen Denkens einleitete, die der Bedeutung von Adam Smith' „Wealth of Nations“ nahe kommt. Er erbrachte den Nachweis, dass wirtschaftliches Gleichgewicht im Sinne der Neoklassik auch bei Unterbeschäftigung, also Unterauslastung der Produktionsfaktoren, möglich ist. Nicht die Knappheit der Produktionsfaktoren, der Mangel, das zu geringe Angebot ist das Problem, sondern der Überfluss an Produktionsfaktoren und der Absatz der Waren. Damit tauchte die alte Unterkonsumptionsthese von Malthus wieder auf. Die Selbstregulierung der Marktkräfte reiche nicht aus, um die Krise zu überwinden. Stattdessen bedürfe es der distributiven Besteuerung zur Beeinflussung der Konsumneigung der unteren Einkommensbezieher, der staatlichen Intervention, um mit den Instrumenten der Konjunkturpolitik und über staatliche Aufträge, die durch öffentliche Verschuldung finanziert werden, den Wachstumsprozess wieder in Gang zu bringen.

Damit beförderte Keynes die bis in die 1970er Jahre wirksame Illusion, dass der Wirtschaftsprozess grundsätzlich durch staatliche Eingriffe handhabbar ist. Statt der Preis- und Einkommenslehre der Neoklassik trat die lange vernachlässigte Theorie wirtschaftlicher Entwicklung wieder ins Zentrum der Überlegungen. Die theoretische Schlussfolgerung aus seiner Arbeit lautete, dass ein ausgeklügeltes Instrumentarium zur Konjunktursteuerung den Weg aus der Krise weisen könne. Der Keynesianismus als dogmengeschichtliche Gegentradition war geboren, der zunächst in den USA im New Deal und seit den 1950er Jahren auch in Europa zur herrschenden Lehrmeinung wurde. So war es nach dem 2. Weltkrieg nur noch ein kleiner Schritt, Keynes Ideen von den Industrieländern auf die Entwicklungsländer zu übertragen und aus einer Politik zur Konjunktursteuerung eine Strategie des wirtschaftlichen Wachstums zu machen. Deren Kernelemente waren öffentliche, kreditfinanzierte Investitionen in Schlüsselsektoren, um möglichst große Multiplikator- und Linkage-Effekte zu erzielen, staatliche Einkommenspolitik durch redistributive Besteuerung, Bodenreformen und Mindestlöhne, um die Nachfrage nach Massenkonsumgütern anzuregen, staatliche Geldpolitik, um über die Senkung der Kapitalkosten Investitionsanreize zu geben, sowie eine Regulierung der Außenwirtschaft. Keynesianisch inspiriert waren demzufolge fast alle Entwicklungsökonomien der Nachkriegszeit, die die Neoklassiker auch auf diesem Feld für lange Zeit in die Defensive drängen konnten. Insofern hatte Keynes eine ähnliche paradigmatische Bedeutung für die frühe Entwicklungsökonomie wie sein Zeitgenosse Parsons für die frühe Entwicklungssoziologie, auch wenn er so kaum rezipiert wird.

Dogmengeschichtlich erwähnenswert ist der auch in den 1930er Jahren entstehende Korporatismus in den faschistischen Ländern. Hier ist vor allem der Rumäne Mihail Manoilescu (1891-1950) zu nennen, der von der Warte der in die Krise geratenen Getreideexportökonomien am Schwarzen Meer einen noch radikaleren Protektionismus als Friedrich List empfahl und als Finanzminister in Rumänien später auch durchsetzte. Südosteuropa (Ungarn, Rumänien, Ukraine) war neben Russland die rückständigste Region in Europa, die sich auf den Export von Getreide und Rohstoffen spezialisiert hatte und im Gegenzug Fertigwaren importierte, also ein Anwendungsfall für Ricardos Theorem, nur dass sich der erwartete Wohlstandsgewinn dort nicht eingestellt hatte. In seinem Hauptwerk, „Die nationalen Produktivkräfte und der Außenhandel“ (1929) argumentierte er, dass Protektionismus immer und prinzipiell von Vorteil sei, wenn er in rückständigen Agrarstaaten zum Aufbau einer Industrie führe und damit das durchschnittliche Produktivitätsniveau der Volkswirtschaft anhebe, Lists Lernkosten also gar nicht gezahlt werden müssten.

Zur Begründung konstruierte er ein wirtschaftliches Dreieck aus Stadt, Land und Ausland, bei dem die Stadt das Land via Außenhandel ausbeutet. Dieses erinnert stark an das später

von Samir Amin entwickelte Schema der peripheren Akkumulation. Auch bei Manoilescu werden die agrarischen Überschüsse ins Ausland exportiert und im Gegenzug Waren für den städtischen Bedarf (bei Amin Luxusgüter) importiert. Rückständigkeit, so Manoilescu, resultiert nicht aus internen Faktoren, sondern ist Resultat der weltwirtschaftlichen Integration. Damit traf er sich mit späteren marxistischen Positionen! Dieser Mechanismus kann nur durch die später so genannte Importsubstitutionsindustrialisierung durchbrochen werden, die wiederum protektionistisch abzusichern ist. Die politische Durchsetzung des Konzepts, um sich gegenüber den Partikularinteressen einzelner gesellschaftlicher Gruppen durchzusetzen, leistete der korporatistische Staat, der Industrie, Banken und die Landwirtschaft (durch ein Genossenschaftswesen) kontrolliert. Hinzu kommt in Agrarstaaten das Fehlen einer nationalen Bourgeoisie, die durch die staatliche Bürokratie als wesentlichen Träger der Industrialisierung ersetzt werden muss. Dazu sei ein Einparteiensystem wie in Italien, Spanien, Deutschland am besten geeignet.

Die argumentative Nähe zu den autoritären politischen Systemen in Lateinamerika der 1950er/60er Jahre aber auch in Asien ist augenscheinlich. Bemerkenswert ist, dass Manoilescu in den 1930er und 1940er Jahren im „Weltwirtschaftlichen Archiv“ des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, später das Zentralorgan der deutschen Neoklassiker, reichlich zu Wort kam und durchaus wohlwollend rezipiert wurde. Wenn auch nicht offen eingestanden, so wurden seine Grundgedanken nach 1945 in Rumänien im Zuge von dessen Autarkiepolitik doch fortgesetzt, ähnlich wie das Stalinsche Industrialisierungsmodell der Logik der Witteschen Industrialisierungspolitik am Ende des zaristischen Russland gefolgt war.

Zwar auch noch unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise, aber zum ersten Mal im engeren Sinne aus der Perspektive der Kolonien, begann in den 1930er Jahren die theoretische Beschäftigung mit den Besonderheiten einer kolonialen Ökonomie und Gesellschaft, die in die Dogmengeschichte unter dem Begriff „Dualismustheorie“ Eingang fand. Einen prominenten Platz nahmen dabei Ida Cecil Greaves (*1907) „Modern Production among Backward Peoples“ (1935) und der Holländer Julius Herman Boeke (1884-1956) ein, der als Kolonialbeamter in Niederländisch Indien gearbeitet hatte. 1942 wechselte er nach der japanischen Besetzung des Landes ans New Yorker Institute of Pacific Relations und verfasste dort in der ersten Hälfte der 1940er Jahre sein erst 1953 vollständig erschienenes Hauptwerk „Economics and Economic Policies of Dual Societies“. Darin thematisierte er den Umstand, dass in Niederländisch Indien (Indonesien) der einheimischen Gesellschaft ein moderner Plantagensektor aufgepfropft wurde, ohne, wie in den angelsächsischen Siedlerkolonien der Fall, den traditionellen Sektor zu absorbieren. Wenn ein soziales System eine Gesellschaft prägt, so seine Definition, dann ist sie „homogen“, wenn zwei oder mehrere soziale Systeme vorhan-

den sind, die jeweils einen Teil prägen, dann ist sie „dualistisch“. Die in Indonesien beobachtete Besonderheit war eine späte Folge der unterschiedlichen Kolonisierung der gemäßigten und der tropischen Zonen. Im ersten Fall (USA, Kanada, Australien, Neuseeland) setzte sich der Typus der reinen Siedlerkolonie durch mit eher homogener Einkommensverteilung und der Zerstörung oder Abdrängung der einheimischen Gesellschaften in Reservate, im zweiten Fall blieben diese erhalten und wurde ihnen nur ein moderner Plantagensektor mit einer dünnen europäischen Management- und Verwaltungsbürokratie implantiert, deren Mitglieder ihren späteren Lebensabend im Mutterland verbrachten.

Der spezifische Unterschied zu Westeuropa lag also darin, dass der moderne Sektor sich nicht aufgrund eines allmählichen internen Wandels herausgebildet und ausgebreitet hatte, sondern importiert worden war und sektoral, regional und sozial begrenzt blieb. Die Dualismustheorie wurde später von anderen Autoren auch auf andere Regionen der Welt, so etwa Süd- und Osteuropa, angewendet. Das Entwicklungsgefälle zwischen Nord- und Süditalien wurde z.B. dualismustheoretisch von Vera C. Lutz erklärt. Die Nähe zu den späteren Strukturalisten und ihrem Begriff der „strukturellen Heterogenität“ ist augenscheinlich.

Betrachtet man die Welt als ganze, lassen sich sechs verschiedene Typen von Dualismus unterscheiden:

1. In Westeuropa bildete sich aus dem traditionellen Sektor heraus ein moderner Sektor, der den traditionellen Sektor überlagerte und schließlich aufsaugte.
2. In Süd- und Osteuropa kam es zwar auch zu einem internen Wandlungsprozess. Dieser war aber nicht stark genug, um den traditionellen Sektor völlig zu absorbieren, so dass die dualistische Struktur erhalten blieb (siehe Nord- vs. Süditalien).
3. In die angelsächsischen Siedlerkolonien wurde der moderne Sektor über die Siedlungsauswanderung importiert und vermochte den traditionellen einheimischen Sektor völlig zu verdrängen.
4. In den lateinischen Siedlerkolonien wurde die traditionelle Gesellschaft zwar weitgehend zerstört, da hier die Dynamik der Siedlergesellschaft zu schwach blieb, konnte sich der traditionelle Sektor teilweise erhalten. Durch die Sklaverei wurde sogar ein traditionelles soziales System aus Afrika „importiert“.
5. Die tropischen Zonen Asiens und Afrikas sind der klassische Fall im Sinne Boekes einer Implantation eines modernen Sektors ohne den traditionellen zu absorbieren.
6. In Ostasien (Japan, China, Korea, Taiwan) ist zwar auch ein moderner Sektor von außen implantiert worden, doch war dieser gegenüber der traditionellen Gesellschaft so schwach, dass eine „Gegenmodernisierung“ aus der traditionellen Gesellschaft heraus umgekehrt den ausländischen Sektor absorbieren konnte.

Boeke argumentierte deshalb, dass man bei der theoretischen Beschäftigung mit solchen Gesellschaften auch dualistisch vorgehen müsse. Es bedürfe einer Theorie der traditionellen Gesellschaft, einer Theorie des modernen Kapitalismus und einer Theorie der Interaktion beider Systeme innerhalb einer Gesellschaft. Boeke behauptete, dass die für westliche Gesellschaften aufgestellten ökonomischen Gesetze in östlichen nicht gelten. Insofern steht Boeke am Anfang einer Tradition, die die Besonderheit der Entwicklungstheorie gegenüber den Mutterdisziplinen begründete. Seine These illustrierte er mit dem Beispiel unterschiedlicher Reaktionen auf Marktsignale. Wenn in Indonesien der Reispreis fällt, steigen die Löhne und nicht umgekehrt, wie Ricardo und die Klassiker argumentiert haben. Das liege daran, dass bei fallenden Reispreisen das Arbeitskräfteangebot zurückginge, weil man mit weniger Arbeit genug Reis bekommen kann, weil im Gegensatz zum materialistischen Utilitarismus der Klassik Muße einen höheren Wert als Einkommen habe. Der Gebrauchswert und nicht der Tauschwert einer Ware stehe im Vordergrund. Arbeitskraft im Norden sei teuer, in den Tropen billig bis nahezu umsonst zu erhalten, während es sich bei Kapital geradezu umgekehrt verhalte.

Boeke formulierte auch eine Skizze der traditionellen östlichen Gesellschaft, bei der die Städte keine produzierenden Einheiten sind, die den Kapitalismus hervorgebracht und das Land durchdrungen haben. Die Städte waren vielmehr Sitz des Herrschers, um die Überschüsse des Landes zu konsumieren. Basis der Gesellschaft war das Dorf als religiöse Gemeinschaft von Nahrungsmittelproduzenten, die demselben Clan angehörten und durch gemeinsame Traditionen regiert wurden. Typische Merkmale der östlichen Industrie sei die Aversion gegen Investitionen und stattdessen die Bevorzugung von Wucherern, ein geringes Interesse an der Qualität der Produkte, da sie nicht für den westlichen Markt bestimmt seien, keine rationelle Organisation der Geschäfte, keine Elastizität der Produktion, da nicht auf Marktanreize reagiert werde, keine Organisation und Disziplin der Produzenten sowie eine kollektive regionale oder dörfliche und keine individuelle Spezialisierung.

Kommt es zur Kolonisierung, sind verschiedene Stadien zu unterscheiden. Anfänglich bleibt es bei Aufkauf der Produkte durch ausländische Händler. Erst später folgen Investitionen in Plantagen, Infrastruktur und einfache Verarbeitungsstufen mit Hilfe moderner Technologie, modernem Management und Lohnarbeit. Ein Teil der einheimischen Bevölkerung wird Teil des modernen Sektors bzw. als sog. Kompradoren zu Mittelsmännern zwischen einheimischem und ausländischem Sektor. Der moderne Sektor selber ist aber auch nicht homogen, sondern erstreckt sich von hochmodernem technologieintensivem Bergbau oder Ölförderung bis zu reinen Handelsgesellschaften, die traditionelle Produkte aufkaufen. Boeke unterscheidet acht Unternehmenstypen von der Hausindustrie für den Eigenbedarf bis zur Niederlas-

sung eines Multinationalen Konzerns mit Sitz im Mutterland. Trotz aller Unterschiede gibt es auch in dualistischen Ökonomien sektorübergreifende Kontakte. Aus Ware-Geld-Ware- werden tendenziell Geld-Ware-Geld-Beziehungen. Es kommt zu Demonstrationseffekten, der Abdrängung der traditionellen Bauern ins Hinterland, der Einfuhr neuer Pflanzen, die auch im traditionellen Sektor angebaut werden. Insgesamt findet eine stärkere Kommerzialisierung statt. Ein Teil der Arbeitskräfte wird durch den modernen Sektor absorbiert, allerdings nicht in Form von dauerhafter Beschäftigung, sondern eher saisonal durch Wanderarbeiter. Die Erfahrung der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre verhalf Boeke zu der Einsicht, dass nur der moderne Sektor starke Absatz- und Preisrückgänge zu verkraften hatte, während der traditionelle Sektor kaum betroffen war, sogar infolge als Rückzugsmöglichkeit wieder expandierte.

Zur Überwindung der Krise der exportorientierten Kolonialökonomien empfahl Boeke eine verantwortliche Steuerung durch die Kolonialbürokratie mittels Regulierung, um Überproduktion zu vermeiden, Organisation des Handels, Lohn- und Preiskontrolle, Bevölkerungspolitik, Beschäftigungspolitik, Exportförderung, Importkontrolle und Binnenmarktförderung, im Grunde eine Vorwegnahme der Politik der Importsubstitution der 1950er Jahre. Der Staat sollte in Form der Kolonialbürokratie die Homogenisierung bewirken, die spontan durch die Marktkräfte nicht zustande kam. Er wurde von der Dependenztheorie später zu Unrecht mit dem Argument kritisiert, dass er einen schieren Dualismus propagiert und nicht die funktionale Rolle des traditionellen für den modernen Sektor herausgearbeitet habe. Im Grunde war er ein Vorläufer der späteren Diskussion um die koloniale Produktionsweise. Autoren wie W. Arthur Lewis (1915-1991), Benjamin Higgins (1912-2001) und Gunnar Myrdal (1898-1987), die bei den Erkenntnissen der Dualismustheorie ansetzten, sahen demgegenüber in den 1950er Jahren gerade im „unbegrenzten“ Angebot billiger Arbeitskraft (Lewis) von Seiten des traditionellen Sektors den entscheidenden Grund, warum der moderne Sektor in den rückständigen Ländern über niedrige Arbeitskosten international konkurrenzfähig sei, bis über die Verknappung von Arbeitskraft dieser schrittweise aufgesaugt würde. Hier lag eine enge Verbindung zum Faktorproportionentheorem von Heckscher und Ohlin.

Die Bedeutung von Boeke oder Greaves liegt darin, dass sie als erste bereits in den 1930er Jahren auf die Besonderheit einer kolonialen Ökonomie in den Tropen hingewiesen haben. Damit waren sie eigentlich gar keine richtigen Vorläufer der Modernisierungstheorie, die in den 1950er Jahren in den USA zum eigentlichen entwicklungstheoretischen Paradigma aufstieg. Viel wichtiger dafür waren die Arbeiten von Talcott Parsons (1902-1979), der das Bindeglied zwischen der klassischen europäischen Soziologie (Durkheim, Weber, Pareto - aber auch Sombart, Schumpeter und Marx) und der amerikanischen Soziologie darstellt. Parsons

hatte in London und Heidelberg studiert und dort 1929 über den Kapitalismus-Begriff bei Marx, Weber und Sombart promoviert. Er war einer der Hauptvertreter des Strukturfunktionalismus, der in den 1920er/30er Jahren den Evolutionismus ablöste und damit ein Denken in Funktionen statt in Substanzen begründete. Dieses Denken äußert sich z.B. in der Geldtheorie. Geld hat keinen Wert an sich, sondern fungiert nur als Medium des Tauschs. Seit dem Zweiten Weltkrieg wurde der Funktionalismus, wiederum maßgeblich durch Parsons beeinflusst, zur Systemtheorie weiterentwickelt, wobei die Kybernetik und die Spieltheorie, die Entscheidungen unter Risiko begründen will, Pate standen.

Parsons Grundthese lautet, dass gesellschaftliche Realität in erster Linie aus Handlungen besteht. Das Profitmotiv z.B. ist anders als im Verständnis der Klassik keine psychologische oder anthropologische Kategorie, sondern die spezifische Form institutionalisierten Verhaltens, das von gesellschaftlichen Akteuren in bestimmten Situationen erwartet wird. Diese Handlungen sind in modernen im Unterschied zu traditionellen Gesellschaften normengeleitet, zweckrational und nicht gefühlsbestimmt. Damit unterscheidet Parsons sich vom Positivismus, der die Legitimität normativer Kategorien bestreitet. Jedes soziale System besteht aus einem Satz stabiler Interaktionsmuster. Ein Satz von Normen steuert das Verhalten der Individuen und stabilisiert das Muster ihrer Interaktionen. So entsteht ein System gemeinsamer Werte, gemeinsamer Rollenerwartungen und einer feststehenden Mitgliedschaft. Je größer das System, desto größer die Rollendifferenzierung der Mitglieder. Indem die Individuen die Normen und Werte ihrer Gesellschaft internalisieren, wird Kultur über den Konformitätsdruck konstitutiv für die Persönlichkeit.

Parsons unterscheidet drei Ebenen von Gesellschaft: das soziale System, das Persönlichkeitssystem und das System der allgemeinen kulturellen Werte. Mit seinen berühmten „pattern-variables“ formulierte er fünf darauf bezogene Begriffspaare grundlegender Orientierung an kulturellen Wertmustern, sozialen Normen und persönlichen Motivationen, die auf dichotomische Art und Weise den Unterschied von traditionalem und modernem Handeln beschreiben. Diese lauten Affektivität vs. affektive Neutralität (emotionale vs. rationale Beziehung), Diffusität vs. Spezifität (allgemeine vs. spezielle Interaktion – Mutter vs. Verkäuferin), Partikularismus vs. Universalismus (dem Verwandten zu helfen ist geboten, auf dem Markt tauscht jeder mit jedem), Zuschreibung vs. Leistung (Beurteilung nach Abstammung oder Leistung) und Gemeinschaftsorientierung vs. Selbstorientierung (Solidarität oder Egoismus).

An diesen Merkmalen, mit denen sich traditionelle und moderne Gesellschaften typologisch bestimmen lassen, sollten die späteren Modernisierungstheoretiker wie Bert Hoselitz (1913-1995) und Marion Levy (1918-2002) anknüpfen. Mit den vom ihm später relativierten Verhal-

tensvariablen entwickelte Parsons sein AGIL-Schema, demzufolge Handlungssysteme mit vier fundamentalen Problemen der Adaption (Anpassung), des Goal Attainment (Zielerreichung), der Integration und der Latenz bzw. Pattern Maintenance (Werteerhaltung) umzugehen haben. Die vier Funktionen werden mit den vier Systemen in Verbindung gebracht, wobei diese nicht gleichwertig, sondern hierarchisch angelegt sind.

L Werteerhaltung	–	Kulturelles System
I Integration	–	Soziales System
G Zielerreichung	–	Persönlichkeitssystem
A Anpassung	–	Organisches System (Umwelt)

Das Kulturelle System bestimmt das Soziale System, das Soziale System das Persönlichkeitssystem und dieses das Organische System, also den Umgang mit der Welt. Damit argumentierte er genau umgekehrt wie Marx, der einen materialistischen Ansatz vertrat. Später untersuchte er die Bedingungen, unter denen die Beziehungen zwischen den Systemen in geordneter Weise funktionieren können. Dabei identifizierte er als wichtigsten Faktor die Existenz von „generalisierten symbolischen Austauschwerten“, nämlich Geld für das Organische System (Markt), Macht für das Persönlichkeitssystem (Zielerreichung), Wertbildung für das Kulturelle System und Einfluss für das Soziale System.

Parsons Evolutionstheorie, in den 1960er Jahren entwickelt, stellte im Unterschied zu Weber nicht den Begriff der Rationalisierung, sondern, ähnlich Durkheim und entsprechend dem funktionalistischen Ansatz, den der sozialen Differenzierung in den Vordergrund. Differenzierung ist der Mechanismus, der das AGIL-Schema dynamisiert. Entwicklung heißt somit Zunahme des Anpassungsvermögens eines sozialen Systems an die Welt, ihre aktive Umgestaltung und nicht deren passive Erduldung. Der Unterschied zwischen traditionellen und modernen Gesellschaften sei demzufolge im unterschiedlichen Grad der Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Rollen und dem unterschiedlichen Maß der Anpassungskapazität zur Beherrschung der Welt zu sehen.

Dabei unterscheidet Parsons drei Stadien der Evolution – die primitive Gesellschaft ohne Differenzierung, die intermediäre Gesellschaft mit Verschriftlichung und die moderne Gesellschaft mit einem formalen Rechtssystem. Der Übergang zwischen den Stadien soll durch „evolutionäre Universalien“ erfolgen. Das sind Errungenschaften, die die Anpassungskapazität einer Gesellschaft so sehr vergrößern, dass, wenn sie einmal erreicht ist, keine Gesellschaft sich weiterentwickeln kann, ohne von ihnen Gebrauch zu machen. Solche Universalien waren zunächst die Entwicklung der sozialen Schichtung und eines Systems der kulturellen Legitimierung der verschiedenen gesellschaftlichen Funktionen. So wurde die primitive

Gesellschaft überwunden. Dann kam es zur bürokratischen Organisation der Gesellschaft und der Herausbildung von Markt- und Geldbeziehungen. Dafür war die Verschriftlichung notwendig. Der Durchbruch zur Moderne erfolgte schließlich durch die Durchsetzung generalisierter universalistischer Normen in einem verallgemeinerten Rechtssystem und die Herausbildung demokratischer Assoziationen, weil Macht sich am besten auf Konsens gründet und am effektivsten durch demokratische Prozeduren zu organisieren ist. Am „modernsten“ ist deshalb der Rechtsstaat angelsächsischer Prägung, wo Regierung und Rechtssystem durch das common law am stärksten getrennt sind. Markt und Demokratie als Regulierungsinstanzen sind flexibler und deshalb langfristig effektiver als bürokratische Steuerungs- (Anpassungs-) verfahren und haben aufgrund ihrer Kommunikationsprozesse die Kapazität zur Selbststeuerungsfähigkeit im Sinne von Karl Deutsch und Norbert Wiener.

Auf den nichtmaterialistischen Charakter seiner Theorie ist es zurückzuführen, dass Parsons nach der Krise der 1930er Jahre, die auch eine gesellschaftliche war, ein Paradigma begründen konnte, das in der Ära des Antikommunismus der 1950er Jahre die Grundlage für die neue Theorie gesellschaftlichen Wandels, die Modernisierungstheorie, legen konnte. Am Ausgangspunkt gesellschaftlicher Entwicklung standen jetzt nicht mehr die Politische Ökonomie (wie bei der Klassik) oder deren Kritik (wie bei List oder Marx), sondern individualpsychologische (mentale) und kulturelle Faktoren.

2.2 Die Etablierung der Disziplin durch die Pioniere: Entwicklungsökonomie und Modernisierungstheorie

Die Etablierung der Entwicklungstheorie als eigenständige akademische Disziplin ist auf den Beginn der 1950er Jahre zu datieren. Den Startschuss gab Präsident Truman mit seiner berühmten Inauguraladresse vom Sommer 1949. Die nach dem Zweiten Weltkrieg auf amerikanischen Druck wieder aufgenommene Entkolonialisierung, zunächst in Asien und seit Ende der 1950er Jahre auch in Afrika, machten es aus amerikanischer Sicht notwendig, der wachsenden Attraktivität des sowjetischen Modells ein westliches Gesellschaftsmodell entgegenzusetzen. Eher deduktiv abgeleitete als empirisch-induktiv gewonnene idealtypische Annahmen über den angelsächsischen Weg in die Moderne wurden zum Muster genommen, nach dem sich die westliche Welt entwickelt habe. Modernisierungsanstrengungen, die sich nicht an Demokratie und Marktwirtschaft orientierten, wie Kommunismus und Faschismus wurden als pathologische Fälle angesehen, die in eine Sackgasse führen. Die Totalitarismustheorie der 1940er/50er Jahre war das politikwissenschaftliche Pendant zur soziologischen Modernisierungstheorie. Da die nichtwestlichen Gesellschaften den angel-

sächsischen Weg nachvollziehen sollten, war Unterstützung von außen durch Entwicklungshilfe geboten. Ein neues Politikfeld war geboren.

Seitdem lassen sich sieben Phasen unterscheiden, die sich weitgehend an Dekaden orientieren und zwischenzeitlich auch so genannt wurden: Die Formationsphase der 1940er Jahre, die Pionierphase der 1950er Jahre, die 1., 2. und 3. Entwicklungsdekade der 1960er-1980er Jahre und zugleich die „goldene Zeit“ der Entwicklungspolitik, das „Verlorene Jahrzehnt“ der 1990er Jahre und die Krisendekade der 2000er Jahre, die in der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise mündete. Jede dieser Dekaden, das macht ihre eigentliche Struktur aus, ist durch ein dominantes entwicklungstheoretisches Paradigma oder die Konkurrenz der Paradigmen gekennzeichnet. Zum besseren Verständnis des Folgenden wird eine tabellarische Übersicht gegeben.

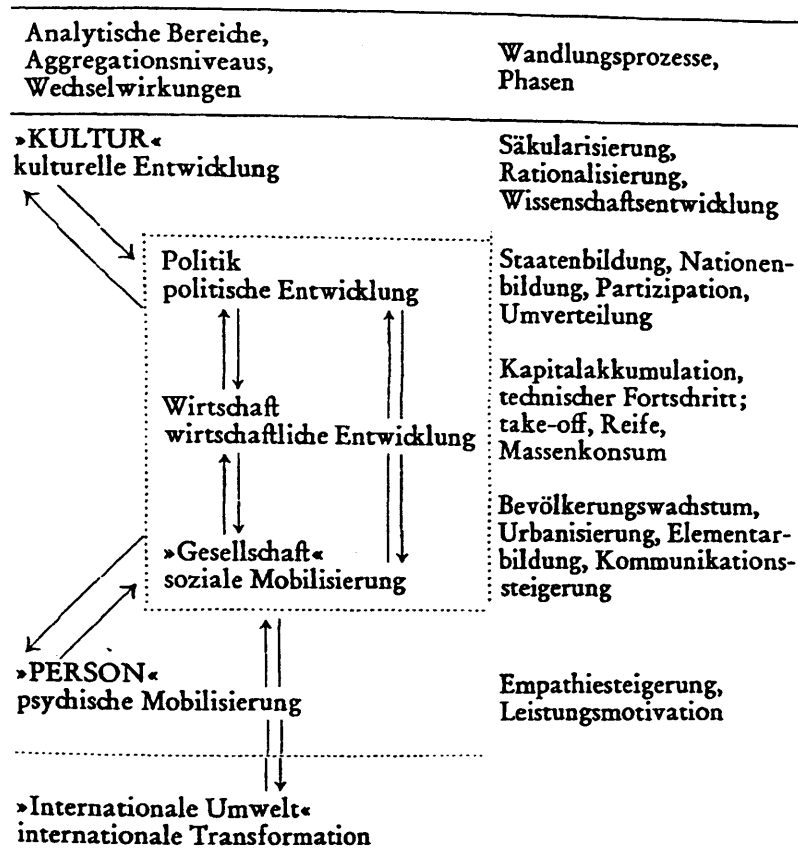
Tab. 5: Dekaden und Paradigmen der Entwicklungspolitik

	Dekaden	Paradigmen
1940er	Formationsphase	Keynesianismus, Dualismustheorie, Wachstumstheorie, Strukturfunktionalismus
1950er	Pionierphase	Entwicklungsökonomie, Modernisierungstheorie Wachstum durch Kapitalbildung und Steigerung der Arbeitsproduktivität, Terms of Trade-Debatte
1960er	Erste Entwicklungsdekade	Staatliche Rahmenplanung Importsubstitutionsindustrialisierung, Grüne Revolution, „Wachstum zuerst, Umverteilung später“ „Industrialisierung zuerst, Demokratisierung später“ Entwicklungspolitik als Eindämmung im Ost-West-Konflikt
1970er	Zweite Entwicklungsdekade	Dependenztheorie, Neue Weltwirtschaftsordnung, Externe Umverteilung Armutsorientierung, Grundbedürfnisse, angepasste Technologie, „Umverteilung mit/durch Wachstum“ „Grenzen des Wachstums“
1980er	Dritte Entwicklungsdekade	Neoliberalismus, Strukturanpassung, Exportindustrialisierung, Entwicklung durch Außenhandel nachhaltige Entwicklung Weltordnungsdebatte (global governance)
1990er	Verlorenes Jahrzehnt	Washington-Konsens Armutsorientierung, Soziale Entwicklung Menschenrechte, Humanitäre Intervention, gute Regierung, politische Konditionierung, „Kampf der Kulturen“
2000er	Krisendekade	Pragmatismus zwischen Staat und Markt Institutionenbildung, Neue Institutionenökonomik Verschmelzung von Friedens- und Entwicklungspolitik Entwicklungspolitik zur Eindämmung gegen neue Bedrohungen

Die in den 1950er-1960er Jahren zum dominanten Paradigma aufsteigende Modernisierungstheorie stellte sich die grundlegende Frage, warum Europa bzw. der Westen gegenüber allen anderen Gesellschaften der Welt diesen Entwicklungsvorsprung erringen konnten. Die allgemeine Antwort lautete: Weil es hier zuerst zur Durchsetzung des Rationalismus in allen Lebensbereichen, zur „Entzauberung der Welt“ (Weber) gekommen ist. Der europäische Vorsprung ist auf den rationalen Einsatz von Mitteln für bestimmte Zwecke zurückzuführen. Dieser zwang und zwingt alle anderen Gesellschaften, sich diesem Prinzip zu unterwerfen, will man nicht selber unterworfen werden. Um dessen Durchsetzung in allen Lebensbereichen auf die Spur zu kommen, gliederte die Modernisierungstheorie sich in Teildisziplinen, die Entwicklungsökonomie, Theorien zur Nationalstaatsbildung und Demokratisierung sowie Theorien, die sich mit Fragen des kulturellen, sozialen und mentalen Wandels von traditionellen Gesellschaften befassten. Damit war der pure Ökonomismus der frühen Jahre überwunden, der glaubte, das Problem auf rein wirtschaftliche Fragen reduzieren und mit bloßer Finanz- und Ausbildungshilfe lösen zu können. Auch wenn es letztlich immer um die Inszenierung von Wirtschaftswachstum ging, so begann man doch zu verstehen, dass dazu mehr gehörte als die Ausweitung des Kapitalstocks womöglich noch durch ausländische Investitionen.

Ausgangspunkt der jetzt einsetzenden breiten Diskussion, die vor allem in der Zeitschrift „Economic Development and Cultural Change“ geführt wurde, war die These, dass in erster Linie kulturelle und mentale Faktoren für die Rückständigkeit der nichtindustrialisierten Gesellschaften verantwortlich seien. Unter Rückgriff auf Parsons sollten diese für eine zu geringe gesellschaftliche Anpassungs- und Selbststeuerungsfähigkeit verantwortlich sein. In Anlehnung an Wolfgang Zapf (*1937), zusammen mit Peter Flora (*1944) oder Peter Heintz (1920-1983), einer der prominenten deutschen Vertreter der Modernisierungstheorie, lassen sich die analytischen Bereiche, Wandlungsprozesse und Phasen sowie die damit befassten Autoren in einem Schema zusammenfassen:

Tab. 6: Dimensionen und Prozesse gesellschaftlicher Modernisierung



Quelle: Zapf 1971, S. 24.

Im kulturellen Bereich wurden Säkularisierung, Rationalisierung und Verwissenschaftlichung (Parsons, Shmuel Eisenstadt, *1923) und im individualpsychologischen Bereich Empathiesteigerung und Leistungsmotivation (Everett Hagen 1906-1993, Daniel Lerner 1917-1980) identifiziert. Daraus leiteten die Modernisierungstheoretiker für die übrigen gesellschaftlichen Dimensionen bestimmte Transformationsphasen ab. Sie lauteten für den Bereich der Politik: Staatenbildung, Nationenbildung, Demokratisierung, Partizipation und Umverteilung (Gabriel Almond 1911-2002, Stein Rokkan 1921-1979, Karl W. Deutsch 1912-1992, Seymour Martin Lipset 1922-2006); im Bereich der Wirtschaft: Kapitalakkumulation, Aufstieg und Reife, technischer Fortschritt und Massenkonsum (Rostow); im Bereich der Gesellschaft: Bevölkerungswachstum, Urbanisierung, Alphabetisierung und Kommunikationssteigerung (Lerner, Deutsch). Für die Entwicklungspolitik, so die strategische Folgerung, kam es also darauf an, durch gezielte Hilfe von außen den internen Wandel zu fördern und so den innovationsbereiten, modernen gesellschaftlichen Kräften in den traditionellen Gesellschaften freie Bahn zu verschaffen.

In der Entwicklungsökonomie wurde das Denken für die nächsten 30–40 Jahre vom Keynesianismus bestimmt. Empfohlen wurde von den „Pioneers in Development“ wie Colin Clark (1905–1989), Gunnar Myrdal (1898–1987) Paul Rosenstein-Rodan (1902–1985), Albert O. Hirschman (*1915), Ragnar Nurkse (1907–1959), Arthur W. Lewis (1915–1981) und Jan Tinbergen (1903–1994) eine binnenmarktorientierte Wachstumsstrategie, die unter dem Begriff „Importsubstitutionsindustrialisierung“ (ISI) Eingang in die Literatur fand. Damit wurde 100 Jahre nach John St. Mills „Principles of Political Economy“ (1848), dem letzten großen Werk der Klassik, die Entwicklungsökonomie neu erfunden, nachdem die Neoklassiker sich eher mit Preistheorie und der optionalen Faktorallokation und die Keynesianer sich mit kurzfristigem volkswirtschaftlichem Krisenmanagement befasst hatten. Anlass war gleichermaßen die Notwendigkeit, nach den Einbrüchen des Zweiten Weltkriegs in den alten Industrieländern das Wirtschaftswachstum wieder in Gang zu bringen wie in den ehemaligen Kolonien überhaupt Wachstum zu inszenieren. Das Verständnis von Entwicklung wurde von den frühen Entwicklungsökonomien auf Wirtschaftswachstum reduziert.

Der dazu notwendigen Strategie lag ein Wachstumsmodell zugrunde, das auf Roy Forbes Harrod (1900–1978) („Ein Essay zur dynamischen Theorie“, 1939) und Evsey Domar (1914–1997) („Kapitalexpansion, Wachstumsrate und Beschäftigung“, 1946) zurückging. Wenn Wachstum mit Entwicklung gleichgesetzt wird, ist der zentrale Indikator für Entwicklung das BSP pro Kopf. Um die Pro-Kopf-Wachstumsrate einer Volkswirtschaft zu berechnen, benötigt man nur wenige Indikatoren:

$$\text{BSP} = Q$$

$$\text{Kapitalstock} = K$$

$$\text{Arbeitskräftepotential} = L$$

$$\text{Arbeitsproduktivität} = \frac{Q}{L}$$

$$\text{Kapitalkoeffizient} = \frac{K}{Q}$$

$$\text{Nettoinvestitionen} = I$$

$$\text{Nettoinvestitionsrate} = \frac{I}{Q}$$

Im Unterschied zur klassischen Entwicklungsökonomie wurde von den Neoklassikern nicht die Arbeitswerttheorie sondern die Grenznutzungstheorie zugrunde gelegt. Die Produktion ist nicht die Funktion der verausgabten Arbeit, sondern der optimalen Kombination der Produktionsfaktoren. Immer wenn von einem Produktionsfaktor zuviel eingesetzt wird, wirkt das Gesetz des abnehmenden Grenzertrages. Die optimale Kombination der Produktionsfaktoren sollte sich im Denken der Neoklassik über Märkte und Preise herstellen. Die Keynesianer argumentierten dagegen, dass dies auch durch staatliche Intervention möglich ist. Marx und Malthus mit ihren Unterkonsumtionstheorien hätten Unrecht, weil der technische Fortschritt immer wieder in der Lage ist, die Schranke des abnehmenden Ertragszuwachses zu durchbrechen. Damit lautet die entscheidende Entwicklungsformel:

$$\text{Wachstum des BSP/Kopf} = \frac{\frac{I}{Q}}{\frac{K}{Q}} - \text{Bevölkerungswachstum}$$

Anders ausgedrückt: Wachstum ist das Verhältnis von relativem Investitionsaufwand (Investitionsrate) zum Effektivitätsgrad der Nutzung des Kapitalstocks. Die Wachstumsrate kann durch die Erhöhung der Investitionsquote (höheres Sparen bzw. Konsumverzicht), durch die Senkung der Kapitalkoeffizienten (effektivere Nutzung des Kapitalstocks über die Steigerung der Arbeitsproduktivität) und durch die Verringerung des Bevölkerungswachstums, am besten durch eine Kombination dieser Faktoren, erreicht werden. Die Sparrate kann durch die Einschränkung des Luxuskonsums, eine zeitweise Umverteilung zugunsten der Wohlhabenden und durch Kapitalimport erhöht werden. Der Kapitalkoeffizient lässt sich durch höhere Arbeitsproduktivität oder durch Arbeitsakkumulation, gemeint ist die Ersetzung von Kapital durch Arbeit, senken. Die Senkung des Bevölkerungswachstums lässt sich durch eine effektive Bevölkerungspolitik erreichen.

Das Problem, über das die Entwicklungsökonomien der Pionierphase stritten, lautete: **Wie** lassen sich diese Ziele erreichen? Über den Markt? Durch Staatsintervention? Über Entwicklungspläne? Durch Mischsysteme? Welche Anreize sollen gesetzt werden? Welche Wachstumspfade sind die richtigen? Die Hauptkontroverse wurde zwischen den Vertretern eines ausgewogenen Wachstums (balanced growth) und eines unausgewogenen Wachstums (unbalanced growth) ausgetragen, eine Kontroverse, die uns in anderer Terminologie auch schon bei der sowjetischen Industrialisierungsdebatte begegnet ist.

Hauptvertreter der Theorie des ausgewogenen Wachstums waren Nurkse, Lewis und Rosenstein-Rodan. Ausgewogenes Wachstum liegt, so Nurkse, dann vor, wenn die Konsumgü-

terproduktion derart wächst, dass die Güterproportionen der Konsumentenpräferenzstruktur entsprechen. Die Wachstumsraten der Konsumgüterproduktion sollen also gleich den durch die Einkommenselastizitäten gegebenen Wachstumsraten der Nachfrage sein. Da die Einkommenselastizitäten aber für einzelne Güter unterschiedlich sind, müssen auch die Wachstumsraten der einzelnen Industrien unterschiedlich sein.

Wie können nun in den Entwicklungsländern die Parameter des Harrod-Domar-Modells beeinflusst werden? Ursache für die Stagnation bzw. das zu geringe Wachstum ist die Unter Ausstattung mit Realkapital (ein zu geringer Kapitalstock) im Verhältnis zur Bevölkerung und den vorhanden natürlichen Ressourcen wie Boden, Wasser und Bodenschätze. Das liegt daran, dass zwei Teufelskreise wirksam werden, die sowohl das Angebot wie die Nachfrage nach Kapital niedrig halten. Auf der Angebotsseite lautet der Teufelskreis: Die Spartätigkeit ist gering, weil die Einkommen niedrig sind. Die Einkommen sind niedrig, weil die Produktivität niedrig ist. Die Produktivität ist niedrig, weil der Kapitalstock gering ist. Der Kapitalstock ist gering, weil zu wenig investiert wird. Es wird zu wenig investiert, weil zu wenig gespart wird usw. Auf der Nachfrageseite lautet der Teufelskreis: Es fehlt an Investitionsanreizen, weil die Kaufkraft zu gering ist. Die geringe Kaufkraft ist Folge der niedrigen Einkommen aufgrund der geringen Produktivität, der geringen Kapitalausstattung, der schwachen Investitionsneigung. Kurz: Die Leute sind arm, weil arm sind.

Die Konsequenz der Diagnose lautet: Der Teufelskreis muss auf der Angebotsseite durchbrochen werden. Praktisch hieß das: Durch die o.g. Effekte (Einschränkung des Luxuskonsums, Umverteilung, Kapitalimport) lassen sich die Sparquote, damit die Investitionsquote und damit die Produktion steigern. An dieser Stelle hatten die Neoklassiker argumentiert, dass das geringe Pro-Kopf-Einkommen einen zu geringen Binnenmarkt ergebe, für den eine moderne arbeitsteilige Produktion nicht profitabel sei aufgrund der fehlenden Skaleneffekte. Das traditionelle Gewerbe bleibe immer konkurrenzfähig. Deshalb solle die Produktion anfänglich exportorientiert sein, da auf den größeren Exportmärkten auch Großserienfertigung möglich ist. Demgegenüber argumentierten die Keynesianer im Anschluss an Singer und Prebisch, dass der Export kaum gesteigert werden könne, da es sich um Primärgüter handle, bei denen nur eine geringe Nachfrageelastizität vorliege. Außerdem würde man so zur Verschlechterung der Terms of Trade beitragen. Diese Strategie war nur für die Siedlerkolonien im 19. Jahrhundert möglich angesichts der Sondersituation des wachsenden europäischen Bedarfs im Zuge der Industrialisierung. Die Zunahme des Welthandels in den 1950er Jahren betreffe nur den Handel der Industrieländer untereinander.

Deshalb müsse man stattdessen die Investitionsmärkte ausweiten. Ein anfänglicher Bedarf sei durchaus vorhanden, nur werde dieser bislang durch Importe bedient. Also müsse man durch breite Streuung der Investitionen in allen Branchen ein ausgewogeneres Wachstum auf nationaler Ebene in Gang setzen. Im Sinne des Sayschen Gesetzes über die Absatzwege sei dies möglich. Wenn man gleichzeitig viele Produkte herstellt, schafft man gleichzeitig große Nachfrage nach Vorleistungen und Endprodukten wegen der überall entstehenden Einkommen. Durch die Ausweitung des Marktes entstehen wiederum neue Investitionsanreize. Die Grundidee lautet, den Teufelskreis der Armut, der zur Verfestigung der Stagnation führt, in eine zirkuläre Verursachung nach oben zu transformieren. Dabei kann der Staat durchaus initiativ werden, entscheidend ist aber die private Initiative. Eine protektionistische Absicherung der Binnenmarktstrategie ist dabei sinnvoll.

Rosenstein-Rodan, der eine ähnliche Begründung wie Nurkse lieferte, unterschied sich durch das Argument, dass der Staat selber anfänglich zum wichtigsten Investor werden muss, da die privaten Unternehmer zu risikoscheu seien und die anfänglichen Investitionen in Infrastruktur und industrielle Kerne ein beträchtliches Volumen verlangen, das nur der Staat bewältigen könne. Deshalb sei ein anfänglicher Investitionsstoß von Seiten des Staates (big push) notwendig. Erst später würden die privaten Investitionen wichtiger – eine Erfahrung, die sich aus dem japanischen Fall ableiten ließ.

Demgegenüber vertraten Hirschman und Streeten die Theorie des unausgewogenen Wachstums, weil gerade Disproportionen, die durch ungleich verteilte Investitionen zustande kommen, weitere Investitionen anregen würden. Erreicht werden solle so ein sukzessives Wachstum von Industrien auf verschiedenen Produktionsstufen. Dahinter stand eine andere Begründung für die Ursache des Problems. Nicht Kapital sei knapp, sondern die Fähigkeit, genügend entwicklungsrelevante Entscheidungen zu treffen. Es bedürfe einer umfassenden Wachstumskonzeption, die nur der Staat, nicht aber private Unternehmer, die nur ihr privates Eigeninteresse verfolgen, entwickeln könne. Während Nurkse et al. den mangelnden Anreiz zu investieren als zentrales Problem identifizierten und das zu geringe Sparvolumen durch Kapitalimporte als auslösenden Faktor kompensieren wollten, argumentierte Hirschman, dass genug Kapital vorhanden sei, aber nicht produktiv genutzt werde, sondern in den Luxuskonsum fließe, gehortet oder ins Ausland transferiert werde.

Außerdem laufe die Strategie des ausgewogenen Wachstums auf einen reinen Dualismus hinaus, da neben dem vorhandenen Primärgüterexportsektor ein neuer Industriesektor inszeniert werden solle. Damit zeige das Konzept nur das Anfangs- und das Endstadium des Prozesses, nicht aber den Prozess selber auf.

Die entsprechende Strategie, die Hirschman vorschlägt, geht von der Überlegung aus, dass es Investitionssequenzen gibt. Über vor- und nachgelagerte Koppelungseffekte zieht die eine Investition die andere nach. Die Aufgabe der Entwicklungspolitik ist es deshalb, optimale Investitionssequenzen aufzuspüren und wirksam werden zu lassen. Das Instrument, um diese Sequenzen abzubilden, ist die Input-Output-Tabelle (I/O-Tabelle), ein von Wassily Leontief (1905-1999) erstmals 1941 in „The Structure of the American Economy“ 1919-1929 theoretisch und empirisch erarbeitetes Instrument zur Analyse volkswirtschaftlicher Zusammenhänge.

Die I/O-Tabelle bildet u.a. in der Verflechtungsmatrix die Lieferbeziehungen zwischen den einzelnen Branchen entsprechend der jeweiligen Verarbeitungsstufe ab. Dabei wird jede Branche als Zeile und als Spalte aufgeführt. Während Leontief die I/O-Tabelle der US-Ökonomie für bestimmte Stichjahre ex post erstellte, lässt sich die I/O-Tabelle auch ex ante zur Wirtschaftsplanung in Ländern mit zentraler Planwirtschaft verwenden. Wegen dieser möglichen Anwendung war Leontief bei den Neoklassikern anrühlich, für Entwicklungsstrategen in Entwicklungsländern jedoch hoch attraktiv. Bis heute wird das Instrument der I/O-Tabelle in ostasiatischen Ländern, die alle langfristige Perspektivpläne aufstellen, intensiv genutzt. Hirschman unterschied unter Rückgriff auf Leontief vier Typen von Koppelungseffekten: Backward Linkages, Forward Linkages, Final Demand Linkages und Fiscal Linkages. Mit Backward Linkages ist die abgeleitete Nachfrage nach Vorprodukten gemeint, die überall außer in der Urproduktion auftreten. Forward Linkages schaffen Anreize für neue Produkte oder Dienstleistungen. Final Demand Linkages betreffen die Effekte, die die Nachfrage nach Konsumgütern anregen. Die Fiskalischen Linkages betreffen Effekte, für die Staatseinnahmen die in neue öffentliche Investitionen umgesetzt werden können.

Die beste Entwicklungsstrategie besteht laut Hirschman darin, bei Investitionen im Konsumgütersektor zu beginnen, da hier bereits eine Nachfrage vorhanden ist, die durch den Import bedient wird. Das meint Importsubstitutionsindustrialisierung (ISI). Dazu bedarf es der Verarbeitung heimischer Rohstoffe, die bislang exportiert wurden, ggf. auch des Imports von Halbfabrikaten. Hierbei sind die Branchen zu identifizieren, in denen die diversen Koppelungseffekte am größten sind, da so auf optimale Weise weitere Investitionen angeregt werden. In Schlüsselsektoren soll dabei der Staat anfänglich selber investieren, Subventionen geben oder das Sozialkapital fördern, um so Anreize für private Investitionen zu schaffen. Ein solches, sektoral unausgewogenes, Investitionsverhalten kann ggf. auch regionaler Art sein, wenn dadurch regionale Koppelungseffekte etwa in der Urproduktion ausgelöst werden. Im Sinne von Myrdals sog. „trickle down“ oder „spread-Effekten“ würden sich die anfänglich auf Modernisierungsinselformen konzentrierten Investitionen ausbreiten.

Während Nurkse also auf den Automatismus des Sayschen Gesetzes vertraute, wollte Hirschman sich des Potentials der I/O-Tabelle bedienen und damit in gewisser Weise Anleihen bei der zentralen Planwirtschaft machen. Beide setzten zudem auf anfängliche massive staatliche Investitionen, wobei Hirschman eher an eine Umverteilung des inländischen Sparaufkommens und Nurkse oder Rosenstein-Rodan eher an Kapitalimporte durch private Investoren oder öffentliche Anleihen dachten. Gemeinsam war beiden Richtungen auch die Annahme, dass das Harrod-Domar-Modell grundsätzlich ex post wie ex ante für Industrie- wie Entwicklungsländer gelte. Zwar wurde mit der Teufelskreisargumentation auf besondere Bedingungen in Entwicklungsländern hingewiesen, doch sollte sich eine Wachstumsstrategie dort nicht grundsätzlich von der Strategie zum wirtschaftlichen Wiederaufbau in den europäischen Nachkriegsökonomien unterscheiden. Bei dieser undifferenzierten Betrachtung sollten erst die Modernisierungstheoretiker ansetzen, die erkannten, dass zu Wachstum mehr gehört als nur eine wirtschaftliche Wachstumsstrategie, aber auch die Strukturalisten, die wie Boeke auf die grundsätzlichen Unterschiede der Ökonomien von Entwicklungs- und Industrieländern hinwiesen.

Andere Dimensionen von Entwicklung wurden anfänglich gar nicht thematisiert. Demokratisierung würde sich, so Seymour Martin Lipset (1922-2006) in seinem 1960 erschienenen Buch „Political Man“, zwangsläufig aus Industrialisierung ergeben. Für eine Übergangszeit, solange sich noch keine modernisierungswilligen bürgerlichen Eliten gebildet hätten, wurden autoritäre Regime nicht nur toleriert, sondern sogar als notwendig erachtet.

Den vermutlich einflussreichsten Beitrag zur Wachstumstheorie lieferte Walt Whitman Rostow mit seinen „Stages of Economic Growth“ (1960), weil er nicht nur Theoretiker war, sondern in seiner Eigenschaft als hochrangiges Mitglied der Regierungen der Präsidenten Kennedy und Johnson auch maßgeblichen Einfluss auf die US-amerikanische Entwicklungspolitik der 1960er Jahre nehmen konnte. Seine Stadientheorie war vielleicht wegen ihrer Schlichtheit so einflussreich. In bewusster Antithese zu Marx lautete der Untertitel des Buches „Ein nichtkommunistisches Manifest“. Darin unterscheidet er fünf Stadien, die alle Länder zu durchlaufen haben. Diese sind (1) die traditionelle Gesellschaft, (2) die Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Aufstieg (preconditions of growth), (3) der wirtschaftliche Aufstieg (take off), (4) die Entwicklung zur Reife (self sustained growth) und (5) das Zeitalter des Massenkonsums. Am wichtigsten sind die Stadien 2-4, weil sie den eigentlichen Übergang von der traditionellen zur modernen Gesellschaft markieren. Rostow erhob den Anspruch, keine bloße Wachstumstheorie zu formulieren, sondern eine Theorie gesellschaftlicher Entwicklung insgesamt, wenn er betonte, wirtschaftliche Veränderungen seien die Folge menschlichen Willens.

Im ersten Stadium, der traditionellen Gesellschaft, sei nur ein begrenztes Wachstum möglich, bedingt durch eine „vornewtonsche“ Technik und ein „vornewtonsches“ Verhalten gegenüber der Natur. Newton steht hier für die entscheidende Erkenntnis, dass die Natur Gesetzmäßigkeiten unterliegt, deren Verständnis es erlaubt, die Natur zu manipulieren und für Produktivitätssteigerungen zu nutzen. Erst seitdem ist ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum möglich, während die Wirtschaft vorher durch natürliche Produktionskapazitäten und Bevölkerungswachstum beschränkt war.

Im zweiten Stadium beginnt die Moderne, werden die Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Aufstieg gelegt. Die Möglichkeiten der modernen Wissenschaft werden erstmals genutzt, wie das in Europa im späten 17. und frühen 18. Jahrhundert der Fall war. Wissenschaft und Technik sind damit eine unabhängige Variable. Dieser Prozess verlief endogen in England, dem ersten Land, das sich industrialisierte, in späteren Fällen wurde er meist exogen über das Beispiel oder den Druck überlegener Gesellschaften ausgelöst. Auch hier klingt das Motiv des Peripheriesierungsdrucks als Herausforderung an. Bildung wird wichtig, neue Unternehmer formieren sich, Investitionen werden getätigt. Es kommt zu den ersten Nationalstaatsbildungen.

Im dritten Stadium, dem take off, beginnt ein stetiges Wachstum. Dieser Begriff hat die größte Popularität errungen. Die Metapher wurde vom Flugzeug übernommen, das auf der Startbahn die nötige Geschwindigkeit erreicht hat, um abzuheben. Die Ersparnisse und Investitionen einer Volkswirtschaft steigen von etwa 5 auf 10 Prozent des Sozialprodukts, womit eine kritische Schwelle überschritten wird. Das dafür notwendige zusätzliche Kapital kann auch importiert werden, wie es anfänglich in den USA und anderen Siedlerkolonien der Fall war. Genau diese Feststellung war der Ansatz für die Entwicklungspolitik als Finanzierungshilfe. Die neuen Industrien breiten sich aus, auch die Landwirtschaft wird modernisiert. Die gesamte Phase soll etwa 40 Jahre dauern und von allen Ländern, wenn auch zeitlich versetzt, durchlaufen werden.

Das vierte Stadium ist ein lang anhaltendes, selbsttragendes Wachstum, die Entwicklung zur Reife. Die Investitionsquote beträgt 10-20 Prozent. Das Pro-Kopf-Produkt steigt, weil das Wirtschaftswachstum das Bevölkerungswachstum übertrifft. Die Reife soll etwa 60 Jahre nach dem take off erreicht sein. Neue Branchen entstehen, alte Branchen verschwinden, es erfolgt eine sektorale Schwerpunktverlagerung. Reife ist definiert als ein Stadium, in der die Wirtschaft zeigt, dass sie kraft der modernen Technik alles produzieren kann, was sie will.

Im fünften Stadium, dem Zeitalter des Massenkonsums, werden die Herstellung dauerhafter Konsumgüter und die Erbringung von Dienstleistungen zu den Leitsektoren. Aufgrund des hohen Pro-Kopf-Einkommens und staatlicher Verteilungspolitik erhöht sich der soziale Konsum. Der Wohlfahrtsstaat bildet sich heraus. Die Verbreitung des Automobils ist ein Indikator zur Messung dieses Stadiums, das die USA bereits in den 1920er Jahren erreicht hatten. Damit wurde das „Fordistische Zeitalter“ zum Leitbild von Entwicklung weltweit, die USA zum Modell, die dieses Leitbild repräsentieren.

Die Bausteine in Rostows Theorie sind der modernisierungsfördernde Einsatz von Wissenschaft und Technik, die abrupte Anhebung der Spar- und Investitionsquote, um über einen Wachstumsschub zu einem stetigen Wachstum zu kommen, die Rolle des innovativen Unternehmers sowie das Konzept von Leitsektoren. Damit handelt es sich um eine krude Synopse von Elementen, die sich bei prominenten Zeitgenossen finden lassen: big push (Rosenstein-Rodan), spurt (Gerschenkron), linkage-Konzept und Leitsektoren (Hirschman), Rolle des Unternehmers (Schumpeter), Stadientheorie (Fourastié).

Rostow versuchte sich auch an einer Kategorisierung der Welt. Demzufolge hätten 1959 acht Länder (historisch in der Reihenfolge England, Frankreich, USA, Deutschland, Schweden, Japan, Kanada, Australien) das Zeitalter des Massenkonsums bereits erreicht, die UdSSR befinde sich im Stadium der Reife, für die er im fünften Stadium den Systemwechsel (sic) prognostizierte. Die Türkei, Argentinien, Mexiko, China und Indien seien im take off-Stadium, ein Begriff, der in etwa das meint, was später mit dem Begriff „Schwellenländer“ bezeichnet wurde.

Ob es sich überhaupt um eine Theorie handle und nicht lediglich um eine Taxonomie von Wirtschaftsstadien sei, war eine der Fundamentalkritiken, die gegen Rostow vorgebracht wurden. Auch werde bei ihm entgegen der eigenen Ankündigung den gesellschaftlichen und politischen Faktoren zu wenig Rechnung getragen. Dieser Einwand stimmt aber nicht, wenn man andere Schriften von Rostow hinzuzieht, in denen die entscheidende Rolle neuer gesellschaftlicher Kräfte betont wird, wobei der Nationalismus gegenüber fortgeschritteneren Ländern als motivierende Kraft zur Modernisierung erkannt wird.

Kritisiert wurde ferner die Fixierung auf den angelsächsischen Weg, der die Modernisierung von oben wie in Deutschland, Japan oder Sowjetunion ausblende. Empirisch stimme vieles nicht, so sei etwa für Frankreich oder Österreich-Ungarn gar kein take off nachweisbar. Selbst die Beschreibung des Modellfalls USA stimme nur bedingt, handle es sich doch trotz Massenkonsums nicht um einen Wohlfahrtsstaat. Der relative Niedergang von Ländern wie

Großbritannien könne schon gar nicht erklärt werden und Länder wie die Türkei oder Argentinien hätten das behauptete take off-Stadium nie verlassen. Rostow erlitt insofern das Schicksal vieler Großtheoretiker, da es im Detail immer eine Vielzahl von Einwänden gibt. Wie anderen Vertretern der Historischen Schule wurde ihm von den Neoklassikern der Theoriecharakter schlechthin abgesprochen, da auf induktive Weise die theoretische Stringenz deduktiv gewonnener Modelle niemals erreicht werden kann.

Höhepunkt der Kritik war die Konstanzer Konferenz von 1960, die 1963 von Rostow unter dem Titel „The Economics of Take-Off into Sustained Growth“ publiziert wurde. Hauptkritiker waren Simon Kuznets (1901-1985) und Robert Solow (*1924), wobei ersterer die fehlende empirische Basis bemängelte und letzterer den Theoriecharakter schlechthin in Frage stellte. Die empirisch geführte Kontroverse drehte sich um die Frage, ob sich ein take off-Stadium für einzelne Länder nachweisen ließe. Hier standen die Wirtschaftshistoriker eher auf Rostows Seite, während die Ökonomen zu den Kritikern gehörten. Erst 1978 in „The World Economy“ lieferte er die empirischen Belege für seine Stadien Theorie. „How It All Began“ (1975) war dazu ursprünglich als Einleitung gedacht. In diesem Werk stellte er auch selber den Bezug zur Historischen Schule her.

Damit sind wir bei den weniger beachteten, aber viel wichtigeren politischen Konsequenzen der Rostowschen Stadien Theorie, die er 1957/58 in zwei Texten mit Max Millikan (1913-1969) veröffentlicht hatte. Zuerst das Buch „A Proposal: Key to Effective Foreign Policy“ und kurz darauf der Essay „Foreign Aid: Next Phase“. In beiden Texten wird der Anspruch erhoben, zu einer Neuformulierung der amerikanischen Außenpolitik zu kommen, die vor dem Hintergrund des Korea-Kriegs zu sehr auf die militärische Dimension des Ost-West-Konflikts fixiert war. Die USA sollten die Führung übernehmen „in a new international partnership program for world economic growth“. Damit war „Foreign Aid“ in gewisser Weise die Fortsetzung des berühmten mit „X“ gezeichneten Artikels von George F. Kennan (1904-2005) „The Sources of Soviet Conduct“ aus dem Jahre 1947, in dem dieser die containment-Politik gegenüber der Sowjetunion begründet hatte.

Millikan und Rostow wollten das Verständnis von containment erweitern und deutlich machen, dass der Ost-West-Konflikt auch in den Ländern Asiens, des Mittleren Ostens, Afrikas und Lateinamerikas geführt werden muss. Diese befinden sich im zweiten Stadium des Rostowschen Modells, wo die Voraussetzungen für den take off gelegt werden. Wird diese Phase erfolgreich durchlaufen, kommt es zum take off und zum selbsttragenden Wachstum. Werden sie nicht gelegt, kommt es zur Krise. Dann haben die Kommunisten die Chance, die Macht zu übernehmen, wie das bereits in China geschehen ist, wie es sich damals in Viet-

nam und anderswo anbahnte. Der Prozess muss also von außen unterstützt werden – durch Entwicklungshilfe. Das meint „Next Phase“, nachdem in der ersten Phase die amerikanische Politik zu sehr auf die Schaffung von Militärbündnissen und die Gewährung von Militärhilfe an der Peripherie des Kommunistischen Blocks konzentriert war. Rostow stellte Berechnungen an, wie viel Kapital benötigt wurde, um in den in Rede stehenden Ländern die Investitionsquote auf die kritische Marke zu heben. Bei einem angepeilten Pro-Kopf-Wachstum von jährlich zwei Prozent seien für die folgende Dekade (die spätere Erste Entwicklungsdekade) ca. 2,5 – 3,5 Mrd. US\$ jährlich bereitzustellen, die durch staatliche Entwicklungshilfe und private Direktinvestitionen aufzubringen seien.

Drei Kriterien müssten dazu erfüllt sein: Die Existenz eines nationalen Entwicklungsplans, das nötige Potential, diesen umzusetzen und die Möglichkeit, zusätzlich eigene Ressourcen zu mobilisieren. Neben der US-Regierung sollten die westlichen Alliierten, Internationale Organisationen und private Investoren als Geber bewogen werden. Partner der Hilfe seien die neuen Eliten in den genannten Ländern, deren nationalistische Bestrebungen sich im Wunsch nach wirtschaftlicher und sozialer Modernisierung äußere. Zumindest in der Anfangsphase sei eine starke staatliche Komponente unverzichtbar, wobei das Militär, aufgrund seiner Organisation eine Art Ersatzbürokratie, im Zweifelsfall durchaus der geeignete Partner sei.

Die Theorie der Politischen Entwicklung (political development) war hingegen eine Theorie des politischen Wandels im Sinne einer Theorie des demokratischen Fortschritts. Dabei ging es um die Identifikation von Prozessen und Variablen, die dafür verantwortlich und nach Möglichkeit quantifizierbar sind, um einer empirisch-statistischen Analyse unterzogen zu werden. Die Grundannahme lautete, dass das politische System des Westens, nämlich die repräsentative parlamentarische Demokratie, die beste Regierungsform sei. Dies wurde in der britischen, französischen und amerikanischen politischen Theorie naturrechtlich und durch den Sozialkontakt begründet. Seit den bürgerlichen Revolutionen in England, Frankreich und den USA sei die unvermeidliche Richtung politischer Entwicklung für die Menschheit vorgegeben. Damit wurde eine Analogie zur Wirtschaft hergestellt, wo sich seit der Industriellen Revolution des späten 18. Jahrhunderts das Modell der Marktwirtschaft durchgesetzt habe. Unterschieden wurde zwischen dem eher linearen angelsächsischen Weg politischer Entwicklung und dem eher instabilen kontinentaleuropäischen. Theoretiker wie Wilfredo Pareto (1848-1923), Robert Michels (1876-1936) und Gaetano Mosca (1858-1941) gingen eher von einem Eliteverständnis politischer Herrschaft unabhängig von der Staatsform aus, während angelsächsische Theoretiker ein konstitutionelles und demokratisches Verständnis haben.

Entstanden ist die Theorie politischer Modernisierung parallel zur Vergleichenden Regierungslehre (comparative politics) nach dem Zweiten Weltkrieg aus der Erkenntnis heraus, dass es selbst im Westen mit Faschismus und Kommunismus auch noch andere, als pathologisch bezeichnete, Wege politischer Entwicklung gibt, die möglicherweise für die nach der Entkolonisierung entstehenden neuen Staaten attraktive Alternativen darstellten. Die Frage lautete also: Was muss in diesen neuen Staaten geschehen, damit sie auf den richtigen, das heißt angelsächsischen, Weg gebracht werden. Politische Entwicklung sollte damit auch um ihrer selbst betrieben und nicht nur gefördert werden, um Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen. Der letztere Zusammenhang wurde erst viel später thematisiert. Möglich wurde die neue Disziplin, weil durch die Untersuchungen von Margaret Mead (1901-1978) und Ruth Benedict (1887-1949) Daten über nichtwestliche politische Systeme zur Verfügung standen. Erstmals wurden anthropologische, psychologische und sogar psychoanalytische Erkenntnisse über Kultur und Persönlichkeit in nichtwestlichen Gesellschaften gewonnen, wobei Mead und Benedict die kulturellrelativistische im Unterschied zur universalistischen Tradition der Modernisierungstheorie begründeten. Möglich wurde die neue Disziplin auch, weil Konzepte und Erkenntnisse der historischen Soziologie berücksichtigt wurden und weil man, wie im Fall der Entwicklungsökonomie, Erkenntnisse und Konzepte über den politischen Prozess in den USA auf andere Länder übertrug.

Hier lag der normative Kern der Theorie politischer Entwicklung, waren die früheren Theoretiker doch fast alle US-Amerikaner, während die älteren Pioniere der Entwicklungsökonomie als Emigranten europäische Wurzeln hatten. Viele Vertreter der neuen Disziplin wirkten im von ihrem Mentor Gabriel A. Almond (1911-2002) 1960 gegründeten „Committee on Comparative Politics“ mit. Dazu gehörten Lucian W. Pye (1921-2008), Dankwart Rustow (1924-1996), James S. Coleman (1926-1995), Sidney Verba (*1932), Myron Winer (1931-1999) u.a. sowie außerhalb des Committees Karl W. Deutsch (1912-1992), Stein Rokkan (1921-1979) und vor allem Daniel Lerner (1917-1980). Almond und Pye formulierten ein Kategoriensystem politischer Entwicklung, dem grundlegende Funktionen des politischen Systems, zentrale Dimensionen des Entwicklungsprozesses und typische Entwicklungsprobleme, die „Krisen“ genannt wurden, zugrunde lagen. Dabei wird der Prozess politischer Entwicklung als Herausforderung, als historische Möglichkeit, und nicht als zwangsläufiger Vorgang verstanden.

Laut Almond und in Anlehnung an Parsons meint politischer Wandel, dass ein politisches System Kapazitäten entwickelt, die es vorher nicht besessen hat. Darunter fallen die Integrationskapazität, die Modernisierungskapazität, die Beteiligungskapazität und die Wohlfahrts- und Umverteilungskapazität sowie im Sinne von Deutsch die Internationale Anpassungska-

pazität und die Selbststeuerungskapazität. Die Unterschiede zwischen den politischen Systemen können im Sinne von Entwicklungsunterschieden als Unterschiede in ihren Kapazitäten aufgefasst werden. Dabei werden wiederum drei universelle Funktionen jedes politischen Systems identifiziert: Die Legitimierungsfunktion durch politische Sozialisation, die Prozessfunktion durch Rekrutierung von Eliten, Artikulation und Bündelung von Interessen sowie politische Kommunikation; sowie die Leistungsfunktion durch Mobilisierung und Verteilung von Ressourcen wie z.B. Steuern, die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und der Garantie stabiler Außenbeziehungen. Bei der Ausübung dieser Funktionen gilt es schließlich, drei Dimensionen des Modernisierungsprozesses, der strukturellen Differenzierung im Sinne politischer Institutionenbildung, der Durchsetzung der Gleichheitsimperative und der Steigerung der Steuerungs- und Leistungskapazität gerecht zu werden.

Im Zuge der Interaktion dieser Prozesse und ihres Einwirkens auf das Erbe der traditionellen Gesellschaft kommt es zu Spannungen und immanenten Widersprüchen, sog. Entwicklungskrisen: der Penetrationskrise, der Integrationskrise, der Identitätskrise, der Legitimitätskrise, der Partizipationskrise und der Distributionskrise. Die Penetrationskrise entsteht, wenn die Gesellschaft gegenüber dem Widerstand bisher autonomer oder begünstigter Gruppen bis in ihre geographische Peripherie hinein von modernen Verwaltungsstrukturen im Finanz- und Steuerwesen, in der Bildung und Infrastruktur, der Verteidigung und der Konjunktursteuerung durchdrungen wird. Damit ist alles das gemeint, was unter der Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols verstanden wird. Die Integrationskrise entsteht als Reaktion auf anhaltende strukturelle Differenzierung, aber auch aus dem Kampf zur Überwindung regionaler, konfessioneller, stammesgebundener Unterschiede, um Gleichberechtigung bzw. Sonderstellung und um die Anerkennung neuer Loyalitäten. Alles das meint Staatenbildung.

Die Identifikationskrise entsteht bei der Konstruktion eines nationalen Gemeinschaftsgefühls, wenn als Folge einer politischen Neudefinition und eines institutionellen Umbaus regionale und religiöse Eigenarten, Stammes- und Einzelstaatstraditionen auf neue Bezugswerte umgeformt werden. Die Legitimationskrise entsteht aus dem Wandel der Legitimitätsbasis, etwa von einer traditional-charismatischen zu einer rational-legal-säkularisierten Grundlage, durch den Wandel fundamentaler Wertvorstellungen oder durch die Notwendigkeit, für die Struktur der Herrschaft Loyalität auch unter Belastung zu erhalten oder neu zu schaffen. Das alles meint Nationenbildung.

Die Partizipationskrise ist Folge der Politisierung zentraler Staatsfunktionen und wachsender politischer Beteiligung. Als Konflikt zwischen alten Eliten und bislang Unterprivilegierten führt sie zu Kämpfen um das Wahlrecht, zur Institutionalisierung politischen Einflusses und zur

Veränderung von Rechtsnormen. Die Distributionskrise schließlich ist Resultat von Umverteilungspolitik, die neue Gerechtigkeitsideale, Wünsche nach Sicherheit, Daseinsvorsorge und Loyalitätsdefizite erforderlich machen kann. Das ist die Konsolidierung des politischen Systems.

Daraus ergibt sich folgende schematische Übersicht über den Prozess politischer Entwicklung.

Tab. 6: Stadien, Krisen und Institutionenbildung im Prozess politischer Entwicklung

Stadien	Krisen	Institutionelle Lösungen (Beispiele)
Staatenbildung	Penetration (1)	Bürokratie, die Ressourcen (Steuern) mobilisiert, eine öffentliche Ordnung errichtet und kollektive Aufgaben wie Infrastruktur oder Verteidigung organisiert
	Integration (2)	Etablierung von Regeln, die allen gleiche Zugangs- und Verteilungsbedingungen von Ämtern, Werten und Ressourcen ermöglicht
Nationenbildung	Identität (3)	Medien und Institutionen zur Sozialisierung des Einzelnen in die Gemeinschaft: Schulen, Kommunikation, Riten und Symbole (Flaggen, Hymnen, Gedenktage)
	Legitimität (4)	Schaffung von Loyalität gegenüber politischen Institutionen, Sicherung der Einhaltung von Regeln und Gesetzen, die von dazu autorisierten Organen erlassen werden
Konsolidierung	Beteiligung (5)	Ausdehnung des Wahlrechts, Rechtsschutz für Opposition und Minderheiten
	Umverteilung (6)	Soziale Sicherheit, progressive Besteuerung, regionaler Finanzausgleich

Ein modernes politisches System ist demnach zu charakterisieren durch eine Politisierung seiner Identität, eine auf Leistung bezogene Legitimität, eine hohe Fähigkeit, nationale Ressourcen zu mobilisieren und zu verteilen, durch politische Beteiligung und Integration der

Segmente einer Gesellschaft, um deren Differenzierung wieder aufzufangen. Dabei gibt es unterschiedliche Entwicklungspfade, die durch alle oder zumindest einige dieser Entwicklungskrisen führen. Die Staatenbildung steht am Anfang und führt über die Penetrations- und Integrationskrise (1 + 2). Auf sie folgt die Nationenbildung mit der Identitäts- und Legitimitätskrise (3 + 4). Am Ende steht die Konsolidierung, die die Beteiligungs- und Umverteilungskrise (5 + 6) meistern muss. Betrachtet man Entwicklung aus der funktionalen Perspektive, dann beginnt sie mit der Legitimierungsfunktion und der Krise 3 + 4, gefolgt von der Prozessfunktion und den Krisen 2 + 5 und wird abgeschlossen durch die Leistungsfunktion und die Krise 1 + 6. Oder es lässt sich feststellen, dass die Krisen 1 + 2 + 6 aus den Konflikten um die Ausbreitung und Differenzierung des Verwaltungsapparates und die Krisen 3 + 4 + 5 aus Konflikten zwischen Eliten und Oppositionsgruppen resultieren.

Kommen wir schließlich zu den Theorien psychischer und sozialer Mobilisierung. Ihr Erkenntnisinteresse gilt der Frage: Was charakterisiert den Wandel von traditionellen zu modernen Lebensformen auf der persönlichen Ebene? Damit gemeint sind diverse Teilprozesse wie der Wohnsitzwechsel (etwa vom Land in die Stadt), der Berufswechsel (etwa von agrarischen zu gewerblichen Tätigkeiten), die Änderung der sozialen Umgebung (Nachbarschaft), die Änderung von Rollen und Verhalten, der Wandel von Erfahrungen und Erwartungen und damit der Erinnerungen, Gewohnheiten und Bedürfnisse einschließlich des Verlangens nach neuen Vorbildern, neuer Gruppenbildung und neuem Selbstverständnis des Einzelnen. Es besteht die Tendenz, dass diese Teilprozesse in bestimmten historischen Situationen gemeinsam auftreten und in ihren wesentlichen Erscheinungen von Land zu Land wenn auch phasenverschoben so doch ähnlich sind. Karl W. Deutsch formuliert das so: „Soziale Mobilisierung kann als ein Prozess definiert werden, bei dem größere Ballungen alter sozialer, wirtschaftlicher und psychologischer Bindungen ausgerissen und zerbrochen werden und wo die Menschen für neue Formen der Vergesellschaftung und des Verhaltens aufgeschlossen werden.“ Es geht also um einen doppelten Vorgang: Entwurzelung und Neuanpflanzung. Wichtige Vertreter dieser Facette der Modernisierungstheorie waren neben Deutsch Daniel Lerner mit „On the Passing of Traditional Society“ von 1958, Everett Hagen (1907-1993) mit „On the Theory of Social Change“ von 1962, Bert F. Hoselitz (1913-1995) mit „Sociological Aspects of Economic Growth“ von 1960.

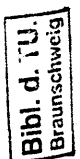
Hagen formulierte eine Theorie, wie sich eine traditionelle Gesellschaft in eine des kontinuierlichen Fortschritts verwandelt. Dazu stellte er die These auf, dass es keinen Schlüsselfaktor gibt, der unbeeinflusst von anderen Kräften den sozialen Wandel verursacht, sondern dass es in Anlehnung an Parsons Wechselwirkungen zwischen der Umwelt, der Sozialstruktur, der Persönlichkeitsstruktur und der Kultur gibt. Rein ökonomische Theorien wie die Teu-

felskreisargumentation von Nurkse oder Myrdal sind unzulänglich. Auch externe Herausforderungen wie der Kontakt mit dem Westen sind allein nicht ausschlaggebend, sondern das, was man daraus macht. Die bloße Nachahmung westlicher Technik oder Wirtschaftsweise ist nicht möglich. Zuerst muss die Fähigkeit entwickelt werden, Probleme zu lösen und die Absicht, diese Fähigkeit auch einzusetzen. Ferner muss eine positive Einstellung zu manuell-technischer Arbeit und zur physischen Umwelt entwickelt werden, damit die schöpferischen Energien einer Gesellschaft eher auf Innovationen in der Produktion als auf die Kunst, Philosophie, Krieg und Politik gerichtet werden. Das Problem besteht darin, dass die Elite in traditionellen Gesellschaften sich nicht mit materiellen Dingen und schon gar nicht mit körperlicher Arbeit beschäftigt.

Wie kommt es nun zum Übergang von der traditionellen zur modernen Gesellschaft? Eine traditionelle Gesellschaft ist deshalb so stabil, weil sie durch eine hierarchische und autoritäre Sozialstruktur geprägt ist. Jeder gesellschaftliche Status ist erblich und zugeschrieben. Dies gilt bis zum Beginn der frühen Neuzeit um etwa 1600 für jede Gesellschaft. Die autoritäre Sozialstruktur hat deshalb solange Bestand, weil die Unterwerfung unter Autorität und die Ausübung von Autorität gleichermaßen Befriedigung hervorruft und weil die herrschenden Verhältnisse immer wieder Persönlichkeiten hervorgebracht haben, die mit diesem Zustand zufrieden waren. Das allein begründet aber noch nicht den Mangel an Innovation und Kreativität. Die schöpferische Persönlichkeit ist ausgezeichnet durch ein hohes Bedürfnis nach Leistung, Autonomie und Ordnung, ein Gefühl dafür, dass die Erscheinungen, die sie umgeben, nicht nur ein Zufallsprodukt äußerer Eindrücke sind, sondern ein begreifbares und verständliches System bilden. Wer ein hohes Leistungsbedürfnis besitzt, wird stimuliert, wenn sich ihm ein Problem stellt, denn der Lustgewinn aus der Antizipation seiner Fähigkeiten setzt die zum Verständnis und zur Bewältigung der Situation notwendigen Energien frei.

Eine „unschöpferische“ Persönlichkeit hingegen hat ein geringes Bedürfnis nach Leistung und Autonomie, ein ausgeprägtes Bedürfnis nach Abhängigkeit, zu gehorchen und zu befehlen und die Vorstellung, dass die Welt ein Kräftespiel ist. Auftretende Probleme erzeugen Angst und Passivität. Zwar gibt es überall beide Persönlichkeitstypen, doch sei letztere typisch für traditionelle Gesellschaften. Die dort vorherrschenden autoritären Erziehungsmethoden begünstigen diesen Typ, weil die Eltern ein fatalistisches Verständnis der Umwelt haben. Da die Entfaltung der Persönlichkeit nicht gefördert wird, wird auch keine Initiative geweckt, sondern in Kategorien von Befehl und Gehorsam gehandelt.

Der Wandel zu modernen Gesellschaften wird ausgelöst durch den Statusverlust eines Teils der Elite (Beispiel Samurai in Japan). Nachfolgende Generationen verdrängen allmählich das



Wertesystem der Eltern. Die Legitimation des neuen Wertesystems kann nur über die Leistung erfolgen. Das führt zum Wandel der Erziehungsmethoden („Mein Kind soll es einmal besser haben“). Die neue Erziehung fördert Kreativität. Es bildet sich allmählich eine Gruppe schöpferischer, von den traditionellen Werten entfremdeter Personen heraus, die vom Ehrgeiz getrieben werden, sich und ihrer Umgebung ihre Fähigkeiten zu beweisen. Wirtschaftlicher Erfolg aufgrund von unternehmerischer Tätigkeit ist der beste Weg. Hagen geht damit von der Parsonsschen Dichotomie der Pattern Variables aus (unschöpferische vs. schöpferische Persönlichkeit) und begründet den Übergang von der traditionellen zur modernen Persönlichkeit mit einer Variante der Weber-These. Nicht religiöse Ethik, sondern Befriedigung bestimmter Persönlichkeitsmerkmale ist der Antrieb zu unternehmerischem Handeln.

Daniel Lerner entwickelte ein Stadienmodell des sozialen Wandels in Korrespondenz zum wirtschaftlichen Stadienmodell von Rostow und dem politischen Stadienmodell von Almond und Pye. Auch hier lautet die Grundannahme, dass das westliche Modell gesellschaftlicher Modernisierung Komponenten und Sequenzen aufweist, die universell gültig sind. Auf der Basis von Fallstudien zu Ländern des Nahen und Mittleren Ostens (Türkei, Libanon, Ägypten, Syrien, Jordanien und Irak) formulierte er ein Vier-Stadien-Modell von Urbanisierung, Alphabetisierung, Teilnahme am über Massenmedien erfolgenden Kommunikationsprozess sowie wachsender wirtschaftlicher und politischer Partizipation, ablesbar an steigendem Pro-Kopf-Einkommen und steigender Wahlbeteiligung.

Resultat ist eine mobile Persönlichkeit. Die Vorstellung vom Wandel sei für den westlichen Menschen eine unmittelbare Erfahrung, da er ein System bürgerlicher Werte internalisiert hat, das den sozialen Wandel als etwas Normales einschließt. Der westliche Modernisierungsprozess schützt die Gewinnchancen des Einzelnen. Jeder hat das Recht auf Bildung, das in der allgemeinen Schulpflicht zum Ausdruck kommt, und zumindest in der Theorie das Recht, seine Zukunft zu bestimmen. Bildung fördert rationales Verhalten, auf rationalem Verhalten beruhende Entscheidungen werden belohnt. Damit lebt er mit der Erfahrung, dass seine Zukunft beeinflussbar und nicht prädestiniert (vorherbestimmt) ist, von der eigenen Leistung und nicht von der Herkunft abhängt. Der traditionelle Mensch ist hingegen allem Neuen gegenüber abweisend, weil er davon ausgeht, dass alles vorherbestimmt ist.

Die mobile Persönlichkeit besitzt die Fähigkeit, sich mit neuen Aspekten ihrer Umgebung zu identifizieren. Sie ist mit Mechanismen ausgerüstet, die es erlauben, sich neuen Anforderungen auszusetzen, die außerhalb der gewohnten Erfahrungen liegen. Dies geschieht durch zwei Mechanismen, die Projektion und die Introjektion. Projektion erleichtert die Identifizierung, indem sie dem Objekt bestimmte, vom Selbst hoch bewertete Attribute zuschreibt. An-

dere Dinge und Personen werden internalisiert, weil sie so sind, wie man selbst ist. Introjektion erweitert die Identität, indem sie dem Selbst wünschbare Attribute des Objekts zuschreibt. Andere Dinge und Personen werden internalisiert, weil sie so sind, wie man selber sein möchte. Für beide Mechanismen wird der für Lerner zentrale Begriff „Empathie“ verwendet. Damit ist der Vorgang gemeint, der es gerade mobil gewordenen Personen erlaubt, in einer sich dauernd verändernden Welt wirksam vorzugehen, und die Fähigkeit, sich selbst in der Situation eines anderen zu sehen. Dies ist für Menschen, die ihre traditionelle Umgebung verlassen (z.B. der Bauerntölpel in der Stadt) eine unerlässliche Fähigkeit. Im Westen haben, so Lerner, diese Prozesse im 19. Jahrhundert stattgefunden, im von ihm untersuchten Orient finden sie derzeit (1950er/60er Jahre) statt.

Im bereits modernisierten, das heißt durch Urbanisierung und Alphabetisierung ausgezeichneten Gesellschaften, sind die Massenmedien die wichtigsten Multiplikatoren, ohne die eine moderne Gesellschaft nicht funktionieren kann. Der Unterschied zur traditionellen Gesellschaft besteht hier also darin, ob es sich um mündliche (direkte) oder vermittelte (indirekte) Kommunikation handelt. Die Dimensionen lassen sich anhand der Frage: Wer sagt was zu wem wie? unterscheiden.

Tab. 7: Kommunikation in traditionellen und modernen Gesellschaften

	Mündliche Kommunikation	Vermittelte Kommunikation
wer?	Autoritäten	Professionelle (Journalisten)
was?	Anordnungen	Nachrichten
wie?	Briefe, Aussprachen, Predigten	Druck, Radio, Fernsehen etc.
wem?	Primärgruppen	Massenpublikum

Statistische Erhebungen belegen, dass Modernisierung mit Urbanisierung, Urbanisierung mit Elementarbildung, Elementarbildung mit der Nutzung von Massenmedien und die Nutzung von Massenmedien mit politischer Beteiligung korreliert. Diesen weltweit, wenn auch phasenverschoben zu beobachtenden Phasen unterliegt ein gemeinsamer psychischer Mechanismus. Es sind die Menschen mit hoher Empathie, die als erste auf die Attraktivität der Städte, Schulen und Massenmedien reagieren und so in ihrer bereits vorhandenen Veranlagung verstärkt werden. Bildung ersetzt die trial and error-Methode des Lernens und verhindert so

die Verschwendung menschlicher Energie. Empathie wird damit zur entscheidenden unabhängigen Variable, die die individuelle Modernisierung bewirkt. Zitat Lerner: „Die wirkliche Übergangspersönlichkeit ist psychologisch durch das definiert, was sie sein **will**. Was sie von den Traditionen unterscheidet, ist eine unterschiedliche latente Struktur von Bestrebungen und Einstellungen. Die Bestrebungen lassen sich als Empathie bezeichnen. Dieser Mensch 'sieht' Dinge, die andere nicht sehen, er 'lebt' in einer von Bildern erfüllten Welt, die von der beschränkten Welt seiner Stammesgenossen abweicht“.

Gegen den Entwicklungsoptimismus der 1950er und 1960er Jahre wandten sich damals nur wenige Autoren außerhalb des marxistischen Lagers. Eine Ausnahme bildete der damals wenig beachtete und vom Kommunisten zum Antikommunisten konvertierte Totalitarismustheoretiker Karl August Wittfogel (1896-1988). Unter Rückgriff auf die Marx'schen Schriften zu nichtwestlichen Gesellschaften und die Diskussion über die Asiatische Produktionsweise der 1920er/30er Jahre stellte er in seinem Hauptwerk "Die orientalische Despotie" (1957) die These auf, dass der bürgerlich-kapitalistische Entwicklungsweg Europas nicht der einzige in der Weltgeschichte sei. In orientalischen Gesellschaften, in Asien ebenso wie im präkolumbianischen Amerika, seien aus traditionellen Gemeinschaften keine feudalen, sondern bürokratische Systeme entstanden, die sich durch die absolute staatliche Kontrolle aller Lebensbereiche auszeichnen. Anders als in feudalen oder kapitalistischen Gesellschaften ist der Staat im Marxschen Sinne nicht Teil des Überbaus, sondern über die organisatorischen Aufgaben, die die Bürokratie wahrnimmt (Wasserregulierung, Infrastruktur, Organisation von massenhaften Arbeitseinsätzen) Teil der Produktionsverhältnisse. Klassenherrschaft gründet sich demzufolge nicht auf Besitz, sondern resultiert aus der organisierenden (managerialen) Funktion der Bürokratie.

Dezentrale Machtverteilung, soziale Durchlässigkeit, Garantie des Privateigentums, Individualismus und andere den bürgerlichen Gesellschaften wesentliche Elemente, wie sie in Europa schrittweise seit der „Magna Charta“ von 1215 durchgesetzt wurden, sind orientalischen Gesellschaften wesensfremd. Ihr Fehlen wird als ursächlich für die diesen Gesellschaften eigentümliche hohe Stabilität bzw., wenn man es negativ bewerten will, die ihnen innewohnenden stagnativen Tendenzen angesehen. Grundlegende Umbrüche, etwa als Folge Bürgerlicher Revolutionen, kommen nicht zustande. Politische Umbrüche führen immer nur zur Restauration alter, in Unordnung geratener bürokratisch-despotischer Herrschaft. Wittfogel vermochte also, hier liegt die eigentliche Pointe, unter Rückgriff auf Marx eine Theorie anzubieten, wieso die sozialistischen Revolutionen in Russland (als einem „halbasiatischen“ Land) oder später China keine emanzipatorische Perspektive zu eröffnen vermochten. Deshalb seien Stalinismus oder Maoismus keine Pathologie, wie die Modernisierungstheorie be-

hauptete, sondern aus der Logik der alten Gesellschaften notwendig immer wiederkehrende Ausdrucksformen des Despotismus.

Auch wenn man Wittfogels Großtheorie nicht in jeder Hinsicht folgen möchte, so stellt sich doch die Frage, ob die spätere Theorie des bürokratischen Entwicklungsstaates hier nicht einen Ansatzpunkt findet und sich erklären lässt, warum in Ostasien das liberale Paradigma in Theorie und Praxis so wenig Anhänger findet. Der derzeitige rasante wirtschaftliche Modernisierungsprozess in China, der nicht von einer politischen Transformation zu mehr Demokratie im Sinne der Modernisierungstheoretiker begleitet wird, findet bei Wittfogel eine Erklärung.

Zwischen dem Optimismus der Modernisierungstheorie und dem Pessimismus der Wittfogelschen Argumentation sind eine Reihe von Autoren anzusiedeln, die ideengeschichtlich nicht so eindeutig einzuordnen sind. Gemeint sind die Vertreter einer historisch-komparativ arbeitenden Makrosoziologie, die, wie Reinhard Bendix (1916-1991), maßgeblich durch Weber beeinflusst wurden, aber den Ahistorismus Parsonsscher Prägung vermieden haben. Mit den Modernisierungstheoretikern gemein haben sie die interne Fragestellung. Sie unterscheiden sich aber von ihnen durch die Herausarbeitung unterschiedlicher Wege in die Moderne, die von den jeweiligen innergesellschaftlichen Kräftekonstellationen und dem Zeitpunkt abhängig gemacht werden, zu dem der Modernisierungsprozess beginnt.

Barrington Moore (1913-2005) etwa, der mit seinem Hauptwerk „Die sozialen Ursprünge von Diktatur und Demokratie“ (1966) in den USA eine eigene Schule begründete (Charles Tilly 1929-2008, Theda Skocpol *1947, James Kurth), thematisiert den Zusammenhang von politischen Systemen und der Art und Weise, wie zuvor die Agrarstrukturen dieser Gesellschaften transformiert wurden. Im Sinne der Rostowschen „preconditions of growth“ treten hier die Vorbedingungen politischer Entwicklung ins Zentrum. Kommt es zur frühzeitigen Emanzipation der Bauern, sind die Bedingungen für eine demokratische Entwicklung gegeben, bleibt sie aus, hält sich der Großgrundbesitz an der Macht, kommt es gar zu einer zweiten Leibeigenschaft wie in Osteuropa, sind autoritäre Systeme die Folge.

Alexander Gerschenkron (1904-1978) diagnostiziert mit seiner „Rückständigkeitstheorie“ einen Zusammenhang zwischen dem Zeitpunkt, zu dem der Industrialisierungsprozess beginnt, und den jeweils ihn tragenden Akteuren. Seine These lautet: Je später die Industrialisierung einsetzt, desto weniger ist sie eine Angelegenheit des klassischen, innovationsfreudigen und risikobereiten Unternehmers im Sinne Joseph Schumpeters und desto mehr übernehmen Großbanken und Kartelle diese Rolle, bis schließlich der Staat selber zur entschei-

denden Modernisierungsagentur wird, weil nur so die notwendigen Investitionen aufgebracht und dem überlegenen Kompetenzdruck der Vorreiter stand gehalten werden kann. Die gleiche Argumentation findet sich, wenn auch anders begründet, auch bei Rosenstein-Rodan. Hier wird die Entstehung des bürokratischen Entwicklungsstaates nicht geopolitisch und gesellschaftstheoretisch, sondern aus dem Zeitpunkt erklärt, zu dem der Modernisierungsprozess beginnt. Je später, desto größer die Notwendigkeit der Modernisierung von oben.

2.3 Die kritischen Gegenpositionen: Strukturalismus, Dependenz- und Weltsystemtheorie

Parallel zur Etablierung der Modernisierungstheorie wurde seit den frühen 1950er Jahren der Boden für ein Paradigma bereitet, dass erst seit Ende der 1960er Jahre als Gegenentwurf für weltweite Aufmerksamkeit sorgte. Gemeint sind die außenhandelstheoretischen Überlegungen des Argentiniers Raúl Prebisch (1901-1986) und des deutschen Emigranten Hans W. Singer (1910-2006). Beide arbeiteten damals in einschlägigen Organisationen der Vereinten Nationen (Prebisch in der Economic Commission for Latin America und später der UNCTAD, Singer im Department of Economic Affairs) und beschäftigten sich mit der Frage, ob die Eingliederung in die internationale Arbeitsteilung für die Primärgüterproduzenten tatsächlich, wie von der neoklassischen Theorie behauptet, mit einem Wohlfahrtsgewinn verbunden sei. Damit wurde erstmals in der neuere Diskussion die externe Dimension der Entwicklungsproblematik hinsichtlich der Frage ins Visier genommen, ob diese vielleicht auch abträgliche Aspekte hat. Aufgrund statistischer Zeitreihenuntersuchungen über die wertmäßige Zusammensetzung des Export- und Importwarenkorbs (Indexwerte) von Industrie- und Entwicklungsländern über den Zeitraum von 1876-1961 und 1957-1982 kamen sie damals zu dem Ergebnis, dass eine Tendenz zur säkularen Verschlechterung der Austauschrelationen (Terms of Trade - ToT) für die Primärgüterproduzenten zu konstatieren sei. Anders, als die Klassiker und Neoklassiker argumentierten, könne internationale Arbeitsteilung nach Maßgabe komparativer Kosten auch mit einem Wohlfahrtsverlust verbunden sein.

Im Unterschied zu Ricardos Zwei Länder/Zwei Güter-Modell gehen Singer und Prebisch von der Gesamtheit aller Ex- und Importgüter und der Gesamtheit aller Ex- und Importländer aus. Die Modellannahme lautet, dass Industrieländer typischerweise Fertigwaren exportieren und Primärgüter importieren, während Entwicklungsländer Primärgüter exportieren und Fertigwaren importieren. Auf diese Weise lässt sich wie bei Ricardos Modell eine Vierfeldertafel konstruieren, wobei in die vier Felder der Matrix jeweils die Preisentwicklung der Exporte und Importe von Fertigwaren und Industriegütern eingetragen werden.

Tab. 8: Schematische Darstellung der Singer/Prebisch-These

	Industrieländer	Entwicklungsländer	Summe
Fertigwaren	Preisentwicklung Exporte	Preisentwicklung Importe	ToT +
Primärgüter	Preisentwicklung Importe	Preisentwicklung Exporte	ToT -
Summe	ToT +	ToT -	ToT +/- 0

Wenn die Singer/Prebisch-These stimmt, müssen in der Summenzeile für die Industrieländer positive und für die Entwicklungsländer negative ToT auftauchen. Analog weisen die Fertigwaren in der Spaltensumme positive und die Primärgüter negative ToT auf. In der Gesamtbilanz wird alles ausgeglichen. Das von den Merkantilisten bereits bekannte Nullsummendenden offenbart sich wieder.

Die Konsequenzen sind eine sinkende Importkapazität, wachsende Zahlungsbilanzprobleme und zu geringe Einkommen in den Exportsektoren. Erklärt wird die These mit der unterschiedlichen Produktivitätsentwicklung bei der Erzeugung von Primärgütern und Fertigwaren. Dies müsste eigentlich zu verbesserten ToT für die Entwicklungsländer führen. Da in den Industrieländern aber Arbeitskräfte knapp sind und starke Gewerkschaften vorhanden, können dort Lohnerhöhungen durchgesetzt werden. Produktivitätsfortschritte werden nicht in Preissenkungen weitergegeben. Eher ist das Gegenteil der Fall. In den Entwicklungsländern hingegen gibt es ein unbegrenztes Angebot an Arbeitskräften, schwache Gewerkschaften und Produktivitätssteigerungen finden nur im Exportsektor statt. Deshalb kommt es hier tatsächlich zu Preissenkungen. Eine weitere Begründung liefert das Engelsche Gesetz, demzufolge die Nachfrageelastizität bei Rohstoffen und Nahrungsmitteln geringer ist als bei Fertigwaren mit unterschiedlichen Konsequenzen für die Preisentwicklung. Bei einer guten Ernte fallen die Nahrungsmittelpreise. Das alles führt dazu, dass das Zentrum die Früchte des eigenen technischen Fortschritts behält, während die Peripherie einen Teil davon abgibt. Letztlich entscheidend sind damit strukturelle Faktoren. Während Klassik und Neoklassik nur die weltweit optimale Faktorallokation im Blick hatten, fragten Singer und Prebisch auch nach der internationalen Verteilungsgerechtigkeit. Diese sollte durch eine Regulierung der Primär-

gütermärkte erreicht werden, die Singer bereits 1947 bei der damals fehlgeschlagenen Gründung der WTO vorgeschlagen hatte. Die Regulierung der europäischen Agrarmärkte folgt im Grunde der gleichen Logik.

Die auf den ersten Blick so plausible und gerade bei entwicklungspolitischen Aktivisten so populäre These ist allerdings empirisch wie theoretisch hoch umstritten. Insbesondere Gottfried Haberler (1900-1995), Robert E. Baldwin (*1924) und Jacob Viner (1892-1970) haben die Datengrundlage in Frage gestellt und alternative ToT-Konzepte entwickelt. Die tatsächliche Entwicklung der Austauschrelationen hängt nämlich ab vom Untersuchungszeitraum, von der Zusammensetzung des Ex- und Importwarenkorbs, der Berechnung der Indexwerte, von den beteiligten Ländern und vor allem vom ToT-Konzept. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass es sich bei Rohstoffen um homogene Güter handelt, während Fertigwaren im Zeitverlauf ihre Qualität verändern. Ein exportierter Sack Kaffee ist immer ein Sack Kaffee, während ein importierter Traktor, das beliebte Vergleichsprodukt, nach 20 oder gar 50 Jahren eine ganz andere Leistungsfähigkeit hat. Die steigenden Rohstoffpreise im Gefolge der zweiten Ölkrise Ende der 1970er Jahre haben die ToT-Debatte zum Erliegen gebracht, obwohl das Argument ein zähes Leben behauptete. Die steigenden Rohstoffpreise seit Mitte der 1990er Jahre werden umgekehrt dafür verantwortlich gemacht, wieso sich Russland wirtschaftlich wieder stabilisieren konnte und wieso etliche afrikanische Länder ein beachtliches Wachstum erzielt haben.

Berührungspunkte bestanden jedenfalls zwischen Singer/Prebisch und den binnenmarktorientierten und protektionistisch abgesicherten Strategien der Entwicklungsökonomien à la Hirschman. Wichtiger aber war ihr Einfluss auf die spätere Diskussion um Weltmarkt und Ungleichen Tausch, eine Theorie, die in der These der Verschlechterung der Terms of Trade ihren empirischen Beleg sah. Auch die strukturalistische Variante der Dependenztheorie wurde vorbereitet, insofern Prebisch bereits die Begrifflichkeit von Zentrum und Peripherie benutzte. Ferner lassen sich die späteren handelspolitischen Forderungen der UNCTAD, der Gruppe der 77 oder der Nord-Süd-Kommission nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung auf diese Argumentation zurückführen.

Während Singer und Prebisch sich durchaus noch im Rahmen der neoklassischen Theorie bewegten, wurde seit Ende der 1950er Jahre der radikale Angriff auf die „internalistische“ Argumentation der Modernisierungstheorie von neomarxistischen Autoren wie Paul A. Baran (1910-1964) und Paul M. Sweezy (1910-2004) vorgetragen. Die Eskalation des Vietnamkrieges, dessen Schrecklichkeiten sich nur schwer mit den dort zu verteidigenden amerikanischen Werten vereinbaren ließen und insofern auch die Legitimität des amerikanischen Ge-

sellschaftsmodells als Endpunkt von Entwicklung in Frage stellten, die weltweite Protestbewegung der 1960er Jahre und die Renaissance des Marxismus zeigten auch ihre Wirkung in der entwicklungstheoretischen Diskussion. Unter Rückgriff auf die klassischen Imperialismustheorien, insbesondere in ihrer Leninschen Version, formulierten Autoren aus dem Umkreis der amerikanischen Zeitschrift „Monthly Review“ wie Harry Magdoff (1913-2006), Leo Huberman (1903-1968) und André Gunder Frank (1929-2005), aber auch Franzosen wie Pierre Jalée, Samir Amin (*1931) und Christian Palloix, Italiener wie Giovanni Arrighi (*1937) oder Briten aus dem Umkreis des Institute for Development Studies die Gegenposition. Nicht innergesellschaftliche, kulturelle oder gar mentale, sondern außergesellschaftliche, vor allem außenwirtschaftliche, Faktoren seien für die Entwicklungsprobleme verantwortlich. Folglich wurde auch nicht mehr von Rückständigkeit, sondern von Unterentwicklung bzw. Entwicklung der Unterentwicklung gesprochen, um den prozessualen Charakter zu unterstreichen. Trotz formaler Unabhängigkeit der ehemaligen Kolonien bestehe die Ausbeutung der Dritten Welt aufgrund diverser Mechanismen indirekter Beherrschung fort. Dabei sei der „Neoimperialismus“ der USA, als der nach dem Zweiten Weltkrieg eindeutigen Hegemonialmacht, zur neuen Form internationaler Herrschaft geworden.

Barans Hauptwerk von 1957 über die „Politische Ökonomie des Wirtschaftswachstums“ begründete das zentrale Argument: Die mangelnde Dynamik der unterentwickelten Länder resultierte aus dem ständigen Transfer von Surplus aus der Dritten in die Erste Welt sowie der unproduktiven Verwendung der verbleibenden Überschüsse in den betreffenden Ländern. Dabei unterscheidet Baran drei Formen des Surplus, nicht identisch mit der Marxschen Formel von Mehrwert. Der **tatsächliche** Surplus als alles das, was nicht konsumiert wird, sondern als Ersparnis der Kapitalbildung dient. Der **potentielle** Surplus als Differenz zwischen dem, was produziert werden könnte mit den aktuell zur Verfügung stehenden Ressourcen und dem lebensnotwendigen Verbrauch. Die tatsächliche und die potentielle Produktion in Entwicklungsländern klaffen weit auseinander wie der notwendige und der tatsächliche Konsum. Das Gegenstück zu den brachliegenden Kapazitäten ist die systembedingte Verschwendung andererseits als Folge von Luxuskonsum, unproduktiver Arbeit, schlechter Organisation der Arbeit und hoher Arbeitslosigkeit. Dies führt zu seiner dritten Form, dem **geplanten** Surplus als Differenz zwischen optimaler Produktion und optimalem, das heißt tatsächlich notwendigen, Verbrauch. Dieser sei nur in einer sozialistischen Gesellschaft realisierbar. Eigentliche Ursache der Rückständigkeit sei demzufolge nicht die zu geringe Kapitalbildung, sondern deren falsche Verwendung bzw. die ungenügende Realisierung der möglichen Kapitalbildung.

Das Kernargument Barans, mit dem er die Entwicklung Europas und der übrigen Welt verband, lautete: In Europa war die Vorbedingung zur Durchsetzung des Kapitalismus der Zerfall des Feudalismus. Im Zuge der europäischen Expansion nach Übersee kam es zum Transfer von Surplus, der zur Kapitalbildung in Europa beitrug, während der Surplusabfluss in all seinen Formen umgekehrt die Kapitalbildung beeinträchtigte, so dass sich in Übersee die vorkapitalistischen Strukturen erhalten konnten. Diese Argumentation wurde zum Leitmotiv im linken Spektrum der entwicklungstheoretischen Diskussion der 1970er Jahre. Damit wurde erstmals gegenüber der klassischen Imperialismustheorie ein Perspektivwechsel vorgenommen. Nicht mehr die Motive imperialistischer Politik der Großmächte, sondern die Konsequenzen für die Opfer des Imperialismus wurden thematisiert. Für die Analyse der kolonialen und postkolonialen Gesellschaften gerade in Lateinamerika resultierte daraus die Frage, ob die europäische Expansion seit Ende des 15. Jahrhunderts zunächst den europäischen Feudalismus exportiert habe, oder ob kapitalistische Motive von Anfang an im Vordergrund standen.

Es ging also nicht mehr nur wie bei Singer/Prebisch um die ToT, sondern um vielfältige Formen des Ressourcenabflusses wie Gewinntransfer, konzerninterne Verrechnungspreise bei Multinationalen Konzernen und politisch ausgehandelte Rentenzahlungen an die Eliten postkolonialer Gesellschaften. Damit wurde die externe Begründung von Singer/Prebisch radikaler formuliert und um herrschaftssoziologische Argumente bereichert. Trotz Entkolonialisierung würden die alten Machtstrukturen im internationalen System und damit auch auf den Weltmärkten bestehen bleiben. Die Rentenzahlungen sorgten dafür, dass auch die Eliten der Entwicklungsländer ein Interesse an den neuen Formen der internationalen Ausbeutung hätten und somit auch von deren Seite strukturelle Veränderungen blockiert blieben. Die von Baran, wenn auch in dessen Rezeption weniger berücksichtigten, internen Faktoren sind soziostrukturell durch den blockierten Kapitalismus bedingt: Luxuskonsum der Eliten, staatliche Verschwendung für Militär und Prestigebauten, Abzug von Surplus aus der Landwirtschaft durch negative interne ToT gegenüber dem städtischen Sektor oder durch Zinszahlungen an örtliche Wucherer, zu geringe Investitionen in den industriellen Sektor, Verdrängungswettbewerb gegenüber der nationalen Industrie durch Auslandsinvestitionen von Seiten Multinationaler Konzerne, selektive Erschließung der Entwicklungsländer nach externen Gesichtspunkten (z.B. Stichbahnen, die Minen mit Exporthäfen verbinden) und niedrige Löhne, die keine Binnenmarktausweitung zulassen.

Harry Magdoff oder Pierre Jalée als Vertreter der jüngeren Generation setzten bei dem Problem an, dass sich Lenins Vorhersage vom Imperialismus als höchstem, bereits auf den Niedergang hinweisendem Stadium des Kapitalismus nicht erfüllt hat. Auch das Argument der

Klassischen Imperialismustheorie, dass die Kapitalanlagen in den Kolonien für den Akkumulationsprozess notwendig seien, ließ sich empirisch nicht halten. Im Gegenteil – die Masse des internationalen Handels und der Direktinvestitionen wird bei steigender Tendenz zwischen den Industrieländern abgewickelt. Die USA als aktuelle wirtschaftliche Führungsmacht sind zudem aufgrund ihrer Größe binnenorientiert und haben nie nennenswerten Kolonialbesitz gehabt. Wieso verfolgten sie in den 1960er/1970er Jahren dennoch ein so starkes weltpolitisches Engagement, das im Zeichen des Vietnam-Krieges als „Neoimperialismus“ bezeichnet wurde? Die Antwort lautete: Der Neoimperialismus braucht keine Kolonien. Neu gegenüber dem Zeitalter des klassischen Imperialismus ist, dass es nicht mehr um die Aufteilung der Welt unter die Großmächte, sondern um den gemeinsamen Kampf gegen den seit der Oktoberrevolution schwindenden Einflussbereich des Kapitalismus geht. Damit formulieren Magdoff und Co. eine ähnliche Argumentation wie Harry S. Truman – nur dass sie die daraus folgende Strategie anders bewerten. Nicht Eindämmung, sondern Ausweitung des sozialistischen Einflussbereiches war ihr Ziel. Die Entscheidung für die containment-Strategie der US-Regierung war eine politische und keine wirtschaftliche und insofern nicht von einem Kosten-Nutzen-Kalkül bestimmt. Der militärische Aufwand in Vietnam und anderswo muss deshalb in keinem Verhältnis zu den amerikanischen Wirtschaftsinteressen in Indochina stehen. Wirtschaftliche Motive spielen nur dann eine Rolle, wenn es um die strategische Bedeutung einzelner Rohstoffe (Öl, Uran, Bauxit etc.) geht. Außerdem sind die USA nicht nur politischer Garant des Westens, sondern auch Garant einer kapitalistischen Weltwirtschaft.

Dass der Strukturalismus via Parsons nicht nur in die Modernisierungstheorie, sondern auch Eingang in die Neoimperialismustheorie gefunden hatte, belegen die Schriften des Norwegers Johan Galtung (*1930) und des Chilenen Osvaldo Sunkel (*1929). Bei ihnen stand nicht das Argument der internationalen Ausbeutung, sondern die Analyse der Struktur des internationalen Systems mit seinen Konsequenzen für die abhängigen Länder im Vordergrund. Der Strukturalismus ist eine in den 1960er Jahren in Frankreich entstandene Denkrichtung in der Philosophie, Linguistik und Ethnologie (Lévi-Strauss, Foucault, Derrida, Lacan, Althusser, Balibar), der auf andere Disziplinen, so auch die Entwicklungstheorie übertragen wurde. Trotz der linken bzw. marxistischen Orientierung ihrer Vertreter sind die Einflüsse der Systemtheorie (Parsons) und des Positivismus (Comte, Spencer) unverkennbar.

Ausgangspunkt strukturalistischen Denkens ist, dass nicht das Subjekt, nicht die Akteurebene, sondern das System, in dem die Akteure handeln, betrachtet wird. Welche Funktionen haben dessen Teile für das System, wie werden seine Teile durch das System geprägt? Dies führt zu einer ahistorischen Betrachtungsweise. Unterschiede zwischen der

Ära des Merkantilismus, des Freihandels, des Imperialismus und der Entkolonialisierung verschwinden ebenso wie die kulturellen Besonderheiten einzelner Weltregionen oder deren unterschiedliche Gesellschaften und innergesellschaftliche Konflikte. Alles ist durch das „System“, durch die „Verhältnisse“ determiniert. Die neue Begrifflichkeit lautete deshalb „strukturelle Gewalt“, „strukturelle Heterogenität“ oder „struktureller Imperialismus“. Der Handlungsspielraum der Akteure verschwindet, die Lösung der Entwicklungsproblematik ist nur auf der Systemebene und am besten im Weltmaßstab möglich. Auch die spätere Weltsystemtheorie von Wallerstein und Frank sollte hier ansetzen. Der Strukturalismus war von linker Seite dafür verantwortlich, dass Entwicklungstheorie für die nächsten 20-30 Jahre nur noch in den Kategorien „großer Theorie“ gedacht werden konnte. Zu den strukturalistisch argumentierenden Autoren gehörten auch die Vertreter der Dependenztheorie, die vor allem in Lateinamerika ihre Anhänger hatte und in Europa auch deshalb so bereitwillig rezipiert wurden, weil hier ein originärer Beitrag aus der „Dritten Welt“ vorlag. Die diversen Richtungen strukturalistischen Denkens in der Entwicklungstheorie lassen sich idealtypisch entsprechend ihres theoretischen und politischen Selbstverständnisses klassifizieren:

Tab. 9: Typologie der strukturalistischen Entwicklungstheorie

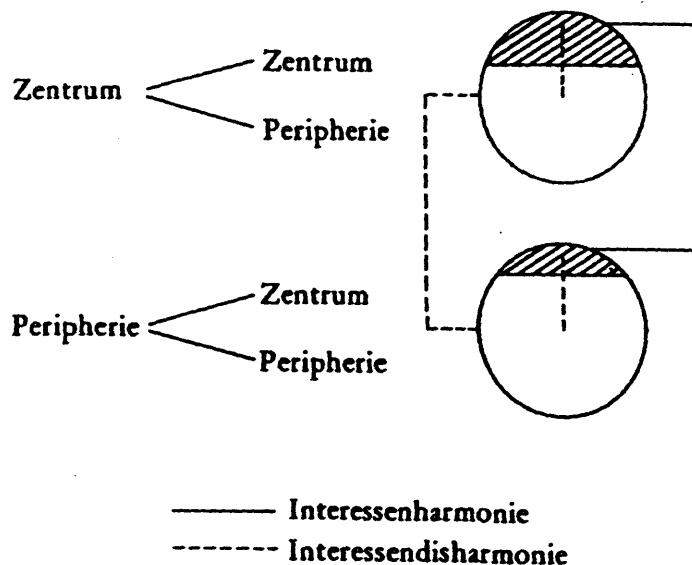
	Reformer	Radikale
Ahistorischer Strukturalismus (Standardversion)	CEPAL-Schule Prebisch/Singer Furtado Sunkel Galtung	Dos Santos Marini
Historisch-komparativer Strukturalismus	Cardoso Faletto Quijano Galeano	Frank Wallerstein

Theoretisch ist der wesentliche Unterschied, ob man in der Prebisch/Singer-Tradition die ahistorische Standardversion des Strukturalismus vertritt (säkulare Tendenz zur Verschlechterung der ToT) oder ob man in den einzelnen Phasen des Verhältnisses zwischen Erster und Dritter Welt strukturelle Unterschiede erkennt. Politisch liegt der Unterschied darin, ob man die Strukturen glaubt durch schrittweise Reformen überwinden zu können, so etwa Cardoso/Faletto, oder ob man wie Frank oder Wallerstein argumentiert, dass nur die radikale

Veränderung des Weltsystems die Probleme der Entwicklungsländer lösen könne. An diesem Unterschied entzündete sich später die entwicklungsstrategische Diskussion innerhalb des linken Lagers.

Der Norweger Johan Galtung hatte aufgrund seiner so eingängigen Argumentation mit dem Aufsatz „Eine strukturelle Theorie des Imperialismus“ (1971) vermutlich den größten Einfluss in Europa. Dabei argumentierte er, dass es im Unterschied zur klassischen Imperialismustheorie nicht um internationale Ausbeutung oder die Motive für den Kapitalexport geht, sondern um ein strukturelles Herrschaftsverhältnis zwischen Ländern unabhängig von seinen jeweiligen konkreten Ausprägungen. Dabei geht Galtung von einer prinzipiell gleichrangigen Dominanz der Industrieländer auf politischer, wirtschaftlicher, militärischer, kultureller und kommunikativer Ebene gegenüber den Entwicklungsländern aus. Diese etabliere eine Hierarchisierung des Internationalen Systems in Zentrum und Peripherie in allen gesellschaftlichen Dimensionen. Beide Segmente lassen sich wiederum in Zentrum des Zentrums und Peripherie des Zentrums bzw. Zentrum der Peripherie und Peripherie der Peripherie untergliedern. Diese Doppelstruktur führe zu strukturellen Deformationen in den Ländern der Peripherie, die trotz aller historischen und kulturellen Unterschiede identische Tiefenstrukturen aufweisen.

Abb. 4: Die Struktur des Imperialismus nach Galtung



Quelle: Senghaas 1972, S. 36.

Galtung definiert Imperialismus als eine Zentrum-Peripherie-Beziehung, bei der Interessenharmonie zwischen dem Zentrum des Zentrums und dem Zentrum der Peripherie und Inte-

ressendisharmonie zwischen der Peripherie des Zentrums und der Peripherie der Peripherie besteht. In anderer Sprache: Die Eliten aus Industrie- und Entwicklungsländern haben eine gemeinsame Interessenlage, da sie beide durch die Struktur des internationalen Systems profitieren, die Werktätigen nicht, da die vergleichsweise hohen Einkommen in den Industrieländern auch auf Kosten der niedrigen Einkommen in den Entwicklungsländern zustande kommen. Entscheidend ist demzufolge nicht der Konflikt zwischen zwei Ländergruppen (Erste vs. Dritte Welt), sondern eine komplexe Konfliktstruktur, die durch die Kombination von internationalen und intranationalen Beziehungen hergestellt wird. Das Zentrum unterhält Brückenköpfe in der Peripherie, die als Stabilisatoren des Systems fungieren.

Ferner unterscheidet Galtung zwei Mechanismen des Imperialismus, eine vertikale Interaktionsbeziehung und eine feudale Interaktionsstruktur. Mit ersterer sind die Austausch-, mit letzterer die Herrschaftsbeziehungen gemeint. Bei den Austauschbeziehungen geht er im Grunde von dem durch Singer/Prebisch modifizierten Ricardo-Modell aus, nur dass ihn die langfristigen Effekte auf die Struktur und nicht die Kostenseite interessieren. Damit erinnert Galtung an Lists Theorie der Produktiven Kräfte.

Tab. 10: Schema der vertikalen Interaktionsbeziehungen

	Zentrum exportiert Fertigwaren		Peripherie exportiert Rohstoffe	
Effekte	inter	intra	inter	intra
positiv	Rohstoffe	Verarbeitung	Fertigwaren	Konsum
negativ	Fertigwaren	Umweltverschmutzung	Rohstoffe	erschöpfte Vorkommen

Die theoretische Annahme lautet, dass die Länder des Zentrums typischerweise Fertigwaren und die Länder der Peripherie Rohstoffe exportieren. Aus dieser Austauschstruktur resultieren Effekte internationaler und intranationaler Art. Positiv für die Länder des Zentrums ist international der Zufluss von Rohstoffen und intranational deren Weiterverarbeitung mit allen daraus entstehenden Weiterungen (sog. spin off-Effekte). Negativ ist international die Abgabe von Fertigwaren und intranational die aus der Verarbeitung von Rohstoffen resultierende

Umweltverschmutzung. Auf Seiten der Peripherie ist auf der internationalen Ebene positiv der Zustrom von Fertigwaren, die auf der intranationalen Seite in den Konsum eingehen, im Unterschied zum Zentrum aber keine Weiterverarbeitungsprozesse anregen und damit auch keine spin off-Effekte erzeugen. Negativ ist für sie international die Abgabe von Rohstoffen und intranational, dass am Ende erschöpfte Minen übrig bleiben.

Das entscheidende Argument lautet damit: Die Struktur der internationalen Handelsbeziehungen (Rohstoffe vs. Fertigwaren) hat unterschiedliche innergesellschaftliche Effekte. Auf der einen Seite dynamisiert sie eine Ökonomie in immer weitere Verarbeitungsstufen mit allen Konsequenzen für die wissenschaftlich-technische Entwicklung und die Qualifikation und Weiterbildung der Bevölkerung. Auf der anderen Seite finden diese Prozesse nicht statt und es bleibt am Ende nur das sprichwörtliche Loch im Boden, mit dessen früherem Inhalt der Luxuskonsum der Eliten in der Peripherie finanziert wurde. Siehe der erschöpfte Silberberg bei Potosi. Dieses Verständnis von Entwicklung und Unterentwicklung kommt dem Listschen über die Entfaltung oder Blockierung der produktiven Kräfte eines Landes als Folge internationaler Arbeitsteilung recht nahe.

Hinzu kommen diverse spill over-Effekte. Damit ist gemeint, dass der Aufbau von Kompetenz in einem gesellschaftlichen Bereich Effekte in einem anderen zeigt. Technisches Wissen kann militärisch genutzt werden und hat damit internationale politische Konsequenzen. Diese können wiederum dafür sorgen, dass die wirtschaftlichen Beziehungen erhalten bleiben. Vom Traktorbau zum Panzerbau ist es ein kleiner Schritt. Vom Anbau von Zuckerrohr zum Panzer ist es ein unmöglicher Schritt. Beim zweiten Mechanismus des Neoimperialismus, den feudalen Interaktionsmustern, unterscheidet Galtung vier Dimensionen. Die Interaktion zwischen Ländern des Zentrums und Ländern der Peripherie ist nicht symmetrisch sondern vertikal. Interaktion zwischen Ländern der Peripherie findet nicht statt. Eine multilaterale Interaktion zwischen allen Ländern des Zentrums und der Peripherie findet nicht statt, sondern nur zwischen den Ländern des Zentrums. Die Interaktion der Länder der Peripherie mit der Außenwelt wird vom jeweiligen Zentrum monopolisiert.

Als Indikatoren für diese Struktur nennt Galtung die Partnerkonzentrationen im Außenhandel oder die Netze der Flugverbindungen. Elfenbeinküste und Nigeria haben keine oder kaum Handelsbeziehungen untereinander, sondern nur mit Frankreich bzw. Großbritannien. Will man von Lagos nach Yaunde fliegen, gibt es keine direkte Verbindung sondern nur den Weg über London und Paris. Ablesbar ist diese Struktur auch an der Zugehörigkeit zu Währungsblöcken, Militärblöcken oder Sprachräumen. So konstituiert sich jenseits von konkreten Ereignissen ein System „struktureller Gewalt“, auch wenn es gar nicht zu politischen oder mili-

tärischen Interventionen kommt, dem die Entwicklungsländer mehr oder weniger hilflos ausgesetzt sind. Diese kann folglich nur auf der System- und nicht auf der Akteursebene aufgehoben werden. Die alte Terminologie der Modernisierungstheorie von traditionellen und modernen Gesellschaften wurde durch die strukturalistischen Begriffspaare Zentrum und Peripherie bzw. Metropolen und Satelliten ersetzt. Die Auflösung der Entwicklungsblockaden kann demzufolge nur in einer Art neuer Weltordnung liegen, bei der die Strukturen des Weltmarkts wie der Weltpolitik einer radikalen Transformation zu unterziehen sind. Wie dies auszusehen habe und wie dies erreicht werden sollte, darüber ließen sich bei strukturalistischen Autoren kaum Aussagen finden.

Damit waren die Bausteine zusammen (Singer/Prebisch-These, Neoimperialismustheorie und linker Strukturalismus), aus denen in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre die lateinamerikanische Dependenztheorie (von spanisch „dependencia“ = Abhängigkeit) gefügt wurde, die für die nächsten 10-15 Jahre, weltweit konsumiert, das Alternativparadigma zur Modernisierungstheorie abgeben sollte. Dass diese Theorie in Lateinamerika entstanden ist, ist keineswegs so zufällig, lag hier die Unabhängigkeit mit 150 Jahren doch am weitesten zurück. Auch waren hier seit den 1880er Jahren die längsten Erfahrungen mit der Exportorientierung und seit der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre mit einer erzwungenen Binnenmarktstrategie gemacht worden, die in den 1950er Jahren mit der ISI-Strategie ins Positive gewendet worden war. Diese war Mitte der 1960er Jahre in die Krise geraten, weil es nicht gelang, deren leichte Phase (Konsumgüter) in die schwere Phase (Investitionsgüter) umzusetzen. Die Frage lautete: Warum war in Lateinamerika keine breitenwirksame Entwicklung erfolgt, obwohl doch alle Voraussetzungen, lange Unabhängigkeit, gute Ressourcenausstattung, relativer Wohlstand, komparative Vorteile und Hilfe von außen gegeben waren? Ideologiekritisch lässt sich argumentieren: Die Dependenztheorie war auf der Suche nach einer Legitimation, warum in Lateinamerika trotz guter Ausgangsbedingungen durchschlagende Entwicklungserfolge ausgeblieben waren.

Deren neues entwicklungstheoretisches Paradigma gründete sich auf vier zentrale Aussagen: (1) Unterentwicklung (ein neuer Begriff) kann nur erklärt werden, wenn man die entscheidende Rolle externer Faktoren berücksichtigt. (2) Unterentwicklung ist kein der Entwicklung zeitlich vorausgehendes Stadium, sondern beide sind historisch gleichzeitige, funktional aufeinander bezogene Seiten eines historischen Prozesses der Entwicklung des kapitalistischen Weltsystems. (3) Unterentwicklung ist zwar extern begründet, ihre Auswirkungen sind aber interner Art. Die von außen aufgezwungenen Deformationen sind Wesensbestandteil ihrer Sozialstruktur geworden. (4) Eine Überwindung der Unterentwicklung setzt voraus, dass die verursachende externe Beeinflussung aufgehoben wird. Dieses Paradigma sei auch

für andere Teile der Welt gültig, auch wenn dort die Dependenztheoriker, abgesehen von Samir Amin im Hinblick auf den Maghreb und das frankophone Afrika, keine empirischen Untersuchungen vorgenommen haben. Die in Lateinamerika über Jahrhunderte währende und auf den Beginn der spanischen und portugiesischen Kolonisierung zurückgehende Einbindung in das sich ausbreitende Weltsystem und der damit verbundene permanente Ressourcenabfluss habe sich nach der Unabhängigkeit nahtlos fortgesetzt, auch wenn die Akteure sich von Spanien und Portugal über Großbritannien auf die USA verlagert haben.

Damit hatte die Dependenztheorie eine doppelte Stoßrichtung gegen die US-amerikanische Modernisierungstheorie, die in Lateinamerika unter dem Begriff „*desarrollo*“ in den 1950er/60er Jahren mit Unterstützung der USA das Leitmotiv gewesen war, und gegen die orthodox marxistische Theorie, auch von den Kommunistischen Parteien Lateinamerikas vertreten, dass dort noch feudale Verhältnisse herrschen würden, die zunächst durch eine Bürgerliche Revolution zu überwinden seien. Diese Theorie erinnerte an eine Wiederauflage der Debatte der Komintern der 1930er Jahre über die Kolonialfrage. Die Dependenztheoretiker argumentierten, dass das Marxsche Stadienschema in Lateinamerika keinen Sinn mache, da dort die unterschiedlichen zum Einsatz gekommenen Produktionsweisen (Zwangsarbeit der Indios, Sklavenarbeit auf den Plantagen, Teilpachtsysteme der *Campesinos* etc.) immer in den Dienst des Kapitalismus gestellt worden seien. Das Gegenargument lautet, dass die Spanier den europäischen Feudalismus exportiert haben und die Suche nach neuen Renten (Edelmetall!) vorrangiges Motiv gewesen sei.

Aus der Vielzahl der an der Diskussion beteiligten Autoren sollen nur zwei herausgegriffen werden, die für die beiden Hauptrichtungen der Dependenztheorie stehen. Der Deutsch-Amerikaner André Gunder Frank (1929-2005), unmittelbar durch Baran/Sweezy beeinflusst, war in seiner Frühzeit ein besonders radikaler Vertreter. Er bezog sich vor allem auf die Ausbeutungsthese und prägte die griffige Formel von der „Entwicklung der Unterentwicklung“. Damit insistierte er auf der Beobachtung, dass die Gesellschaften der Peripherie durchaus eine Dynamik besitzen, die allerdings in die entgegengesetzte Richtung verläuft, wie von der Modernisierungstheorie behauptet, und dass die Entwicklung in den Zentren nur auf Kosten der Peripherie erklärbar sei. Entwicklung hier und Unterentwicklung dort seien nur die „zwei Seiten einer Medaille“. Mit seinem „Kettenmodell“ wollte er darauf hinweisen, dass sich die externe Ausbeutung im Innern fortsetzt, da nur so der Surplus, der nach außen abfließt, aufgebracht werden kann. Frank war auch der radikale Vertreter der These, dass in Lateinamerika von Anfang an Kapitalismus geherrscht habe trotz unterschiedlicher Produktionsweisen, weil immer für den Weltmarkt produziert worden sei. Das hat ihm den Vorwurf einer

„zirkulationistischen“, „unmarxistischen“, da nicht von der Produktionsweise ausgehenden, Argumentation eingebracht.

Die besondere Dynamik Lateinamerikas belegte er mit vier Hypothesen. Im Gegensatz zu den Metropolen des Zentrums ist die Entwicklung der Metropolen an der Peripherie begrenzt. (2) Die Peripherie entwickelt sich immer dann, wenn das Zentrum geschwächt ist wie z.B. während der Napoleonischen Kriege, die die Unabhängigkeit Lateinamerikas ermöglichte, oder während der Weltwirtschaftskrise und des Zweiten Weltkriegs, der die Importsubstitutionsindustrialisierung erlaubte. Ist die Krise im Zentrum vorüber, nimmt die Abhängigkeit wieder zu. (3) Die heute als „feudal“ und als besonders unterentwickelt geltenden Regionen hatten früher die engsten Beziehungen zum Zentrum. Nicht Isolation sondern Integration ist die eigentliche Ursache von Unterentwicklung wie die Karibik-Inseln, die Minengebiete in Peru und Mexiko oder der Nordosten Brasiliens mit seinem Plantagen- und Kautschuksektor belegen. (4) Das Latifundium als quasi feudale Einrichtung ist als kapitalistischer Betrieb entstanden und war von Anfang an weltmarktorientiert. Die Latifundien waren ursprünglich Versorgungsbetriebe für die Minen und sind mit deren Verfall untergegangen, waren also nicht das Resultat der Expansion eines europäischen Feudalismus.

Der theoretische Stellenwert dieser Hypothesen besteht darin, dass Frank die zentralen Argumente der Modernisierungstheorie durch die Leugnung der Existenz eines traditionellen Sektors in Lateinamerika aus den Angeln heben will. Nur so lassen sich deren entwicklungsstrategische Folgerungen in Frage stellen. Indem Frank in extremer Weise mit seiner Metapher von den zwei Seiten einer Medaille die These von der internationalen Ausbeutung betont, nebenbei auch eine Rückkehr zum Nullsummen-Denken der Merkantilisten, liefert er eine Begründung, warum nur die revolutionäre Umwälzung im Weltmaßstab die Überwindung der Unterentwicklung möglich macht. Damit wurde er zur persona nongrata in vielen Ländern und hat sein ganzes Leben mehr oder weniger im Exil verbracht ohne Chance auf eine dauerhafte akademische Anstellung.

Der späte Frank ist mit „ReOrient“ (1998) zum Revisionisten in eigener Sache geworden. Zwar blieb er seinem zirkulationstheoretischen Ansatz treu, doch rückte er von der These „einmal Dritte Welt, immer Dritte Welt“ ab. In „ReOrient“ kehrt der Orient, gemeint ist der Ferne Osten, derzeit wieder in die Position zurück, die er bis etwa 1800 als altes Zentrum der Welt eingenommen hatte. Anhand der globalen Ströme von Edelmetall (heute Devisen) zum Ausgleich von Handelsbilanzunterschieden will er zeigen, wie sich das Zentrum der Welt im Laufe der Jahrhunderte einmal um die Welt herum bewegt hat. Das moderne Weltsystem ist demzufolge nicht erst 500 Jahre alt (seit 1492, dem Jahr der 1. Kolumbusreise), sondern

5000 Jahre und erlebt einen wiederkehrenden Auf- und Abstieg von der Peripherie ins Zentrum und wieder zurück. Entwicklung und Unterentwicklung sind demzufolge kein permanenter, sondern ein zeitlich befristeter Zustand. Damit hat sich Frank in eine Kontraposition zu fast allen theoretischen Lagern, insbesondere zur Dependenz- und Weltsystemtheorie begeben, die er selber mitbegründet hat. Damals konnte er der reformerischen Position im dependenztheoretischen Lager nichts abgewinnen, später einer Position, die durch eine neue Weltwirtschaftsordnung die globalen Strukturen ändern wollte. Franks entwicklungsstrategische Empfehlung war demzufolge immer ein Achselzucken, Ausdruck einer radikalen systemtheoretischen Position, bei der die Akteure völlig aus dem Blickfeld verschwunden sind und die „Verhältnisse“ alles determinieren.

Das galt nicht für den Brasilianer Fernando H. Cardoso (*1931) und den Chilenen Enzo Faletto (1935-2003), die in ihrem Hauptwerk „Abhängigkeit und Unterentwicklung in Lateinamerika“ (1969) sehr viel differenzierter an das Thema herangingen, indem sie sich stärker mit den unterschiedlichen Ausprägungen der Unterentwicklung in den einzelnen lateinamerikanischen Großregionen befassten und damit die jeweiligen internen historischen und soziopolitischen Faktoren berücksichtigten. Ausgangspunkt war die Feststellung, dass es nach dem Zweiten Weltkrieg anfänglich so aussah, als würde die Industrialisierung in Lateinamerika ein Erfolg. Es stellte sich aber bald heraus, dass die Sequenz Primärgüterexporte - Industrialisierung – Binnenmarktausweitung, die die angelsächsischen Siedlerkolonien in Nordamerika durchlaufen hatten, im Süden nicht zustande kam. Der von Rostow etwa für Argentinien prognostizierte take off blieb aus.

Ihre Frage lautete: Warum? Die Antwort lautete: Trotz der langen Unabhängigkeit bestehen Abhängigkeiten weiter, die nur eine deformierte Entwicklung zulassen. Anders als Frank, der dafür nur die externen, ökonomischen Faktoren heranzieht, werden bei Cardoso/Faletto die jeweiligen internen soziopolitischen und ökonomischen Besonderheiten berücksichtigt. In einzelnen Länderkapiteln, nach historischen Phasen gegliedert, arbeiten sie eine Typologie der Unterentwicklung in Lateinamerika heraus. Diese führt im Unterschied zur radikalen Variante der Dependenztheorie zu der Weigerung, globale gar für andere Weltregionen geltende Aussagen zu machen. Streng genommen handelt es bei ihnen nicht um eine Abhängigkeitstheorie, sondern um die Analyse konkreter Abhängigkeitssituationen. Damit geraten sie in die Nähe der induktiv arbeitenden historisch komparativen Makrosoziologie.

Die Unterschiede zwischen beiden Richtungen lassen sich folgendermaßen charakterisieren: Die marxistische Richtung knüpft an der Imperialismustheorie an, stellt damit externe wirtschaftliche Faktoren ins Zentrum, dreht aber die Perspektive um. Nicht die Triebkräfte des

Imperialismus, sondern die Auswirkungen in den betroffenen Ländern werden untersucht. Analyseeinheit sind nicht die Nationalstaaten, sondern die unterprivilegierten Klassen, eben die Peripherie der Peripherie, die den Surplus produzieren, der intern und extern verteilt wird. Die nationalistische Richtung argumentiert demgegenüber, Unterentwicklung ist das Ergebnis eines kumulativen Wirkens von externen und internen Faktoren ohne eindeutige Hierarchie. Gegenstand der Abhängigkeit sind nicht Klassen sondern Nationalstaaten bzw. deren Teile.

Damit kommt es auch zu Unterschieden bezüglich des Verhältnisses von externen und internen Variablen. Die marxistische Richtung nimmt hier keine klare Trennung vor, sondern geht von der Dominanz des Externen aus, konzidiert aber eine dialektische Beziehung nach innen. Das Kettenmodell besteht typologisch aus drei Gliedern, dem externen, dem Brückenkopf und dem internen, in etwa mit dem ausländischen, dem national-kapitalistischen und dem Sektor der einfachen Warenproduktion des Hinterlands identisch. Die Abhängigkeit hat sich in die Peripherie verlagert, ist endogen geworden und hat dort einen strukturell anderen Kapitalismus als im Zentrum hervorgebracht. Für die nationalistische Richtung handelt es sich nicht um ein theoretisches, sondern um ein empirisch zu beantwortendes Problem. Die Begriffe extern und intern werden eher im Sinne von ausländisch und inländisch verwendet.

Unterschiede gibt es auch im Verständnis des Begriffs „Abhängigkeit“. Für die marxistische Richtung handelt es sich um ein systembedingtes konstituierendes Merkmal der eigenen Gesellschaft, um eine besondere Form des Kapitalismus. Abhängigkeit ist Ausbeutung und Herrschaft im Weltmaßstab, Abhängigkeit ist Produkt der historischen Entwicklung des Kapitalismus in den Metropolen, Abhängigkeit ist konstituierendes Merkmal der Unterentwicklung der Dritten Welt, Abhängigkeit beginnt mit der Unabhängigkeit, Abhängigkeit ist Unterentwicklung. In der nationalistischen Richtung ist Abhängigkeit die Summe aller Faktoren, die den Entscheidungsspielraum des eigenen Nationalstaats einschränken und seine Entwicklungsmöglichkeiten behindern.

Gemeinsamkeiten beider Richtungen bestehen in den Untersuchungsfeldern. Warum ist die ISI gescheitert? Welche Konsequenzen haben die Direktinvestitionen von Auslandskonzerne? Folge ist aus Sicht beider Lager die Heterogenisierung der Gesellschaften in einen transnationalen Komplex von hoher Produktivität ohne trickle down-Effekte für den nationalen Sektor. Die Bedeutung des Primärsektors sinkt, der Tertiärsektor wächst, aber nicht als Resultat einer Deindustrialisierung wie in den Industrieländern, sondern hypertroph, weil es nicht zu einer normalen Industrialisierung gekommen ist. Aus dem Agrarsektor Abwandernde

suchen direkt in städtischen Dienstleistungstätigkeiten (Schuhputzer, Losverkäufer, Müllsammler etc.) unterzukommen.

Auch in der Periodisierung ist man sich einig. Die erste Phase der Unterentwicklung/Abhängigkeit war die Kolonialzeit von 1500-1810 und gekennzeichnet durch die Plünderung von Seiten der Kolonialmächte Spanien und Portugal. Die zweite Phase reichte von der Unabhängigkeit bis zur Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre. Sie war gekennzeichnet durch Eingliederung in die internationale Arbeitsteilung, Aufbau eines Primärgütersektors, Freihandel und Orientierung auf Großbritannien ganz so wie von Ricardo empfohlen. Die dritte Phase reichte von den 1930er Jahren bis zum Ende des Korea-Kriegs und war durch eine nationalkapitalistische Industrialisierung, Importsubstitution und Protektionismus gekennzeichnet. Die vierte Phase begann Ende der 1950er Jahre und ist gekennzeichnet durch das Eindringen US-amerikanischer Konzerne und die Internationalisierung des Binnenmarktes.

Grundsätzliche Unterschiede gab es hingegen bei der Frage, wie man aus der Abhängigkeit herauskommt und so die Unterentwicklung überwindet. Die Konsequenz der radikalen Position lautet, dass eine nationale Strategie nicht möglich ist, sondern die revolutionäre Umgestaltung des kapitalistischen Systems im Weltmaßstab voraussetzt. Deren Träger sollte eine Koalition von Arbeitern, Bauern und Marginalisierten sein oder bloß eine Guerilla wie in Kuba. Die Kette des kapitalistischen Weltsystems sollte wie bei Lenins Imperialismustheorie an ihrem schwächsten Glied gesprengt werden, nur dass dieses nicht mehr Russland, sondern Kuba oder andere lateinamerikanische Länder sein sollten. Che Guevara hat genau dieses in Bolivien versucht, indem er die dortige indianische Bevölkerung mobilisieren wollte. Für Cardoso/Faletto hingegen war eigenständige Entwicklung im nationalen Rahmen möglich, wobei die grundsätzliche Umstrukturierung der Außenbeziehungen durch eine neue Weltwirtschaftsordnung und regionale Integration (Mercosur!) die Voraussetzungen seien. Träger der Entwicklung sollten reformorientierte Staatsklassen sein wie etwa die frühere peruanische Militärregierung. Cardoso hat demzufolge eine andere Karriere als Guevara durchlaufen und es bis zum Präsidenten Brasiliens gebracht, ohne dass in seiner Amtszeit die entwicklungspolitischen Konsequenzen aus seinen früheren Schriften erkennbar geworden wären. Faletto hatte sich zuletzt von seinem Koautor distanziert. Derzeit findet die Dependenztheorie in einigen lateinamerikanischen Ländern (Venezuela, Bolivien) wieder Zulauf.

Neben dem lateinamerikanischen Fokus der Diskussion mit seinen akademischen Schwerpunkten in Chile während der Allende-Ära, in Mexiko und Brasilien gab es zwei Nebenschauplätze. Als Vertreter der karibischen Diskussion in Guayana und Jamaika reflektierten Autoren wie George L. Beckford (1934-1990) und Clive Thomas die reine und vollständige

Form externer Durchdringung und Weltmarktorientierung, wie sie die Plantagenökonomien der Antillen auszeichnete. Diese ließ keinen Raum für einen traditionellen Sektor, weil hier die indianische Bevölkerung vollständig ausgerottet worden war. Die Westindischen Inseln waren über Jahrhunderte die eigentlichen „Perlen“ der europäischen Kolonialmächte. Die britischen Pflanzler auf Jamaika und anderen Karibikinseln schlossen sich bekanntlich nicht der Amerikanischen Revolution an, sondern verblieben im Empire. Daneben gab es in Ostafrika (Tansania und Kenia) eine eigenständige Diskussion afrikanischer Autoren (Dan Wadada Nabudere, Justinian F. Rweyemamu 1942-1987, Issa G. Shivji *1947), die sich besonders in Dar es Salaam (Tanzania) in der Blütezeit des Ujamaa-Sozialismus in der Regierungszeit Julius K. Nyerere entfalten konnte. Hier lag der Schwerpunkt auf der Analyse der Klassenstrukturen in afrikanischen Bauerngesellschaften als Resultat externer Beherrschung.

Die Dependenztheorie wurde bei der europäischen und nordamerikanischen Linken begierig aufgenommen, weil sie sich so vorzüglich als Pendant zur Kritik der eigenen Gesellschaft eignete und dem entwicklungspolitischen Internationalismus eine theoretische Begründung lieferte. Sie war bei den politischen Eliten in den Entwicklungsländern sehr populär, weil sie unabhängig von deren jeweiliger politischen Provenienz eine bequeme Erklärung lieferte, die Probleme nach außen verlagerte und die Eliten der Notwendigkeit enthob, grundsätzliche gesellschaftliche Veränderungen wie Bodenreformen, Demokratisierung und Korrektur der ungleichen Einkommensverteilung, in Angriff zu nehmen.

2.4 Die große Debatte der 1970er/1980er Jahre

Mit Beginn der 1970er Jahre ist eine chronologische Darstellung der Entwicklung der Entwicklungstheorie kaum noch möglich. Einerseits bestand das modernisierungstheoretische Paradigma fort, auch wenn sich seit Ende der 1970er Jahre angesichts der nur partiellen Erfolge der daraus abgeleiteten Strategien die Stimmen mehrten, die den Optimismus der 1950er und 1960er Jahre nicht mehr teilten. Zu diesen Skeptikern gehörten prominente Entwicklungsökonomien wie Gunnar Myrdal, Albert O. Hirschman oder Paul Streeten (*1917). Auch die Weltbank zog 1984 erstmals eine kritische Bilanz. Andererseits spaltete sich das Lager der dependenz- und neoimperialismustheoretisch beeinflussten Autoren in viele separate Diskussionsstränge auf, indem nur noch einzelne Aspekte weiter verfolgt wurden, die entwicklungsstrategischen Konsequenzen in den Vordergrund traten oder die Dependenztheorie selber zum Gegenstand einer kritischen Beschäftigung wurde und Anlass zu Gegenentwürfen lieferte.

In der europäischen Diskussion, insbesondere in Frankreich, der Bundesrepublik und Großbritannien, nahm das Thema Weltmarktanalyse für einige Jahre den alles beherrschenden Raum ein. Das von Marx angekündigte, aber nie geschriebene sechste Buch seines Gesamtplans über den Weltmarkt sollte aus seinen wenigen verstreuten Hinweisen doch noch rekonstruiert werden. Da diese Hinweise, wie so vieles andere bei Marx aber nicht konsistent waren, ließen sich daraus ganz unterschiedliche Bücher über den Weltmarkt ableiten. Während der Angriff von Singer/Prebisch auf die Außenhandelstheorie sich noch im Rahmen der neoklassischen Argumentation bewegte, nahmen neomarxistische Autoren die Terms of Trade-Debatte zum Anlass, den internationalen Handel grundsätzlich als entwicklungsblockierend zu betrachten, da er immer mit einem Einkommenstransfer verbunden sei. Das Ende des Kolonialismus und damit das Ende des offenen Transfers durch Raub, Betrug oder Zwangsarbeit verlangte eine Theorie, die begründete, warum nach der Entkolonialisierung dieser Transfer in verdeckter Form fortbestehe. Internationale Ausbeutung wurde damit zum Kern der Begründung, warum in den ehemaligen Kolonialmächten und heutigen Industrieländern Entwicklung, in den ehemaligen Kolonien Unterentwicklung stattgefunden habe. Das Nullsummen-Denken der Merkantilisten erfuhr seine Renaissance im Denken der Neomarxisten. Dass alte Kolonialmächte wie Portugal und Spanien, das sich bei der Plünderung seiner Kolonien ganz besonders hervorgetan hatte, nicht zu den industriellen Vorreitern gehörten und umgekehrt etliche Industrieländer wie die USA oder Deutschland kaum nennenswerten Kolonialbesitz hatten, wurde dabei wenig reflektiert. Die Generalthese lautete: Die ursprüngliche Akkumulation in den Zentren ist durch die Ausbeutung der Peripherie zustande gekommen. Dass man damit in Widerspruch zum Modernisierungstheoretiker Marx geriet, wurde ausgeblendet.

Der eigentliche Mechanismus der internationalen Ausbeutung wurde im „Ungleichen Tausch“, so die französische Schule, bestehend aus Samir Amin, Christian Palloix und Arghiri Emmanuel (1911-2001), der 1969 mit „L'échange inégal“ den Begriff prägte, bzw. in der „Modifikation des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt“, so Gunther Kohlmey (1913-1999), Ernest Mandel (1923-1995) und die Berliner Diskussion (Bsuch/Schöller/Seelov u.a.), gesehen. Worum ging es? Das Marxsche Wertgesetz besagt, dass die Austauschverhältnisse zweier Waren durch das Verhältnis der in Arbeitseinheiten gemessenen Stückkosten bestimmt werden. Dahinter steht das naturrechtliche Prinzip von Leistung und Gegenleistung. Wenn ein Äquivalententausch (gleicher Tausch) vorliegt, herrscht Gerechtigkeit, bei der Leistung zum Maßstab genommen wird. Allerdings wird nicht Arbeit schlechthin, sondern gesellschaftlich notwendige Arbeit (Arbeit durchschnittlicher Intensität und Produktivität) getauscht. Ob das der Fall war, stellt sich erst ex post über die Konkurrenz heraus, die wiederum über die Mobilität von Arbeitskraft und Kapital zwischen den einzelnen Branchen und Unterneh-

men vermittelt wird. Ganz im Sinne der klassischen Theorie führt die Mobilität der Arbeitskräfte zur Angleichung der Löhne, die Kapitalmobilität zum Ausgleich der Profitraten.

Dieser Umverteilungsmechanismus, der innerhalb einer Volkswirtschaft gilt, wird international durch die eingeschränkte Faktormobilität beeinträchtigt. Damit kommt es zur Verletzung des Wertgesetzes. Wenn die Preise der auf dem Weltmarkt ausgetauschten Waren nicht mit ihren Werten (im Sinne der Arbeitswerttheorie) übereinstimmen, wird die weltweite Produktion nicht entsprechend der von den einzelnen Ländern aufgewendeten Arbeitsleistungen verteilt. Diejenigen werden bevorteilt, deren Waren über Wert verkauft werden auf Kosten derjenigen, die ihre Waren unter Wert verkaufen müssen, wollen sie am internationalen Handel teilhaben.

Welcher Mechanismus zur Verletzung des Wertgesetzes wirksam wird, darüber wurde intensiv unter Aufbietung unterschiedlicher Marx-Zitate gestritten. Emmanuels Argumentation lautete, dass analog dem Profitratenausgleich zwischen Kapitalen unterschiedlicher organischer Zusammensetzung (Verhältnis von Lohnsumme zu Anlagekapital), der im nationalen Rahmen zu einer Wertübertragung bei der Bildung der Durchschnittsprofitrate führe, eine solche Wertübertragung auch in internationalem Maßstab zwischen Ländern mit unterschiedlicher Durchschnittsprofitrate stattfinde. Diese Argumentation unterstellte eine ähnlich hohe Kapitalmobilität im internationalen wie im nationalen Rahmen. Die Gegenthese lautete, dass international, wie auch Ricardo seinerzeit angenommen hatte, keine vergleichbare Faktormobilität gegeben sei, insofern das Wertgesetz modifiziert werde. Gleichviel wie argumentiert wurde, gemeinsam war allen Beteiligten das Bemühen um die Widerlegung der neoklassischen Außenhandelstheorie. Internationaler Tausch zwischen Ländern unterschiedlichen Entwicklungsniveaus (ausgedrückt im unterschiedlichen Produktivitätsniveau der Volkswirtschaften) führt zu Wertübertragung und ist damit in einem naturrechtlichen Sinne unmoralisch, da der Gedanke von Leistung und Gegenleistung verletzt wird. Diesem Argument hatte sich die Grenznutzentheorie der Neoklassik durch das Verlassen der objektiven Wertebene der Klassik zu entziehen vermocht.

Ein befriedigendes Ergebnis wurde, selbst theorieimmanent, nicht erreicht, da die Streitfrage über das Ausmaß der internationalen Faktormobilität letztlich nur empirisch zu beantworten ist. Bemerkenswert ist jedenfalls, dass mit der ersten Ölpreiserhöhung 1973 die Diskussion nahezu schlagartig beendet wurde, weil deutlich wurde, dass auch andere Variablen als das Wertgesetz das internationale Preisgefüge nachhaltig beeinflussen können. Einerseits konnte in den 1970er Jahren nicht mehr davon die Rede sein, dass eine generelle Tendenz zur Verschlechterung der Terms of Trade für Primärgüterproduzenten besteht, da zusammen mit

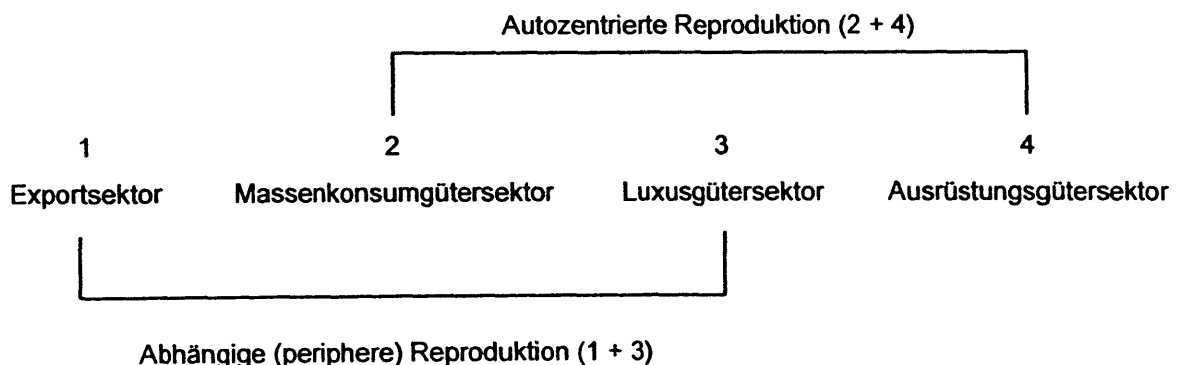
den steigenden Ölpreisen auch ein Preisauftrieb bei anderen Rohstoffen zu verzeichnen war. Zum anderen wuchs die Erkenntnis, dass mit der Zunahme des Kapitalexports in die Entwicklungsländer in Form von Direktinvestitionen ein erheblicher Teil des internationalen Warenverkehrs konzerninterner Handel von Gütern unterschiedlicher Verarbeitungsstufe wurde, deren preismäßige Bewertung durch betriebswirtschaftliche Erwägungen bestimmt ist.

Mittlerweile hat sich gezeigt, dass die internationale Mobilität der Produktionsfaktoren differenziert zu betrachten ist. Die Kapitalmobilität ist grenzenlos geworden, die Mobilität von Arbeitskräften könnte grenzenlos sein, wird aus politischen Gründen aber reglementiert und auch die Mobilität des Bodens ist diversen Beschränkungen unterworfen. Die Preise auf den Weltmärkten gerade für Rohstoffe und Agrarprodukte sind mehr das Ergebnis von Spekulation als des Wirkens von Angebot und Nachfrage oder des Wertgesetzes. Die Argumente der Neoklassiker wie der marxistischen Kritiker sind damit gleichermaßen obsolet geworden. Was bleibt, ist allerdings die Wirkung schwankender Weltmarktpreise auf Entwicklungsländer.

In den 1970er Jahren ging die Weltmarktdiskussion jedenfalls unmittelbar über in die Diskussion um die Multinationalen Konzerne, die in der Folge zu den neoimperialistischen Akteuren schlechthin stilisiert wurden. Damit wurde die anfänglich rein ökonomistische Diskussion wieder politisiert. Die Modifikation der These von der internationalen Ausbeutung lautete nun, dass als Folge der konzerninternen weltweiten Zerlegung des Arbeitsprozesses in Teilfertigung die konzerninternen Verrechnungspreise den wesentlichen Mechanismus zur Wertübertragung darstellten. Außerdem ging es um die herrschaftssoziologische Dimension der Problematik. International operierende Konzerne sind in der Lage, die nationale Gesetzgebung zu unterlaufen und so die wirtschaftspolitische Handlungsautonomie von Regierungen einzuschränken. Oder sie vermögen aufgrund ihres wirtschaftlichen Gewichts ihren Interessen entsprechende Sonderkonditionen durchzusetzen oder die politischen Eliten zu bestechen, die nur an Renteneinkommen interessiert sind. Insbesondere in den kleinen mittelamerikanischen (sog. Bananenrepubliken) oder afrikanischen Staaten, wo einzelne Konzerne im Agrar- oder Minensektor Monopolstellungen einnehmen, ließen sich dafür etliche Beispiele finden. Auch die direkte Intervention, um politisch genehme Regime an der Macht zu halten oder ungenehme von der Macht zu entfernen, gehört zu diesem Themenkomplex. Damit gerieten rententheoretische Überlegungen in den entwicklungstheoretischen Fokus. Was geschieht mit den Renten, die internationale Öl- oder Bergbaukonzerne an die politischen Eliten der Förderländer zahlen? Wie bestimmt deren Renteninteresse ihr Politisches Handeln? Kann vorrangige Rentenorientierung überhaupt zu Entwicklung führen?

Während die Weltmarkt- und Multidiskussion eine Ausdifferenzierung der These von der internationalen Ausbeutung darstellte, verfolgte die Diskussion im Anschluss an die Arbeiten von Samir Amin (*1931) oder Annibal Quijano eher die Argumentation von der strukturellen Entwicklungsblockade im Innern als Folge der Eingliederung in die internationale Arbeitsteilung. Amins Ausgangsthese lautet, dass Kapitalismus keine weltweit homogene Angelegenheit ist. Der Kolonialismus habe zwar den Kapitalismus in alle Welt exportiert, aber nur in einem Teil der überseeischen Gebiete, da wo die einheimische Bevölkerung ausgerottet oder völlig abgedrängt wurde, zu einer Durchkapitalisierung geführt. Ansonsten seien die örtlichen vorkapitalistischen Produktionsweisen nur überlagert und nicht aufgelöst oder vorkapitalistische Produktionsweisen, wie auf den Plantagen in der Karibik, erst begründet worden. Bei dieser Überlagerung sei der Kapitalismus aber immer dominant geblieben. Aus dieser Beobachtung diagnostizierte er einen fundamentalen Unterschied zwischen dem von ihm so genannten metropolitanen und dem peripheren Kapitalismus. Ersterer ist strukturell homogen, letzterer strukturell heterogen, da es sich um eine Verschränkung diverser Produktionsweisen handle. Während ersterer seine Dynamik aus einer tendenziell im Gleichgewicht befindlichen binnenwirtschaftlichen Beziehung zwischen Kapitalgüter- und Massenkonsumgüter gewinne, beruhe die Dynamik in der Peripherie auf der Verbindung von Primärgüter- und Luxusgütersektor, die über den Außenhandel miteinander verbunden sind.

Abb. 5: Autozentrierte vs. abhängige Reproduktion nach Amin



In den Ländern des Zentrums (Industrieländer) ist der Kapitalismus entstanden. Hier gibt es eine in der Tendenz gleichwertige Beziehung zwischen einem sich erweiternden Massenkonsumgütersektor (2) auf der Basis steigender Masseneinkommen und einem darauf bezogenen Ausrüstungsgütersektor (4). Der Kapitalismus entfaltet eine eigenständige (autonome) Binnendynamik, die auch nicht dadurch gestört wird, dass Primärgüter importiert und Fertigwaren exportiert werden. In den Ländern der Peripherie ist der Kapitalismus von außen gekommen und hat einen auf die Produktion von Primärgütern ausgerichteten Exportsektor (1)

geschaffen. Für dessen Wachstum ist kein expandierender Binnenmarkt auf der Basis steigender Masseneinkommen, sondern eine steigende Nachfrage im Ausland entscheidend. Produktivitätssteigerungen im Exportsektor setzen sich nicht in Lohnsteigerungen um, da der Binnenmarkt nicht relevant ist, die ausländischen Abnehmer nur an möglichst billigen Primärgüterimporten interessiert sind. Damit verschwindet der für den metropolitenen Kapitalismus konstitutive Zusammenhang von Produktivitätssteigerung und Lohnzuwachs. Der Lohn ist nur Kostenfaktor und kein Nachfragefaktor. Der innere Markt bleibt deshalb trotz Produktivitätsentwicklung im Exportsektor begrenzt und wird aufgrund der ungleichen Einkommensverteilung durch importierte Luxusgüter (3) bzw. Subsistenzproduktion des traditionellen Sektors bedient. Die Grundverbindung der Peripherie lautet deshalb Primärgüterexporte versus Luxusgüterimporte.

Wenn es in manchen Ländern zur Industrialisierung durch Importsubstitution kommt, betrifft das nur die dauerhaften Konsumgüter (Luxusgüter), nicht aber die Massenkonsumgüter. Die Marginalisierung von Bauern und Kleingewerbe in Stadt und Land bleibt bestehen, Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit werden strukturell. Diese Marginalisierung, so Amin, ist geradezu die Bedingung der Integration des Exportsektors in den Weltmarkt. Soweit überhaupt ein Ausrüstungsgütersektor (4) aufgebaut wird, steht er nur im Dienst der Sektoren (1) oder (3), nicht aber (2). Statt der an der Peripherie üblichen Sequenz (1)-(3)-(4), die ihre Grenze im Übergang von der leichten zur schweren Phase der ISI findet, wäre eine Sequenz (1)-(2)-(4) notwendig.

Amin entwickelt auch eine Typologie peripherer Gesellschaften, bei der er eine amerikanische (bezogen auf Lateinamerika), eine orientalische und eine afrikanische Produktionsweise unterscheidet. In Amerika wurden durch das Eindringen der Europäer die altamerikanischen Tributgesellschaften zerstört. Der Prozess der Unterentwicklung begann hier sehr früh schon zu Beginn des 16. Jahrhunderts. Mit dem Encomienda-System wurde eine pseudo-feudale, mit den Minen und den indianischen Zwangsarbeitern eine pseudosklavenhalterische und mit den Plantagen und den verschleppten Afrikanern eine reine sklavenhalterische Produktionsweise etabliert. Alle drei Systeme wurden im Zeitalter des Merkantilismus durch das Kapital der Handelskompanien initiiert, waren folglich nur auf den Export nach Europa ausgerichtet. Daneben existierte die einfache Warenproduktion der europäischen Einwanderer. Im Laufe der Zeit bildete sich eine Kompradorenschicht als Vermittlungsinstanz heraus, die den Außenhandel abwickelte. Daraus entstand ein politisches Bündnis aus Großgrundbesitzern und Freihändlern. Die oppositionelle nationale Partei, die an einer eigenständigen Industrialisierung interessiert war, konnte sich erst in den 1930er Jahren durchsetzen und mit

Vargas in Brasilien, Peron in Argentinien und Cardenas in Mexiko populistische Regierungen an die Macht bringen, die eine durch Schutzzölle abgesicherte ISI verfolgten.

Während in Amerika die vorkolonialen Tributgesellschaften zerstört wurden, konnte diese sich im Orient (Arabien und Ferner Osten) erhalten und wurde erst im 19. Jahrhundert kapitalistisch überlagert. Diese Hybridkonstellation hatte von Land zu Land ganz unterschiedliche Ausprägungen. In Indien ruinierte die britische Konkurrenz die traditionelle Textilindustrie, während die Landwirtschaft sich auf britischen Druck zu spezialisieren hatte. In Indonesien wurde von den Niederlanden ein typischer Plantagensektor aufgebaut. China, Persien, Thailand und das Osmanische Reich wurden nicht förmlich kolonisiert. Die Integration in den Weltmarkt erfolgte hier erst spät, zum Teil erst im 20. Jahrhundert, so dass der Prozess der Unterentwicklung auch spät einsetzte. Im arabischen Raum kam es zunächst zum Niedergang des traditionellen Fernhandels als Folge der Verlagerung der Handelsrouten durch die europäische Konkurrenz auf die Seerouten. Die Kolonisierung erfolgte erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts.

Die Konstellation in Afrika ist besonders heterogen, da hier ursprünglich etwa 200 separate Regionen bestanden haben. Westafrika wurde wegen des Sklavenhandels sehr früh in den Weltmarkt integriert, es wurde zum Afrika der kolonialen Tauschwirtschaft als einer der Spitzen des atlantischen Dreiecks und zur Peripherie der amerikanischen Peripherie (wie die Philippinen auf der pazifischen Seite). Das Kongobecken wurde zum Afrika der Konzessionsgesellschaften und erst spät durch den Bergbau in den Weltmarkt integriert. Der Osten und Süden wurde zum Afrika der Reservate, weil hier die europäischen Siedlerkolonien gegründet wurden. Deshalb wurde diese Region auch zuletzt entkolonialisiert.

Diese Typologie ist bei Amin nur rudimentär ausgearbeitet, macht aber deutlich, dass er zur differenzierten Richtung der Dependenztheorie gehört. Er bietet auf jeden Fall Ansatzpunkte der Erklärung, warum die verschiedenen Teile der Welt nach der Entkolonialisierung so unterschiedliche Entwicklungsverläufe eingeschlagen haben. Relevant sind dabei die Dauer der Kolonialzeit (ca. 300 Jahre in der Karibik – nur wenige Jahrzehnte in Ostafrika oder gar kein Kolonialismus wie in Persien, Thailand, Äthiopien oder China), ferner der Umstand, ob die vorkoloniale Gesellschaft zerstört wurde (Lateinamerika) oder sich erhalten konnte (Asien) und welche wirtschaftlichen Konsequenzen der Kolonialismus hatte (Plantagen, Minen, Handel, weiße Siedler). Zusammenfassend identifiziert Amin typische Elemente, die allen peripheren Gesellschaften gemeinsam sind und sie von metropolitenen unterscheiden. Die Ausprägungen dieser Elemente waren zwar anfänglich sehr unterschiedlich, bewegten sich aber auf ein gemeinsames Profil hin. Im nationalen Sektor kommt es zur Vorherrschaft des

Agrarkapitalismus, entweder in der Variante Latifundienwirtschaft mit Sklaven oder Peones vor Durchsetzung der Lohnarbeit oder Integration in den Weltmarkt trotz feudaler Strukturen. Die kleinbäuerliche Wirtschaft kann sogar erhalten bleiben wie in Afrika. Daneben entsteht eine lokale Bourgeoisie in Abhängigkeit des dominanten ausländischen Sektors zur Vermarktung der Agrarexportgüter. Hieraus und nicht etwa aus Handwerkern oder traditionellen Händlern entwickelt sich die nationale Bourgeoisie, die verdrängt wurde. Es formiert sich kein autonomes Bürgertum, sondern eine Kompradorenschicht zwischen traditionellen inländischen Produzenten und ausländischen Abnehmern. China ist hierfür der typische Fall. Weil die nationale Bourgeoisie fehlt oder zu schwach ist, um die politische Führung zu übernehmen, bildet sich ein bürokratischer Apparat, eine sog. Staatsklasse.

Damit wurde der Staat in vielen Ländern seit der Unabhängigkeit zum einzigen Träger der Herrschaft. Das ist der Hintergrund, warum es in der Dritten Welt (bis 1990) zur Etablierung so vieler Sozialismen gekommen ist, die die alten Kompradoren und Großgrundbesitzer entmachteten haben. Wenn ein nationaler Kapitalismus aufgrund eines schwachen oder fehlenden Bürgertums sich nicht durchsetzen konnte, kam es auch nicht zu einer Proletarisierung im Sinne einer dominanten Lohnarbeiterschaft, sondern nur zur Marginalisierung großer Teile der Bevölkerung aufgrund der krassen Ungleichheit in der Einkommensverteilung. Deshalb konnten sich keine starken Gewerkschaften bilden, die Lohnsteigerungen durchsetzten, etablierte sich kein Massenkonsumgütersektor, sondern nur der Luxuskonsum der Staatsklassen, Großgrundbesitzer und Kompradoren.

Diese Typologie hätte es verdient, sehr viel differenzierter ausgearbeitet zu werden. Dies hätte die entwicklungstheoretische Diskussion in ihrem linken Spektrum in ganz andere Bahnen gelenkt. Amin liefert immerhin ein Gegenmodell zur Modernisierungstheorie. Die peripheren Gesellschaften sind nicht zurückgeblieben, sondern Hybridgesellschaften unterschiedlichen Typs, in denen mit dem ausländischen Sektor nur (z.T. seit Jahrhunderten) Elemente moderner Gesellschaften vorhanden sind. Der nationale Sektor hat ganz unterschiedliche Ausprägungen, der traditionelle Sektor bleibt vielfach trotz Integration erhalten. Gemeinsames Merkmal unterentwickelter Länder ist die strukturelle Heterogenität, weil die Kräfte zu einer durchgreifenden Modernisierung und Aufsaugung der traditionellen Elemente zu schwach sind und damit keine strukturelle Homogenität erreicht werden kann.

Um die periphere durch eine autozentrierte Entwicklung zu ersetzen, so die strategische Schlussfolgerung, muss eine Abkoppelung (Dissoziation) vom Weltmarkt vollzogen werden. Nach erfolgter interner Restrukturierung der Ökonomie sei ein Entwicklungsprozess in Gang zu setzen, der dem metropolitanen Schema von gleichgewichtigem Wachstum des Kapital-

und Massenkongsumgütersektors entspricht. Dabei könne ggf. eine regionale Kooperation peripherer Ökonomien hilfreich sein. Dieter Senghaas (*1940) hat diese Strategie in „Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik“ (1977) auf die griffige Formel der drei entwicklungspolitischen Imperative (Dissoziation, interne Restrukturierung und regionale Kooperation) gebracht. Wie diese Imperative in die politische Praxis umzusetzen seien, darüber wurden von Amin nur vage Angaben gemacht. Letztlich lief Amins Konzept aber auf eine sozialistische Revolution hinaus, um die Abkoppelung nach außen und die Umstrukturierung nach innen durchzusetzen. Dass bei einer solchen Strategie die Größe eines Landes eine wichtige Variable war, eine tendenziell auf Autarkie ausgerichtete Entwicklungsstrategie eher in großen, bevölkerungsreichen und mit Ressourcen komplett ausgestatteten Ländern als in kleinen möglich ist, wurde nicht weiter reflektiert. Länder wie Albanien, Nordkorea oder Kambodscha haben vermutlich am ehesten den Aminschen Vorstellungen entsprochen. Die totalitären Konsequenzen der radikalen Version der Abkoppelungstheorie wurden nicht thematisiert.

Stattdessen wurden die praktischen Erfahrungen der Volksrepublik China, die sich in den 1960er und 1970er Jahren weitgehend aus dem Weltmarkt zurückgezogen hatte, als empirischer Beleg einer erfolgreichen Abkoppelungsstrategie interpretiert. Die Parole „unabhängig und im Vertrauen auf die eigene Kraft“ war ein wesentliches Element des chinesischen (maoistischen) Entwicklungsmodells. Im Unterschied zur radikalen Version der Dependenztheorie, die die Aufhebung der Unterentwicklung nur im Weltmaßstab für möglich hielt, verfolgten Amin und Senghaas also eine radikalisierte Version der Listschen Argumentation, deren Gültigkeit auch für dessen „Länder der heißen Zone“ angenommen wurde. Missverstanden wurde das „Plädoyer für Dissoziation“ (Senghaas) von vielen Rezipienten, Anhängern wie Kritikern, insofern, als die Abkoppelung bereits als Ziel und nicht als Instrument für nachholende Entwicklung verstanden wurde. Dass eine dissoziative Politik nicht notwendig an sozialistische Regime gebunden war, zeigte die spätere asienbezogene Schwellenländerdiskussion. Trotz deren unbestreitbarer Weltmarktintegration verfolgten Länder wie Südkorea eine massive, neomerkantilistisch motivierte, Staatsintervention, die bewusst auf der Importseite (nicht der Exportseite!), das neoklassische Dogma der komparativen Vorteile verletzte. Diese Tradition hatte im 19. Jhd. begründet.

Parallel zu der eher abstrakten Diskussion im Anschluss an die Dependenztheorie entwickelte sich, aus derselben Quelle gespeist, eine eher pragmatisch orientierte Debatte, die in den Forderungen nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung gipfelte. Die Entkolonialisierung hatte in den 1960er und 1970er Jahren durch die Aufnahme vieler neuer Staaten die politischen Gewichte in den Vereinten Nationen verschoben. Die Blockfreienbewegung und später die

Gruppe der 77 innerhalb der UNCTAD hatten Foren geschaffen, gemeinsame Interessen zu identifizieren, zu artikulieren und auch in gemeinsame politische Forderungen umzusetzen. Der kleinste gemeinsame Nenner war dabei, unter Ausklammerung der divergierenden Interessenlagen aufgrund unterschiedlicher politischer Systeme, die Konzentration auf die Veränderung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Insbesondere die UNCTAD wurde zur Speerspitze dieser Forderungen, die sich theoretisch auf die Singer/Prebisch-These und im weiteren Sinne auf die Argumente der Dependenztheorie berufen konnte. Unterstützt wurden diese Forderungen von den auf keynesianischem Gedankengut basierenden Empfehlungen der diversen Nord-Süd-Kommissionen.

Analog zum erfolgreichen Vorbild der OPEC sollte über eine globale Interventionspolitik zumindest eine Stabilisierung, wenn nicht eine Erhöhung der Rohstoffpreise durchgesetzt werden, sollte ein stärkerer Ressourcentransfers von der Ersten in die Dritte Welt stattfinden und sollte der Protektionismus der Industrieländer abgebaut werden, um den Marktzugang der Agrar- und Rohstoffproduzenten und der jungen Industrieländer zu verbessern. Aus heutiger Sicht ist allerdings zu konstatieren, dass von diesen Forderungen kaum etwas verwirklicht wurde, weil die Industrieländer Widerstand leisteten und weil die Interessenlage der Entwicklungsländer selbst auf außenwirtschaftlichem Gebiet noch zu heterogen war. Die OPEC wurde nicht zum Modell für andere Rohstoffproduzenten, sondern blieb ein Sonderfall. Allerdings orientierten sich die Preise für andere Energieträger am Öl bzw. wurden regelrecht daran gekoppelt. Im Sog der steigenden Energiepreise kam es zu Beginn des 21. Jahrhunderts zum starken Anstieg der Rohstoffpreise, wobei vermutlich weniger die Kartellpolitik der OPEC als die Spekulation an den Rohstoffmärkten die Ursache war. Jedenfalls partizipierten daran auch Öl- und Gasexporteure wie Russland, Norwegen oder Großbritannien und die Anrainer des Kaspischen Meeres, die Energieregion der Zukunft, die alle keine OPEC-Mitglieder sind. Aber auch das Wachstum vieler afrikanischer Länder in dieser Phase ist auf steigende Rohstoffpreise zurückzuführen – wenn man so will die letzte Falsifizierung von der Singer/Prebisch-These von der säkularen Verschlechterung der ToT zuungunsten der Entwicklungsländer.

Gleichzeitig wurden aus dem Umkreis der Weltbank, wo der Einfluss der Entwicklungsländer im Unterschied zur UNCTAD aufgrund anderer Stimmenverteilung (Quotensystem entsprechend den Kapitalanteilen) sehr viel geringer ist, kritische Stimmen laut, die, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der damals einsetzenden Diskussion um die „Grenzen des Wachstums“, die überkommenen Wachstumsstrategien in Frage stellten, zumal sich ganz offensichtlich die soziale Frage in vielen Ländern immer weiter dramatisierte. Die berühmte Nairobi-Rede des damaligen Weltbankpräsidenten Robert McNamara (1916–2009) aus dem Jahre 1973

hatte hier katalytisch gewirkt. McNamara forderte eine gezielte Hilfe für die absolut Armen in der Dritten Welt. Daraus resultierten die Programme zur Förderung der Kleinbauern oder die Grundbedürfnisstrategie, die sich nicht mehr nur am volkswirtschaftlichen Wachstum, sondern an dessen Verteilung, insbesondere der Verbesserung der elementaren Lebensbedingungen der einfachen Bevölkerung orientierten.

Auf theoretischer Ebene stand dafür das Argument, dass Wirtschaftswachstum auch auf der Basis vorangegangener oder zumindest gleichzeitiger Umverteilungsmaßnahmen möglich sei. „Redistribution with Growth“ (1974), lautete der Titel eines einschlägigen Buches von Hollis B. Chenery (1918-1994) u.a. Damit war die Gegenposition zu den frühen Entwicklungsökonomern und Modernisierungstheoretikern formuliert, die im Sinne der Kuznetsschen U-Hypothese von der Notwendigkeit ausgegangen waren, dass Wachstum, sogar auf Kosten zunehmender Ungleichheit, der Umverteilung voranzugehen habe (growth first, redistribution later). Dieses Argument hatte Kuznets empirisch aus der Messung der Einkommensverteilung über die Frühphase von Industrieländern gewonnen. Theoretisch begründet wurde die U-Hypothese mit dem Argument, dass eine anfängliche Einkommenskonzentration notwendig sei, um sparen und investieren zu können. Nur so könne Wirtschaftswachstum in Gang gesetzt werden und weiteres Einkommen, das dann in Folge der Verknappung von Arbeitskraft und dem Aufbau gewerkschaftlicher Gegenmacht umverteilt werden könne. Im Verlauf des Industrialisierungsprozesses werde so die Ungleichheit in der Einkommensverteilung wieder abnehmen.

Der empirische und theoretische Gegenbeleg wurde von Autoren wie John C.H. Fei (1923-1996) und Gustav Ranis (*1929) aus den Erfahrungen von Taiwan und Südkorea gewonnen, Länder, in denen zu Beginn der Industrialisierung aufgrund von Bodenreformen eine weitgehende Homogenisierung der Einkommen erzielt worden war. Dieser Alternative liegt heute die Kontroverse zugrunde, ob eine angebotsorientierte oder eine nachfrageorientierte Strategie (niedrige Löhne, um die Kosten zu senken oder hohe Löhne, um die Nachfrage zu steigern), die bessere Wachstumsstrategie ist. Auch hier ist wieder relevant, ob das Wachstum vorrangig binnenmarkt- oder exportgetrieben ist, ob es sich um kleine oder große Länder handelt. Anlass zu diesem theoretischen Umdenken hatte sicherlich auch die Radikalisierung der sozialen Bewegungen in den Entwicklungsländern in den 1970er Jahren gegeben. Unter dem Einfluss der Volksrepublik China, die ihre Strategie ländlicher Entwicklung im Rahmen von Volkskommunen zum Modell für die „Dritte Welt“ propagierte und in manche afrikanische Länder zu exportieren suchte, gewannen agrarsozialistische Vorstellungen wie die Ujamaa-Bewegung in Tansania an Popularität. Dieser sollte durch die Kleinbauernstrategie entgegengewirkt werden. Nicht mehr das sowjetische Industrialisierungsmodell, sondern das mao-

istische Entwicklungsmodell wurde zum Antipoden der westlichen Entwicklungspolitik in den ganz armen Ländern.

Neben der Umsetzung der aus der Dependenztheorie gewonnenen Einsichten für die entwicklungspolitische Praxis wurde auch die kategoriale Globalanalyse weitergetrieben. Autoren wie Amin, Arrighi, Frank und vor allem der Soziologe und Afrikanist Immanuel Wallerstein (*1930) entwickelten ein neues Paradigma, die Weltsystemtheorie, die beanspruchte, eine Theorie der kapitalistischen Akkumulation im Weltmaßstab und, darauf aufbauend, eine Theorie über Struktur und Entwicklungsdynamik des internationalen Systems insgesamt zu liefern. Heute würde man von einer Theorie der Globalisierung und der Gewinner und Verlierer im Globalisierungsprozess sprechen. Auf diese Weise sollte die Perspektive der klassischen Imperialismustheorie mit der der Dependenztheorie vereinbart werden. Organ der Weltsystemtheoretiker ist die amerikanische Zeitschrift „Review“. Analyseeinheit sind konsequenterweise weder der Nationalstaat oder gar Regionen unterhalb oder oberhalb des Nationalstaats, auch nicht die Erste vs. die Dritte Welt, sondern das Weltsystem insgesamt. Seine Teile geraten nur ins Visier unter der Perspektive, welche Funktionen sie für das Gesamtsystem haben.

Dabei unterscheidet Wallerstein zwei Typen, Weltreiche mit einer zentralistischen politischen Struktur und Weltwirtschaften ohne gemeinsame politische Struktur. Weltreiche waren redistributiv und wurden durch einen bürokratischen und militärischen Apparat zusammengehalten. Die Eroberung und Aufbringung der Überschüsse an der Peripherie zur Finanzierung des Apparats war das Äquivalent für Sicherheit und Ordnung, die der Peripherie gewährt wurden. Fernhandel war immer bürokratisch gelenkter Handel mit Luxusgütern. Weltreiche haben keine inhärente Tendenz zur Dynamik, da mögliche Überschüsse immer als Tribut absorbiert werden, so dass für die Produzenten kein Anreiz für Produktivitätssteigerungen existiert. Wenn das Weltreich zu groß wird, der bürokratisch-militärische Aufwand, es zusammenzuhalten, den Nutzen übersteigt, kommt es zur imperialen Überdehnung, zur Desintegration der Teile und schließlich zum Zerfall von Weltreichen. Beispiele für die Weltreichstheorie sind Rom, das Mongolische Reich, das Osmanische Reich, das Chinesische Reich, das Inka-Reich und als letzter historischer Fall das Reich der Spanischen Habsburger. Von Wallerstein nicht so klassifiziert könnte man aber auch die Sowjetunion hinzuzählen.

Weltwirtschaften benötigen demgegenüber kein politisches Zentrum, sondern werden durch den Markt, die internationale Arbeitsteilung und den internationalen Handel zusammengehalten. Sie entstehen in dem Moment, in dem Staaten durch Fernhandel verbunden werden. Gemeint ist aber nicht ein spärlicher Handel mit Luxusgütern, sondern ein regelmäßiger und

quantitativ substantieller Handel mit Stapelgütern. Das war welthistorisch erstmals im 16. Jahrhundert in Europa im Handel zwischen dem Ostseeraum und Westeuropa der Fall, der von den Niederländern organisiert wurde. Damit wendet sich Wallerstein auch gegen den frühen Frank, der den Beginn des Weltsystems etwa 100 Jahre früher mit Beginn der portugiesisch/spanischen Expansion ansetzte. Diesem innereuropäischen Fernhandel lag eine Arbeitsteilung zwischen Rohstoffproduzenten im Osten (Ostsee und später Schwarzes Meer) und Fertigwarenproduzenten in Nordwesteuropa zugrunde. Im Westen kam es zur Bauernbefreiung, im Osten zur zweiten Leibeigenschaft.

Die Grundthese Wallersteins, die in seinem auf mehrere Bände angelegten Hauptwerk „The Modern World-System“ (1974ff) mit großem historiographischen Aufwand entfaltet wird, lautet, dass seitdem die bis dahin existierenden Weltreiche schrittweise durch ein Weltsystem abgelöst werden. Der Aufstieg und Niedergang einzelner Wirtschaftsmächte und der Wechsel der Führungsposition hat keine Konsequenzen für die Funktionsmechanismen des Systems, sehr wohl aber für den Rang, die einzelne Teile innerhalb des Systems einnehmen. Von der Positionierung hängt die Disposition in Richtung Entwicklung bzw. Unterentwicklung ab. Auf Phasen der Expansion, in der immer neue Teile der Welt in dieses System integriert werden, folgen Phasen der Konsolidierung, die seine Struktur vertiefen. In einem sich über Jahrhunderte hinziehenden Prozess wurde so am Ende die gesamte Welt Teil des modernen Weltsystems. Da Wallerstein und der ähnlich argumentierende Frank einen Kapitalismusbegriff verwenden, der allein von dem Kriterium ausgeht, ob Marktproduktion vorliegt, ist es ihnen möglich, auch Produktionsweisen, die nicht auf freier Lohnarbeit beruhen (Plantagen mit Sklavenarbeit, Leibeigenschaft, Teilpachtsysteme), als kapitalistisch zu bezeichnen.

Er formuliert auch eine Soziologie des modernen Weltsystems, deren wichtigstes Merkmal eine Dreiteilung in Zentrum, Peripherie und Semiperipherie ist und sich bis etwa 1640 etabliert hat. Das Zentrum wurde damals aus Westeuropa gebildet, die Semiperipherie aus dem mediterranen Europa einschließlich Spaniens und die Peripherie aus Osteuropa und der Westlichen Hemisphäre, die aber nur randständig dazugehörte. Die „äußere Arena“ bildeten andere vormoderne Weltsysteme vom Typ Weltreich in Asien. Im Zuge der europäischen Expansion wurden weitere Teile der Welt integriert. Asien und Afrika wurden Peripherie, Russland und Japan Semiperipherie. Die Fälle USA und später Japan zeigen, dass sogar eine Aufwärtsmobilität von der Peripherie über die Semiperipherie ins Zentrum möglich ist. Heute würde er vermutlich die ostasiatischen Schwellenländer dazuzählen.

Die Semiperipherie spielt herrschaftssoziologisch eine besondere Rolle, da sie (wie die Unteroffiziere in der Armee oder die Meister im Betrieb) ein stabilisierendes Zwischenglied dar-

stellen. Sie wird durch den ungleichen Tausch zwar ausgebeutet, beutet selber aber auch die Peripherie aus und verhindert so eine internationale Polarisierung. Die Position jedes Landes wird letztlich durch die Position in der internationalen Arbeitsteilung bestimmt. Primärgüterproduzenten sind immer ganz unten. Aufwärtsmobilität ist nur durch technologische Entwicklung und Produktivitätsfortschritte möglich. Die sozialen Merkmale der Teilsysteme sind ebenfalls durch das System determiniert. Das Zentrum zeichnet sich aus durch einen starken im Sinne von leistungsfähigem Staat, durch freie Lohnarbeit, starke Städte, eine starke einheimische Bourgeoisie, durch kulturelle Homogenität und Politik. An der Peripherie gibt es schwache Staaten, außerökonomischen Zwang bei den Arbeitsbeziehungen, schwache Städte, schwache und von ausländischen Einflüssen durchsetzte Bourgeoisien und eine pluralistische Kultur und Politik. In der Semiperipherie gibt es die entsprechenden Zwischenformen. Wie Frank ist auch Wallerstein Anhänger des Nullsummendenkens. Aufstieg eines Teils des Weltsystems ist immer mit dem Abstieg eines anderen Teils verbunden. Derzeit geht der Aufstieg der asiatischen Schwellenländer zu Lasten der alten Industrieländer.

Bei seiner Periodisierung unterscheidet Wallerstein vier bis fünf Phasen, die in etwa dem ursprünglichen Arbeitsplan des auf vier Bände angelegten Hauptwerks entsprechen. Die erste Phase reicht von 1450-1640 und umfasst die Entstehung der europäischen Weltwirtschaft im langen 16. Jahrhundert, das die sog. Krise des Feudalismus abgelöst hat. Warum der Kapitalismus gerade in Westeuropa entstanden ist, wird nicht weiter erläutert, hing ebenso wie die Industrielle Revolution von historischen Zufälligkeiten ab. Diese Phase führt zur Teilung in West- und Osteuropa. Konsequenz der innereuropäischen Arbeitsteilung ist im Westen die endgültige Bauernbefreiung und im Osten die sog. zweite Leibeigenschaft. Gleichzeitig steigt der Mittelmeerraum einschließlich der Iberischen Halbinsel zur Semiperipherie ab, Amerika wird als Peripherie integriert.

Die zweite Phase dauert von 1650-1730 (nach anderer Periodisierung von 1600-1750) und fällt zusammen mit der sog. Krise des 17. Jahrhunderts. Sie ist geprägt durch den Merkantilismus, die Konsolidierung der europäischen Weltwirtschaft und die Positionskämpfe der Niederlande, Englands und Frankreichs um die Führungsrolle. Die dritte Phase reicht von 1730-1850. Sie ist die Phase der Durchsetzung des Industriekapitalismus und die zweite Phase der europäischen Expansion. Asien und Afrika werden als Peripherie integriert, Russland und die USA steigen zur Semiperipherie auf. Die vierte Phase beginnt 1850, sollte nach dem ursprünglichen Plan mit den Umbrüchen des Jahres 1917 beginnen. Dieser vierte Band ist aber noch nicht erschienen, und dürfte, wenn er je fertig gestellt wird, anders konzipiert werden und vermutlich noch durch einen fünften ergänzt werden, der vielleicht 1990 einsetzt. Entsprechend der Theorie Wallersteins muss es sich bei der vierten um eine neue Phase der

Konsolidierung des Systems gehandelt haben, in der Russland bzw. die Sowjetunion weiter aufsteigt, Großbritannien absteigt und die USA zum Zentrum werden. Die fünfte Phase wäre dann wieder eine der Expansion, heute Globalisierung genannt.

Ähnlich Modelski versucht Wallerstein die Auf- und Abstiegsphasen einzelner Führungsmächte mit den langen Wellen der Konjunktur, den sog. Kondratieff-Zyklen in Verbindung zu bringen mit dem Argument, dass die Innovationsschübe, die eine lange Welle auslösen, auch immer eine wirtschaftliche Führungsmacht produzieren, da die Innovationen nicht nur zeitlich gebündelt, sondern auch konzentriert auf einzelne Länder erfolgen. Eine Lösung der Entwicklungsproblematik für die Peripherie ist deshalb nur möglich, wenn sie eine Aufwärtsmobilität in der internationalen Arbeitsteilung vollzieht. Diese muss allerdings durch den Abstieg anderer Teile erkaufte werden. Oder – die Strukturen des Systems insgesamt müssen verändert werden. Wie das geschehen soll, darüber macht Wallerstein keine Aussagen.

Wallerstein und Frank haben, gerade wegen ihres globalen Ansatzes, zahlreiche Kritik und Gegenentwürfe provoziert. Einer der prominentesten Kritiker ist der US-Amerikaner Robert Brenner (*1943), der unter Rückgriff auf die Debatte der 1950er Jahre zwischen Maurice Dobb (1900-1976) und Paul M. Sweezy über die Ursachen des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus die These aufstellt, dass nicht die internationale Arbeitsteilung, sondern der von Region zu Region unterschiedliche Ausgang sozialer Kämpfe auf dem Land dafür verantwortlich ist, ob ein Land Zentrum oder Peripherie wird. Diese These wird von Brenner, unter Bezug auf den ersten Band von Wallersteins „Modern World-System“ anhand der unterschiedlichen Entwicklung von West- und Osteuropa diskutiert. Nicht die innereuropäische Arbeitsteilung ist für die Herausbildung des Ost-West-Gefälles verantwortlich, sondern die erfolgreiche Bauernbefreiung in Westeuropa im Anschluss an die Krise des Feudalismus. Diese habe dort eine kapitalistische Dynamik in Gang gesetzt, während in Osteuropa die Grundherren ihre Position wieder zu stärken und die Bauern in die sog. zweite Leibeigenschaft zu zwingen vermochten.

Eine Verwandtschaft zu Barrington Moores Theorie über die Ursachen der unterschiedlichen politischen Entwicklung zwischen West- und Osteuropa ist augenscheinlich. Wittfogel hätte an dieser Stelle argumentiert, dass die Mongolenherrschaft über Russland und Teile Südosteuropas zwischen 1250 und 1350 dafür verantwortlich war, dass der Osten von der europäischen Entwicklung, insbesondere der späteren Aufklärung, abgekoppelt wurde und sich deshalb eine Variante der asiatischen Despotie erhalten konnte. Gegen die strukturalistische Argumentation der Weltsystemtheoretiker wird hier also die Seite von Marx stark gemacht, die darauf insistiert, dass die Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen ist. Damit

hatte Brenner auch eine in den folgenden Jahren an Intensität zunehmende Debatte zwischen Externalisten und Internalisten wieder eröffnet. Jene verwiesen immer wieder auf die identischen Tiefenstrukturen von Peripheriegesellschaften aufgrund der Wirkung von Weltmarkt und internationaler Arbeitsteilung, während diese die jeweiligen soziopolitischen Unterschiede und daraus resultierenden Differenzierungen im Weltsystem in den Vordergrund stellten.

Ein ambitionierter Gegenentwurf aus keynesianischer Sicht stammt von Hartmut Elsenhans (*1941). Elsenhans ist zwar mit seiner „Geschichte und Ökonomie der europäischen Welteroberung“ (1975 bzw. 2007) auch Weltsystemtheoretiker aber zugleich Internalist. Er stellt die These von Baran und Frank radikal in Frage, dass die Industrialisierung in den Zentren auf die Ausbeutung der Kolonien zurückzuführen ist und versucht demgegenüber theoretisch und empirisch zu belegen, dass die Kapitalakkumulation im Zentrum anfänglich im wesentlichen das Ergebnis interner Ausbeutung auf der Basis steigender Arbeitsproduktivität war. Dass es dort langfristig zu einer homogenen Entwicklung gekommen ist, ist auf die Durchsetzung politischer und gewerkschaftlicher Gegenmacht zurückzuführen, die in der Folge steigende Masseneinkommen ermöglichte. Damit waren eine Ausweitung des Binnenmarktes und die im Aminschen Sinne gleichgewichtige Beziehung zwischen Massenkonsumgüter- und Kapitalgütersektor möglich. Dass dieser Zusammenhang an der Peripherie nicht oder nur unzureichend wirksam werden konnte, ist der entscheidende Grund für Unterentwicklung.

Der Unterschied zu Frank und Wallerstein macht sich am Kapitalismusbegriff fest. Für erstere liegt Kapitalismus bereits vor, wenn Geldbesitzer ihr Geld zum Kauf von Waren und Arbeit einsetzen, um Profit zu machen. Das hieße aber, dass Kapitalismus in allen Gesellschaften vorgelegen habe. Elsenhans nennt das „Handelskapitalismus“, der auf der Suche nach Handelsprofit ist. In seinem Verständnis liegt Kapitalismus nur vor, wenn freie Lohnarbeit existiert. Kapitalismus wird dominant, wenn die freie Lohnarbeit dominiert und die Suche nach Unternehmensprofit im Unterschied zu Handelsprofit oder einer Rentenorientierung sich durchsetzt. Nach Lateinamerika wurden erst der Feudalismus und dann die Sklaverei exportiert aber mit handelskapitalistischer Motivation, um die Kosten zu senken und Monopolprofite für die privilegierten Handelskompanien zu erzielen. Da es sich dabei im Sinne Elsenhans' nicht um Kapitalismus handelte, bedurfte es auch nicht der freien Lohnarbeit und steigender Masseneinkommen. Entwicklung konnte ausbleiben.

Elsenhans' strategische Konsequenzen sind deshalb weniger radikal als bei den Weltsystemtheoretikern. Für ihn ist nachholende Entwicklung bei zunehmender Arbeitsproduktivität

auch in einem Land möglich, wenn es analog gelingt, durch den Aufbau von Gegenmacht Strukturreformen durchzusetzen und die Masseneinkommen zu steigern. An die Stelle der Bourgeoisie, wie seinerzeit in Europa oder Nordamerika, müssen mangels Alternative sog. Staatsklassen treten, die als Entwicklungsagenten fungieren und aus Gründen ihrer Legitimation die Selbstprivilegierung reduzieren und stattdessen Überschüsse in den Branchen investieren, die der Befriedigung des steigenden Bedarfs nach Massenkonsumgütern dienen. Algeriens Industrialisierungsstrategie, die sich auf die Einnahmen aus dem Ölsektor stützte, diente ihm als Modell. Nicht berücksichtigt wurde allerdings die Möglichkeit, dass die Renteneinkommen rein konsumtiv ausgegeben werden, so dass zwar Massenloyalität, aber keine Produktivitätssteigerungen erzielt werden bzw. dass diese dauerhaft so hoch sind, dass ein rentenfinanzierter Wohlstand ohne Entwicklung der produktiven Kräfte auch dauerhaft möglich ist. Selbst bei versiegendem Ölvorkommen kann die Rentenlogik fortgesetzt werden, weil ein Teil der Ölrente im Ausland angelegt wurde.

Aus einer ganz anderen Perspektive argumentiert der Brite Bill Warren (1935-1978) in seinem posthum erschienenen Buch „Imperialism: Pioneer of Capitalism“ (1980). Unter Rückgriff auf den optimistischen Marx der 1850er Jahre, der dem Kolonialismus trotz aller Schrecklichkeiten durchaus positive Züge abzugewinnen vermochte, wendet er sich gegen die Leninsche These vom Imperialismus als dem höchsten, bereits auf den Niedergang hinweisenden Stadium des Kapitalismus. Im Gegenteil, laut Warren hat der Kapitalismus seine Expansionskraft im Weltmaßstab noch lange nicht erschöpft. Es war vielmehr gerade der Imperialismus, der wesentlich zur noch lange nicht abgeschlossenen Durchkapitalisierung der Welt beigetragen hat. Das Wirken Multinationaler Konzerne muss aus dieser Perspektive als positiv gewertet werden. Als empirischen Beleg für seine These verweist Warren auf die Industrialisierungsprozesse in den ostasiatischen und lateinamerikanischen Schwellenländern. Gegen Warrens linksorthodoxen modernisierungstheoretischen Ansatz lassen sich allerdings die gleichen Argumente wie gegen andere Globaltheorien anführen, nämlich dass er aus durchaus zutreffenden Einzelphänomenen unzulässige Verallgemeinerungen ableitet. Genauso wenig wie etwa der britische Kolonialismus aus Burma eine moderne Industriegesellschaft gemacht hat, vermochte etwa das Wirken Multinationaler Konzerne die Durchkapitalisierung Brasiliens zu leisten.

Eine Mittelposition zu den genannten Großtheorien bezog die Diskussion um die koloniale Produktionsweise. Sie wurde ebenfalls Anfang der 1970er Jahre geführt und hatte ihre Schauplätze in Lateinamerika, Indien und Frankreich (mit Bezug auf Afrika südlich der Sahara). Ausgelöst wurde sie 1971 durch den Aufsatz des Argentiniers Ernesto Laclau (*1935) „Feudalismus und Kapitalismus in Lateinamerika“, der sich kritisch mit Frank auseinander-

setzte und ihm vorwarf, dass dessen Kapitalismusbegriff zu vage sei und sich nicht um die spezifischen Produktionsverhältnisse an der Peripherie kümmere. Im Unterschied zu den Industrieländern gäbe es dort als Folge der kapitalistischen Durchdringung von außen kein Stadienmodell von Produktionsweisen, also weder eine Auflösung der feudalen Produktionsweise noch einen Übergang zum Kapitalismus, sondern eine Kombination bzw. „Artikulation“, so der französische Ausdruck, von Elementen, die verschiedenen Produktionsweisen zuzuordnen sind. Der eindringende Kapitalismus eliminiere nicht den Feudalismus, stelle ihn vielmehr in seine Dienste bzw. kreierte, wie im Falle der Sklaverei, sogar vorkapitalistische Produktionsweisen, die zuvor in diesen Ländern gar nicht bestanden haben. In der modernisierungstheoretischen Terminologie lautet das Argument: Die ehemaligen Kolonien sind nicht rückständig, weil der traditionelle Sektor sich noch erhalten hat, sie sind aber auch nicht modern, auch wenn sie durch den Kolonialismus Teil der internationalen Arbeitsteilung geworden sind, sondern sie sind beides. Das eigentliche Spezifikum und Problem kolonialer wie postkolonialer Gesellschaften liegt in der Verschränkung traditioneller und moderner Segmente, ohne dass das moderne das traditionelle absorbieren kann, wie das in Europa der Fall war.

Eine ähnliche Stoßrichtung hatte auch die indische Diskussion (Ashok Rudra, Utsa Patnaik, Hamza Alavi (1921-2003), Jairus Banaji u.a.), die in den 1970er Jahren in der Bombayer Zeitschrift „Economic and Political Weekly“ geführt wurde und auf empirische Untersuchungen zum Agrarsektor basierte. Dort ging es um die Frage, ob die sog. Grüne Revolution, d.h. die Einführung neuer Hochleistungsreissorten (vor allem im Punjab), zu einem Agrarkapitalismus in Indien führe und damit den Übergang vom Feudalismus einleite, ob dieser Übergang bereits in der Kolonialzeit als Folge britischer Modernisierungspolitik erfolgt sei oder ob sich daraus eine spezifische koloniale Kombination verschiedener Produktionsweisen herausgebildet habe. Aus dieser Debatte gingen tendenziell die Vertreter der Durchkapitalisierungsthese als „Sieger“ hervor.

Diese Diskussionen liefen sich Ende der 1970er Jahre ohne eindeutige Ergebnisse tot. Lediglich ihre deutsche Variante, der Bielefelder Verflechtungsansatz, erwies sich als fruchtbar für das Verständnis der Besonderheiten von Ökonomie und Gesellschaft der Entwicklungsländer, zumal die Bielefelder Entwicklungssoziologen, eine Forschergruppe um Hans-Dieter Evers (*1935), zahlreiche Langzeitfeldstudien unternahmen. Hier liegt ihre methodische Innovation gegenüber der Theoriediskussion. Sie konzentrierten sich vor allem auf die Themen Subsistenzproduktion und informeller Sektor in städtischen und ländlichen Gebieten sowie die Beziehungen zwischen Subsistenz- und Marktproduktion. Sie wollten den Bogen schlagen von der globalen Weltsystemtheorie zur empirischen Untersuchung auf Dorfebene, woll-

ten statt aus der Vogelperspektive das moderne Weltsystem von unten betrachten. Wo ist der Zusammenhang zwischen Weltmarkt und Subsistenzproduktion? Später kamen Fragen der Formierung von Gesellschaften, insbesondere die Herausbildung von Bürokratien und sog. Strategischen Gruppen hinzu. Letzterer Aspekt stellte, ähnlich wie Elsenhans' Staatsklassenargument, die Verbindung zu der in der Bundesrepublik besonders intensiv geführten Staatsdiskussion her. Die Grundthese der Bielefelder lautet, dass es sich bei der Subsistenzproduktion nicht um ein absterbendes traditionelles Überbleibsel handelt, wie die Modernisierungstheorie annahm, dass sie vielmehr trotz partieller Modernisierung erhalten bleibt bzw. im Verlauf des Modernisierungsprozesses gar erst erzeugt wird. Als notwendige Ergänzung zur Teilnahme an der Warenwirtschaft bietet sie für viele Menschen den einzigen Ausweg, um überhaupt überleben zu können.

Subsistenzproduktion ist definiert als eine gebrauchswertorientierte Produktion für den Eigenbedarf durch unbezahlte Arbeit. Es gibt sie auf dem Land wie in der Stadt. Typische Bereiche sind Nahrungsmittelanbau, Hausbau, Hausarbeit und Frauenarbeit. Neben dem Subsistenzsektor werden zwei weitere Sektoren, der formelle und der informelle Sektor unterschieden, die typisch sind für Entwicklungsländer. Der Begriff „formeller Sektor“ meint die städtische oder ländliche Lohnarbeit permanenter oder saisonaler Art, soweit sie von Migranten geleistet wird, zum Zweck der Warenproduktion (cash crops). Hier werden Nahrungsmittel oder industrielle Rohstoffe hergestellt. Der informelle Sektor meint Beschäftigte in ungesicherten Einkommens- und Lebensverhältnissen, die als quasi „Selbständige“ Gelegenheitsarbeiten, vor allem im Dienstleistungssektor (Losverkäufer, Schuhputzer), verrichten. Insofern handelt es sich hier um ein überwiegend städtisches Phänomen.

Subsistenzproduktion ist also keine Produktionsweise neben anderen, sondern in sehr verschiedenen Produktionsverhältnissen organisiert. Sie kann sowohl selbständig (früher) wie als Teil eines größeren ökonomischen Zusammenhangs existieren. Nachteile der Subsistenzproduktion sind die suboptimale Ressourcenallokation und die aufgrund ausbleibender Spezialisierung ausbleibenden Skaleneffekte. Vorteil ist der überschaubare Wirtschaftskreislauf. Der Bauer produziert nur so viel, wie unter worst case-Bedingungen notwendig ist. Die zusätzliche cash crop-Produktion richtet sich nicht nach dem Bedarf, sondern nach dem Preisniveau, so dass der Bauer Einbrüche verkraften kann. Die Subsistenzwirtschaft wird zerstört durch die Expansion der Warenproduktion, wobei diverse Mechanismen wirksam werden: Die Intervention der Kolonialbehörden, die Zwangsarbeit durchsetzen; die interne Monetarisierung der Wirtschaft, weil das Geld für Steuern, Opfer, Brautpreis etc. aufgebracht werden muss; die Substitution der Eigenproduktion durch Importe; die Entwicklung neuer Bedürfnisse durch Demonstrationseffekte; die Zerstörung des ökologischen Gleichgewichts

durch die Expansion des cash crop-Sektors; die Desintegration der Familienwirtschaft und der gegenseitigen Nachbarschaftshilfe durch wachsenden Zwang zur individuellen Geldakkumulation; durch die Aneignung von Boden, durch das nationale oder internationale Agribusiness; und durch Migration, die dem Subsistenzsektor Arbeitskräfte entzieht.

Umgekehrt wächst die Subsistenzproduktion oder wird wieder restrukturiert in Krisensituationen, etwa bei einem Preisverfall für cash crops oder wenn das Einkommen im informellen oder im formellen Lohnarbeitssektor zu gering ist. Damit erweist sich die Subventionsfunktion des Subsistenzsektors. Er kann relativ und absolut wachsen, wenn der Lohn bzw. das Bareinkommen individuell oder im Familienverband nicht ausreicht. Dies kann permanent, saisonal oder nur in Krisensituationen der Fall sein. In der Regel kommt es deshalb zu Mischformen der drei Sektoren. Ein klassisches Beispiel ist der saisonale Wanderarbeiter, dessen Frau im dörflichen Subsistenzsektor zurückbleibt und sich um die Kinderaufzucht kümmert. Dies hat die Konsequenz, dass die diversen Tätigkeiten aufrecht erhalten werden, selbst wenn die Löhne oder die für den Verkauf bestimmten Nahrungsmittel ins Bodenlose fallen, weil der Einnahmerückgang durch die Subsistenzproduktion alimentiert wird. Dies führt zu dem aus neoklassischer Logik paradoxen Effekt, dass trotz sinkender Löhne und Preise das Angebot an Arbeitskräften und Gütern sogar steigen kann. Wegen dieser Elastizität zeigt sich die Subsistenzproduktion stabil und weist keine Tendenz auf, vom modernen Sektor absorbiert zu werden oder der völligen Proletarisierung anheim zu fallen. Die Subsistenzproduktion wird aufgrund des Versicherungseffekts selbst dann nicht aufgegeben, wenn sie weniger rentabel als die Warenproduktion ist. Der in der Dependenztheorie verwendete Begriff der Marginalisierung ist also eigentlich nicht angebracht.

Die Subsistenzproduktion ist keine Vorstufe zur Warenwirtschaft und steht auch nicht „dualistisch“ neben ihr, sondern ist mit der Warenwirtschaft verflochten. Zitat Evers: „Es gibt praktisch keine Subsistenzwirtschaft, in der alles, was produziert wird, auch von den Produzenten konsumiert wird. Ebenso gibt es keine Marktwirtschaft, in der alle Güter und Dienstleistungen allein durch Marktkanäle verteilt werden.“ Die beiden grundlegenden Mechanismen der Verflechtung sind die Mischung von Subsistenzproduktion sowie die Migration von den Subsistenz- in den Warenausgang, wobei im Warenausgang formelle oder informelle Tätigkeiten oder ein Mischungsverhältnis von beiden vorherrschen kann.

Diese Zusammenhänge haben die Bielefelder in vielen Fallstudien in städtischen wie ländlichen Kontexten in asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Gesellschaften untersucht und die strukturellen Gemeinsamkeiten herausgearbeitet. Dies führte zu der Generalthese, dass die Proletarisierung der Arbeitskraft im Weltmaßstab nicht fortschreitet, son-

dem stagniert oder sogar rückläufig ist. Frauenarbeit wird nicht zu Lohnarbeit, sondern ist konstitutives Element der Verflechtung. Kommt es an einer Stelle zur Warenmarktintegration, dann übernimmt die Subsistenzwirtschaft eine Alimentierungsfunktion. Dieser Vorgang wird im Unterschied zur Weltsystemtheorie aber nicht rein funktionalistisch gesehen. Die Bielfelder betonen vielmehr die Handlungsoptionen der Mitglieder einer Subsistenzeinheit. Hieraus ergeben sich Entwicklungspotentiale bis hin zum Aussteigen aus Weltmarktzusammenhängen. An dieser Stelle sollte später der post development-Ansatz anknüpfen.

Die Gesellschaftstheorie des Bielfelder Ansatzes geht von folgenden Beobachtungen aus: Die Gesellschaften der Dritten Welt weisen eine hohe Heterogenität ihrer Mitglieder im Hinblick auf objektive soziale Lage wie kollektive Identität auf. Weder zeigt die Vielfalt der Erwerbstätigkeiten und Einkommenslagen eine Tendenz zur Homogenisierung oder zur Dichotomisierung der Gesellschaft in zwei antagonistische Lager, noch verstehen sich ihre Mitglieder als Angehörige von Klassen. Gesellschaftliche Konflikte spielen sich weniger zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden, Herrschenden und Beherrschten ab, als zwischen bereits privilegierten Gruppen. Diese heben sich von der übrigen Gesellschaft ab, insofern ihre Mitglieder nach Ausbildung, Beruf und Lebensstil der modernen Elite angehören und durch einen gehobenen Lebensstandard und die Nähe zum staatlichen Steuerungssystem charakterisiert sind. Weit davon entfernt, eine Nachtwächterrolle zu spielen, hat der Staat in der Dritten Welt eine überragende ökonomische und soziopolitische Gestaltungsfunktion. Von der Einflussnahme auf diese Steuerungskapazität sowie vom Zugang zu den materiellen Ressourcen des Staates hängen die Mobilitäts- und Wohlfahrtschancen von ganzen Gruppen wie von Individuen ab. Soweit diese Positionen im Staatsapparat innehaben, sind sie weniger an einer am Gemeinwohl ausgerichteten Politik als an individueller Bereicherung bzw. der Förderung ihrer Partikularinteressen orientiert. Die politischen Verhältnisse sind durch Instabilität und Repressivität gekennzeichnet. Indikatoren dafür sind die häufigen Wechsel im Herrschaftspersonal, sowie die Mechanismen zur Besetzung von Machtpositionen.

Zwischen diesen Beobachtungen besteht ein systematischer Zusammenhang als Ausdruck der Besonderheit von Entwicklungsländer-Gesellschaften. Die Bielfelder insistieren deshalb ganz besonders darauf, dass die Entwicklungssoziologie eine eigenständige Disziplin ist. Das liegt daran, dass es sich hier um von außen induzierte Teilmodernisierung, den Aufbau einer Kolonialherrschaft mit entsprechender Bürokratie und deren abruptes Ende im Zuge der Entkolonialisierung handelt. Deshalb passen weder orthodoxe Klassentheorien noch Schichtenmodelle zu ihrer Analyse. Vorgeschlagen wird stattdessen das Konzept der „Strategischen Gruppen“ als analytisches Instrument. „Strategische Gruppen bestehen aus Per-

sonen, die durch ein gemeinsames Interesse an der Erhaltung oder Erweiterung ihrer gemeinsamen Aneignungschancen verbunden sind. Diese Appropriationschancen beziehen sich nicht ausschließlich auf materielle Güter, sondern können auch Macht, Prestige, Wissen oder religiöse Ziele beinhalten: Das gemeinsame Interesse ermöglicht strategisches Handeln, d.h. langfristig ein ‚Programm‘ der Erhaltung oder Verbesserung der Appropriationschancen zu verwirklichen“.

Sie bilden sich immer dann, wenn sich neue Chancen eröffnen, die aus der Einführung neuer Technologien, aus weltwirtschaftlichen Veränderungen oder aus neuen religiösen Legitimationsmustern erwachsen können. Dabei lassen sich der individuelle, der korporative und der kollektive Typ unterscheiden, die auf Honoräre, Mieten und Pachteinkünfte, auf Profit oder auf Steuern orientiert sind. Entsprechend organisieren sich die strategischen Gruppen in Berufsverbänden, in Unternehmensverbänden oder in Bürokratien bzw. im Militärapparat. Erstere führen eher zu parlamentarischen Systemen, letztere eher zu bürokratischen Systemen oder Militärdiktaturen, die damit eine ganz andere Funktion bekommen, als ihre Bezeichnung andeutet. Der jeweilige Typ des politischen Systems hängt vom Sequenzmuster des Entstehens strategischer Gruppen ab, die auf ihre jeweilige Aneignungsart um die Vergrößerung ihrer Einkünfte kämpfen.

Strategische Gruppen verfolgen zwei Strategien, die der Hybridisierung, das heißt Ausweitung der Aneignungschancen auf neue Felder, oder die der Koalition mit anderen strategischen Gruppen. Im ersten Fall übernimmt z.B. das Militär den Staatsapparat oder einzelne Betriebe, im zweiten Fall schließen Militärs und Bürokraten ein Bündnis. Daraus resultiert am Ende doch eine Art Klassenbildung zwischen den strategischen Gruppen, in anderer Terminologie der Staatsklasse, auf der einen und der übrigen Gesellschaft auf der anderen Seite. Materielle Basis sind die Renteneinkommen, die die strategischen Gruppen aus der politischen Kontrolle ressourcenträchtiger Sektoren und Institutionen der Wirtschaft erzielen. Dennoch können innerhalb strategischer Gruppen immer wieder Konflikte auftreten, was den Charakter der Herrschaft verändert aber nicht notwendig zum Klassenkampf führt. Die europäische Feudalgesellschaft war z.B. eher durch das Handeln strategischer Gruppen wie Ritter, Fernhandelskaufleute oder Klerus und nicht durch Kämpfe zwischen Leibeigenen und Grundbesitzern geprägt. Das Paradigma der strategischen Gruppen ist somit Teil einer dynamischen Theorie gesellschaftlicher Entwicklung. Deren Entstehung, Wachstum und Zerfall als langfristiger Prozess sowie die sich verändernden Konstellationen von Kooperation und Konflikt bis hin zur (Staats)klassenbildung sind das Kernstück der Analyse strategischer Gruppen.

Daran anschließend drehte sich ein separater und sehr breit geführter Strang der Diskussion um die Rolle des Staates in der Dritten Welt. Eine Kontroverse bezog sich auf die Frage, ob der Staat ein wesentliches Hemmnis für Entwicklung darstellt oder ob er unter den besonderen Bedingungen der Entwicklungsländer zur entscheidenden Entwicklungsagentur wird. Ist er das eine oder das andere wegen seiner spezifischen Schwäche oder Stärke? Diese Kontroverse geht im Grunde bis zum Ende des 18. Jahrhunderts zurück, als die Klassiker in ihrem Angriff auf den Merkantilismus die Aktivitäten des Staates reduzieren wollten und in der Durchsetzung des Marktes als Regulierungsinstanz die entscheidende Voraussetzung zur Mehrung des weltweiten Wohlstands sahen. Bei List, der von der Warte der ersten Nachzügler argumentierte, schlug das Pendel wieder in Richtung Staatstätigkeit um. Die Neoklassiker wendeten sich später gegen den intervenierenden Staat, während die Keynesianer ihn erneut ins Spiel brachten. Derzeit erleben wir einen neuerlichen Paradigmenwechsel vom Neoliberalismus zum Neokeynesianismus, der auch Auswirkungen auf die Entwicklungstheorie haben wird.

Eine zweite Kontroverse erwuchs aus der Dependenztheorie und verfolgte die Frage, welchen Charakter der Staat in der Dritten Welt besitzt. Kann er autonom handeln oder ist er gleichermaßen abhängig wie die Ökonomie? Die dritte Kontroverse schließlich entzündete sich an der Frage, ob Industrialisierung, wie die Modernisierungstheorie annahm, zwangsläufig auch zu Demokratisierung führe oder ob sie nicht umgekehrt geradezu notwendig autoritäre Systeme verlange. Eigentlich begonnen hatte die staatstheoretische Diskussion allerdings bereits bei den ersten Entwicklungsökonomien, als Paul Rosenstein-Rodan 1943 im Hinblick auf Südosteuropa die These aufstellte, dass der Staat in strategischen Bereichen die anfänglichen Investitionen selber tätigen muss, um so eine breite Industrialisierung in Gang zu setzen.

In der deutschen Variante der politischen Modernisierungstheorie wurde der autoritäre Entwicklungsstaat, so etwa bei Richard Löwenthal (1909-1991) und Heinrich Herrfardt (1890-1969) zumindest für eine Übergangsphase als durchaus notwendig erachtet. Da modernisierungswillige bürgerliche Eliten nicht oder nur kaum vorhanden seien, müsse eine andere Elite aktiv werden, nämlich die neue Staatsklasse der aus den Unabhängigkeitsbewegungen hervorgegangen Offiziere und Bürokraten. Da die Signale des Marktes als Elemente indirekter Steuerung kaum vorhanden sind, müssen sie durch eine Kommandowirtschaft ersetzt werden, um Entwicklung zu diktieren. Das Militär sei aufgrund seiner Sozialisation am ehesten in der Lage, solche Funktionen auszuüben.

Kritische Stimmen, so etwa Frantz Fanon (1925-1961) in „Die Verdammten dieser Erde“ (1961), eigentlich ein Theoretiker der antikolonialen Revolution, warnten allerdings sehr früh davor, dass die „Befreier“ im Sinne des Bielefelder Konzepts der „strategischen Gruppen“, anders als Elsenhans später hoffte, durchaus einen Hang zur Selbstprivilegierung haben und sich als neue Herrschende Klasse zu etablieren vermögen. Diese sei eher an der Erzielung von Renten als an Industrialisierung interessiert. Ähnliches zeigte die Erfahrung aus den sozialistischen Ländern zur Genüge und wurde in Milovan Djilas' (1911-1995) „Die neue Klasse“ bereits 1957 auf den Begriff gebracht.

Bei Gunnar Myrdal wurde die Argumentation in „Asian Drama“ (1968) erstmals umgedreht. Vor dem Hintergrund seiner südasiatischen Erfahrungen verwies er darauf, dass der Staat aufgrund seiner notorischen Schwäche die notwendigen Leitfunktionen nicht wahrnehmen könne und deshalb als wesentliches Entwicklungshemmnis wirke. Diese „Schwäche“ des Staates wurde aber nicht, wie bei den Dependenztheoretikern extern durch die Abhängigkeit, sondern intern begründet. Zitat Myrdal: „Der Terminus schwacher Staat ist so zu verstehen, dass er alle die mannigfaltigen Formen sozialer Disziplinlosigkeit umfasst, die sich manifestieren durch: Unzulänglichkeiten in der Gesetzgebung und besonders in der Befolgung und im Durchsetzen der Gesetze, weitverbreitetes Nichtbeachten von Anordnungen und Anweisungen seitens des Behördenpersonals (auf allen Administrationsebenen) sowie häufig geheimes Abkommen der Beamten mit mächtigen Personen und Personengruppen, deren Verhalten sie eigentlich lenken sollten. Zum Begriff des schwachen Staates gehört auch die Korruption... Die verschiedenen Verhaltensmodelle stehen in gegenseitiger Beziehung in dem Sinne, dass sie sich in einer Art zirkulärer Kausalität gegenseitig dulden oder sogar einander provozieren mit kumulativen Effekten.“ Hier taucht das bei Nurkse u.a. in wirtschaftlicher Hinsicht vorgetragene Teufelskreisargument (arme Länder sind arm, weil sie arm sind) in politischer Hinsicht wieder auf (Der Staat in Entwicklungsländern ist schwach, weil er schwach ist).

Die Konsequenzen lauten, dass aus Gründen der persönlichen Bereicherung in schwachen Staaten die Gesellschaft von den Mächtigen ausgebeutet wird. Grundlage dafür ist die Besetzung eines Amtes, egal auf welcher Ebene. Korruption vom Staatspräsidenten bis zum Dorfpolizisten wird damit zu einem systemimmanenten Mechanismus, durch den die Gesellschaft funktioniert. Umgekehrt gibt es die verbreitete Haltung der Bevölkerung, sich kodifizierten staatlichen Vorgaben zu widersetzen. Diese werden grundsätzlich nicht akzeptiert und zwar unabhängig davon, um welche Regierungsform (parlamentarisch, populistisch, bürokratisch, Militärdiktatur, Einparteienherrschaft) es sich handelt. Diese soziale Disziplinlosigkeit wird aber nicht als moralische Kategorie verstanden, sondern als Resultat eines histo-

rischen Prozesses im Verlauf der Kolonialzeit. Im Unterschied zum Westen vollzog sich in Südasien keine Entwicklung von der Gemeinschaft zur Gesellschaft (Tönnies) und vom Status zum Vertrag, der das gesellschaftliche Leben regelt. Die statische Dorfgemeinschaft entwickelte sich nicht weiter, sondern verfiel während der Kolonialzeit. Darüber wölbte sich der koloniale Staat, der die Traditionen konservierte. Resultat war ein Paternalismus von oben und der Ungehorsam und die Verweigerung von unten. Nach der Entkolonialisierung blieb diese Anarchie als Vermächtnis erhalten, das sich heute gegen die einheimischen Regierungen wendet. Persönliche Ziele werden durch Bestechung und nicht durch Berufung auf Rechte erreicht. Will der Staat umgekehrt entwicklungspolitische Ziele durchsetzen, operiert er weder mit Verordnungen oder Gesetzen noch mit Marktmechanismen, sondern durch die Vergabe von direkten Anreizen. Diese werden nach individuellem Ermessen eines Bürokraten gewährt oder entzogen, wobei immer Korruption im Spiel ist. So bedarf es eines großen bürokratischen Apparats, dessen Posten zugleich sehr begehrt sind, weil die Korruption hohe Einkommenschancen eröffnet. Insofern ersetzt Korruption die nicht oder wenig effektiv funktionierenden Marktbeziehungen. Deshalb fordert Myrdal unabhängig vom politischen System Verwaltungsreformen, eine Reduzierung des Staatsapparats und mehr bürokratische Effektivität.

Dass er später zu den Vorreitern der politischen Konditionierung von Entwicklungshilfe im Sinne des „good governance“ gehörte, vermag vor dem Hintergrund der Ausführungen in „Asian Drama“ nicht zu verwundern. Kritisch wurde eingewandt, dass Myrdal seine Ausführungen zu sehr verallgemeinere. Sie mochten evtl. für den buddhistisch-hinduistischen Kulturkreis, nicht aber für den konfuzianischen Kulturkreis in Ostasien zutreffen. Dort sei eher das Gegenteil der Fall, dort sei der Staat stark im Sinne von effizient und seine Vorgaben würden auch von der Bevölkerung akzeptiert.

Für die 1970er und 1980er Jahre sind in der Staatsdiskussion vier Theoriestränge zu konstatieren, die sich nur wenig gegenseitig beeinflussten. Die lateinamerikanische Diskussion im Anschluss an Guillermo O'Donnells (*1936) „Modernization and Bureaucratic-Authoritarianism“ (1972), Bindeglied zwischen der modernisierungs- und dependenztheoretischen Staatstheorie, begründete den Übergang von populistischen zu autoritären Regimen in Lateinamerika mit dem Wandel der Industrialisierungsstrategie von der Importsubstitution der leichten (Konsumgüter) zur schweren Phase (Investitionsgüter). Die Transitions-Debatte (O'Donnell, Schmitter, Linz u.a.) über die Umstände des Übergangs von autoritären zu demokratischen Systemen in Spanien und Lateinamerika setzte dies mit genau umgekehrter Stoßrichtung fort, ohne allerdings noch einen expliziten entwicklungstheoretischen Bezug zu haben. Hierbei handelt es sich um einen der vielen, fast schon paradoxen, Paradigmen-

wechsel in der Entwicklungstheorie. Ihre Fortsetzung fand sie im Hinblick auf Osteuropa nach der Wende von 1989/90.

O'Donnel argumentierte vor dem lateinamerikanischen Hintergrund mit der Kategorie des „starken“ Staates. Die Importsubstitution der leichten Phase als Reaktion auf die durch die Weltwirtschaftskrise beendete Exportorientierung sei in den 1960er Jahren in die Krise geraten, weil der Übergang zur schweren Phase nicht gelang, die einen größeren Kapitaleinsatz und anspruchsvollere Technologie verlangte. Also kam es zur neuen Öffnung der Märkte und ausländischen Direktinvestitionen. Politische Konsequenz war das Ende des Populismus und der Übergang zu autoritären Systemen oder gar Militärdiktaturen wie in Chile oder Argentinien, obwohl doch in Lateinamerika, anders als in Asien oder Afrika, der europäische Einfluss und seit der Französischen Revolution die demokratische Tradition ganz anders verankert ist.

Laut O'Donnel könne eine Fortsetzung des früheren Wirtschaftswachstums im lateinamerikanischen Kontext nur durch eine Allianz aus qualifizierten Technokraten und bewaffneter Ordnungsmacht erzielt werden. Deshalb bezeichnete er die dortigen Militärherrschaften als „bürokratisch-autoritäre Regime“. Damit nimmt O'Donnel sowohl zu Myrdal wie zur Theorie politischer Modernisierung eine Gegenposition ein. Der Staat ist nicht schwach und er ist auch kein Industrialisierungshemmnis, sondern er ist stark und die entscheidende Modernisierungsagentur. Allerdings gebe es keinen Automatismus in Richtung Demokratisierung, auch nicht in der Variante, dass autoritäre Systeme nur ein Zwischenstadium zur Demokratisierung bilden. Sein Argument lautet stattdessen, dass eine rasche soziale und ökonomische Modernisierung im Kontext nachholender Entwicklung eher zu Autoritarismus führe. Durch die gewachsene Partizipation breiter Bevölkerungsschichten unter den populistischen Regierungen der 1940er und 1950er Jahre haben sich neue Konfliktkonstellationen herausgebildet. Die anschließenden Militärdiktaturen sind die Reaktion auf die starke Polarisierung der Gesellschaften. Ziel der Militärregime sei es gewesen, die politisch aktiven Teile der Bevölkerung von der Willensbildung auszuschließen, um frei von internen Widerständen einen Kurswechsel von einem binnenmarkt- zu einem weltmarktorientierten Industrialisierungskonzept nach neoliberaler Muster durchzusetzen. Also: Autoritäre politische Systeme sind nicht die Voraussetzung, sondern das Ergebnis nachholender Industrialisierung auch oder gerade unter Weltmarktbedingungen.

Die ursprünglich auf Lateinamerika bezogene Diskussion im Anschluss an O'Donnel wurde von anderen, so z.B. Bruce Cummings (*1943) auf die ostasiatischen Schwellenländer inklusive Japan übertragen. Trotz aller Parallelen zwischen beiden Großregionen sei festzuhal-

ten, dass es in Ostasien keine Abfolge von Partizipation und Exklusion wie in Lateinamerika entsprechend der ISI¹ und ISI²-Phasen gab, sondern eine durchgehende Ausgrenzung. Die Erklärung könnte darin liegen, dass in Ostasien durchgängig eine Exportstrategie verfolgt wurde – selbst in einem so großen Land wie China. Cummings prägte dafür den Begriff des „bürokratisch-autoritären Industrialisierungsregimes“. Der Staat dort ist umfassend zuständig und operiert relativ autonom gegenüber diversen Partikularinteressen. Einig ist er sich mit O'Donnel in der Falsifizierung der politischen Modernisierungstheorie, dass Industrialisierung automatisch zu Demokratisierung führe. Allerdings – Redemokratisierung in Lateinamerika und die Demokratisierung in Ostasien (Japan, Südkorea, Taiwan) scheint auch das zu widerlegen, so dass die Modernisierungstheorie am Ende doch Recht behalten könnte. Die kontroverse Diskussion im kritischen Lager über die Rolle des Staates im Entwicklungsprozess lässt sich schematisch folgendermaßen darstellen:

Tab. 11: Die Staatsdiskussion im Überblick

Der Staat ist tendenziell	Optimisten	Pessimisten	Der Staat ist tendenziell
autonom funktional für Entwicklung	Elsenhans T. Evers Sonntag	Hein Simonis	abhängig
stark kompetent motiviert durch Nationalismus	O'Donnel Cummings Wade Johnson u.a.	Myrdal	schwach inkompetent Brückenkopf
entwicklungsfördernd	Elsenhans T. Evers	H.D. Evers/Schiel Fanon Myrdal	selbstbereichernd rentenorientiert
legitimationsbedürftig wegen interner Krise	Elsenhans	O'Donnel Cummings Hein	repressiv wegen interner Krise und Weltmarktzwängen
eine Staatsklasse mit eigenständiger Produktionsweise	Elsenhans	Hanisch/ Tetzlaff T. Evers Hein	rein peripherer Staat

Die Optimisten gehen davon aus, dass der Staat in Entwicklungsländern eine entwicklungsfördernde Rolle spielen kann, weil er in der Tendenz autonom ist, eine funktionale Rolle als Entwicklungsagentur spielt, dabei stark im Sinne von kompetent auftritt und entweder eine primäre nationalistische Motivation besitzt oder sich aus einem legitimatorischen Druck gegenüber der Bevölkerung so verhält. Die Pessimisten gingen im Sinne der Dependenztheorie ursprünglich vom abhängigen Staat aus, der schwach und inkompetent ist und als Brückenkopf des Auslands fungiert, der sich nur selbst bereichern will, an Renten orientiert ist und repressiv statt legitimierungssuchend auf interne Krisen und äußere weltmarktinduzierte Zwänge reagiert. Am Ende stellten die Pessimisten ganz in Frage, dass es den Staat in der Dritten Welt als besondere Kategorie überhaupt gibt.

Das Gesamtbild wird noch kontroverser, wenn man die Grundsatzpositionen von Entwicklungsökonom/Modernisierungstheoretikern und Neoklassikern gegenüberstellt. Die ersten vertrauen auf den starken Staat (ggf. sogar das Militär) als notwendiges Übel, da modernisierungswillige Unternehmer nicht oder nur unzureichend vorhanden sind. Die Neoklassiker vertrauen auf die Selbststeuerungsfähigkeit des Marktes und wollen den staatlichen Einfluss zurückdrängen. Die Anreize, die der Markt setzt, werden die unternehmerischen Kräfte schon nutzen. Also auch hier starker Staat versus schwacher Staat, wobei je nach staatsfreundlichem oder marktfreundlichem Paradigma der starke oder schwache Staat als Entwicklungsagentur oder als Entwicklungshemmnis angesehen wird. Paradox war nur, dass das neoliberale Modell vielfach durch Militärdiktaturen erst durchgesetzt wurde.

Ferner gab es die sehr kategoriale deutsche Staatsableitungsdiskussion, die die marxistische Staatstheorie mit der Dependenztheorie verknüpfen wollte. Hat der Staat in der Dritten Welt einen besonderen Charakter im Unterschied zu den Industrieländern? Wenn ja, welche besonderen Funktionen kommen ihm dann zu und wie kann er vor diesem Hintergrund zum Entwicklungsagenten werden? Diese Diskussion kam 1979 zu einem abrupten Ende, als auf der Hamburger Konferenz der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft konstatiert wurde, dass es den peripheren Staat als spezifica differentia nicht gibt. Hier zeigte die immer stärker werdende Kritik an der Dependenztheorie ihre Wirkung, wenn auch Elsenhans' Staatsklassenargument und die Analyse der „strategischen Gruppen“ von Evers/Schiel in modifizierter Form diese Diskussion fortsetzen.

Und schließlich gab es noch die inzwischen ad acta gelegte sowjetmarxistische Theorie vom „nichtkapitalistischen Entwicklungsweg“. Unter Ablehnung der lateinamerikanischen und westeuropäischen Diskussion als „linksrevisionistisch“ hatte sie, trotz anderer Terminologie, sehr viele Gemeinsamkeiten mit der Modernisierungstheorie. Bei dem nichtkapitalistischen

Entwicklungsweg sollte es sich um einen allmählichen Übergang von der nationalen Befreiungsrevolution in die sozialistische Revolution handeln, wobei die kapitalistische Phase in Ländern, in denen die Voraussetzungen für den Aufbau des Sozialismus noch nicht gegeben seien, abgekürzt bzw. ganz zu überspringen war, eine Argumentation, die bereits zu Zeiten der Komintern in der Roy/Lenin-Debatte eine Rolle spielte. Dieses Überspringen habe der Staat abzusichern. Als positive Beispiele wurden Länder wie Tansania, Algerien, Ägypten in der Nasser-Ära, der Irak oder Syrien angeführt, also jene Länder, die seinerzeit als Verbündete des sozialistischen Lagers in Frage kamen. Damit wird ersichtlich, dass es sich hierbei auch um eine entwicklungstheoretische Legitimierung außenpolitischer Interessen der Sowjetunion im Ost-West-Konflikt handelte. Insofern war die Theorie des nichtkapitalistischen Entwicklungswegs das östliche Gegenstück zur westlichen Modernisierungstheorie. Inwiefern sie bei der Entwicklungshilfe durch osteuropäische Länder einen theoretischen Hintergrund bildete oder nur die Funktion hatte, der entwicklungstheoretischen Debatte im Westen etwas entgegenzusetzen, ist eine offene Frage.

Der Versuch einer Synthese der historisch-komparativen Richtung der Modernisierungstheorie und der Weltsystemtheorie stellt die in der Tradition der Deutschen Historischen Schule induktiv gewonnene Theorie der nachholenden Entwicklung von Ulrich Menzel (*1947) und Dieter Senghaas dar. Folgt man dem modernisierungstheoretischen Paradigma, stellt sich die grundsätzliche Frage: Warum ist nicht die ganze Welt entwickelt oder befindet sich nicht zumindest erkennbar auf dem Weg dahin? Aus dependenztheoretischer Perspektive stellt sich umgekehrt die Frage, warum ist nicht (fast) die ganze Welt unterentwickelt, obwohl doch viele der heute als entwickelt geltenden Länder sich einer Situation ausgesetzt sahen, in der Unterentwicklung zumindest eine denkbare Möglichkeit war. In strukturalistischer Terminologie könnte man auch fragen: Warum wurden die heutigen Metropolen Metropolen und nicht Peripherien bzw. warum wurden frühere Peripherien Metropolen und blieben nicht Peripherien?

Zu diesen Fragen gibt es zwei grundsätzliche Antworten in der Literatur. Die orthodoxe Modernisierungstheorie à la Rostow oder Marx, aber auch die diversen Stadientheorien gehen von einem Entwicklungsdeterminismus in Richtung Modernisierung aus, dem jedes Land früher oder später unterworfen ist. Die orthodoxe Richtung der Weltsystemtheorie geht genauso deterministisch davon aus, dass Entwicklung in dem einen und Unterentwicklung in dem anderen Teil der Welt determiniert sind, weil beide Prozesse ein Nullsummenspiel bilden. Die Theorie nachholender (autozentrierter) Entwicklung von Menzel und Senghaas geht von einem anderen Erkenntnisinteresse aus. Gefragt wird nicht, wie kommt es zu Entwicklung und auch nicht, warum dieser Prozess in Westeuropa, gar in den Niederlanden oder in

Großbritannien zuerst einsetzte, sondern was die Nachzügler machen, die trotz unterschiedlicher Ausgangsbedingungen alle vor dem gleichen Problem stehen, wie nachholende Entwicklung angesichts eines substantiellen Entwicklungsvorsprungs von Vorreitern zu bewältigen ist. Das zugrunde gelegte Modell lautet: Es kommt irgendwo auf der Welt, auch welchen Gründen auch immer, zu einem Durchbruch in Richtung dessen, was wir heute Entwicklung nennen. Dieser führt zu einem Entwicklungsvorsprung gegenüber der übrigen Welt und übt auf diejenigen, die relativ zurückbleiben, einen Druck überlegener Kompetenz in vielfacher Hinsicht aus, der von den zurückgebliebenen als Peripherisierungsdruk empfunden wird. Diese Situation ist gleichermaßen Herausforderung wie Chance, der begegnet werden kann, ist eine kritische Entwicklungsphase, in der eine entscheidende Weichenstellung vorgenommen wird. Entweder eine Gesellschaft reagiert auf den Peripherisierungsdruk durch Unterordnung, wird tatsächlich zur Peripherie oder sie nimmt die Herausforderung an, steuert dem Peripherisierungsdruk entgegen und beginnt einen Prozess nachholender Entwicklung.

Betrachtet man die Weltgeschichte empirisch, stellt sich heraus, dass viele Gesellschaften zwar tatsächlich Peripherien wurden, aber keineswegs alle. Die Zahl erfolgreicher Fälle nachholender Entwicklung wächst sogar. Welchen Handlungsspielraum jeder einzelne Fall dabei hat, ist sehr unterschiedlich und hängt von vielen Variablen ab: der Größe eines Landes, seinem Machtpotential, seiner Ressourcenausstattung, dem Zeitpunkt des Peripherisierungsdruks, dem Ausmaß des Gefälles gegenüber dem Vorreiter, seiner Gesellschaftsstruktur, seiner kulturellen Prägung, sogar von historischen, weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Konstellationen. Trotz dieser Besonderheiten gibt es Gemeinsamkeiten, nämlich dass Peripherisierungsdruk nicht nur länderspezifisch ist, sondern auf viele Fälle gleichzeitig ausgeübt wird und dass es bestimmte welthistorische Phasen gibt, in denen dieser stärker oder schwächer ist.

Wenn wir etwa 400 Jahre in die Weltgeschichte zurückgehen, lassen sich mindestens fünf solcher welthistorischen Krisenpunkte identifizieren. Den ersten kann man auf die Zeit nach 1580 ansetzen, als die Niederländer in ihr „Goldenes Zeitalter“ eintraten. Aufgrund ihrer nautischen, kommerziellen und finanziellen Innovationen vermochten sie, obwohl politisch noch gar nicht von Spanien unabhängig, zur weltweit führenden Handels-, Finanz- und Seemacht aufzusteigen. Erst in Europa und danach auch in Übersee vermochten sie die internationale Arbeitsteilung zu strukturieren, Amsterdam zu einem Zentrum der Welt zu machen, frühere Handelsmächte in Europa (z.B. die Hanse) wie in Übersee (z.B. die Araber auf den alten Handelsrouten zwischen Asien und Europa) zu verdrängen und den parallelen Aufstieg anderer Handelsmächte zu blockieren.

Die zweite vergleichbare Konstellation war die Industrielle Revolution, die im Zeitraum von 1760-1790 in Großbritannien ihren Ausgang nahm. Hier waren es eher die technischen Innovationen, die das Land zur führenden Industriemacht aufsteigen ließen. Diese führten zu erheblichen Produktionssteigerungen, zum Preisverfall für industrielle Güter, der Verdrängung des traditionellen Gewerbes zuerst in Großbritannien und dann über den britischen Export auch in Europa und zuletzt in Übersee bis nach Indien. Er setzte sich um in eine britische Überlegenheit im Handel, im Verkehr, in der Marine und im Finanzwesen und wurde verstärkt durch den britischen Druck, ein liberales Welthandelssystem, sei es durch Verträge oder durch gewaltsame Öffnung der Märkte mit Hilfe der Kriegsmarine, zu errichten. Der britische Vorsprung und damit der Peripheriesierungsdruck nahmen bis Mitte des 19. Jahrhunderts gegenüber der übrigen Welt sogar noch zu.

Der dritte welthistorische Krisenpunkt war die Transportrevolution seit Mitte der 1870er Jahre, ausgelöst durch den Eisenbahnbau, die Dampfschifffahrt, den Bau des Suez- und Panamakanals sowie die Erfindung der Gefrierverfahren. Konsequenz war der drastische Rückgang der Frachtkosten, der es welthistorisch erstmals möglich machte, Massenfrachtgüter über weite Entfernungen zu vertretbaren Kosten zu transportieren. Konsequenz war die Erschließung der Böden und Minen im Landesinneren der überseeischen Territorien. Erstmals konstituierte sich ein wirklicher Weltmarkt. Der Druck der in Übersee produzierten Nahrungsmittel führte zur Krise vieler Landwirtschaften, gerade in Zentraleuropa, führte zur Verelendung der ländlichen Bevölkerung, der Massenauswanderung nach Übersee. Die Historiker nennen diese Phase „Große Depression“.

Die vierte Phase war die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre mit ihrem überproportionalen Zusammenbruch des Welthandels, der Abwertungskonkurrenz der führenden Industrieländer, der Krise des internationalen Zahlungsverkehrs, der protektionistischen Politik und den Bestrebungen, möglichst autarke Großraumwirtschaften zu errichten. Viele Exportökonomien, zuvor Nutznießer der Transportrevolution, gerieten unter massiven Druck.

Die bislang fünfte Phase, derzeit als Zeitalter der Globalisierung bezeichnet, begann in den 1960er/1970er Jahren mit der Verlagerung von Industriestandorten aus Westeuropa und Nordamerika nach Ost- und Südostasien und firmierte zunächst unter dem Begriff Neue Internationale Arbeitsteilung firmierte. Auch wenn der Prozess weiter zurückreicht und mit der Industrialisierung Japans Ende des 19. Jahrhunderts beginnt, so war der entscheidende Faktor doch die Wende in China Ende der 1970er Jahre in Richtung Öffnung und Modernisierung. Die dort einsetzende Exportindustrialisierung hat aufgrund der schieren quantitativen Dimension zu einem beschleunigten Deindustrialisierungsprozess in den alten Industrieländern

dem geführt, der durch die Preissteigerungen für Öl und andere Rohstoffe und die Spekulation auf den Finanzmärkten zusätzlich forciert wurde. Alles das kulminierte in der 2008 ausgebrochenen neuen Weltwirtschaftskrise, die den Deindustrialisierungsprozess in den alten Industrieländern weiter beschleunigt.

Welche Reaktionen waren auf diese großen Herausforderungen zu beobachten? Grundsätzlich muss dabei zwischen großen und kleinen Ländern unterschieden werden. Große Länder mit einer großen Bevölkerung und einem großen Territorium haben eine natürliche Binnenorientierung aufgrund des inneren Marktes und der eher kompletten Ausstattung mit Ressourcen. Kleine Länder mit geringem Binnenmarkt und inkompletter Ressourcenausstattung kommen um eine Weltmarktorientierung nicht herum. Kleine Länder werden also eher eine assoziative, auf die großen und wirtschaftlich führenden Länder orientierte Strategie verfolgen bzw. sogar müssen, große können eine dissoziative Politik verfolgen, zumal sie über die Machtmittel verfügen, diese auch durchzusetzen. Auch wenn die Reaktionsmuster auf die skizzierten welthistorischen Krisen von Land zu Land unterschiedlich waren, so lassen sich doch bestimmte Konstellationen erkennen, die immer wiederkehren.

Die Vorreiter setzen in der Tendenz auf eine liberale Strategie, verlassen sich auf die Kräfte des Marktes, während die Nachzügler auf die flankierende Rolle des Staates setzten. Das galt zu Beginn, als Großbritannien und Frankreich den Merkantilismus erfanden, um die kommerzielle Vormacht des liberalen Vorreiters Niederlande zu brechen, das galt später für Deutschland oder die USA, die sich der industriellen Vormachtstellung Großbritanniens zu erwehren hatten, noch später für Japan oder Russland in der Endphase des Zarenreiches und erst recht für die sozialistischen Fälle nachholender Entwicklung Sowjetunion, Osteuropa, China, die nur noch auf die staatliche Karte setzten. Kleine Länder wie die angelsächsischen Siedlerkolonien, Skandinavien oder seit den 1960er Jahren die ostasiatischen Schwellenländer verfolgten zwar eine assoziativ-weltmarktorientierte Strategie. Diese hinderte sie aber nicht, sie staatsinterventionistisch nach innen und außen abzusichern. Exportorientierung war nie gleichbedeutend mit Freihandel.

Ein schrittweiser Übergang zum Liberalismus wurde erst dann vollzogen, wenn der erfolgreiche Entwicklungsdurchbruch vollzogen war. Liberalismus und Freihandel waren welthistorisch in der Regel Folge und nicht Voraussetzung von Entwicklung. Selbst im Mutterland des Liberalismus, Großbritannien, konnte sich die Lehre Adam Smiths und David Ricardos erst durchsetzen, als das Land Mitte des 19. Jahrhunderts an der Spitze stand. Das gleiche wiederholte sich im Falle der USA, die erst nach 1945 zum Vorreiter des Liberalismus wurden, ist derzeit im Falle Japans nur zögerlich der Fall und wird im Falle Chinas noch einige Zeit

auf sich warten lassen. Erkennbar ist auch, dass sich der Prozess nachholender Entwicklung vor und nach 1945 nicht grundsätzlich unterscheidet ganz so wie der Prozess der Entkolonialisierung auch sehr viel weiter zurückreicht und nicht erst durch den Zweiten Weltkrieg ausgelöst worden ist. Das Thema nachholende Entwicklung beginnt nicht erst seitdem und wurde schon früh reflektiert. Neu war eigentlich nur der Ost-West-Konflikt, der der Theorie eine im Grunde sachfremde politische Aufladung gegeben hatte.

Entwicklungstheoretisch besonders interessant sind die kleinen Länder, nicht nur weil es sich um die große Mehrzahl der Fälle handelt, sondern auch, weil für sie nachholende Entwicklung schwieriger zu bewerkstelligen ist angesichts eines kaum vorhandenen Machtpotentials und der Unvermeidlichkeit der Außenorientierung. Ausgangspunkt war in allen Fällen immer die Suche nach komparativen Vorteilen. Diese gibt es immer, sei es durch die natürliche Faktorausstattung (Böden, Bodenschätze, Energievorkommen) oder das Arbeitskräftepotential, so dass der komparative Vorteil im Lohnunterschied liegt. Darauf aufbauend lässt sich ein Exportsektor für die Erzeugung von Nahrungsmitteln, Rohstoffen oder einfachen Fabrikaten etablieren, der die Märkte der Vorreiter beliefert. Wichtig ist, dass die komparativen Vorteile nicht statisch bleiben, sondern dynamisiert werden, indem in höherwertige Verarbeitungsstufen vorgedrungen wird. Dies geschieht unter Nutzung aller möglichen vor- und nachgelagerten Koppelungseffekte durch fortschreitende Spezialisierung, die besondere Weltmarktnischen bedient.

Zur anfänglichen Finanzierung ist eine je spezifische Mischung von angebots- und nachfrageorientierter Politik geboten, wobei unerheblich ist, ob die anfängliche Kapitalbildung durch Zwangssparen im Innern oder durch Kapitalimporte zustande kommt. Wichtig ist nur, dass es frühzeitig der Binnenmarkt durch eine breite Streuung der Exporteinkommen beschlossen wird. Dies kann im Falle der Agrarexportökonomien durch eine möglichst homogene Bodenverteilung (Bodenreformen oder Heimstädtengesetzgebung) erfolgen oder durch Aufbau von gewerkschaftlicher Gegenmacht im Falle von anfänglichen Fertigwarenexportökonomien. Abgesichert werden muss eine Exportstrategie durch selektive Dissoziation, die das gesamte Spektrum interventionistischer Maßnahmen (Zölle, Währungspolitik, Subventionen, nichttarifäre Handelshemmnisse) umfassen kann. Umgekehrt ist nach innen eine integrative Politik zu verfolgen, die jegliche Art von Handelshemmnissen im Innern beiseite räumt.

Damit das stattfinden kann, müssen politische und soziale Voraussetzungen im Innern vorliegen, die nicht erst das Ergebnis von Entwicklung sein können. Dazu gehören eine Transformation des Agrarsektors, dessen frühzeitige Entfeudalisierung oder Entoligarchisierung, ggf. die Gründung von ländlichen Genossenschaften und im industriellen Bereich die Mög-

lichkeit zur Entfaltung von unternehmerischen Kräften bei gleichzeitigem Aufbau von gewerkschaftlicher Gegenmacht. Steigende Reallöhne sind ein wichtiger Faktor, der den Druck zu Produktivitätssteigerungen auslöst. Der Binnenmarkt wächst, das Land ist in der Lage, bei der internationalen Arbeitsteilung eine Aufwärtsmobilität zu durchlaufen. Dies alles ist nur möglich, wenn parallel dazu das Kompetenzniveau einer Gesellschaft durch Bildung und Ausbildung, Wissenschaft und Technik gesteigert wird. Entscheidend ist, dass eine Gesellschaft sozial durchlässig wird und innovationsbereite Kräfte sich durchsetzen können, vom Staat gefördert und nicht behindert werden. Dazu bedarf es einer schrittweisen Demokratisierung der Gesellschaften, die zu einer institutionalisierten Konfliktregelung führt und insbesondere das fatale politische Bündnis von Agraroligarchie, Exportgruppen und rentenorientierter Staatsklasse auflöst.

Also – der Wettbewerb bietet für kleine Länder durchaus Chancen. Sie müssen nur genutzt werden. Die welthistorischen Krisenpunkte waren immer die Phasen, in denen eine Gegensteuerung und interne Restrukturierung eher vollzogen werden konnte, um in der anschließenden Konjunktur ein Exportwachstum zu verfolgen. Wurde diese Chance nicht genutzt, wurde eine rein assoziative Strategie im Verbund mit bloßer Rentenorientierung beibehalten, war Peripherisierung die Folge. Politischer und sozialer Wandel kann nie nur das bloße Resultat wirtschaftlicher Entwicklung sein, sondern muss diese immer begleiten.

Es stellt sich allerdings heraus, dass ein einmal erreichtes Entwicklungsniveau nicht für alle Zeiten vor einem relativen oder gar absoluten Abstieg feil. Das zeigte sich in Asien spätestens ab 1800, als Indien und China von Europa überholt wurden, das zeigt sich heute durch den relativen Abstieg der alten Industrieländer im Vergleich zu Ostasien. Damit kehrt sich die Entwicklungsproblematik um. In der Phase des relativen Niedergangs ist eine neue Form der Dissoziation geboten, um die damit verbundenen Transformationsprozesse abzufedern. Eine reine liberale Politik wird wie im Falle Großbritanniens ab etwa 1900, als dort erstmals das Problem des British Decline erfahren und diskutiert wurde, den Prozess des Niedergangs beschleunigen und kann am Ende zu Peripherisierung führen. Ob und wo dies tatsächlich der Fall sein wird, werden die nächsten Jahrzehnte in den alten Industrieländern zeigen.

· Auf die Differenzierung der großen Lehrmeinungen folgte anlässlich des Schwellenländerphänomens eine Debatte, an der nahezu alle bedeutsamen Schulen beteiligt waren. Es ging um die Frage, wie der Aufstieg der Schwellenländer oder Newly Industrializing Countries (NICs) theoretisch zu verorten ist. Gemeint waren eine Reihe von Ländern in Lateinamerika, Ostasien und an der europäischen Peripherie, die seit Ende der 1960er Jahre bemerkenswerte Industrialisierungsprozesse zu verzeichnen hatten. Handelte es sich hier um vollgültige

Fälle nachholender Entwicklung oder nur um ganz neue Ausprägungen von Unterentwicklung? Diese Frage war auch von akademischem Interesse, da sich so diverse Großtheorien verifizieren oder falsifizieren ließen. Deshalb war das Schwellenländerphänomen für die Theoriekrise der 1990er Jahre ein wesentlicher Auslöser, zumal sich in Asien das Schwellenländerphänomen von Osten nach Süden immer weiter fortgesetzt hat.

Im Hinblick auf die entwicklungspolitische Strategie, soweit sie von internationalen Organisationen wie der Weltbank und dem Weltwährungsfonds verfolgt wurde, ist in diesem Zusammenhang seit Ende der 1970er Jahre ein Paradigmenwechsel zu verzeichnen. Die goldene Zeit der Entwicklungspolitik und der Projekthilfe ging zu Ende und wurde durch eine neoliberale Politik ersetzt, die auf die Anpassung der volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen ausgerichtet war und in den 1980er und 1990er Jahren zur herrschenden Lehre wurde. Dahinter stand die Renaissance der Neoklassik in den Wirtschaftswissenschaften wie auch in der Entwicklungsökonomie (Johnson, Bauer, Lal, Little, Balassa). Deepak Lal (*1940) eröffnete mit seinem Buch „The Poverty of 'Development Economics'“ (1983) den Generalangriff auf den Entwicklungskeynesianismus der frühen Jahre und die Empfehlungen der Nord-Süd-Kommission. In den frühen Jahren war die Neoklassik, etwa bei Peter Tamas Bauer (1915-2002), nur eine Nebenströmung gewesen. Die Krise der auf Importsubstitution angelegten Industrialisierung in Lateinamerika, das Scheitern der ambitionierten und auf globalen Dirigismus hinauslaufenden Entwicklungsziele der UNCTAD und der offensichtliche Erfolg der Exportstrategien einiger ostasiatischer Länder ließen den Zweifel am Entwicklungskeynesianismus wachsen. Die Alternative lautete seitdem wieder mehr Markt und weniger Staat bzw. Wachstum via Export statt Wachstum über die Ausweitung des Binnenmarkts. Damit wurde die Entwicklungstheorie erneut auf ihre wirtschaftliche Dimension reduziert.

Theoretisch vorbereitet wurde die Wiederentdeckung der Neoklassik durch die Weiterentwicklung des Faktorproportionentheorems von Heckscher/Ohlin durch den Ungarn Béla Balassa (1928-1991). Sein in den 1970er Jahren entwickeltes Neofaktorproportionentheorem („A Stages Approach to Comparative Advantage“) gab die Annahme homogener Produktionsfaktoren auf und führte das Konzept des Humankapitals in die Theorie ein. In dem Maße, wie die Qualifikation der Arbeitskräfte gesteigert wird, ist auch eine Veränderung der komparativen Vorteile eines Landes, also eine Aufwärtsmobilität in der internationalen Arbeitsteilung, möglich. Andere Theoreme wie das der technologischen Lücke oder des Produktzyklus von Raymond Vernon (1913-1999) führen komparative Vorteile auf zeitlich begrenzte Verfügbarkeitsmonopole von Produkt- oder Verfahrensinnovationen zurück. Die Weiterentwicklung der Außenhandelstheorie durch Paul Krugman (*1953) und Jagdish Bhagwati (*1934) ist für die Entwicklungstheorie von geringerer Relevanz, da es hier nur noch um die Erklä-

nung von Intra- und nicht mehr von Intersektoraler Arbeitsteilung geht. Warum exportiert Deutschland PKWs nach Frankreich und umgekehrt?

Vor diesem theoretischen Hintergrund und der weltwirtschaftlichen Rezession der 1970er Jahre in den Industrieländern, die nicht zuletzt auf die wachsende Konkurrenz der neuen Fertigwarenexporteure in den Schwellenländern zurückgeführt wurde, unternahmen die OECD (Little/Scitovsky/Scott), die Weltbank (Balassa), das amerikanische Bureau of Economic Research (Bhagwati/Krueger) und das Kieler Institut für Weltwirtschaft (Jürgen B. Donges, *1940), in der Bundesrepublik die Hochburg der Neoklassik, in den 1970er Jahren ausgedehnte empirische Untersuchungen, in denen der Nachweis erbracht werden sollte, dass eine Exportstrategie, die sich an komparativen Vorteilen und Freihandel orientiert, langfristig größere Wachstumschancen bietet als die bis dato verfolgten und auf Protektionismus beruhenden Binnenmarktstrategien.

Wie nicht anders zu erwarten, wurde ein entsprechender empirischer Befund vorgelegt, der in handelspolitische Empfehlungen umgemünzt wurde. Sie lauteten: Der Markt und nicht die staatliche Intervention ist das beste entwicklungspolitische Instrument. Konsequenterweise wurde gleichzeitig auch gegen den defensiven Protektionismus in den Industrieländern zu Felde gezogen, die ihre Märkte für die Produkte der Entwicklungsländer zu öffnen und ihre Ökonomien den neuen weltwirtschaftlichen Gegebenheiten „anzupassen“, sprich arbeitsintensive Branchen und technologisch ausgereifte Fertigung aufzugeben hätten. Da die alten Industrieländer in immer neuen GATT-Runden eine liberale Außenhandelspolitik verfolgten, bis im Bereich der Industrie ein nahezu völliger Freihandel erreicht war, führte dies ganz im Sinne der neoklassischen Theorie zu einem als „Strukturwandel“ deklarierten Deindustrialisierungsprozess, der längst nicht mehr bei arbeitsintensiver Fertigung stehen geblieben ist, sondern zum Verschwinden ganzer Branchen geführt hat und jetzt bei ehemaligen Leitsektoren wie der Automobilindustrie angekommen ist. Großbritannien oder die USA sind mittlerweile weitgehend Dienstleistungsökonomien, in denen der industrielle Sektor nur noch 15 Prozent des Sozialprodukts erwirtschaftet. Dieser Prozess macht deutlich, wie schwer sich Gewerkschaften in den Industrieländern mit einem entwicklungspolitischen Engagement tun müssen und wie sehr ihnen eine neoklassische Argumentation widerstrebt.

In den 1980er Jahren erwuchs aus der Neoklassik der sog. „Washington-Konsens“ der in Washington ansässigen entwicklungspolitischen Institutionen (Weltbank, Weltwährungsfonds) und der US-Regierung, der eine Strukturanpassung der Volkswirtschaften der Entwicklungsländer empfahl, um das dort unterstellte Staatsversagen durch den Markt zu korrigieren. In der ursprünglichen Version bestand der Washington-Konsens aus zehn Kompo-

nen: Haushaltsdisziplin der Regierungen, Neuausrichtung der öffentlichen Ausgaben, Steuerreform, Liberalisierung der Finanzmärkte, Vereinheitlichung und Anpassung der Wechselkurse auf ein realistisches Niveau, Liberalisierung des Handels, Öffnung der Wirtschaft für Direktinvestitionen, Privatisierung von Staatsunternehmen, Deregulierung der Wirtschaft und Garantie von Eigentumsrechten. Ziel war im Grunde die Durchsetzung marktwirtschaftlicher Bedingungen in den Entwicklungsländern, indem alle fiskalisch, entwicklungspolitisch oder durch Renteninteresse motivierten staatlichen Eingriffe in die Wirtschaft zu beseitigen waren. Dahinter stand die Idee der Neoklassik, dass der Markt und nur der Markt die beste Regulierungsinstanz ist, um Wirtschaftswachstum anzuregen. Politisch motivierte Fehlallokationen durch staatliche Intervention im Innern wie nach außen wurden als Entwicklungshemmnis angesehen. Durchgesetzt werden sollte die Strukturanpassung über Auflagen des IWF, die dieser an die Vergabe von Krediten knüpfte. Jedes Land sollte seine komparativen Vorteile identifizieren und eine exportgetriebene Wachstumsstrategie verfolgen. Damit wurde die Besonderheit entwicklungsökonomischer Theorie geleugnet und stattdessen die doppelte Gleichung Entwicklungstheorie = Wirtschaftswissenschaft = Neoliberalismus vorgekommen. Akteure des Konsenses waren die vielen an US-amerikanischen Universitäten im neoliberalen Geiste ausgebildeten Ökonomen, die sich aus der ganzen Welt rekrutierten und die Schlüsselstellen in nationalen und internationalen Entwicklungsagenturen besetzten.

Zum genau gegenteiligen Befund kamen die konsequenten Vertreter der Weltsystemtheorie, die in der Bundesrepublik durch die Stamberger Folker Fröbel, Jürgen Heinrichs und Otto Kreye repräsentiert wurde. Ausgangspunkt war bei ihnen die Deindustrialisierung in den alten Industrieländern und die nachholende Industrialisierung in einigen Entwicklungsländern. Neu an deren Industrialisierung war damals, dass sie sich weder an der Primärgütererzeugung noch am Binnenmarkt orientierte, sondern von Anfang an exportorientiert war, wobei der Auslöser die Ausnutzung niedriger Löhne war. In speziell eingerichteten Freien Produktionszonen wurden sog. Weltmarktfabriken, insbesondere in arbeitsintensiven Montagebranchen wie Bekleidung, Sportartikel, Spielzeug und Unterhaltungselektronik, errichtet und vor allem junge weibliche Arbeitskräfte beschäftigt.

Die Kernthese von Fröbel/Heinrichs/Kreye lautete, hier unterscheiden sie sich von der Neoklassik, dass diese Art von Industrialisierung nicht entwicklungsfördernd sei, da sie aufgrund ihres enklavenhaften Charakters keine breitenwirksamen Wachstumseffekte für die übrige Ökonomie zeige. Resultat sei eine „Neue internationale Arbeitsteilung“, so der Titel ihres einschlägigen Buches (1977), bei der nicht mehr Primärgüter gegen Fertigwaren, sondern Fertigwaren unterschiedlicher Arbeits- bzw. Kapitalintensität getauscht werden. Voraussetzung dafür war die Verfügbarmachung des quasi unerschöpflichen Potentials billiger Arbeitskräfte

in der Dritten Welt, die Zerlegung des Arbeitsprozesses in qualifizierte und unqualifizierte Komponenten und die Fortentwicklung der internationalen Transportmöglichkeiten (Containerschiffe). Neben die bisherigen internationalen Märkte für Waren und Kapital ist ein Weltmarkt für Arbeitskräfte und Produktionsstandorte getreten mit der Konsequenz, dass Rationalisierungsinvestitionen in den Industrieländern durch Verlagerungsinvestitionen in die Dritte Welt ersetzt werden. Die neue Kommunikationstechnik ermöglicht es sogar, dass die Standortgebundenheit von Dienstleistungen aufgehoben wird und arbeitsintensive Komponenten, etwa die Dateneingabe bei Fluglinien, Versicherungen oder Banken, in sog. „Billiglohnländer“ ausgelagert werden.

Während so der Versuch gemacht wurde, die Grundannahmen der Weltsystemtheorie trotz des Schwellenländerphänomens zu retten, war dieser Sachverhalt für eine andere Gruppe von Autoren, die auch dem kritischen Lager zuzurechnen sind, Anlass für eine linke Revision alter dependenztheoretischer Positionen. Im Unterschied zur Dependenztheorie wurde durchaus für einige Fälle, insbesondere in Ostasien, ein vollgültiger Prozess nachholender Industrialisierung konstatiert, der aber im Gegensatz zur neoklassischen Theorie nicht ökonomisch mit dem Rückgriff auf die Steuerungsfunktionen des Marktes, sondern, gerade in den konfuzianisch geprägten Ländern Ostasiens, soziopolitisch mit der ausgeprägten staatlichen Lenkungsstätigkeit, dem Bürokratischen Entwicklungsstaat, erklärt wird. Der Begriff „revisionistisch“ bekam so eine doppelte Konnotation. Ursprünglich ging es um die Revision dependenztheoretischer Dogmen, später um die Revision neoklassischer Grundannahmen, weil es nicht nur um die Erklärung der asiatischen Entwicklungserfolge, sondern auch um die Forderung nach Industriepolitik in den USA ging, um dort dem asiatischen Verdrängungswettbewerb standzuhalten. Bahnbrechend wirkte hier Chalmers Johnson (*1931) über „MITI and the Japanese Miracle“, indem er zeigte, welche Rolle das Außenhandels- und Industrieministerium für das japanische Nachkriegswirtschaftswunder gespielt hat. Andere Autoren wie Robert Wade (*1962) oder Alice H. Amsden argumentieren, dass das japanische Modell von den anderen Ländern der Region kopiert wurde, Japan also kein singulärer Fall ist, sondern nur das erste asiatische Schwellenland. Damit wurde die religionssoziologische Erklärung Max Webers, der in den asiatischen Hochreligionen entwicklungshemmende Elemente am Werk sah, staatstheoretisch in Frage gestellt. Wenn die These vom Entwicklungsstaat als unabhängiger Variable zum Verständnis nachholender Entwicklung zumindest in Ost- und Südostasien richtig ist und diese Erfahrung für andere Regionen nützlich ist, dann heißt das, dass ein leistungsfähiger Staat bereits existieren muss, bevor die wirtschaftliche Entwicklung einsetzen kann. Dieses gilt umso mehr für die „schwachen“ postkolonialen Staaten in Afrika südlich der Sahara, die aus der Perspektive des bürokratischen Entwicklungsstaats nur wenig leistungsfähig sind.

Zu einem leistungsfähigen Staat im Sinne des bürokratischen Entwicklungsmodells sollten die folgenden Elemente gehören: Es bedarf erstens einer starken Entwicklungsorientierung der Politik, also des politischen Willens zur Entwicklung, der alle anderen Ziele untergeordnet werden. Eigentliche Triebkraft der Entwicklungsorientierung ist der Nationalismus. Zweitens muss es eine kompetente und professionell denkende und handelnde Bürokratie geben, die ohne zu großes Eigeninteresse dem nationalen Ziel verpflichtet ist. Drittens muss diese Bürokratie über genügend Entscheidungsautonomie gegenüber den wichtigsten Interessengruppen verfügen, um ihr Handeln an den sachlich gebotenen Notwendigkeiten auszurichten und nicht nur aus Rücksicht auf diese oder jene Partikularinteressen zu agieren. Und viertens muss es strukturelle Mechanismen geben, die eine Rentenorientierung der Bürokratie ausschließen oder zumindest in Grenzen halten.

Voraussetzung ist im Grunde eine bürokratische Tradition des Staates und dessen moralische Legitimität schlechthin, wie sie in den meisten Ländern Ost- und Südasiens gegeben sind. Daraus leitet sich das dortige hohe Prestige und der hohe soziale Rang der Bürokratie ab, zumal seit alters her nur die Besten für den Staatsdienst in Frage kommen. Diese Selektion der Besten wird gewährleistet durch das unbedingte Leistungsprinzip bei der Rekrutierung der Staatsbediensteten, sei es durch ein System von staatlichen Auswahlprüfungen oder durch das Prinzip, dass nur die Absolvierung der renommiertesten Universitäten den Zugang zum Staatsdienst ermöglicht. Voraussetzung für eine professionelle und kompetente Bürokratie ist aber auch, dass ihre Mitglieder entsprechend motiviert sind. Dazu bedarf es nicht nur des sozialen Prestiges, das aus der Staatstätigkeit resultiert, sondern auch einer angemessenen Bezahlung. So wird die Anfälligkeit der Beamten gegen Korruption gemildert und der Notwendigkeit vorgebaut, dass Beamte aus materieller Not privaten Nebentätigkeiten nachgehen und ihre Amtspflichten vernachlässigen.

Notwendig ist aber auch, dass bürokratische Vorgaben von der Gesellschaft akzeptiert werden. In der mangelnden Akzeptanz staatlicher Vorgaben von Seiten der Bevölkerung liegt in vielen Ländern bekanntermaßen ein großes Problem. Akzeptanz wird aber nicht nur durch Gesetze und die Androhung von Strafen, durch die Exekution von bloßer Macht, sondern durch den Nachweis geschaffen, dass das bürokratische Handeln langfristig am Wohl des Staates orientiert ist und auch Erfolge zeigt, die für den Einzelnen spürbar sind. Die Herrschaft der Bürokratie des Entwicklungsstaates gründet sich also neben ihrem Ansehen auf ihre Funktion für das Allgemeinwohl und nicht auf Besitz, auf die Kontrolle über politische Zwangsmittel oder auf blanke Gewalt wie die Herrschaft der Staatsklassen in den afrikanischen und arabischen Rentenstaaten.

Dennoch muss die Bürokratie kontrolliert werden. Mögliche Instanzen sind die Selbstkontrolle durch eine bürokratische Ethik, wie sie etwa in den konfuzianischen Tugenden zum Ausdruck kommt und durch das Erziehungssystem gefördert wird. Bildung qualifiziert also nicht nur für den Eintritt in die Bürokratie, sondern sorgt auch für Selbstkontrolle. Hinzu kommt die gegenseitige Kontrolle durch die einzelnen Abteilungen der Bürokratie. So ist etwa das Finanzministerium in Japan Kontrollinstanz für das Ministerium für Außenhandel und Industrie (MITI), das Amt des Ministerpräsidenten Kontrollinstanz für alle anderen Ministerien. Und schließlich bedarf es der Kontrolle durch Dritte, also durch Parlamente, unabhängige Gerichte oder die Presse. Nur wenn diese Kontrollinstanzen funktionieren, dann kann die auch in bürokratischen Entwicklungsstaaten allgegenwärtige Gefahr der Korruption, des Nepotismus und des Partikularismus eingedämmt werden.

Die Steuerungselemente des bürokratischen Entwicklungsstaates sind vielfältig und gehen weit über das im Westen bekannte wirtschaftspolitische Instrumentarium hinaus. Dazu gehören die Zielvorgabe durch langfristige Perspektivpläne, die nicht nur für China, sondern auch für Länder wie Japan, Südkorea oder Taiwan selbstverständlich sind. Im Rahmen dieser Fünf- oder Zehnjahrespläne, die Wachstumsziele vorgeben, vorrangig zu fördernde Schlüsselsektoren („sunshine industries“) definieren, aber auch den Kapazitätsabbau unrentabler Sektoren („moonlight industries“) vorsehen, steuert und reguliert die Bürokratie direkt, aber informell, durch administrative Lenkung (sog. informelles Verwaltungshandeln) und indirekt durch ein System von Anreizen und Bestrafungen mittels Steuern, Zöllen, Subventionen, Preisen, Devisenbewirtschaftung, Kapitalmarktkontrollen, selektive Kreditvergabe, Abschreibungsmöglichkeiten, Exportprämien etc. In besondere Fällen, etwa bei der Initiierung von strategischen Schlüsselbetrieben oder Infrastrukturprojekten wie der Energieversorgung, wo eine private Rentabilität nur schwer erzielbar ist, wo die Transaktionskosten zu hoch sind, wird die Bürokratie auch selber zum Unternehmer, um so geschaffene Staatsbetriebe ggf. nach erfolgreicher Anlaufzeit zu privatisieren. Umgekehrt können auch unrentable, aber wichtige Privatunternehmen in staatliche Regie übernommen werden. Insbesondere der Finanzsektor ist der direkten oder indirekten bürokratischen Kontrolle unterworfen, wobei die Investitionslenkung durch eine staatlich beeinflusste Kreditvergabe als das zentrale Steuerungsinstrument überhaupt angesehen wird. Dies ist umso wirksamer, so lange, zumindest in der Anfangsphase, private Unternehmen nur über eine geringe Eigenkapitalbildung verfügen.

Die Bürokratie betreibt aber auch Allokationspolitik durch Bodenreformen, sektoral unterschiedliche Besteuerung, Umverteilung via Staatshaushalt, Manipulation der internen Terms of Trade zu Lasten oder zu Gunsten der Landwirtschaft, zu Lasten oder zu Gunsten der

Leichtindustrie oder der Schwerindustrie. In der Regel lässt sich eine Sequenz von anfänglicher Importsubstitution und anschließender Exportorientierung feststellen, die eine Stufenleiter in immer höhere technologische Kompetenzen beschreitet. Und schließlich sind dichte persönliche Netzwerke zwischen Spitzenbürokraten und Managern der großen Betriebe festzustellen, die sich ergeben sowohl aus dem gemeinsamen Studium an den wenigen Spitzenuniversitäten wie durch frühzeitigen Wechsel aus hohen Positionen in den Ministerien in hohe Positionen der Wirtschaft. In Japan wird dieser Vorgang „amakudari“ (vom Himmel herabsteigen) genannt.

Ob das Modell des bürokratischen Entwicklungsstaates auf andere Regionen der Welt übertragen werden kann, muss bezweifelt werden. Selbst im Hinblick auf Südostasien ist dieses, auch wenn es von der japanischen Regierung behauptet wird, unter Hinweis auf die strategische Rolle der Auslandschinesen zumindest in Frage zu stellen. Immerhin ist durch die chinesische Migration wie durch die Ausstrahlungskraft der chinesischen Zivilisation eine kulturelle Nähe gegeben. An dieser Stelle treffen sich also die „revisionistische“ und die „kulturalistische“ Argumentation. Seit auch Indien in den Kreis der Schwellenländer eingetreten ist, wird die Erklärungsreichweite der Theorie des bürokratischen Entwicklungsstaates sichtbar.

2.5 Entwicklungstheorie in der Krise

In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre ist kaum noch eine Weiterentwicklung der Entwicklungstheorie mit globaler Reichweite zu vermelden. Kennzeichen der Diskussion war vielmehr die mehr und mehr kritische Beschäftigung der Theoretiker mit dem Zustand der eigenen Disziplin und die Aufsplitterung in verschiedene Schauplätze, die nicht mehr beanspruchen können, eine große Theorie zu liefern. Die Übertragung der Fordismuskritik, maßgeblich beeinflusst durch die französische Regulationsschule, auf die Entwicklungstheorie war der letzte orthodoxe Versuch des theoretischen Nachweises, dass reformistische Strategien in der Tradition von Amin, Elsenhans oder Menzel/Senghaas, die auf dem Massenkonsum/Reallohnsteigerungs-Paradigma beruhen, nicht praktikabel sind, weil erstens das fordistische Akkumulationsmodell der Nachkriegszeit in den Industrieländern selbst in die Krise geraten sei und weil zweitens, anders als die Theoretiker der autozentrierten Entwicklung argumentieren, die Frühphase der Industrialisierung in den Industrieländern gar nicht auf der Ausweitung des Massenkonsums beruht habe. Diese Behauptung, die letztlich nur empirisch zu klären ist, wurde allerdings von dem Kronzeugen der Fordismuskritiker, Burkart Lutz (*1925), nur sehr dürftig belegt.

Ansonsten ist eher zu konstatieren, dass postmoderne Themen, die die gesellschaftspolitische Diskussion in Westeuropa und Nordamerika beherrschen, so die Wiederentdeckung der Kultur anstelle der harten politökonomischen Analyse, die Feminismuskussion (Frauen - die letzte Kolonie) oder die Beschäftigung mit der Ökologieproblematik (Stichwort: dauerhafte Entwicklung), die auf der Diskussion um die Grenzen des Wachstums aufbaut, sich der entwicklungspolitischen Diskussion bemächtigt haben. Streng genommen lässt sich auch der Versuch, die unter Ethnologen, Anthropologen und Entwicklungssoziologen geführte Diskussion über Ethnizität und Ethnisierung auf die entwicklungspolitische Diskussion zu übertragen unter die Rubrik „Modethemen“ einordnen. Nicht nur personelle Kontinuitäten bestehen hier zur älteren Produktionsweisen-Diskussion. Gleichzeitig gibt es allerdings mit der Entdeckung der neuen sozialen Bewegungen in den Ländern des Südens einen überraschenden Bezug zur aktuellen postmodernen Theorie. Auch wenn es sich bei diesen Themen fraglos um wichtige Aspekte einer Theorie der Entwicklung handelt, so führte dies alles doch zu einer thematischen Überfrachtung und damit Überforderung der Entwicklungstheorie, sollten doch gleich alle Probleme dieser Welt „in einem Aufwasch“ gelöst werden, gerade auch solche, die in den Industrieländern noch gar nicht gelöst sind und dort im Zentrum der politischen Debatte stehen. Wieder werden die Entwicklungsländer instrumentalisiert, diesmal zur Bearbeitung der Probleme in postindustriellen Gesellschaften, die aus der Sicht von Entwicklungsländern und deren elementaren Problemen von nachrangiger Bedeutung sind. Hier ist eine Entschlackung der Theoriebildung dringend geboten.

Gleichzeitig erlebten diverse Neo-Schulen eine Renaissance. Dazu gehören die Neue Politische Ökonomie bzw. der Neoinstitutionalismus. Hierbei geht es um die den reinen Neoliberalismus transzendierende Einsicht, dass auch außerökonomische Variablen für die Entwicklungsproblematik von Relevanz sind. Gemeint sind institutionelle Faktoren wie Verfügungsrechte, Normen, Konventionen und Verträge sowie staatliche und private Organisationen. Insbesondere die Weltbank hat nach dem schrittweisen Abrücken von der Neoklassik in den 1990er Jahren, als die Strukturanpassungsprogramme nicht die erhoffte Wirkung zeigten und weil die Rolle des Staates in den asiatischen Schwellenländern nicht mehr zu leugnen war, die Institutionenökonomik zu ihrem neuen Paradigma gemacht. Statt des marktfreundlichen propagiert sie seitdem einen staatsfreundlichen Ansatz.

Die Millenniums-Deklaration, die von der 55. Generalversammlung der UNO im September 2000 verabschiedet wurde, bedeutete eine zumindest partielle Abkehr vom Washington-Konsens. Die dort verabschiedeten acht Entwicklungsziele brachten das Bemühen um einen neuen Entwicklungskonsens zum Ausdruck, der auch den Ansatz von Amartya Sen (*1933),

Armut nicht nur wirtschaftlich zu sehen, sondern die Kapazitäten der Menschen zu entwickeln, berücksichtigte. Der Millenniums+5 Gipfel des Jahres 2005 fügte als neue Ziele in Reaktion auf die Verschlechterung der politischen Rahmenbedingungen in vielen Ländern die Ziele Frieden, kollektive Sicherheit, Schutz der Menschenrechte, Demokratisierung und Reform der UNO hinzu, stieß dabei aber auf den Widerstand der asiatischen Länder. Die Bedeutung der Millenniums-Deklaration liegt darin, dass ein neuer Entwicklungskonsens gesucht wurde, dass die einseitige Fokussierung auf Wirtschaftswachstum einem Verständnis von nachhaltiger menschlicher Entwicklung gewichen ist, dass das Ziel Armutsreduzierung Vorrang hat, dass ein kohärentes Gesamtkonzept erarbeitet wurde, dass eine globale Partnerschaft angestrebt wird und dass der Rolle der Zivilgesellschaft größere Bedeutung beigemessen wird. Ob die Ziele bis 2015 erreicht werden, darf allerdings bezweifelt werden.

Die Wachstums- und Schuldenkrise in Lateinamerika der 1980er Jahre und die daraus resultierenden Readjustierungsprogramme des IWF haben dort unter Federführung der CEPAL und maßgeblich auf die Arbeiten des Chilenen Fernando Fajnzylber (*1940) zurückzuführen („Transformación productiva con equidad“), zu einer Wiederbelebung der strukturalistischen Argumentation der 1960/1970er Jahre geführt. Neostukturalismus lautet der neue Begriff. Nicht zuletzt unter dem Eindruck des Erfolgs der asiatischen Schwellenländer im Vergleich zu den vermeintlichen Schwellenländern in Lateinamerika zollt man deren Weltmarktstrategie (aktive Weltmarktorientierung) zwar einen gewissen Tribut, verweist aber angesichts der nur partiellen Erfolge der IWF-Politik erneut auf die restriktiven Weltmarktbedingungen und setzt weiterhin auf die keynesianische, d.h. staatsinterventionistische und importsubstituierende, Strategie der frühen Jahre.

Auch die Diskussion um „Rent-seeking“ gehört in diese Kategorie, ursprünglich Teil der neo-liberalen Kritik am Entwicklungskeynesianismus. Der Begriff wurde 1974 von Anne Krueger (*1934) in „The Political Economy of the Rent-seeking Society“ geprägt und in den 1980er Jahren auch in Deutschland, so etwa bei Erich Weede (*1942), verwendet. Dabei geht es um die Wohlfahrtsverluste, die daraus entstehen, dass Ressourcen verausgabt werden, um Renten zu erzielen, die aus Wettbewerbsbeschränkungen resultieren. Gemeint ist das Spektrum von lobbyistischer Tätigkeit bis hin zur Bestechung und Korruption staatlicher Instanzen, um Monopolrechte, Subventionen, Export- und Importlizenzen, Quoten, etc. zu erlangen, aus denen sich besondere Vorteile (Renten) ziehen lassen. Im Unterschied zum „Profit-seeking“ des Unternehmers, also der Suche nach Extraprofiten aufgrund von Marktunvollkommenheiten, führen rentenorientierte Aktivitäten nicht zu einer Dynamisierung der Ökonomie, sondern zu Marktverzerrungen und Entwicklungsblockaden. Ricardos alter Kampf gegen Renten und Kornzölle lebt wieder auf. Die damit verbundene Fehlallokation

von Ressourcen wird als wesentliche Ursache für wirtschaftliche Stagnation verantwortlich gemacht. Die neoliberale Forderung lautet mithin Rückzug des Staates aus der Wirtschaft, weil unter freien Konkurrenzbedingungen die Möglichkeiten, Renten zu erzielen, austrocknen.

Interessanterweise hat sich auch das linke Spektrum der Diskussion dieses Themas angenommen, soweit es dem internalistischen Paradigma, also der Frage nach den internen Ursachen von Entwicklungsblockaden, anhängt. Demzufolge werden viele Länder des Südens als bloße Rentenökonomien interpretiert, gleichgültig, ob sie sich eine marktwirtschaftliche oder (ehemals) planwirtschaftliche Fassade gegeben haben. Oberstes Ziel ist nicht die Erzielung von Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit und damit die Verfolgung einer Profitlogik, sondern die Maximierung von Renteneinkommen, die aus der politischen Kontrolle über wirtschaftliche Ressourcen zu erzielen sind. Gemeint sind insbesondere der Rohstoffsektor (z.B. Ölrente) oder der Außenwirtschaftsbereich, wenn Export wie Import ohne besondere strategische Absicht besteuert werden. In den ganz armen Ländern ist aber auch die Entwicklungshilfe, ja sogar die Katastrophenhilfe eine wichtige Quelle für Renteneinkommen. Selbst aus einer geostrategischen Lage oder (bis 1989/90) aus dem Ost-West-Konflikt lassen sich politisch begründete Renten ziehen. Damit stellt sich die schon fast häretische Frage, ob die finanziellen Transfers von den Industrie- in die Entwicklungsländer im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit nicht weniger der Kapitalakkumulation im Sinne Rostows als der Rentenmaximierung zum Unterhalt von Staatsklassen gedient haben. Entwicklungshilfe hätte damit vielfach Entwicklungsblockaden zementiert, die sie eigentlich hatte aufheben wollen.

Die häufigen Putsche und Gegenputsche in vielen Ländern des Südens wären demzufolge Kämpfe rivalisierender Teile der Elite um die Kontrolle über den Staatsapparat und damit den Zugang zu Renteneinkommen. Nicht die Förderung unternehmerischer Tätigkeit, Investitionsverhalten, Innovations- und Risikobereitschaft, sondern die Maximierung politischer Macht ist oberstes Ziel der Staatsklasse. Dafür muss ein Teil der Rente zur Herrschaftssicherung (Militär, Polizei, Geheimdienst), ein anderer Teil zur Loyalitätsverpflichtung der eigenen Klientel verausgabt werden. Hier schließt sich der Kreis zur Analyse der politischen Systeme in den Rentenökonomien. Aufgebrochen werden kann der skizzierte Zusammenhang von autoritären politischen Systemen und wirtschaftlicher Stagnation nur, wenn es gelingt, den neuen Mittelschichten zum Durchbruch zu verhelfen, die entgegen der Rentenorientierung der etablierten Staatsklassen ein unternehmerisches Moment in die Ökonomie einbringen. Der Erfolg der südostasiatischen Schwellenländer wird demzufolge nicht in erster Linie auf die intervenierende Rolle des Staates, sondern auf die neuen Unternehmerschich-

ten, repräsentiert durch die dort überall anzutreffenden chinesischen Minderheiten, zurückgeführt, die als strategische Gruppen die eigentlichen Akteure des Schwellenländerphänomens sind.

Ein Sonderfall sind die ölexportierenden Länder am Persischen Golf, soweit es sich anders als im Falle Irak und Iran um Länder mit geringer Bevölkerung handelt. Hier sind die Ölrenten so hoch, dass sie allen einen hohen Wohlstand garantieren. „Entwicklung“ wird schlichtweg aus dem Ausland transferiert in Form von Know how und den dazu notwendigen Experten. Körperlich schwere Arbeit leisten Gastarbeiter aus muslimischen Ländern wie Pakistan, Bangladesh, Palästina oder Ägypten. Auch ein künftiges Versiegen der Ölrenten ist kein gravierendes Problem, da ein erheblicher Teil der Öl-Einnahmen in den westlichen Industrieländern angelegt ist, um auch in Zukunft hohe Einnahmen zu garantieren. Die dortigen Eliten müssen nur darauf bedacht sein, die politische Macht zu behalten, die Loyalität der Bevölkerung durch Teilhabe am Wohlstand zu sichern und sich im Zweifelsfalle unter den Schutz der USA zu stellen. Die Region um das Kaspische Meer wird in Zukunft die Zahl der Rentenökonomien erweitern. Auch die Konsolidierung Russlands in der Putin-Ära ist auf Rohstoffrenten vor dem Hintergrund steigender Rohstoffpreise zu erklären.

Die Systemmerkmale eines so erweiterten Spektrums von „Entwicklungsländern“ lassen sich idealtypisch beschreiben: Ordnungspolitisch unterschieden werden drei Typen von Ökonomie: die Marktwirtschaften (Schwellenländer) mit Schwerpunkt in Ost- und Südostasien bzw. Lateinamerika, die Rentenökonomien (OPEC und andere rohstoffreiche Länder) und die Gewaltökonomien vom Typ Kongo. Diese drei Typen lassen sich kombinieren mit drei Typen von politischen Systemmerkmalen: (1) Dem Rechtsstaat mit gewährleistetem staatlichen Gewaltmonopol; (2) der Autokratie mit nur schwach ausgebildetem staatlichen Gewaltmonopol. Trotz autoritärer Strukturen muss hier vom „schwachen Staat“ gesprochen werden, da die Bereitstellung öffentlicher Güter wie Rechtssicherheit, funktionierende Märkte, Garantie des Privateigentums nur unvollkommen geschieht. (3) „Gescheiterte Staaten“ oder „Quasi-Staaten“ (Jackson) der neuen Kriegszone ohne staatliches Gewaltmonopol.

Der weltwirtschaftliche Bezug der ökonomischen Typen ist eindeutig. Marktwirtschaften sind über den Außenhandel in die internationale Arbeitsteilung eingebunden, wobei auf der Ex- wie auf der Importseite Kapital- und Massenkonsumgüter vertreten sind. Industrialisierungserfolge manifestieren sich in einer Aufwärtsmobilität in der internationalen Arbeitsteilung. Rentenökonomien sind ebenfalls über den Außenhandel in die internationale Arbeitsteilung eingebunden, wobei hier auf der Exportseite ausschließlich Rohstoffe und auf der Importseite vorrangig Luxusgüter zu finden sind. Eine Aufwärtsmobilität findet nicht statt. Gewaltöko-

nomien sind nur in die internationale Schattenwirtschaft eingebunden. Auf der Exportseite finden sich vorrangig Drogen, auf der Importseite vorrangig Waffen.

Die weltpolitischen Konsequenzen lauten: Rechtsstaatliche politische Systeme finden Anschluss an die OECD-Welt und sind aktive Partner in internationalen Organisationen wie der WTO oder den transregionalen Handelsforen wie APEC oder ASEM. Autokratien in den klassischen Rentenökonomien bleiben die klassischen Akteure im Nord-Süd-Konflikt, indem sie ihre internationalen Renteneinkommen durch Rohstoffkartelle wie die OPEC zu maximieren suchen. Die gescheiterten Staaten bzw. die Warlords der Gewaltökonomie sind international isoliert und allenfalls in der Lage, untereinander und mit „Schurkenstaaten“ zu kooperieren, die ihrerseits Interesse haben, auf diese Weise ihre Deviseneinnahmen zu erhöhen.

Kombiniert man die Merkmale, erhält man eine Neun-Felder-Tafel, bei der die Felder (1), (5) und (9) die typologischen Normalfälle darstellen. In Feld (1) finden sich die marktwirtschaftlichen Schwellenländer mit gefestigtem staatlichem Gewaltmonopol, die von der Profitlogik bestimmt werden. Beispiel dafür ist etwa Südkorea. In Feld (5) finden sich die autoritären Gesellschaften, die auf legalen Renteneinkommen basieren. Prominentestes Beispiel ist Saudi-Arabien. In Feld (9) liegen die gescheiterten Staaten, die der Logik der Gewaltökonomie folgen und auf die Erziehung der neuen, illegalen Renten ausgerichtet sind. Eine wachsende Zahl von Fällen findet sich in West- und Zentralafrika. prominentes Beispiel ist auch Afghanistan.

Wenn man also davon ausgeht, dass die Länder in der Kategorie (5) den postkolonialen Ausgangszustand darstellen, dann hat es im positiven Fall eine Aufwärtsmobilität in Richtung Marktwirtschaften der Kategorie (1) gegeben, wobei der Weg dorthin direkt oder über die Kategorien (4) (Rentenökonomien/Rechtsstaat) bzw. (2) (Marktwirtschaft/Autokratie) verlaufen ist. Das sind die beiden Wege, die Schwellenländer gegangen sind. Im negativen Fall hat es eine Abwärtsmobilität in Richtung Kategorie (9) gegeben, wobei hier der Weg entweder direkt oder über die Kategorie (8) (Gewaltökonomie/Autokratie) verläuft. Das sind die Wege, die die „Failed States“ beschreiten.

Abb. 6: Typologie von „Entwicklungsländern“

Politisches System					
		Rechtsstaat staatl. Gewalt- monopol	Autokratie schwacher Staat	»Failed State« Kriegs- zone	
Ökonomisches System	Markt- wirtschaft	(1) Profit	(2)	(3)	Ex- und Import von Kapital- und Mas- senkon- sumgütern
	Renten- ökonomie	(4)	(5) Rente aus Bergbau, Öl, Land- wirtschaft, Außen- handel, EZ	(6)	Export Primär- güter Import Luxusgüter
	Gewalt- ökonomie	(7)	(8)	(9) Rente aus Katastro- phenhilfe, Drogen- anbau, Diamanten, Schutzgeld etc.	Export Drogen etc. Import Waffen etc.
		Anschluß an OECD- Welt	Organisa- tionen im Rohstoff- sektor durch OPEC etc. klassischer Nord-Süd- Konflikt	Koopera- tion mit »Schurken- staaten«	
Weltpolitische Konsequenzen					

Quelle: Menzel 2004, S. 239.

Völlig abgehoben erscheint schließlich die postmoderne Diskussion, die ursprünglich in der Kunst, Architektur, Literatur und der Sprachphilosophie (Poststrukturalismus) begonnen hat, bevor sie auch in den Sozialwissenschaften fortgesetzt wurde. In den Ländern des Nordens war sie eine Reaktion auf die Krise der fordistischen Gesellschaft der 1970er Jahre. Diese äußerte sich in der fortschreitenden Internationalisierung der Produktion (früher neue Internationale Arbeitsteilung, heute Globalisierung), der schwindenden Bedeutung des National-

staates als Steuerungsagentur des Konjunkturverlaufs, der rückläufigen Bedeutung der traditionellen Industriearbeiterschaft und der zunehmenden Bedeutung der neuen Dienstleistungen, der strukturellen Arbeitslosigkeit und der wachsenden Kluft zwischen hochqualifizierter und unqualifizierter Arbeit, der Differenzierung des Konsumverhaltens und der Herausbildung der elektronischen Massenmedien als eigentlicher Sozialisationsagentur.

Noch grundsätzlicher geht es in dieser Diskussion um die Krise der Moderne schlechthin. Seit der Aufklärung basierte die sozialwissenschaftliche Theorie, gleichgültig ob in bürgerlich-liberalen oder in ihrer sozialistischen Variante, auf der axiomatischen Annahme, dass Gesellschaften gestaltbar sind, wenn sie nur nach rationalen Kriterien organisiert sind und wenn die Natur der rationalen Kontrolle durch den Menschen unterworfen ist. Die Befreiung von Armut, Unterdrückung und Unwissenheit ist im Sinne der Moderne prinzipiell für die ganze Menschheit möglich. Faschismus und Stalinismus haben aber, so die Argumentation von Jean-François Lyotard (1924-1998), die Ambivalenz der Moderne unter Beweis gestellt, eine Einsicht, die schon sehr früh von Adorno und Horkheimer in der Dialektik der Aufklärung formuliert wurde. Die Wissenschaft stehe keineswegs nur im Dienst der Emanzipation, sondern eher im Dienste der kapitalistisch und vermeintlich auch der sozialistischen Effektivität. Die o.g. Tendenzen in den kapitalistischen Gesellschaften wie das Scheitern des realen Sozialismus, der in Wirklichkeit immer nur Stalinismus war, haben dieses Denken und damit auch die Legitimität der großen Theorien (der „großen Erzählungen“, so der postmoderne Jargon) infrage gestellt. Was bleibt, wenn die universalistischen Werte sich nicht erfüllen, ist der Rückzug auf das Individuum. Metatheorie wie Marxismus oder Modernisierungstheorie in der Nachfolge von Weber und Parsons sind allesamt suspekt. Die Gesellschaft ist grundsätzlich nicht machbar. Folglich sind die postmodernen gesellschaftlichen Trends nur konsequent, sei es in der neokonservativen Variante des Kommunitarismus, also der Rückbesinnung auf Tradition und Geschichte, sei es in der progressiven Variante des Kommunitarismus, die in den neuen sozialen Bewegungen (Feminismus, Friedensbewegung, Bürgerbewegung, Ökologiebewegung) das neue Heil sucht, nachdem die alten sozialen Bewegungen, die Arbeiterklasse als historisches Subjekt zur Vollendung der Moderne ausgesiedelt hat, oder sei es gar in der radikalen Variante des Nihilismus eines Gianni Vattimo (*1936) oder Jean Baudrillard (1929-2007), wie er in „Symbolic Exchange and Death“ gepredigt wird (1993).

Für die Entwicklungstheorie im engeren Sinne lautet die Schlussfolgerung: Nur der Norden ist wirklich postmodern und hier gilt auch das Gesagte. Für den Süden ist aber nicht einmal die Krise der Moderne zu konstatieren, da sie dort nie Einzug gehalten hat, sondern lediglich als deren Karikatur erfahrbar war. Dort sei das 1949 von Präsident Truman gestartete Projekt Entwicklung, das zugleich die „Erfindung der Unterentwicklung“ bedeutete, gescheitert

und zwar aus vier Gründen: Weil es ökologisch nicht nachahmenswert ist, weil es mit dem Ende des Ost-West-Konflikts sein zentrales Motiv verloren hat, weil es die wachsende Ungleichheit auf der Welt nicht reduzieren konnte und weil es als westliches Projekt grundsätzlich nicht wünschenswert ist, sei doch damit der Verlust der kulturellen Vielfalt verbunden.

Stattdessen sollen wenig konkretisierte Strategien „alternativer Entwicklung“ verfolgt werden, die sich auf die sozialen Bewegungen des Südens zu stützen haben und die Rückkehr zu Subsistenzgemeinschaften fordern. Zur Durchsetzung alternativer Entwicklung werden totalitäre Maßnahmen nicht ausgeschlossen. Das Aufspüren der neuen sozialen Bewegungen, bislang der eigentliche Untersuchungsgegenstand der postmodernen Entwicklungstheorie, ist deshalb auch wieder nur Projektion. Hier ist sie entstanden als Reaktion auf die Krise der Moderne, dort eher als reaktive Überlebensstrategie auf ihren nur bruchstückhaften Nachvollzug. Diese Einsicht war bereits bei den Bielefelder Entwicklungssoziologen formuliert worden. Folge ist ferner, dass neben der Neoklassik und der liberalen Modernisierungstheorie auch die linken Großtheorien (Dependenztheorie, Produktionsweisen-Diskussion, Welt-systemtheorie) von den Anhängern des post development-Ansatzes abgelehnt werden. Statt der Analyse von Strukturen geraten die Akteure wieder ins Blickfeld. Aus der Sackgasse heraus („Beyond the Impasse“), so Frans Schuurmann führen nur noch Ansätze, die die Differenzierung der Welt erklären durch empirische Forschung und nicht durch normative Setzung und die in ihren Strategien akteurs- mit regulationstheoretischen Elementen verbinden.

Damit sind zumindest die Bausteine zusammen, mit denen sich die Krise der Großen Theorie erklären lässt. Neben der Krise des modernisierungstheoretischen Diskurses selbst sind vor allem drei reale Tendenzen von Bedeutung. Erstens sind wir seit einer Reihe von Jahren Zeuge eines doppelten Differenzierungsprozesses der ehemals „Dritten Welt“. Die aus dem strukturalistischen Denken modernisierungs- wie dependenztheoretischer Provenienz entsprungene Vorstellung identischer Tiefenstrukturen von Gesellschaft, Staat und Ökonomie in den Ländern des Südens lässt sich nicht aufrechterhalten. In wirtschaftlicher Hinsicht ist, grob vereinfacht, mindestens eine Vierteilung in Schwellenländer in Ost- und Südostasien, OPEC-Länder, stagnierende klassische Entwicklungsländer (Beispiel Argentinien) und absolut arme Länder in Afrika südlich der Sahara, in Zentralasien und im Andenbereich Lateinamerikas zu konstatieren.

Gleichzeitig ist es zu einem bemerkenswerten Prozess politischer Differenzierung aus Demokratisierung versus anhaltendem Autoritarismus versus Refundamentalisierung gekommen, der sich mit den einschlägigen Theorien über politische Modernisierung oder umgekehrt mit den diversen Staatsableitungsübungen nicht erklären lässt. Auf der einen Seite

kann nicht der Nachweis erbracht werden, dass, wie von der Modernisierungstheorie ursprünglich angenommen, Wirtschaftswachstum durchgängig und quasi automatisch zu Demokratisierung geführt hat. Dies wurde beispielsweise von Hirschman durchaus selbstkritisch eingeräumt. Für Südkorea oder Taiwan mag das gelten, nicht aber für Singapur, Malaysia, Thailand oder gar Indonesien, alles Fälle eines anhaltenden Hochwachstums bis zur neuen Weltwirtschaftskrise 2008/2009. Das gleiche gilt umso mehr für die Rentenstaaten am Persischen Golf. Umgekehrt lässt sich die dritte Welle der Demokratisierung, etwa in Ländern wie Südafrika, Argentinien oder den Philippinen (alles keine eindeutigen Wachstumsfälle), nicht mit der dependenztheoretischen Staatsdiskussion vereinbaren, die genau das meinte ausschließen zu können. Der Paradigmenwechsel, der in der O'Donnell-Tradition stehenden Transitions-Theoretiker machte das sehr deutlich.

Ein weiterer Faktor war sicherlich die seit Beginn der 1980er Jahre sich offenbarende Krise des realen Sozialismus, die ja nicht nur für Osteuropa, sondern auch für außereuropäische Länder zu konstatieren war. Insbesondere die Öffnungs- und Modernisierungspolitik der VR-China, in den 1970er Jahren das Paradigma für ein alternatives Entwicklungsmodell schlechthin, hat tiefe Wirkung auf die Theoriediskussion gehabt, seit dort de facto frühkapitalistische Bedingungen unter dem autoritären Dach der Kommunistischen Partei herrschen. In dem Maße, wie das Scheitern aller Spielarten sozialistisch inspirierter Entwicklungsstrategien zu vermieden war, war die Option eines dritten Weges zwischen Kapitalismus und Sozialismus hinfällig geworden.

Konsequenterweise befasste sich die vorletzte Runde der Diskussion mit der Frage, ob wir nicht nur das Ende des „real-existierenden“ Sozialismus, sondern im Sinne ihres großtheoretischen Konstrukts auch das „Ende der Dritten Welt“ erlebt haben. Damit ist die Entwicklungstheorie in die Krise geraten. Nicht nur die sozialistische Utopie, auch die Emanzipation der Entwicklungsländer war in diesem Sinne nur eine große Erzählung. Die Transformationsprozesse in Osteuropa nach 1990 haben zwar zu einer kurzlebigen Renaissance der Modernisierungstheorie geführt, doch haben sich die neoklassischen Experimente, die Transformation im Hauruck-Verfahren erzwingen wollten, rasch als Irrweg erwiesen.

2.6 Der Paradigmenwechsel und die Umkehrung der Entwicklungsproblematik

Angesichts der ungelösten Probleme in vielen Regionen des Südens geht es derzeit, auch wenn man Jean Christophe Rufins (*1952) düsterer These vom Reich und den neuen Barbaren nicht zu folgen vermag, nicht mehr um ein emanzipatorisches, ein aufklärerisches, ein

entwicklungsstrategisches Projekt, um die Durchsetzung der Moderne im Süden, sondern nur noch um die Linderung der krassesten Fälle von Armut, Hunger, Bürgerkrieg, Flüchtlingselend, Menschenrechtsverletzungen, Zerfall von Staaten und Auflösung staatlicher Ordnung schlechthin. Inwiefern dafür vorrangig innergesellschaftliche Faktoren verantwortlich zu machen sind oder ob die Krise in vielen Ländern auch das Resultat der Strukturanpassung im Sinne der neoliberalen Politik ist oder schlicht die Folge des Endes vom Ost-West-Konflikt war, darüber lässt sich streiten. Jedenfalls verlagerte sich die Diskussion der 1990er Jahre von den rein wirtschaftlichen wieder auf politische und soziale Fragen. Die Ära des Neoliberalismus näherte sich dem Ende, der Washington-Konsens wurde selbst von der Weltbank aufgekündigt. Neue Themen wurden humanitäre Intervention und globale Sozialpolitik.

Der Vorwurf ist nicht von der Hand zu weisen, dass damit einer De facto-Rekolonialisierung in manchen Teilen der Welt Vorschub geleistet wurde, sei es durch die neoliberalen Auflagen des IMF, die Blauhelme der Vereinten Nationen, die diversen Konditionen der Entwicklungszusammenarbeit (Menschenrechtsauflagen, Umweltverträglichkeit, Frauenkomponente etc.). Damit reduziert sich die aktuelle Diskussion im Grunde auf ein Dilemma, das in dem Widerspruch zwischen der Wahrung des Souveränitätsgebots und der Rücksicht auf das Gebot zur Wahrung der Menschenrechte besteht, beides grundlegende Prinzipien, die in der Charta der Vereinten Nationen oder in der Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte niedergelegt sind. Ist das Souveränitätsgebot das höhere Rechtsgut, vor dem Hintergrund des Kolonialismus ein ganz besonders sensibles Thema, dann wird jede Form von Menschenrechtsverletzungen womöglich billigend in Kauf genommen. Gilt das Gebot der humanitären Intervention in allen seinen abgestuften Spielarten von der Katastrophenhilfe über Peace Keeping bis hin zu „robustem“ Peace Making, wird das Souveränitätsgebot verletzt.

Die diversen Berichte der UNO zu diesem Thema haben das Dilemma schließlich aufgelöst. In der „Responsibility to Protect“ (2001) wird argumentiert: Oberstes Ziel der Tätigkeit eines Staates ist der Schutz und die Garantie der Sicherheit seiner Bürger. Wenn er dazu nicht mehr in der Lage ist, dann hat er auch seine Souveränität verloren. Bei fragilen oder gänzlich zerfallenen Staaten kommt der internationalen Gemeinschaft deshalb nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht zu, aus humanitären Gründen zu intervenieren und das staatliche Gewaltmonopol wieder herzustellen. Damit erleben wir die radikale Wiederkehr der Politischen Ökonomie in der Entwicklungstheorie. Jegliche Form von Entwicklung, jegliche Strategie zur Verfolgung von Entwicklungszielen, setzt stabile staatliche Strukturen, Schutz des Individuums und seines Eigentums, Rechtssicherheit, funktionierende Märkte, Kontrolle der Grenzen u.a. voraus. Alles das hatten bereits die Merkantilisten unter Integration nach innen und Separation nach außen verstanden. Selbst noch die Pioniere der 1950er Jahre hatten

Zweifel, ob der Entwicklungsstaat als Partner und Umsetzer ihrer Strategien tatsächlich überall gegeben ist. In den Zonen der fragilen Staatlichkeit zeigt sich, dass ohne elementare Prozesse von Staaten- und Nationenbildung keine Entwicklung möglich ist.

Ganz andere Konsequenzen resultieren aus dem Umstand, dass sich in Ost- und Südostasien die zweite große Entwicklungsregion auf der Welt etabliert hat. Gleichviel ob man das neoklassische Modell der Weltbank („The East Asian Miracle“), die Theorie des bürokratischen Entwicklungsstaates oder kulturalistische und historische Argumente bemüht, die Rückkehr Asiens in eine Position, die es etwa um 1800 verloren hat, verändert die Welt aufs Neue. Dafür spricht schon allein das Argument der großen Zahl. Die schiere Größe Chinas und Indiens, selbst wenn nur 10-20 Prozent von deren Bevölkerung an der Dynamik des Hochwachstums teilhaben würden, reicht bereits, dass Asien den Westen einem massiven Verdrängungswettbewerb unterzieht. Das Gänseflugmodell des japanischen Entwicklungstheoretikers Kaname Akamatsu (1896-1974) aus den 1930er Jahren, demzufolge die asiatischen Länder der Leitgans Japan folgen, wird Wirklichkeit. Ganz im Sinne der Produktzyklustheorie Raymond Vernons werden die ausgereiften Branchen innerhalb Asiens an die asiatischen Nachzügler abgegeben. Damit trifft die alten Industrieländer der Verdrängungswettbewerb auf breiter Front vom Hochtechnologiebereich über den Fahrzeugbau, die klassische Schwerindustrie (Stahl, Schiffbau) bis zu den arbeitsintensiven Montageindustrien. Neue Nachzügler wie Vietnam stehen bereit, in die Branchen aufzurücken, die selbst China schon wieder verlässt. Die asiatische Aufwärtsmobilität insgesamt führt zur innerasiatischen Arbeitsteilung und wachsenden innerasiatischen Integration, weil sich auch dort eine Mittelschicht herausbildet. Die Region wird so zum Partner afrikanischer, lateinamerikanischer und zentralasiatischer Länder, weil es dort seinen Rohstoffbedarf decken kann. Und schließlich ist Asien mitverantwortlich für die strukturelle Krise und den Strukturwandel in den alten Industrieländern des Westens.

Damit eröffnen sich ganz neue entwicklungstheoretische Perspektiven. Nicht mehr der Westen, sondern Asien (insbesondere China) ist der neue Akteur, der über seine Direktinvestitionen, seinen Warenexport, seine Auswanderung, seine Militär- und Finanzhilfe Einfluss nimmt auf das, was in der früheren „Dritten Welt“ passiert. Damit bekommt die alte chinesische Theorie der drei Welten, die schon in den 1970er Jahren eine Führungsrolle für China reklamierte, eine nicht mehr nur propagandistische, sondern sehr materielle Bedeutung. Umgekehrt stellt sich die Frage, ob der asiatische Druck auf den Westen nicht dazu führt, dass vieles, was nach 1945 für den Süden gedacht war, jetzt auf den Westen anzuwenden ist. Die Versüdlichung des Nordens ist nicht nur Folge eines internen Strukturwandels, sondern auch Folge der Globalisierung, bei der die Gewinner in Asien und die Verlierer in Nordamerika und

Europa sitzen. Damit geraten die alten Industrieländer in ein Dilemma. Sollen sie die liberale Weltwirtschaftsordnung aufrecht erhalten und damit dem asiatischen Verdrängungswettbewerb Tür und Tor öffnen? Dies liefe auf „Strukturanpassung“ in den alten Industrieländern hinaus. Oder sollen sie Industriepolitik betreiben und damit zum Revisionisten von Freihandel, internationaler Arbeitsteilung und Strukturanpassung werden? Ein klassisches Dilemma, das in die Literatur unter dem Begriff „Hegemons Dilemma“ Eingang gefunden hat. Eine liberale und freihändlerische Politik war für Großbritannien Mitte des 19. Jahrhunderts oder die USA nach 1945 das richtige Rezept, weil sie damals an der Spitze standen. In der Phase des British Decline nach 1900 oder des American Decline seit den 1980er Jahren ist das bloße Festhalten am Neoliberalismus das untaugliche Konzept, da es den Niedergang forciert.

Der Ausbruch der neuen Weltwirtschaftskrise des Jahres 2008 wird wie ein Katalysator wirken, wird einen regelrechten entwicklungstheoretischen Paradigmenwechsel einleiten. Die Ära des Neoliberalismus und damit die Behauptung, es gibt nur eine Wirtschaftstheorie und keine besondere Disziplin Entwicklungsökonomie ist vorbei. Wie die neue heißen wird, ob Neokeynesianismus, Neomerkantilismus oder Institutionenökonomik wird die Zukunft zeigen. Auf jeden Fall kehrt der Staat zurück, um das krasse Marktversagen zu korrigieren. Dieser Paradigmenwechsel wird wie in den 1950er Jahren dazu führen, dass auch in der Entwicklungstheorie die Rückkehr des Staates angesagt ist. Für die Gruppe der fragilen oder zerfallenen Staaten war schon lange klar, dass hier der Markt nur noch als „Gewaltmarkt“ eine fatale Regulierungsinstanz war, die vor allen Dingen Krieg und Elend produzierte. „Bringing the State back in“, die Losung von Evans/Rüchemeyer/Skocpol aus dem Jahr 1985 ist aktueller denn je. Nur, dass diese für alle, den Norden wie den Süden, den Osten wie den Westen, gilt. Insofern kehrt sie doch zurück, die große Theorie in der Entwicklungstheorie.

3. Die Vierzehn entwicklungstheoretischen Hauptkontroversen

Die Geschichte der Entwicklungstheorie ist nicht nur die Geschichte des Entwicklungsdenkens, der Entwicklung eines wachsenden Verständnisses über den Gegenstand, sondern auch die von den großen und kleinen Debatten. Gerade die Kontroversen über Ursachen von Entwicklung und Unterentwicklung und deren Triebkräfte, Randbedingungen, Akteure, Nutznießer und Opfer haben den Erkenntnisfortschritt vorangetrieben. Anhand von vierzehn entwicklungstheoretischen Hauptkontroversen sollen die wichtigsten Debatten in ihren Pro- und Kontra-Argumenten resümiert werden.

3.1 Große Theorie vs. kleine Theorien

Jenseits des Streits, ob Entwicklungstheorie eine normative oder eine analytische Theorie ist und ob diese oder jene Theorie die „richtige“ ist in dem Sinne, dass sie zum Verständnis von Entwicklungsprozessen beiträgt und politisches Handeln anleitet, besteht die noch fundamentalere Frage, ob es überhaupt die Entwicklungstheorie geben kann. Große Theorien wie die Modernisierungstheorie oder die Dependenztheorie haben trotz aller axiomatischen Gegensätze eines gemeinsam. Sie beanspruchen eine allgemeine Theorie zur Erklärung von Entwicklung oder Unterentwicklung weltweit zu liefern. Seit dem Ende der 1970er Jahre, als nicht mehr zu leugnen war, dass die Gruppe der Entwicklungsländer sich differenzierte, gerieten die Großtheorien in die Defensive, weil sie den Differenzierungsprozess nicht erklären konnten. Entwicklungserfolge wie Misserfolge und die ihnen zugrundeliegenden jeweiligen Strategien gaben Anlass zum Zweifel, ob generelle Erklärungen überhaupt sinnvoll sind oder ob nicht jeder einzelne Fall besondere Erklärungen und damit auch besondere Strategien verlangt. Allenfalls zulässig, so die Konsequenz des Zweifels, sind Theorien mittlerer Reichweite, die eine Typologie von Entwicklungsprozessen zum Ausgangspunkt nehmen. Dabei können Ressourcenausstattung und Größe des Landes, regionale, kulturelle oder historische Merkmale genauso berücksichtigt werden wie Fragen der Form und Dauer kolonialer Herrschaft.

Paradoxerweise hat die Durchsetzung des neoliberalen Paradigmas im Washington-Konsens der 1980er Jahre zu einer Renaissance von Großtheorie geführt. Neoliberalismus wurde zum mainstream entwicklungspolitischen Denkens, Strukturanpassungsprogramme sollten das weltweite Erfolgsrezept liefern. Dieses Denken vermochte auch die fortschreitende Differenzierung nicht zu erschüttern. In der Gegendtradition wurden die Erfolge in Asien nicht nur auf die Kräfte des Marktes, sondern auf eine kluge staatliche Inszenierung oder gar eine besondere kulturelle und religiöse Prägung der Bevölkerung, etwa eine konfuzianische Ethik in Abwandlung der Weber-These, zurückgeführt. Die sich ausbreitenden Zonen fragiler Staatlichkeit führten sogar dazu, dass die Grenzen zu einer anderen akademischen Disziplin, der Friedens- und Konfliktforschung, fließend wurden. Die Entwicklungstheorie verlor ihren ökonomistischen bias und wurde wieder stärker politikwissenschaftliche Theorie allerdings mit der Tendenz, allgemeine Erklärungen für Staatszerfall zu finden. Der Grund für die immer wiederkehrende Attraktivität von Großer Theorie liegt darin, dass Theorie, gleichviel ob deduktiv oder induktiv gewonnen, immer zu allgemeinen Aussagen kommt, die Komplexität und Besonderheit des einzelnen Falls im Erfolg wie im Scheitern sich aber der allgemeinen Erklärung versperrt. Deswegen gibt es so viele konkurrierende Großtheorien, die jeweils mit der ihnen passenden Empirie arbeiten und alle übrigen Variablen ausblenden.

3.2 Universalismus vs. Kulturrelativismus

Damit zusammen hängt die Kontroverse Universalismus versus (Kultur)Relativismus. Dabei geht es um die Frage, ob Entwicklungstheorie in ihrem universalistischen Anspruch nicht das Produkt westlichen Denkens, Ausdruck des Eurozentrismus in der Entwicklungstheorie ist. Die Stammväter der Disziplin, ob Merkantilisten, Klassiker, Neomerkantilisten, Neoklassiker, Keynesianer, Soziologen und Politologen wie ihre meist marxistischen Kritiker waren alle Europäer. Insbesondere die implizite axiomatische Annahme der Modernisierungstheorie wie aller anderen, auch der marxistischen, Stadientheorien, dass alle Länder, wenn auch phasenverschoben, einen gleichgerichteten Prozess von Industrialisierung, sozialem Wandel, Demokratisierung und Sozialstaatsbildung durchlaufen, wird in Frage gestellt. Die Gegenposition lautet, dass es neben dem idealtypischen angelsächsisch/französischen Weg in die Moderne auch andere gibt, die unter bürokratisch-autoritären Vorzeichen verlaufen. Moore und Wittfogel haben darauf hingewiesen. Samuel Huntington (1927-2008) insistiert sogar darauf, dass der Westen trotz aller Globalisierung einzigartig und nicht universell ist („The West Unique, Not Universal“). Immerhin zeigt das Beispiel China, dass nachholende Entwicklung unter autoritären Bedingungen möglich ist. Auch die Demokratisierung in anderen asiatischen Gesellschaften (Japan, Südkorea, Taiwan, Philippinen etc.) war eher das Resultat der japanischen Niederlage im Zweiten Weltkrieg und der amerikanischen Besatzung als einer bürgerlichen Bewegung.

Gerade autoritäre politische Systeme, die unter dem Druck des Westens stehen, dass in ihrem Land die Menschenrechte verletzt werden, dass keine Demokratie und Meinungsfreiheit herrscht, dass die sozialen Kosten der Industrialisierung oder die Umweltbelastung zu hoch sind, verweisen darauf, dass diese Kritik westlichem Denken entspreche. Dieses habe für andere Kulturkreise keine oder nur bedingt Gültigkeit. In Asien stehe nicht das Wohl des Individuums, sondern das Wohl des Staates im Vordergrund, habe Wachstum notwendig Vorrang vor allen anderen Zielen, da zunächst die materiellen Grundlagen geschaffen werden müssten, bevor Umverteilung stattfinden könne. Hier herrschten „asiatische Werte“, die mit dem Denken der westlichen Aufklärung nicht vereinbar seien. Gerade deshalb ist Huntington bei den Eliten vieler nichtwestlicher Länder mit autoritären politischen Systemen so populär.

Das ideologiekritische Gegenargument lautet, dass der Kulturrelativismus nur der Legitimation des Herrschaftsanspruchs und der Privilegien der Eliten in autoritären Systemen diene. Zu der Einzigartigkeit, die Huntington dem Westen bescheinigt, gehört auch dessen Universalismus. Wenn er sich selbst treu bleiben will, muss er darauf insistieren, dass die Prinzipien der Aufklärung für die ganze Welt gelten.

Wird sich dieses universalistische Denken, auf das sich auch die „Westler“ berufen, vielfach die Opposition in autoritären nichtwestlichen Gesellschaften, langfristig weltweit durchsetzen und wird alle Entwicklung weltweit im westlichen Modell kulminieren? Damit wären die autoritären Wege in die Moderne am Ende doch nur zu überwindende Zwischenstadien, deren Notwendigkeit sich aus dem immer größeren Entwicklungsgefälle zwischen Vorreitern und Nachzüglern ergibt. Die Transformationsprozesse in Osteuropa, die Demokratisierungsprozesse in etlichen asiatischen Ländern sprechen dafür. Oder ist es so, dass der Weg des bürokratischen Entwicklungsstaates nicht nur instrumentell zu verstehen ist und Autoren wie Wittfogel, Moore oder Huntington Recht haben, wenn sie die universalistische Kraft der Aufklärung in Frage stellen?

3.3 Binnenorientierung vs. Außenorientierung

Eine weitere Kontroverse dreht sich um die Frage, ob das Argument der großen Zahl einen grundsätzlichen Unterschied macht. Gelten für große Länder dieselben Bedingungen wie für kleine Länder? Große Länder im Sinne von Territorium, Bevölkerung und Machtpotential haben eine natürliche Binnenorientierung, kleine Länder eine natürliche Außenorientierung. Das liegt daran, dass große Länder eher eine komplette Ausstattung mit natürlichen Ressourcen (Rohstoffe, Energievorkommen, Böden, verschiedene Klimazonen) besitzen, während kleine Länder eher inkomplett ausgestattet sind, so dass sie fehlende oder ungenügend vorhandene Ressourcen durch Importe kompensieren müssen. Im Gegenzug müssen sie exportieren, um importieren zu können. Hinzu kommt der große Binnenmarkt bevölkerungsreicher Länder, während kleine Länder aus Gründen der Skaleneffekte auf den Exportmarkt angewiesen sind.

Große Länder können auch deshalb eher eine Binnenmarktstrategie verfolgen, weil sie mächtiger und damit in der Lage sind, ihre Entwicklungsstrategie nach außen protektionistisch abzusichern. Die Attraktivität Chinas oder der USA lebt auch vom Mythos des riesigen Marktes. Ab einer bestimmten Größenordnung kann auch der Markt eine Macht darstellen. Kleine Länder müssen weltmarktorientiert sein, müssen sich an komparativen Vorteilen orientieren, wo auch immer diese liegen mögen, um international konkurrenzfähig zu werden. Entwicklung durch Außenhandel ist dort unumgänglich. Wo diese Einsicht missachtet wurde, war Despotie das Resultat.

Empirisch lässt sich eine vorrangige Binnen- oder Außenorientierung an der Außenhandelsquote, der Direktinvestitionsquote, der Wanderungsquote, der Quote der internationalen

Kommunikation ablesen. Eine liberale Politik in den Außenbeziehungen (Freihandel, freier Kapitalverkehr, Freizügigkeit, Informationsfreiheit) kann zwar die Außenorientierung fördern, eine dirigistische Politik sie reduzieren bzw. im Extremfall ganz unterbinden. Deshalb werden Länder wie China, Indien, Russland, Brasilien oder die USA immer vorrangig binnenorientiert sein und können auch entsprechende Strategien verfolgen, während es für kleine Länder darum geht, eine anfängliche Außenorientierung in eine Binnendynamik zu transformieren, sollen sie nicht Peripherie bleiben.

3.4 Nullsummendenken vs. Nichtnullsummendenken

Die alte Debatte zwischen Merkantilisten und Klassikern, woran der Wohlstand eines Landes zu messen ist, zieht sich durch die entwicklungstheoretische Literatur bis heute. Die Merkantilisten argumentierten, dass der Wohlstand eines Landes sich im Edelmetallvorrat ausdrückt. Sofern man nicht über eigenen Edelmetallbergbau verfügt, kann dieser auf legale Weise nur gesteigert werden, indem man eine positive Handelsbilanz gegenüber dem Ausland erzielt. Deren Ausgleich erfolgt durch Edelmetallzufluss. Da dieser bei den Partnern zu einem Abfluss von Edelmetall führt, ist er mit einem Wohlstandsverlust verbunden. Damit wurde Wohlstand wie Macht zu einer relativen Kategorie im internationalen System. Ersetzt man den Begriff „Edelmetallvorrat“ durch den Begriff „Devisenreserven“, offenbart sich bis heute ein ähnliches Denken. Der Devisenvorrat eines Landes ist ein Ausdruck von wirtschaftlicher Stärke. Devisenzufluss oder -abfluss und damit Stärke oder Schwäche sind Resultat einer guten oder schlechten Leistung, werden gemessen in der positiven oder negativen Leistungsbilanz. Es sei denn, ein Land verfügt über eine Währung, die von anderen als Reserve akzeptiert wird. Dann hat, wie im Fall der USA, die Druckerpresse die gleiche Funktion wie in früheren Zeiten die Silbermine von Potosi für Spanien.

Die Klassiker argumentierten dagegen, dass Arbeit die Quelle des Wohlstands ist, deren Produktivität sich durch Investitionen und Arbeitsteilung steigern lässt. Wohlstand ist damit im Prinzip für alle möglich. Gerade Ricardo hatte darauf insistiert, dass internationale Arbeitsteilung für alle Beteiligten zu Wohlstandsgewinn führt.

Dieser Optimismus der Klassik wurde von strukturalistischen Autoren immer wieder in Frage gestellt mit dem Argument, dass das Macht- und Produktivitätsgefälle zwischen Staaten und Ökonomien auch zu einem Ressourcentransfer von den Armen zu den Reichen, von den Schwachen zu den Mächtigen, mindestens aber zu unterschiedlicher innergesellschaftlicher Dynamik der Partner geführt haben. Die radikale Version der Kritik lautet sogar, die Entwick-

lung in einem Teil der Welt sei nur durch den Ressourcentransfer aus einem anderen Teil der Welt erklärbar, während umgekehrt die Unterentwicklung dort die Folge des Abflusses von Ressourcen sei. Ob diese Transfers gewaltsam oder über den Markt vermittelt sind, wie in der Terms of Trade-Debatte argumentiert wurde, ist im Grunde gleichgültig.

Auch Großtheorien, die lange Zeiträume und die gesamte Welt ins Blickfeld nehmen und dabei den Aufstieg und Niedergang von großen Mächten, ob absolut oder relativ, identifizieren, sind diesem Denken verhaftet. Der Aufstieg Europas führte zum Abstieg Asiens, der Aufstieg Westeuropas zum Abstieg Osteuropas, der Aufstieg Nordamerikas zum Abstieg Südamerikas, der gegenwärtige Wiederaufstieg Asiens (des alten Ostens) zum Abstieg des Westens. Gerade in Krisensituationen fällt es schwer, die universalistische Perspektive der Klassiker durchzuhalten. Steigende Ölrenten führen nicht nur zu einem Wohlstandsverlust der Industrie- gegenüber den ölexportierenden Ländern, sondern gehen auch zu Lasten der Entwicklungsländer, die nicht über Ölvorkommen verfügen. Die extremen Devisenvorräte Chinas sind der Ausdruck eines Verdrängungswettbewerbs gegenüber den alten Industrieländern und werden dort als Ausdruck von Entwicklung interpretiert, während hier die daraus resultierende strukturelle Arbeitslosigkeit als Indikator für die Versüdlichung des Nordens gilt.

3.5 System vs. Akteur

Eine weitere Kontroverse, die aus anderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen bekannt ist, thematisiert das Verhältnis von System und Akteur. Strukturalistische Theorien betonen die Dominanz der Systemebene. Das Weltsystem, der Weltmarkt, der Kolonialismus, der Imperialismus, die Terms of Trade, das Machtgefälle, die politischen und sozialen Verhältnisse wie die Bodens-, Einkommens- oder Machtverteilung in einem Land entscheiden über Erfolg und Misserfolg von Entwicklungsanstrengungen. Galtung oder Sunkel sprechen von jeweils identischen Tiefenstrukturen der peripheren und metropolitanen Länder. Durch strukturalistisches Denken inspirierte Entwicklungsstrategien setzen deshalb immer auf der Systemebene an. Die Struktur des Weltmarkts muss durch eine neue Weltwirtschaftsordnung verändert werden, die Struktur der Bodenverteilung muss durch eine Bodenreform verändert werden, die soziale Durchlässigkeit einer Gesellschaft muss durch Demokratisierung und Bildungsanstrengungen erhöht werden.

Theorien, die mentale Faktoren wie Arbeitsethik, Bildungsorientierung, Leistungsmotivation, Gewinnstreben, Empathie, Risikobereitschaft, Sparteignung etc. als entscheidende Variablen ansehen, stellen den Akteur in den Vordergrund. Welche inneren Antriebe beeinflussen das

Handeln des Menschen, auf welche äußeren Anreize reagiert er? Wie geht er um mit Mangelsituationen oder Herausforderungen, Chancen und Möglichkeiten? Demzufolge sind strategische Gruppen wie innovative und risikobereite Unternehmer im Sinne Schumpeters, durch die calvinistische Ethik geleitete Frühkapitalisten á la Max Weber, diskriminierte Juden weltweit, Eigentümerbauern, Angehörige chinesischer Minderheiten in Südostasien, neue Mittelschichten, dem Gemeinwohl verpflichtete Bürokraten, wagemutige Siedler in Neulanderschließungsgebieten, die großen Entdecker und Erfinder die eigentlichen Akteure von Entwicklung. Umgekehrt sind Rentenbezieher, unfreie Pachtbauern, nur an Selbstprivilegierung interessierte Angehörige von Staatsklassen, korrupte Beamte, Warlords oder Anhänger einer weltabgewandten Heilslehre diejenigen, die Entwicklung blockieren. Es bedarf demzufolge nicht nur der veränderten Rahmenbedingungen, sondern auch immer der Akteure, die sich entfalten können, um auf durch die Rahmenbedingungen gesetzte Anreize auch reagieren können. Rational Choice-Theorien setzen auf die Akteursebene, strukturalistische Theorien auf die Systemebene.

3.6 Basis vs. Überbau

Eng mit der Frage nach System oder Akteur hängt die Frage von Basis oder Überbau zusammen. Entscheiden die materiellen Verhältnisse wie die Ausstattung mit natürlichen Ressourcen oder die Ideen der Menschen, die mit diesen Verhältnissen umzugehen haben? Demnach wären die Bewohner der gemäßigten Zonen im Vorteil, ist der Reichtum der Kohlevorkommen in den alten Industrierevieren, die Ölvorkommen am Persischen Golf, die Fruchtbarkeit der Tropen oder der jungfräuliche Boden im amerikanischen Westen die beste Voraussetzung, während in den Frostgebieten Sibiriens, den Gebirgslagen Zentralasiens oder den Wüstenzonen der Welt Entwicklung kaum möglich ist. Demnach sind die Bewohner von Flusstälern, Küstensäumen oder Inseln immer im Vorteil gegenüber dem Hinterland aufgrund der natürlichen Infrastruktur und Fruchtbarkeit. Immerhin waren die Alpen einmal die Armutsregion Europas, sind alle frühen Hochkulturen in Flusstälern entstanden. Oder ist es genau umgekehrt? Der Überfluss lähmt die Initiative, verleitet zur Verschwendung, zur unproduktiven Verwendung von Ressourcen, während der Mangel ein besonderer Ansporn ist, die Phantasie anregt, den Mangel zu kompensieren, sparsamen Umgang erfordert und die Innovationsbereitschaft fördert.

Es gibt Beispiele und Gegenbeispiele für beides: Rohstoffexporteure, die sich entwickelt haben, Rohstoffexporteure, die die Einkommen verschwendet haben, tropische Gebiete, die arm geblieben sind und solche, die wohlhabend geworden sind, aride Gebiete, die nicht

mehr als das Existenzminimum zulassen und aride Gebiete (z.B. Israel), wo der Wassermangel durch menschliche Initiative kompensiert wurde und blühende Landschaften entstanden sind.

3.7 Markt vs. Staat

Ob und wie vorhandene Ressourcen genutzt werden, ob und wie Mangelsituationen kompensiert werden, ob die strukturellen Voraussetzungen bestehen, ob das unternehmerische Individuum sich entfalten kann, hängt auch ab von den Regulierungsinstanzen. Die darüber geführte Debatte ist so alt wie das Projekt selber und reicht bis in die Frühe Neuzeit zurück. Liberale Positionen in der Entwicklungstheorie, zuerst die Niederländer, dann die Briten und zuletzt die US-Amerikaner, haben seit jeher argumentiert, dass der Markt die Instanz ist, die die Wahrnehmung von solchen Chancen am besten zulässt. Der Staat hat nur dafür zu sorgen, dass die Kräfte des Marktes auch wirksam werden können, die Mobilität der Produktionsfaktoren gewährleistet ist, die Konkurrenz sich entfalten kann. Deshalb soll er sich nach innen wie nach außen so weit möglich aus der Wirtschaft fern halten und nur für Rechtssicherheit, Schutz des Eigentums, funktionierende Märkte, Freizügigkeit, Freihandel, freien Kapitalverkehr und dafür sorgen, dass der Einzelne auch in den Genuss seiner Anstrengungen kommt. Deregulierung, Privatisierung, niedrige Steuern lauten die liberalen Rezepte.

Dagegen steht die genauso alte Position, dass der Staat intervenieren muss, weil das Prinzip der freien Konkurrenz den Vorreiter, den Stärksten und Wettbewerbsfähigsten bevorzugt. In der Aufstiegs- wie in der Niedergangsphase führt die Verfolgung dieses Prinzips nur dazu, dass der Aufstieg blockiert, der Niedergang beschleunigt wird. Die Gegentradition beginnt bei den Merkantilisten, setzt sich fort bei den Neomerkantilisten des 19. Jahrhunderts, den Entwicklungskeynesianern der 1950er/60er Jahre und findet sich heute in der Institutionenökonomik und der Theorie des bürokratischen Entwicklungsstaates.

Führt eine marktorientierte oder interventionistische Strategie nicht zu Erfolg bzw. sogar zu dessen Gegenteil, wird dies auf beiden Seiten auf die zu geringe Befolgung der jeweiligen Prinzipien zurückgeführt. Differenziertere Argumente setzen das Verhältnis von Markt und Staat in Beziehung zum Entwicklungsstand. Liberalismus ist die angemessene Position des Vorreiters, Interventionismus die des Nachzüglers. Je größer das Entwicklungsgefälle, das es aufzuholen gilt, desto mehr Staat, je mehr dieses Gefälle abgebaut wird, desto mehr Markt ist möglich und nötig. Diese differenzierte Argumentation gilt aber nicht nur für den

Prozess nachholender Entwicklung, sondern auch den Strukturwandel der Vorreiter, die unter den Druck der Nachzügler geraten.

3.8 Stadien vs. Kontinuum

Die differenzierte Position führt zu der Kontroverse Stadien oder Stufen der Entwicklung versus Kontinuum. Ist Entwicklung ein kontinuierlicher Prozess mit einer langen Anlaufperiode, einem kontinuierlichen Wachstum, einem immer weiter fortschreitenden sozialen Wandel ohne besondere Etappen, Schwellen, Wendepunkte, gar ohne erkennbaren Endpunkt? Oder lassen sich bestimmte Phasen unterscheiden, kann sogar davon ausgegangen werden, dass ein bereits erreichtes Niveau wieder unterschritten wird, auf Aufstieg also auch Niedergang folgen kann, vielleicht sogar folgen muss?

Viele prominente Entwicklungstheoretiker sind optimistische Stadientheoretiker. Damit stehen sie in der Tradition des Hegelschen Idealismus. Es gibt einen Fortschritt, einen Sinn in der Geschichte. List spricht eingeschränkt von den Ländern der ersten und zweiten Stufe sowie von denen der heißen Zone. Die Länder der zweiten Stufe haben im Sinne des Fortschrittsdenkens eine Aufstiegschance, die Länder der heißen Zone nicht. Marx unterscheidet fünf Formationen von der Urgesellschaft bis zum Kommunismus, die alle Gesellschaften zu durchlaufen haben, der Modernisierungstheoretiker Rostow in seinem nichtkommunistischen Manifest ebenfalls fünf, die von der traditionellen Gesellschaft bis zum Zeitalter des Massenkonsums reichen. Politische Modernisierungstheoretiker unterscheiden Stadien der Staatenbildung, Nationenbildung, Demokratisierung und Herausbildung des Sozialstaats. Aber auch Jean Fourastié (1907-1990) mit seinen drei Stadien (Agrargesellschaft, Industriegesellschaft, Dienstleistungsgesellschaft) wäre hier zu nennen oder die aktuelle entwicklungspolitische Terminologie, die Industrieländer, Schwellenländer, Entwicklungsländer, am wenigsten entwickelte Länder unterscheidet. Gibt es kritische Entwicklungsphasen im Sinne eines take off (Rostow), Spurt (Gerschenkron), big push (Rodenstein-Rodan), der ursprünglichen Akkumulation (Marx) oder der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation (Lenin)?

Kontrovers ist allerdings selbst unter Stadientheoretikern die Frage: Was folgt, wenn das Endziel der Entwicklung, in der Terminologie Rostows das Zeitalter des Massenkonsums, erreicht ist? Steht am Ende das Paradies auf Erden? Bleibt es dabei oder folgt auf die Aufstiegsphase zwangsläufig die Phase eines relativen oder absoluten Niedergangs, wie sie alle antiken Großreiche durchlaufen haben? Die Weltsystemtheorie hält eine Aufwärts- und Abwärtsmobilität innerhalb des Systems für möglich. Auch die Debatten über den Dutch Decline

(seit ca. 1700), den British Decline (seit ca. 1900) oder den American Decline (seit den 1980er Jahren) waren im weiteren Sinne entwicklungstheoretische Debatten, nur dass der Peripherisierungsdruck sich jeweils umgekehrt hat. Die Vorreiter der Entwicklung sind die ersten, die dem Druck der Nachzügler weichen müssen. Hier trifft sich die pessimistische Variante der Stadientheorie mit der Vorstellung vom Nullsummenspiel. Mancur Olson (1932-1998) mit seiner Sklerose-Theorie hat eine generelle Erklärung geliefert.

Aber es gibt Gegenargumente zur Stadientheorie. Das Marxsche Stadienschema ist obsolet geworden. Südostasien zeigt, dass auch tropische Länder, Lists Länder der „heißen Zone“ sich industrialisieren können. Eine take off-Phase sucht man in der französischen oder österreichisch-ungarischen Geschichte vergebens. Die These, dass Industrialisierung zwangsläufig zu Demokratisierung führt, wird zurzeit in China widerlegt. Ist Deindustrialisierung gleichzusetzen mit Niedergang oder ist die Dienstleistungsgesellschaft nur eine neue Entwicklungsstufe, die wiederum in viele Etappen untergliedert werden kann? Die Zukunft wird zeigen, ob das Industriezeitalter nur ein zeitlich befristetes Phänomen war ebenso wie der Begriff Industrieländer als Synonym für entwickelte Länder schon jetzt seiner Sinnhaftigkeit entkleidet wurde.

3.9 Werte vs. Produktive Kräfte

Dass es einer Gesellschaft gelingt, ein höheres Entwicklungsstadium zu erreichen, hat auch mit der Frage zu tun, ob kurzfristiger Wohlstandsgewinn oder langfristige Entwicklung das Ziel ist. Die zwischen Friedrich List und der britischen Klassik geführte Debatte um Theorie der Werte versus Theorie der Produktiven Kräfte drehte sich um diese Frage. Die Konsequenz der ricardianischen Argumentation – Orientierung an komparativen Vorteilen nach Maßgabe natürlicher Faktorausstattung – war ein Wohlstandsgewinn, in Ricardos Beispiel definiert als Einsparung von Arbeitszeit bzw. Erzielung einer höheren Arbeitsproduktivität durch Spezialisierung. List argumentierte dagegen, dass viele Länder auf diese Weise auf den Status von Primärgüterproduzenten festgeschrieben werden und keine Aufwärtsmobilität in Richtung technologisch anspruchsvoller Produkte erreichen können. England hat sich bekanntermaßen nach dem Methuen-Vertrag entwickelt, Portugal nicht. Unter bewusster Verletzung des ricardianischen Arguments empfiehlt List einen Protektionismus auf Zeit zum Schutz junger Industrien. Zum Freihandel soll erst übergegangen werden, wenn der Kompetenzvorsprung der Vorreiter aufgeholt ist. Die dafür in Kauf zu nehmenden Wohlstandsverluste seien im Sinne von Lernkosten hinzunehmen. Nur so sei es möglich, die produktiven Kräfte eines Landes zu steigern und langfristig auch Wohlfahrtsgewinne zu erzielen. Die Fä-

higkeit, Wohlstand zu erzeugen, ist in dieser Argumentation wichtiger als der Wohlstand selbst. In vielen postkolonialen Staaten, angefangen bei Alexander Hamilton nach dem amerikanischen Unabhängigkeitskrieg, wurde sogar argumentiert, dass die völlige Unabhängigkeit ehemaliger Kolonien erst erreicht ist, wenn auch eine eigene Industrie aufgebaut wird. Genau dies war den Kolonien in der Regel untersagt, sollten sie doch auch als Absatzmärkte der Mutterländer dienen.

Empirisch ist es so, dass selbst das Mutterland des Liberalismus, Großbritannien, erst Mitte des 19. Jahrhunderts Ricardo folgte und zum Freihandel überging, als es bereits an der Spitze stand. Ähnliches gilt für die USA nach 1945 oder für die asiatischen Schwellenländer heute. Die zähen Verhandlungen um eine WTO-Mitgliedschaft Chinas drehten sich um die Frage, welche Sonderbedingungen für welche Übergangsphase China eingeräumt werden. Nicht anders verhält es sich bei den Erweiterungsrunden der EU. Eine bloß ricardianische Politik von Anfang an hat im Verlauf der Weltgeschichte nirgendwo zu Entwicklung geführt.

3.10 Rente vs. Profit

Logik der Rente oder Logik des Profits lautet eine weitere entwicklungstheoretische Alternative. Bereits Ricardo hatte gezeigt, dass eine Umverteilung des Volkseinkommens von den Grundbesitzern zu den Industriekapitalisten bzw. von den Renten- zu den Profiteinkommen entwicklungsfördernd ist, weil im Sinne der angebotsorientierten Theorie steigende Gewinne zu zusätzlichen Investitionen, Beschäftigung und damit Wirtschaftswachstum führen. Damit sich in einer Gesellschaft vorrangig die Interessen von Unternehmern gegen die Interessen von Grundbesitzern durchsetzen können, bedarf es unternehmerfreundlicher Rahmenbedingungen.

In vielen Ländern herrscht die Logik der Rente. Renten sind nicht das Resultat unternehmerischer Tätigkeit, sondern Ausfluss politischer Macht. Wer die Rohstoffvorkommen, Tropenwälder, Fischgründe oder Böden kontrolliert, zieht daraus eine Rente, die ihm derjenige zahlt, der die Erlaubnis zur wirtschaftlichen Nutzung dieser Ressourcen erhält. Dies können ausländische Rohstoffkonzerne oder einheimische Pachtbauern sein. Auch die Abschottung gegen auswärtige Konkurrenz kann zu Renten führen wie im Fall der britischen Korngesetze. Selbst aus der Besteuerung des Außenhandels ohne besondere strategische oder fiskalische Absicht, aus den Zuwendungen der Entwicklungszusammenarbeit, sogar der humanitären Hilfe und gerade auch aus der Schattenwirtschaft lassen sich Renten ziehen.

Da die Nutznießer kein Interesse haben, dass ihre Einkommensquellen versiegen, werden sie einen Teil der Renten in ihren Machtapparat investieren, um die Kontrolle über renten-trächtige Ressourcen zu behaupten. Ein weiterer Teil wird zur Loyalitätssicherung verwendet, etwa durch Subventionierung des Brotpreises oder die Schaffung vieler Posten im Staatsapparat. Was übrig bleibt nach Abzug der Herrschaftskosten fließt in den Luxuskonsum der Herrschenden oder wird ins Ausland transferiert und dort angelegt, um künftige Renteneinkommen auch bei Machtverlust daheim zu sichern. Am Ende bleibt ein ausgeplündertes Land ohne jegliche Entwicklungsdynamik, das berühmte Galtungsche Loch im Boden, wenn die Mine erschöpft ist. Es sei denn, die Renten sind im Vergleich zur Bevölkerung wie in manchen OPEC-Staaten so hoch, dass so viel bleibt zur Loyalitätssicherung der Massen, dass breitenwirksamer Wohlstand ohne Entwicklung möglich ist.

Entwicklung im Sinne von Wirtschaftswachstum, steigender Arbeitsproduktivität, wachsender Beschäftigung, Reallohnsteigerungen und Ausweitung des Binnenmarkts ist nur möglich, wenn zuvor investiert wurde. Dass aber risikobereite Unternehmer Kapital investieren, setzt voraus, dass diese auch die Möglichkeit dazu haben, setzt voraus, dass neue Mittelschichten, die solche Unternehmer hervorbringen, und Gewerkschaften, die Reallohnsteigerungen aushandeln, sich gegen die etablierten Renteninteressen politisch durchsetzen können.

3.11 Macht vs. Wohlstand

Rente oder Profit leitet über zur Alternative Macht versus Wohlstand. Wozu wird das Einkommen einer Gesellschaft vorrangig verwendet? Die Logik der Rente verlangt, dass ein erheblicher Teil der Renteneinkommen für den Machterhalt der politischen Elite nach innen und außen verwendet wird. Die Aufwendungen für Armee, Polizei und Geheimdienste bilden den größten Posten im Staatshaushalt. Totalitäre Gesellschaften sind die Folge. Bei den fragilen und zerfallenen Staaten setzt sich diese Logik auf der Ebene der Warlords fort. Viele Kriege und Bürgerkriege sind in Wirklichkeit ein Kampf um die Rente. Im Extremfall kann so die Rentenlogik zur völligen Zerstörung staatlicher Strukturen führen und damit elementare Voraussetzungen für jeglichen Entwicklungsprozess zunichte machen.

Erst wenn die Steigerung des nationalen Wohlstands zur Richtschnur staatlichen Handelns wird, ein Teil des Volkseinkommens produktiv angelegt wird, dann setzt sich die Logik des Profits durch. Da ein unternehmerisch orientierter Mittelstand anfänglich kaum oder gar nicht vorhanden ist, kann und muss die Bürokratie initiativ werden. Die Wirtschaftspolitik muss gegenüber der Sicherheitspolitik einen höheren Stellenwert bekommen, Renteneinkommen

müssen für Investitionsvorhaben im Lande verwendet, statt in den Machtapparat gesteckt werden. Nur über Wirtschaftswachstum ist zusätzliche Beschäftigung, eine Verbesserung des Lebensstandards der Masse der Bevölkerung und damit auch Massenloyalität zu erreichen.

3.12 Wachstum vs. Umverteilung

Aus der Wachstumsorientierung resultiert die Kontroverse, wer wann in welchem Umfang am Wachstum partizipiert. Eine angebotsorientierte Wachstumspolitik verfolgt die Strategie „growth first, redistribution later“. Zunächst muss angesichts des noch geringen Kapitalstocks jeder Einkommenszuwachs für Investitionen verwendet werden, um weiteres Wachstum und zusätzliche Beschäftigung zu schaffen. Da Investitionen aus dem Sparaufkommen finanziert werden und nur die Bezieher hoher Einkommen sparen können, ist eine anfängliche Ungleichheit in der Einkommensverteilung nicht nur geboten, sondern sogar erwünscht. Im Verlauf des Wirtschaftswachstums kommt es zur Verknappung von Arbeitskraft, so dass die Löhne steigen und damit Druck auf weitere Investitionen zur Produktivitätssteigerung ausüben.

Diese theoretische Argumentation hat Simon Kuznets empirisch zu belegen versucht, indem er zeigt, dass im Zeitverlauf die Einkommensverteilung eines Landes eine U-Form annimmt. Bevor das Wachstum einsetzt, ist die Einkommensverteilung eher homogen, zu Beginn des Wachstums wird sie ungleich, um zu einem späteren Zeitpunkt wieder gleicher zu werden. Das Zusatzargument lautet, dass zu Beginn des Industrialisierungsprozesses internationale Konkurrenzfähigkeit nur über niedrige Löhne erzielt werden kann. Diese sind deshalb so niedrig, weil Entwicklungsländer über ein „unlimited supply of labour“, ein unbegrenztes Angebot von Arbeitskräften verfügen, so das klassische Argument eines weiteren Pioniers der Entwicklungstheorie, W. Arthur Lewis. Karl Marx nannte das die Industrielle Reservearmee. Welch wahrhaft unbegrenzten Umfang diese haben kann, zeigt derzeit das chinesische Beispiel mit seinen ca. 200 Millionen Wanderarbeitern.

Dagegen steht das angebotsorientierte Argument „redistribution with growth“, Wachstum mit bzw. sogar durch Umverteilung, das von Hollis Chenery u.a. vorgebracht wurde. Auch hier wird empirisch argumentiert. Der Erfolg der angelsächsischen Siedlerkolonien im Vergleich zur Plantagen- und Minenwirtschaft in der Karibik und in Lateinamerika wird darauf zurückgeführt, dass im ersten Fall die Exporteinkommen breit gestreut waren und sich eine eher egalitäre Gesellschaft herausgebildet hat, während im zweiten Fall die Exporteinkommen auf

wenige Plantagen- und Minenbesitzer konzentriert waren. Im ersten Fall hat sich ein breiter Markt für Massenkonsumgüter und landwirtschaftliche Ausrüstungsgüter entwickelt, während im zweiten Fall nur Luxusgüter nachgefragt wurden. Ersteres war die Grundlage, dass sich eine binnenorientierte Industrie etablieren konnte, letzteres hat nur Luxusgüterimporte ange-regt und damit auch nach der Entkolonialisierung die überkommenen Strukturen verfestigt. Die beiden klassischen Konflikte in den USA zwischen den industrialisierungswilligen Nord- und den freihändlerischen Südstaaten hat der Norden, den zwischen den Ranchern und Farmern des Mittleren Westens haben die Farmer für sich entschieden. In Brasilien oder Ar-gentinien hingegen sind die Besitzer der großen Plantagen und Viehherden an der Macht geblie-ben.

Auch für die asiatischen Schwellenländer gilt die Beobachtung einer anfänglich eher homo-genen Einkommensverteilung, weil in Nassreiskulturen aufgrund der hohen Arbeitsintensität und Flächenproduktivität die Betriebe eher klein sind und weil es vielfach (Japan, China, Ko-rea, Taiwan, Vietnam) zu frühzeitigen Bodenreformen gekommen ist. Die hohe Ungleichheit in der Einkommensverteilung lateinamerikanischer Länder dort ist auch die Folge ausblei-bender Bodenreformen.

3.13 Industrialisierung vs. Demokratisierung

Steigende Löhne und damit Umverteilung sind nicht nur die Folge der Verknappung von Ar-beitskraft, sondern auch die Folge des Aufbaus von Gegenmacht durch Gewerkschaften, Bauernverbände und Genossenschaften. Sie ist ferner die Folge von Sozialpolitik und Fis-kalpolitik von Seiten des Staates. Damit sich Gegenmacht in Form von Parteien, Gewerk-schaften und Genossenschaften organisieren kann, damit Regierungen an die Macht kom-men, die Sozialstaatspolitik betreiben, sind demokratische Verhältnisse die Voraussetzung. Die Frage Wachstum versus Umverteilung ist also verknüpft mit der Frage, ob Industrialisie-rung von Demokratisierung begleitet ist.

Die Alternative, ob eine angebotsorientierte oder eine nachfrageorientierte Strategie präfe-riert wird, hängt zusammen mit der Frage, ob Demokratisierung der Industrialisierung nach-zufolgen oder mit Industrialisierung einherzugehen hat. Dies ist nicht nur eine politische, sondern auch eine entwicklungspolitische Frage. Der angelsächsische Weg in die Moderne sah die Parallelität beider Prozesse. Spätere Nachzügler haben gezeigt, dass auch die Ab-folge erst Industrialisierung und dann Demokratisierung zu modernen Gesellschaften führen kann. Staatliche Umverteilungspolitik, siehe die Bismarcksche Sozialpolitik, war auch mög-

lich unter autoritären Vorzeichen. Umgekehrt zeigen die Gesellschaften sowjetischen Typs, dass Industrialisierung ohne Demokratie und auf Kosten der Masse der ländlichen wie städtischen Bevölkerung mit den Mitteln der Kommandowirtschaft erzwungen werden konnte. Asiatische Eliten stellen die Notwendigkeit von Demokratisierung im Industrialisierungsprozess schlechthin als Ausdruck westlichen Denkens in Frage.

Damit kommt man zurück zu der Ausgangsfrage: Gibt es nur einen Weg in die Moderne, den westlichen, bei dem Industrialisierung, Demokratisierung und Herausbildung des Sozialstaates Hand in Hand gehen, bei dem Demokratie ein Wert an sich und nicht nur entwicklungstheoretisch begründete Notwendigkeit? Oder gibt es mehrere Wege in die Moderne, bei denen Industrialisierung unter autoritären Vorzeichen stattfindet, weil sie nicht der Logik expandierender innerer Märkte, dem fordistischen Modell folgt, sondern vorrangige Schwerindustrialisierung, also Industrialisierung um der Industrialisierung willen anstrebt oder nur auf die Exportmärkte abzielt? Im Hinblick auf die Demokratisierungsprozesse in asiatischen Gesellschaften stellt sich die Frage, ob Demokratisierung dort das Resultat interner politischer Kämpfe oder das Resultat eines Drucks von außen war - etwa in Form des britischen Kolonialerbes oder der amerikanischen Besatzungspolitik nach 1945.

3.14 Wachstum vs. Nachhaltigkeit

Zwar werden viele Gründe von den politischen Eliten der Entwicklungsländer vorgetragen, warum das westliche Modell in seinen sozialen und politischen Konsequenzen nicht übertragbar sei. Unabweisbar sind aber dessen ökologische Konsequenzen. Die Industrialisierung in den alten Industrieländern folgte auf Kosten der Natur, daheim wie in den Kolonien, die Rohstoffe und Nahrungsmittel beizusteuern hatten. Seit der Diskussion über die Grenzen des Wachstums und der Folgen des Klimawandels wird Entwicklung auf Kosten der Natur in Frage gestellt. Unter großem Aufwand von Wissenschaft und Technik wird in den Industrieländern die Belastung der Natur gemildert. Nachhaltiges Wachstum lautet hier das neue Leitbild. Gleichzeitig wächst der Druck auf die Entwicklungsländer, die gleiche Rücksicht zu nehmen, obwohl diese noch gar keine industriellen Gesellschaften sind. Dieses Verlangen trifft dort auf Widerstand, wird doch vermutet, dass über das Umweltargument nachholende Entwicklung blockiert werden soll.

Umgekehrt ist nicht zu leugnen, dass angesichts der gegenüber dem 18. und 19. Jahrhundert exponentiell gestiegenen Weltbevölkerung ein enormer Naturverbrauch unvermeidlich ist, soll in den Entwicklungsländern nur annähernd das Niveau der Industrieländer erreicht

werden. Ohne Wachstum ist eine nachhaltige Verbesserung der Lebensumstände der Masse der Bevölkerung nicht möglich. Umweltverträgliche Technologien sind dort aber nicht verfügbar bzw. nicht bezahlbar. Gerade die Industrialisierung und Automobilisierung Chinas führt zu einer in der quantitativen Dimension welthistorisch einzigartigen Umweltbelastung. Die Industrialisierung Russlands und Osteuropas zu Zeiten des sowjetischen Industrialisierungsmodells dürfte dem nicht viel nachgestanden sein.

Radikale Positionen verlangen angesichts dieses Dilemmas von Entwicklung und Erhalt der Umwelt den Konsumverzicht in den Industrieländern und den Entwicklungsverzicht in den Entwicklungsländern. Beides ist politisch nicht durchsetzbar. Also kommt es auch hier darauf an, eine vernünftige Balance zwischen der globalen Verantwortung für die Umwelt und den Bedürfnissen der in ihr lebenden Menschen zu finden. Verfolgt werden muss eine Doppelstrategie: Einerseits Einsatz von Wissenschaft und Technik, die dem Leitbild der Ressourcenschonung, Energieeffizienz und Minimierung der Umweltbelastung folgt, andererseits eine Politik, die einen Kompromiss für eine umweltbedingte globale Umverteilung anstrebt.

Anhang

Chronik der Entwicklungstheorie 1939-2009

Theoretische Beiträge, Institutionen und weltpolitische Ereignisse

1940er Jahre

- | | |
|-----------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 1939/1946 | Wachstumstheorie von Roy Harrod und Evsey Domar wird Grundlage keynesianischer Entwicklungsökonomie. |
| 1940 | Colin Clark „Conditions of Economic Progress“. |
| 1941 | Atlantik-Charta von Roosevelt und Churchill verkündet vier Freiheiten, aber Uneinigkeit in der Frage der Entkolonialisierung. |
| 1942/46 | Der niederländische Kolonialbeamte Julis H. Boeke formuliert Dualismustheorie und Empfehlungen zur Überwindung des Dualismus. |
| 1943 | Paul Rosenstein-Rodan formuliert Theorie des Big Push im Hinblick auf die Industrialisierung in Südosteuropa. |
| 1943 | Konferenz von Hot Springs: Gründung der FAO. |
| 1944 | Konferenz von Bretton Woods: Gründung von Weltbank und Weltwährungsfonds (IWF). |
| 1945 | Konferenz von San Francisco: Gründung der Vereinten Nationen (UNO) und Verabschiedung der Charta der UNO. |
| 1945 | Ende des Zweiten Weltkriegs führt seit 1947 in Asien zur zweiten Welle der Entkolonialisierung. |
| 1946 | Internationales Arbeitsamt (ILO, gegründet 1919) wird Sonderorganisation der UNO. |

- 1947 Indien wird unabhängig, orientiert sich in der Folge, gestützt auf Arbeiten des indischen Ökonomen P.C. Mahalanobis, an sowjetischer Planwirtschaft.
- 1947 Eskalation des Ost-West-Konflikts, George Kennan veröffentlicht „The Sources of Soviet Conduct“, Präsident Truman formuliert Politik der Eindämmung (containment) gegen sowjetische Expansion (Truman- Doktrin).
- 1947 Konferenz von Havanna zeigt Uneinigkeit in der Gründung eine Welthandelsorganisation. Stattdessen wird General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) verabschiedet.
- 1948 UNO verkündet „Allgemeine Deklaration der Menschenrechte“.
- 1948 Gründung der UNO-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL). Unter ihrem Direktor, Raúl Prebisch, entwickelt sich CEPAL zum führenden entwicklungstheoretischen Organ der UNO und formuliert Cepalismus als Entwicklungsstrategie zwischen reiner Außen- und reiner Binnenorientierung.
- 1949 Inauguraladresse von Harry S. Truman (12. Juni) kündigt Vier Punkte-Plan zur Entwicklungshilfe an. Rede markiert den Beginn des neuen Politikfeldes „Entwicklungspolitik“.
- 1949 Gründung der Volksrepublik China führt zu Zunahme des sowjetischen Einflusses in Asien.
- 1950er Jahre
- 1949/50 Singer/Prebisch-These über die säkulare Verschlechterung der Terms of Trade führt zur Importsubstitutionsstrategie, abgesichert durch Protektionismus. Strategie wird in etlichen lateinamerikanischen Ländern in den 1950er bis 1970er Jahren verfolgt.
- 1950ff Entwicklungsökonomie, gestützt auf die Arbeiten der Pioniere P.T Bauer, Colin Clark, Albert O. Hirschman, W. Arthur Lewis, Gunnar Myrdal, Ragnar Nurkse, Raúl Prebisch, Paul Rosenstein-Rodan, Walt W. Rostow, Hans Sin-

ger, Jan Tinbergen u.a. bildet sich als eigenständige Disziplin innerhalb der Ökonomie heraus. Die Generallinie zielt auf Entwicklung durch Wirtschaftswachstum ab. Gestützt auf Kuznets' U-Hypothese lautet das Motto: Wachstum zuerst, Umverteilung später. Da eine Unternehmerschicht fehlt, soll der Staat, ggf. auch das Militär zum Akteur des Wachstumsprozesses werden. Deshalb lautet das weitere Motto: Industrialisierung zuerst, Demokratisierung später.

- 1950-1953 Korea-Krieg, USA intervenieren mit UN-Mandat. Chinas Eintritt in den Krieg führt zum Patt entlang des 38. Breitengrads.

- 1951 Gründung des Center for International Studies (CENIS) des MIT in Cambridge, Mass. soll Konzepte zur Eindämmung des Kommunismus entwickeln. Harvard und MIT werden zum intellektuellen Zentrum der frühen Entwicklungstheorie.

- 1952 Talcot Parsons begründet mit „The Social System“ den Strukturfunktionalismus.

- 1954 Französische Niederlage in Vietnam. USA beginnen sich in Vietnam zu engagieren.

- 1955 Konferenz von Bandung verabschiedet „Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz“ und ist Vorläufer der Blockfreien-Bewegung.

- 1957 Sputnik-Schock markiert den Auftakt der außenpolitischen Offensive der Sowjetunion bis zur Kuba-Krise.

- 1957 Millikan/Rostow veröffentlichen „A Proposal: Key to an Effective Foreign Policy“ und „Foreign Aid: Next Phase“. Darin wird gefordert, die Entwicklungspolitik als Teil der containment-Strategie zu verstehen. Sie setzen auf die unvermeidliche Zusammenarbeit mit autoritären Systemen/ Militärdiktaturen. Rostow berechnet den notwendigen Kapitalimport, um im Sinne seiner Stadien-theorie das take off-Stadium zu erreichen. Das notwendige Kapital soll von den Industrieländern und Internationalen Organisationen aufgebracht werden.

- 1958 Hirschmans „Strategie der wirtschaftlichen Entwicklung“ formuliert Theorie des ungleichgewichtigen Wachstums und Strategie der Kopplungseffekte.
- 1958 Daniel Lerner's „The Passing of Traditional Society: Modernizing the Middle East“ begründet Modernisierungstheorie. Überwindung interner Entwicklungsblockaden steht im Vordergrund.
- 1959ff Kubanische Revolution. Amerikanischer Druck führt zur Radikalisierung und Anlehnung an die Sowjetunion. Versuch des Revolutionsexports nach Lateinamerika. („Eins, zwei, drei – viele Vietnams“).
- Ende 1950er Dritte Welle der Entkolonialisierung in Afrika. Viele arabische und afrikanische Länder orientieren sich am Marxismus/Leninismus.
- 1960er Jahre
- 1960 Rostow veröffentlicht „Stadien des wirtschaftlichen Wachstums“ als Gegenmodell zur marxistischen Stadientheorie.
- 1960 Bruch zwischen China und der Sowjetunion, China proklamiert eigene maoistische Entwicklungsstrategie.
- 1960 Gründung der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC).
- 1960-1961 Dillon-Runde des GATT führt zu Zollsenkungen.
- 1961 Kennedy wird Präsident der USA, McNamara Verteidigungsminister, Rostow Sicherheitsberater. Die neue Administration begründet die Entwicklungspolitik als Teil der Sicherheitspolitik, um dem wachsenden Einfluss der Sowjetunion in den Entwicklungsländern entgegen zu wirken.
- 1961 UNO verkündet Erste Entwicklungsdekade. Gründung wichtiger entwicklungspolitischer Institutionen.
- 1961 Konferenz von Belgrad führt zur Gründung der Blockfreienbewegung.

- 1961 US-Aid gegründet.

- 1961 Peace-Corps gegründet.
- 1961 Konferenz von Punta del Este führt zur Gründung der Allianz für den Fortschritt, um kubanischem Einfluss in Lateinamerika entgegen zu wirken.

- 1961 Entwicklungsausschuss (DAC) der OECD gegründet.

- 1961 BMZ gegründet.

- 1962 Kuba-Krise („Thirteen Days“).

- 1964 Rostow wird US-Vertreter im „Interamerikanischen Ausschuss der Allianz für den Fortschritt“ im Rang eines Botschafters.

- 1964 Gründung der UN Conference on Trade and Development (UNCTAD) in Genf: Zielvereinbarung 0,7 % des BSP der Industrieländer soll für Entwicklungshilfe verwendet werden.

- 1964-1967 Kennedy-Runde des GATT: lineare Zollsenkungen, Antidumpingmaßnahmen.

- 1965 Gründung des Entwicklungshilfe-Programms der UNO (UNDP).

- Mitte 1960er Strukturalistische Dependenz-Theorie in Lateinamerika thematisiert Weltmarkt und Kolonialismus/Imperialismus/Neoimperialismus als entscheidende Ursachen der Entwicklungsproblematik. Strukturalistisches Denken in der Tradition von Prebisch und Singer gewinnt großen Einfluss auf den Nord-Süd-Konflikt.

- 1966-1969 „Kulturrevolution“ in China, Maoismus wird in den 1970er Jahren als Entwicklungsmodell propagiert und nach Afrika (z.B. Ujamaa-Bewegung in Tanzania exportiert (arbeitsintensiv, einfache Technologie, agrarorientierte ländliche Kleinindustrie, Hinterlandorientierung, Barfußärzte, Aufhebung der Trennung von Kopf und Handarbeit, Autarkie) und hat großen Einfluss auf die internationale Diskussion, die viele Elemente in abgeschwächter Form aufnimmt (Grundbedürfnisse, ländliche Entwicklung, self reliance, angepasste Technologie etc.).

- 1967 Gründung der Gruppe der 77 innerhalb der UNCTAD als Forum zur Vertretung des Südens im Nord-Süd-Konflikt. Wortführer sind Vertreter des Dritten Wegs wie Algerien, Indien, Jugoslawien, Tanzania. UNCTAD entwickelt sich zeitweise wegen der Majorität der Entwicklungsländer zum Gegengewicht zu IWF, Weltbank und GATT bzw. später WTO, in denen die Industrieländer das Sagen haben.
- 1967 McNamara empfiehlt Deeskalation des Vietnam-Krieges, von Johnson abgelehnt.
- 1968 Myrdal veröffentlicht „Asian Drama“.
- 1968 Tet-Offensive des Vietcong, Höhepunkt des Vietnamkrieges, weltweite Proteste und wachsende Opposition in den USA, McNamara tritt als Verteidigungsminister zurück („The Fog of War“).
- 1968 McNamara wird Präsident der Weltbank, leitet Expansion und programmatischen Wandel der Weltbank ein. Weltbank bekommt entwicklungspolitische Thematisierungsmacht. McNamaras Wechsel vom Pentagon zur Weltbank wird als Wandel vom „Saulus“ zum „Paulus“ interpretiert.
- 1968 UNCTAD II in Nairobi verlangt „Allgemeines System der Zollpräferenzen“.
- 1968 US-Aid propagiert „Grüne Revolution“. Steigerung der Nahrungsmittelproduktion durch Produktivitätssteigerungen bei den Großbauern. Mit Hilfe der großen amerikanischen Stiftungen werden in Mexiko und Philippinen Forschungsinstitute zur Züchtung leistungsfähiger Weizen- und Reissorten gegründet.
- 1969 Cardozo/Faletto veröffentlichen „Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika“ als einflussreichstes Buch der Dependenztheorie.
- 1969 Pearson-Bericht „Partners in Development“, durch McNamara initiiert, reaktiviert die Terms-of-Trade-Debatte. Der Report thematisiert die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Entwicklung und empfiehlt neue Weltwirt-

schaftsordnung (globale Umverteilung, Marktöffnung im Norden). Er ist Reaktion auf die Kritik des Strukturalismus.

1970er Jahre

- 1970 UNO verkündet Zweite Entwicklungsdekade.

- 1970 Bockfreien-Konferenz in Lusaka fordert „Collective Self-reliance“ als gemeinsame Entwicklungsanstrengung der Dritten Welt aus eigener Kraft. Einfluss Chinas wird spürbar.

- 1970 Bela Balassas „Growth Strategies in Semi-industrial Countries“ reflektiert neues Phänomen der Schwellenländer und bildet Auftakt des neoliberalen Angriffs auf den Entwicklungskeynesianismus.

- 1972 Meadows-Studie „Grenzen des Wachstums“ markiert Beginn der Umweltdiskussion in der Entwicklungspolitik auf der Basis von Weltmodellen.

- 1972 Erste Weltumweltkonferenz der UNO in Stockholm.

- 1972 ILO-Bericht „Employment, Incomes and Equality“ leitet Abkehr von der angebotsorientierten Wachstumsstrategie ein.

- 1972 UNCTAD III in Santiago de Chile (Höhepunkt des Nord-Süd-Dialogs).

- 1972 O'Donnell „Modernization and Bureaucratic-Authoritarianism“ interpretiert autoritäre politische Systeme in Lateinamerika aus den Erfordernissen der Importsubstitutionsindustrialisierung im Übergang von der leichten zur schweren Phase (Aufbau der Schwerindustrie).

- 1973 Yom Kippur-Krieg, Erste Ölpreiserhöhung der OPEC. OPEC setzt Öl als Waffe im Nahost-Konflikt ein und erhöht Renteneinkommen mit Hilfe einer Kartellpolitik. Diese Strategie wird zum Muster, auch bei anderen Rohstoffen höhere Renten durchzusetzen.

- 1973 Erster Bericht des Club of Rome „Grenzen des Wachstums“ plädiert für Null-Wachstum.
- 1973 Nairobi-Rede von McNamara vor dem Rat der Gouverneure von Weltbank und WWF, Finanzministern und Zentralbankpräsidenten kündigt Strategie der Armutsorientierung an und leitet Paradigmenwechsel von der angebotsorientierten Wachstums-Strategie zur nachfrageorientierten Strategie: Agrarreformen, Grundbedürfnisse, angepasste Technologie etc. Im Zentrum steht die Absicht, die Produktivität und damit auch die Einkommen der „absolut Armen“ zu steigern. Strategiewechsel leitet projektorientierte Entwicklungszusammenarbeit (EZ) ein. EZ wird seitdem stärker um ihrer selbst willen und nicht nur aus sicherheitspolitischem Kalkül betrieben.
- 1973 McNamara veröffentlicht eine Sammlung von Reden und Aufsätzen „Die Jahrhundertaufgabe. Entwicklung der Dritten Welt“ und identifiziert darin die drängendsten Entwicklungsprobleme: Bevölkerungswachstum, Unterernährung, Arbeitslosigkeit, soziale Ungerechtigkeit u.a.
- 1973 Hollis Chenery u.a. veröffentlichen „Redistribution with Growth“. Die Weltbank-Studie liefert theoretisches Gegenkonzept zur Strategie der 1950/60er Jahre „Growth first, Redistribution later“.
- 1973-1979 Tokyo-Runde des GATT führt zu weiteren Zollsenkungen und dem Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse.
- 1974 Zweiter Bericht des Club of Rome „Menschheit am Wendepunkt“ ist moderater und fordert nur noch kontrolliertes Wachstum.
- 1974 Welternährungskonferenz der UNO in Rom verlangt Internationalen Fonds für Agrarentwicklung (IFAD) und die Gründung eines Welt-Nahrungsmittel Rats (WFC).
- 1974 UNCTAD-Symposium verabschiedet Erklärung von Cocoyoc, in der Alternative Entwicklung als Reaktion auf die Grenzen des Wachstums gefordert wird.
- 1974 29. Generalversammlung der UNO verabschiedet „Neue Weltwirtschaftsordnung“ (NWO) und „Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staa-

- ten". Beide Dokumente verlangen Globale Umverteilung und schlagen globalen Entwicklungskeynesianismus vor.
- 1974 China proklamiert „Theorie der Drei Welten“ und sich selber zum Führer der Dritten Welt.
- 1975 Lomé-Abkommen zwischen EWG und AKP-Staaten (Lomé I) über Handelspräferenzen leitet europäische EZ mit den ehemaligen Kolonien mit Schwerpunkt Afrika ein.
- 1976 Mahbub Ul Haqs „The Poverty Curtain“ signalisiert mit der Verwendung des Begriffs „Vorhang“, dass der Nord-Süd-Konflikt die gleiche Bedeutung wie der Ost-West-Konflikt hat.
- 1976 Dritter Bericht des Club of Rome „Das Ende der Verschwendung“. Mittels des Einsatzes von Wissenschaft und Technik sollen Engpässe bei Rohstoffen, Nahrungsmitteln und Energie behoben werden.
- 1976 ILO-Konferenz „Beschäftigung, Wachstum und Grundbedürfnisse“ formuliert Grundbedürfnisstrategie
- 1976 UNCTAD IV in Nairobi fordert „Integriertes Rohstoffabkommen“ zur Stabilisierung der Rohstoffpreise.
- 1976 Tinbergen-Report „Reform der Internationalen Ordnung“ (RIO-Bericht) macht Vorschläge zur Umsetzung der NWO.
- 1977 Bariloche-Modell „Grenzen der Armut“, benannt nach der argentinischen Bariloche-Stiftung, kritisiert Weltmodelle des Club of Rome. Grenzen des Wachstums sind nicht natürlich bedingt sondern Resultat ungleicher Verteilung der Ressourcen zwischen Nord und Süd.
- 1978 1. Weltentwicklungsbericht der Weltbank, der künftig jährlich publiziert wird. Weltentwicklungsbereiche betreiben Agenda-Setting in der Entwicklungspolitik.
- 1978/79 Zweite Preiserhöhung der OPEC. Anschließende Ölkrise in Europa verschafft dem Konzept des nachhaltigen Wachstums Nachdruck. Petrodollars, von den

- Banken recycelt und als Kredite an Entwicklungsländer vergeben, führen zur Schuldenkrise seit 1982.
- 1979 ILO: Folgemaßnahmen zur Weltbeschäftigungskonferenz
- 1979 UNCTAD V in Manila markiert allmählichen Bedeutungsverlust der UNCTAD aufgrund wachsender Opposition des Nordens gegen die Forderungen aus dem Süden.
- 1979 Lomé II setzt Lomé I fort ohne neue Akzente.
- 1979 OECD-Studie „Facing the Future“ setzt Grenzen des Wachstums-Diskussion fort.
- 1980er Jahre
- 1980 UNO verkündet Dritte Entwicklungsdekade.
- 1980 Weltentwicklungsbericht „Armut und menschliche Entwicklung“.
- 1981 Erster Brandt-Bericht der unabhängigen Nord-Süd-Kommission „Das Überleben sichern“, initiiert durch McNamara, ist der Versuch von „elder statesmen“ aus dem Norden, den Nord-Süd-Dialog trotz wachsender Opposition auf der Agenda zu behalten. Schlüsselbegriff ist das „gemeinsame Interesse“ von Norden und Süden an der Lösung der Entwicklungsproblematik. Der Bericht eröffnet die Serie der Weltberichte der 1980er Jahre.
- 1981 UNO: Aktionsprogramm für die am wenigsten entwickelten Länder.
- 1981 Balassa propagiert in „The Newly Industrializing Countries in the World Economy“ die Strategie Entwicklung durch Außenhandel. Balassas Forschung wird von der Weltbank gefördert und bereitet den Paradigmenwechsel zum Neoliberalismus vor.
- 1981 Paul Streeten u.a. veröffentlichen „First Things First: Meeting Basic Human Needs“ als theoretisches Gegenkonzept zu Balassas neoricardianischem An-

- satz. Parallele Veröffentlichungen von Balassa und Streeten symbolisieren entwicklungsstrategischen Konflikt innerhalb der Weltbank.
- 1981 Clausen löst McNamara als Weltbankpräsident ab und orientiert die Bank auf verbessertes Finanzmanagement vor dem Hintergrund der sich anbahnenden Schuldenkrise.
- 1981 Gipfel von Cancún: Ende des Nord-Süd-DIALOGs, Forderungen des Südens werden vom Norden abgelehnt. NWO wird nicht umgesetzt.
- 1982ff Schuldenkrise überlagert andere Fragen.
- 1983 Zweiter Brandt-Bericht „Hilfe in der Weltkrise“.
- 1983 UNCTAD VI in Belgrad: Der Norden lehnt die Forderung des Südens nach Schuldenerlass ab.
- 1983 Weltkommission für Umwelt und Entwicklung eingesetzt mit dem Auftrag, bis 1987 einen Bericht zu veröffentlichen.
- 1984 Lomé III rückt von reinen Industrialisierungszielen ab und orientiert auf Grundbedürfnisse.
- 1985 Plaza-Accord der G7: Anpassung der Wechselkurse löst große Kapitalbewegungen zum Ausgleich der Zahlungsbilanzen aus. Wird als Auftakt der Globalisierung bezeichnet.
- 1985 Weltwährungskonferenz in Seoul: Baker-Plan zur Lösung der Schuldenkrise scheitert.
- 1985ff Neostukturalismus in Lateinamerika nähert sich neoliberalen Positionen an.
- 1985 Anne Kruegers (amerikanisches National Bureau of Economic Research) „The Experience and Lessons of Asia's Super Exporters“ u.a. neoliberale Positionen führen zum Washington-Konsensus aus Weltbank, WWF und US-Administration.

- 1986-1993 Uruguay-Runde des GATT führt zu Weltagrarordnung, Liberalisierung von Dienstleistungen (GATS), Direktinvestitionen (TRIMs), Handel mit geistigem Eigentum (TRIPs), Ende des Multifaserabkommens und Gründung der WTO (alles ab 1995).
- 1987 Brundtland-Bericht „Unsere gemeinsame Zukunft“, plädiert für Nachhaltige Entwicklung.
- 1987 Weltentwicklungsbericht „Anpassungs- und Wachstumshemmnisse in der Weltwirtschaft“ markiert Paradigmenwechsel der Weltbank zum Neoliberalismus/Angebotsorientierung: Vorgeschlagen werden Strukturanpassung, Deregulierung, Privatisierung; Wachstum über Außenhandel, Senkung der Lohnquote und Senkung der Staatsquote, um internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern.
- 1989 Weltentwicklungsbericht „Finanzsysteme und Entwicklung“ propagiert Liberalisierung der Finanzmärkte.
- 1989 Levy-Report der Weltbank propagiert ultraliberalen Kurs.
- 1989 Lomé IV setzt Lomé III fort und beinhaltet erstmals auch Elemente der Strukturanpassung.
- 1989 Brady-Initiative zur Lösung der Schuldenkrise.
- 1989 Ende des Ost-West-Konflikts eröffnet Hoffnung auf Friedensdividende auch in der EZ, da sicherheitspolitische Motive entfallen sind.
- 1990er Jahre
- 1990 Auflösung der Sowjetunion löst fünfte Welle der Entkolonialisierung in Zentralasien und im Kaukasus aus. In der Folge Abkehr vom Marxismus/Leninismus in vielen afrikanischen und arabischen Ländern. Neue Welle der Demokratisierung.

- 1990 UNO kündigt Internationale Entwicklungsstrategie für die vierte Entwicklungsdekade an.
- 1990 Weltentwicklungsbericht „Die Armut“: Wendepunkt Richtung Armutsorientierung.
- 1990 UNO: Erster Bericht über die menschliche Entwicklung.
- 1990 Südkommission „Die Herausforderung des Südens“ (Nyerere-Bericht) wird von politischen Führern des Südens verfasst.
- 1990 Weltkindergipfel in New York ist Auftakt der Weltkonferenzen der 1990er Jahre als neues Konzept im Sinne von Weltregieren.
- 1990ff Washington-Konsens von Weltwährungsfonds, Weltbank und amerikanischen Regierungsinstitutionen über Neoliberalismus.
- 1990 Bush-Rede „Towards a New World Order“ leitet kurze idealistische und multilaterale Phase in der Weltpolitik nach Ende des Ost-West-Konflikts ein (Bush's „vision thing“).
- 1991 Resolution 688 („Kurdenresolution“) des UNO-Sicherheitsrats erkennt „Gefährdung des Weltfriedens“ als Folge von Menschenrechtsverletzungen im Nordirak und grenzüberschreitenden Flüchtlingsströmen. Resolution legitimiert erstmals seit Beginn des Korea-Kriegs UNO-Missionen unter Kapitel VII der Charta unter Verletzung des Souveränitätsprinzips.
- 1991 Weiterer Bericht des Club of Rome „Die erste globale Revolution“ fordert Nachhaltige Entwicklung.
- 1991 Bericht der Kommission für Weltordnungspolitik „Gemeinsame Verantwortung in den 1990er Jahren“, initiiert durch Brandt und unterstützt durch McNamara, propagiert global governance zur Lösung der Weltprobleme.
- 1991 Weltentwicklungsbericht „Die Herausforderung der Entwicklung“ vertritt nur noch moderat neoliberalen Kurs.

- 1991-1993 Japan übt Druck auf Weltbank aus zur Abkehr vom Neoliberalismus und Anerkennung des bürokratischen Entwicklungsstaates als Entwicklungsagentur in asiatischen Schwellenländern.
- 1992 Zweite UNO-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro verabschiedet „Nachhaltige Entwicklung“, Agenda 21 formuliert Absichtserklärungen für das 21. Jahrhundert zu Klimaschutz, Biodiversität, Waldschutz. Rio-Gipfel markiert Höhepunkt des weltweiten Interesses für Weltkonferenzen.
- 1992 Boutros-Ghali veröffentlicht „Agenda for Peace“, auf Anregung von Bush, sen. entstanden. Auf der Agenda stehen präventive Diplomatie, Frieden schaffen, Frieden erhalten und Frieden aufbauen in der Phase nach dem Konflikt.
- 1992 Scheitern der UNO-Intervention in Somalia führt zur Skepsis bezüglich des Erfolgs humanitärer Interventionen.
- 1992 UNO: Gründung der Kommission für Nachhaltige Entwicklung zur Umsetzung der Rio-Beschlüsse.
- 1993 Der von Japan finanzierte Weltbankbericht „The East Asian Miracle“ ist Kompromiss zwischen marktfreundlichem und staatsfreundlichem Ansatz.
- 1993 Aufhebung der Apartheid in Südafrika.
- 1993 UNO-Konferenz über Menschenrechte in Wien thematisiert Wahrung der Menschenrechte als Ziel der EZ. Verletzung der Menschenrechte wird neues Feld in der Entwicklungspolitik und führt zur politischen Konditionierung von Entwicklungshilfe.
- 1993 Samuel Huntingtons „The Clash of Civilizations“ löst Debatte aus, ob der Konflikt zwischen dem Westen und dem Islam oder China der neue globale Konflikt im 21. Jahrhundert wird. Hintergrund ist neuer Fundamentalismus und asiatischer Verdrängungswettbewerb. Im Kern geht es um die Frage, ob Menschenrechte universalistische oder nur westliche Werte sind.
- 1994 Clintons Presidential Decision Directive 25 (PDD-25) formuliert in Reaktion auf das Somalia-Desaster restriktive Bedingungen für US-Beteiligung an humanitären Interventionen.

- 1994 Völkermord in Ruanda ohne Intervention der UNO, weil der Sicherheitsrat zögert, ein Mandat zu erteilen.
- 1994 Weltkonferenz über Bevölkerung und Entwicklung in Kairo.
- Mitte 1990er Neues Phänomen der schwachen, versagenden oder gescheiterten Staaten und die Herausbildung von Warlordsystemen und Gewaltmärkten hat Konsequenzen für EZ: Wachsende Notwendigkeit von Katastrophenhilfe, politische Konditionierung im Sinne von good governance, Wiederentdeckung der Bedeutung staatlicher Institutionen. Peace-keeping und EZ verschmelzen, EZ als Prävention gegen Staatszerfall, staatlicher Wiederaufbau in der Post-Konflikt-Phase als Vorbedingung für EZ.
- 1995 Boutros-Ghali „Agenda for Development“.
- 1995 Gründung der WTO mit Sitz in Genf. WTO wird zum neoliberalen Gegenstück zur UNCTAD. WTO wird zum neuen „Schurken“ bei kritischen Entwicklungstheoretikern.
- 1995 UNO-Weltkonferenz für soziale Entwicklung in Kopenhagen.
- 1995 UNO-Weltfrauenkonferenz in Peking.
- 1995 McNamara veröffentlicht selbstkritische Autobiographie „In Retrospect: The Tragedy and Lessons of Vietnam“.
- 1995 Bericht der Kommission für Weltordnungspolitik „Nachbarn in einer Welt“ wirbt weiter für multilaterales global governance zur Lösung der Weltprobleme. Bericht markiert Höhepunkt des Interesses in Europa, während die USA skeptisch bleiben.
- 1996 Boutros-Ghali „Agenda for Democracy“. Alle drei Agenden geben eine Vision von Bush's Neuer Weltordnung.
- 1996 Städtegipfel Habitat II in Istanbul zeigt nachlassendes Interesse an Weltkonferenzen.

- 1996 Chefökonom der Weltbank Stiglitz fordert Abkehr vom Neoliberalismus.

- 1997 UN-Klimakonferenz in Kyoto verabschiedet Kyoto-Protokoll mit der Verpflichtung zur Reduzierung von Emissionen.

- 1997 Weltentwicklungsbericht „Der Staat in einer sich ändernden Welt“, von einer Gruppe „revisionistischer“ Autoren erarbeitet, markiert neuerlichen Paradigmenwechsel der Weltbank vom Neoliberalismus zu einem staatsfreundlichen Ansatz und des Abrückens vom Washington-Konsens.

- 1997 DAC: „Guidelines on Conflict, Peace and Development“ lassen erkennen, dass Grenzen zwischen Friedens- und Entwicklungspolitik fließend geworden sind.

- 1997-1998 Asienkrise, wird von den Neoliberalen als „Grenzen des bürokratischen Entwicklungsstates“ interpretiert.

- 1997 Gruppe von Lissabon „Grenzen des Wettbewerbs. Die Globalisierung der Wirtschaft und die Zukunft der Menschheit“ vertritt globalisierungskritische Position.

- seit 1998 Neue Serie von Peace-keeping Missionen der UNO in Sierra Leone, Ost-Timor, Kosovo (ohne UNO-Mandat), Kongo, Liberia, Elfenbeinküste.

- 1998 Weltbank-Präsident Wolfensohn „Vorschlag für einen umfassenden Entwicklungsrahmen“.

- 1999 Kofi Annan verkündet Global Compact auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos und fordert Unterstützung der Ziele der UNO.

- 1999 Auftakt der Millenniums-Runde der WTO in Seattle scheitert, starke Proteste der Globalisierungsgegner.

- 1999 Neue Weltbankstrategie zur Armutsreduzierung: Poverty Reduction Strategy Papers (PRSP).

- 1999 G8-Gipfel in Köln: HIPC-Entschuldungsinitiative (HIPC = highly indebted poor countries).
- 1999 Amartya Sen „Development as Freedom“ bedeutet Hinwendung zu mikropolitischem Ansatz.
- 2000er Jahre
- 2000 Die acht Millenniums-Entwicklungsziele fassen die Weltkonferenzen der 1990er Jahre zusammen und fokussieren in besonderem Maße auf Armutsreduzierung und Verbesserung des Gesundheitswesens.
- 2000 UNO-Klima Gipfel in Den Haag.
- 2000 Cotonou-Abkommen ersetzt Lomé-Vertrag der EU mit den 78 AKP-Staaten, die weiterhin Handelsprivilegien genießen.
- 2000-2002 Deepa Narayan u.a. „Voices of the Poor“ thematisiert Armut.
- 2000 „Report of the Panel on United Nations Peace Operations“ (Brahimi-Report) erkennt zerfallende Staaten als Problem für Frieden und Entwicklung und operationalisiert Friedensmissionen.
- 2001 International Commission on Intervention and State Sovereignty (ICISS) „The Responsibility to Protect“: Regelwerk für humanitäre Intervention.
- 2001ff Doha-Verhandlungsrunde der WTO beginnt und stellt Entwicklungsprobleme ins Zentrum der Verhandlungen.
- 2001 11. September führt zu militärischer Intervention in Afghanistan. Entwicklungspolitik bekommt Präventivfunktion im Kampf gegen Terrorismus.
- 2002 Weltentwicklungsbericht „Institutionen für Märkte schaffen“ bedeutet weitere Hinwendung zur Institutionenökonomik.
- 2002 UNO-Kommission für Menschenrechte verknüpft Armutsreduzierung und Wahrung der Menschenrechte.

- 2002 Weltbankstudie „Globalization, Growth and Poverty“ thematisiert Zusammenhang von Weltmarktintegration und Wirtschaftswachstum.
- 2002 Nationale Sicherheitsstrategie 2002 der USA (NSS 2002) benennt Schurkenstaaten, Proliferation von Massenvernichtungswaffen und Internationalen Terrorismus als neue Bedrohungen aus dem Süden.
- 2003 Weltentwicklungsbericht „Nachhaltige Entwicklung in einer dynamischen Welt“.
- 2003ff Irak-Krieg.
- 2003 5. WTO-Minister-Konferenz in Cancún als Zwischenbilanz zur Doha-Runde verläuft enttäuschend. USA und EU sehen sich der Verhandlungsmacht der Schwellenländer (G 21) ausgesetzt.
- 2003 Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) übernimmt Bedrohungsszenario der NSS 2002.
- 2004 US-Aid bezeichnet Entwicklungspolitik als Teil der Sicherheitspolitik gegenüber den neuen Bedrohungen aus dem Süden.
- 2004 UNCTAD XI in Sao Paulo sucht nach neuen Funktionen im Schatten der WTO.
- 2004 „High-Level Panel on Threats, Challenges and Change: A More Secure World – Our Shared Responsibility“ formuliert Reformprogramm der UNO und schlägt u.a. neues Organ für den Komplex Staatszerfall und Konfliktprävention vor.
- 2005 Kofi Annans „In Larger Freedom: Towards Development, Security and Human Rights for All“ ist Fünfjahresbericht über die Umsetzung der Millenniumsziele.
- 2005 Millennium+ 5 – Gipfel in New York zieht Zwischenbilanz über Millenniumsziele.
- 2005 G 8-Gipfel in Gleneagles erweitert HIPC-Entschuldungsinitiative.

- 2006 Nationale Sicherheitsstrategie der USA (NSS 2006) bekräftigt Bedrohungsszenario der NSS 2002.
- 2006 Weltentwicklungsbericht „Chancengerechtigkeit und Entwicklung“ fokussiert weltweite Gerechtigkeit.
- 2007 Weltentwicklungsbericht „Entwicklung und die nächste Generation“ focussiert Generationenvertrag
- 2008 Scheitern der vierten Verhandlungsrunde des Doha-Prozesses u.a. wegen des Konflikts zwischen USA und Indien über den Schutz der Kleinbauern.
- 2008 Höhepunkt der Hausse für Energie- und Rohstoffpreise im Sommer mit anschließendem starkem Preisverfall.
- 2008-2009 Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise desavouiert Neoliberalismus, Rückkehr zur staatlichen Regulierung der Wirtschaft.
- 2009 Dramatischer Verfall der Energie- und Rohstoffpreise und rückläufiger Zustrom von Kapital als Folge der Weltfinanzkrise verschlechtert Einnahmesituation vieler Entwicklungsländer.
- 2009 Weltentwicklungsbericht „Wirtschaftsgeographie neu gestalten“ focussiert regionale Disparitäten.
- 2009 Eskalation der Konflikte in Afghanistan dokumentiert Scheitern der Integration von Sicherheitspolitik und Entwicklungspolitik.
- 2009 G 20-Konferenzen in London und Pittsburgh zur Regulierung des Weltfinanzsystems verabschieden u.a. „The Global Plan for Recovery and Reform“
- 2009 UN-Bericht der „Conference on the World Financial and Economic Crisis and Its Impact on Development“.
- 2009 „Global Development Finance Report“ der Weltbank.
- 2009 UNCTAD-Bericht zur Weltfinanzkrise.

FORSCHUNGSBERICHTE
aus dem Institut für Sozialwissenschaften (ISW)

Das Institut für Sozialwissenschaften gibt Forschungsberichte heraus, die die Forschungsarbeiten der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen dokumentieren. Die Nummern 1-15 sind als Forschungsberichte des Seminars für Politikwissenschaft und Soziologie erschienen.

1. Krieger, Ingrid/Lompe, Klaus: Zur Lebenslage von Frauen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen - ein Ost-West-Vergleich. Erste Interpretation empirischer Ergebnisse und Konsequenzen für die Instrumente des „zweiten“ Arbeitsmarktes. November 1993. 2. Aufl. April 1994. 52 S.
2. Lompe, Klaus (Hrsg.): "Von der Automobilregion zur Verkehrskompetenzregion". Die Region als politisches und ökonomisches Handlungsfeld für die Steuerung politischer, sozialer und technologischer Innovationen. Januar 1994. 3. Aufl. April 1994. 52 S.
3. Vogel, Ulrike: Fachengagement und Studierenerfolg bei Ingenieurstudentinnen und -studenten. Zur Entwicklung verallgemeinerungsfähiger Aussagen in einer qualitativen Studie. April 1994. 30 S.
4. Menzel, Ulrich: Der Flug des Drachen. Nachholende Modernisierung in Ostasien aus entwicklungspolitischer Perspektive. Mai 1994. 83 S. (vergriffen)
5. Lompe, Klaus/Blöcker, Antje/Lux, Barbara/Syring, Oliver: Neue Formen der Kooperation und der wissenschaftlichen Politikberatung in der Region - Wirkungen und Folgeaktivitäten des HBS-Projektes: "Regionale Bedeutung und Perspektiven der Automobilindustrie" unter besonderer Berücksichtigung der Gewerkschaften als regionale Akteure der Wirtschafts- und Strukturpolitik in Südostniedersachsen. September 1994. 125 S.
6. Hummel, Hartwig: Weltmacht wider Willen? Japan in der internationalen Politik der neunziger Jahre. Januar 1995. 40 S.
7. Lompe, Klaus (Hrsg.): "Perspektiven der Regionalisierung der Strukturpolitik in Niedersachsen". Dokumentation eines Workshops am 21.10.1994 in Braunschweig. Februar 1995. 103 S.
8. Lompe, Klaus/Warnecke, Dirk: "Die Verarbeitung von nachwachsenden Rohstoffen als Diversifikationsstrategie zur Beschäftigungssicherung in der Region Südostniedersachsen? - Dokumentation eines Symposiums am 9.2.1995 in Wolfsburg/Fallersleben. Juni 1995. 100 S.
9. Vogel, Ulrike: Zur Qualifikation von Studentinnen und Studenten der Ingenieurwissenschaften. Empirische Ergebnisse. September 1995. 40 S.
10. Gambe, Annabelle/Hummel, Hartwig/Menzel, Ulrich/Wehrhöfer, Birgit: Die Ethnisierung internationaler Wirtschaftsbeziehungen und daraus resultierende Konflikte. Entwurf eines Forschungsprojekts. Oktober 1995. 32 S. (vergriffen)
11. Hummel, Hartwig/Wehrhöfer, Birgit: Geopolitische Identitäten. Kritik der Ethnisierung einer sich regionalisierenden Welt als paradigmatische Erweiterung der Friedensforschung. Januar 1996. 33 S.
12. Lompe, Klaus/Mangels-Voeigt, Birgit/Düsing, Ralf/Fricke, Gerald/Vlcek, Olaf: Zur Diskussion abnehmender Handlungsfähigkeit des Zentralstaates und der Rolle neuerdezentraler Verhandlungssysteme. Februar 1996. 136 S.
13. Menzel, Ulrich: Lange Wellen und Hegemonie. Ein Literaturbericht. Februar 1985. 2. Aufl. November 1996. 58 S.
14. Gambe, Annabelle: Overseas Chinese Entrepreneurship in Southeast Asia. November 1996. 145 S.
15. Vogel, Ulrike/Capello, Claudia: Zur Steigerung der „Attraktivität“ des Ingenieurstudiums. Vorarbeiten zu einem empirischen Projekt. Dezember 1996. 45 S.
16. Hummel, Hartwig: „Japan Bashing“. Die Ethnisierung der Handelsbeziehungen zu Japan im politischen Diskurs der USA. Februar 1997. 68 S. (vergriffen)
17. Wehrhöfer, Birgit: Der französische Migrationsdiskurs als Beitrag zur ethnischen Grenzziehung Europas. Februar 1997; 2. Aufl. Juli 1998. 87 S.
18. Menzel, Ulrich: The West Against the Rest. Samuel Huntingtons Rekonstruktion des Westens. Mai 1997; 3. überarb. u. erw. Aufl. August 2003. 42 S.
19. Lompe, Klaus/Schirmacher, Andrea/Warnecke, Dirk: Regionales Risikokapital und Existenzgründung. September 1997. 185 S.
20. Menzel, Ulrich unter Mitarbeit von Katharina Varga: Theorie der Internationalen Beziehungen: Einführung und systematische Bibliographie. Oktober 1997. 3. Aufl. Oktober 1998. 151 S.
21. Hummel, Hartwig: Der neue Asianismus. Die Ethnisierung der Handelsbeziehungen zu den USA im politischen Diskurs Japans. November 1997. 76 S.
22. Gambe, Annabelle: Competitive Collaboration: Western Liberal and Overseas Chinese Entrepreneurship in Southeast Asia. November 1997. 101 S.
23. Wehrhöfer, Birgit: Das Ende der Gemütlichkeit. Ethnisierung im deutschen Migrationsdiskurs nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. November 1997. 121 S. (vergriffen)
24. Gambe, Annabelle/Hummel, Hartwig/Menzel, Ulrich/Wehrhöfer, Birgit: "Kampf der Kulturen" in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen? Februar 1998. 2. Aufl. Oktober 1998. 95 S.

25. Vogel, Ulrike/Capello, Claudia/Meinel, Tanja/Brants, Oliver/Carsten, Ingo: Zum Interesse am Technikstudium bei Gymnasiastinnen und Gymnasiasten. April 1998. 91 S. (vergriffen)
26. Lompe, Klaus (Hrsg.): Verbundspezifische Projekte im Rahmen regionalisierter Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen. Dokumentation eines Workshops am 12.11.1998. Januar 1999. 59 S.
27. Dietz, Bernhard/Menzel, Ulrich: "Brandstifter" oder Anwälte des demokratischen Friedens? Die Rolle der Medien in bewaffneten Konflikten. Untersucht anhand politischer Entscheidungsprozesse der deutschen Bundesregierung in ausgewählten militärischen Konflikten der 1990 Jahre. Entwurf eines Forschungsprojekts. März 1999. 2. Aufl. Februar 2001. 34 S.
28. Vogel, Ulrike/Capello, Claudia /Meinel, Tanja/Brants, Oliver/Carsten, Ingo: Zur Steigerung der Attraktivität des Ingenieurstudiums. Bericht über Maßnahmen im Studium. März 1999. 127 S.
29. Okfen, Nuria: Das Asia-Europe-Meeting – Eine neue Partnerschaft? März 1999. 2. Aufl. Januar 2000. 95 S.
30. Menzel, Ulrich: Jenseits des Staates oder Renaissance des Staates? Zwei kleine politische Schriften. März 1999. 2. Aufl. Januar 2000. 59 S.
31. Vogel, Ulrike/Meinel, Tanja/Capello, Claudia/Brants, Oliver/Thomas, Dirk: Zur Effizienz des Magisterstudiengangs an der TU Braunschweig. März 1999. 48 S.
32. Lipper, Tobias: Die Realität des Virtuellen. Grundüberlegungen zur empirischen Usenet-Forschung. Mai 1999. 53 S.
33. Hummel, Hartwig: Schwindet die Bedeutung der UNO? Juli 1999. 21 S.
34. Rehfeld, Dieter: Regionalisierungsprozesse – eine Zwischenbilanz. Februar 2000. 52 S.
35. Dietz, Bernhard: Medienberichterstattung, "Öffentliche Meinung" und Außenpolitik. Grundelemente eines interdisziplinären Forschungsansatzes. Februar 2000. 48 S.
36. Vogel, Ulrike/Hinz, Christiana/Brants, Oliver/Thomas, Dirk: Befragungen von Absolventinnen und Absolventen sowie Studierenden zur "Attraktivität" des Ingenieurstudiums. März 2000. 57 S.
37. Vogel, Ulrike/Fröhlich, Evelin: Frauen und Männer im Ehrenamt im Landkreis Gifhorn. März 2000. 53 S.
38. Matthias, Maik: Internet Governance. Der Wandel des Domain Name Service. April 2000. 87 S.
39. Menzel, Ulrich: Eurozentrismus versus ReOrientierung. Die Rückkehr der großen Theorie in die entwicklungspolitische Debatte. Oktober 2000. 30 S.
40. Vogel, Ulrike/Fröhlich, Evelin: Frauen und Männer im neuen Ehrenamt im Landkreis Gifhorn. November 2000. 40 S.
41. Kämmer, Olaf: Internet oder Chinanet. Chinesische Datennetze zwischen Modernisierungserfordernis und staatlichem Kontrollanspruch. Dezember 2000. 43 S.
42. Vogel, Ulrike/Hinz, Christiana/Thomas, Dirk: Studienprobleme und Gefahren des Studienabbruchs im Ingenieurstudium. Februar 2001. 90 S.
43. Priesemann, Christina/Vogel, Ulrike/Hahn, Manuela/Wenzel, Gabriele/Priesemann, Thomas: Lokale Abfallwirtschaft und Entsorgungsverhalten von Frauen und Männern. Juni 2001. 238 S. (vergriffen)
44. Böckmann, Britta/Rademacher, Horst/Schramm, Michael: Innovative Berufs- und Ausbildungsaktionen für Straffällige, Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung eines Projekts des Nds. Justizministeriums und der Europäischen Kommission als EU-Projekt nach Art. 6 der ESF-Verordnung. Januar 2002. 184 S.
45. Rölke, Peter: Mitbestimmung 2000 (I). Methoden- und Ergebnisbericht einer Belegschaftsumfrage bei der Salzgitter AG/PPS. Dezember 2001. 141 S.
46. Heinrich, Katharina/Vogel, Ulrike: Bildungsentscheidungen nach Schicht und Geschlecht. Eine empirische Untersuchung zu Studierenden der Ingenieurwissenschaften an einer Fachhochschule. März 2002. 172 S. (vergriffen)
47. Menzel, Ulrich unter Mitarbeit von Stefan Jahns: Ausländische Studierende an der TU Braunschweig. Bestandsaufnahme und hochschulpolitische Empfehlungen. März 2002. 154 S.
48. Rölke, Peter: Mitbestimmung 2000 (II). Methoden – und Ergebnisbericht einer Belegschaftsumfrage bei der EKO Stahl GmbH. März 2002. 169 S.
49. Lompe, Klaus (Hrsg.): Bilanz und Perspektiven der Montanmitbestimmung. Dokumentation eines Symposiums am 1.3.2002. Oktober 2002. 116 S.
50. Vogel, Ulrike/Hinz, Christiana: Biographische Erfahrungen und Karriere-Entscheidungen bei Frauen auf dem Weg in Führungspositionen der Wissenschaft. Februar 2003. 196 S.
51. Huk, Thomas: Multimediales Lernen – ein Überblick über die Forschungslandschaft. Juni 2003. 34 S.
52. Huk, Thomas/Lipper, Tobias/Steinke, Matthias/Floto, Christian: CRIMP: Medienwissenschaftliche Untersuchung multimedialer Lernsoftware – ein Forschungsansatz. Juni 2003. 42 S.
53. Menzel, Ulrich: Die neue Hegemonie der USA und die Krise des Multilateralismus. Juni 2003. 60 S. 2. Aufl. Dezember 2003.
54. Loges, Bastian: Gibt es ein Regime humanitärer Intervention unter dem Dach der Vereinten Nationen? September 2003. 88 S. 2. Aufl. Januar 2005.
55. Lompe, Klaus/Weis, Hinrich: Arbeits-Stadt-Region 2030 Südostniedersachsen. Oktober 2003. 142 S.
56. Blöcker, Antje: ArbeitnehmerInnen – Beteiligung an Regionalisierungsprozessen in Südost-niedersachsen und Südniedersachsen. Oktober 2003. 46 S.
57. Loges, Bastian/Menzel, Ulrich/Ulbricht, Sascha: Die Debatte um humanitäre Intervention, die Doktrinen der USA und die Regimebildung durch die Vereinten Nationen. Dezember 2003. 43 S. 2. Aufl. Oktober 2007.

58. Burges, Katharina: Internationale Beziehungen in Deutschland. Vorgeschichte und institutionelle Anfänge bis zum Beginn der 1960er Jahre. Mit einem Vorwort von Ulrich Menzel. Februar 2004. 203 S.
59. Menzel, Ulrich: Anarchie der Staatenwelt oder hegemoniale Ordnung? Mai 2004. 26 S.
60. Vogel, Ulrike/Hinz, Christiana: Karrieren von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern an Hochschulen. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung in den Fachgebieten Mathematik und Sozialwissenschaften. Juli 2004. 215 S.
61. Loges, Bastian: Die Neue Weltordnung und das Regime humanitärer Intervention, Die Politik der USA im UN-Sicherheitsrat 1989-1991. September 2004. 62 S.
62. Köhne-Finster, Sabine: „Und es kommt jeden Tag etwas Neues auf mich zu.“ Eine empirische Untersuchung zur Lebenssituation ehemaliger Wohnungsloser im Westlichen Ringgebiet/ Braunschweig. Januar 2005. 93 S.
63. Thobaben, Henning: Der Wasserkonflikt im Jordanbecken. Kooperationspotentiale im Wassersektor als Beitrag zur Lösung des Nahostkonflikts? Februar 2005. 115 S.
64. Köhne-Finster, Sabine: Genderaspekte in der sozialen Stadtteilentwicklung, August 2005. 65 S.
65. Heere, Gerald: Ulrich Menzel – Werke und Wirkungen 1974-2005. Oktober 2005. 258 S.
66. Stübzig, Steffen: Humanitäre Interventionen als Bestandteil von US-Sicherheitsstrategie von 1990 bis 2004. Oktober 2005. 146 S.
67. Rebe, Bernd: Lernbuch des Urheberrechts. Dargestellt in Schaubildern und Fallbeispielen aus der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs. Januar 2006. 205 S.
68. Köhne-Finster, Sabine (Hrsg.): Das Siegfriedviertel in Braunschweig. Eine sozialräumliche Betrachtung. Februar 2006. 165 S.
69. Menzel, Ulrich: Globalisierung und Global Governance I: Foliensatz zur Vorlesung im WS 2005/06. März 2006. 188 S.
70. Menzel, Ulrich: Globalisierung und Global Governance II: Foliensatz zur Vorlesung im SS 2006. September 2006. 146 S.
71. Birke, Gero: Nationale und internationale Ansätze zur Regulierung von Private Military Companies. September 2006. 175 S.
72. Himmelmann, Gerhard: Wandlung des „Modells Deutschland“ zur „Shareholder-Gesellschaft“. Die „Deutschland AG“ im Prozess der Globalisierung/Internationalisierung. September 2006. 27 S.
73. Gunkel, Adrian/Krieger, Ingrid: Studentische Lebenslagen an der TU Braunschweig – Lebenslagen auf dem Grenzniveau? Empirische Ergebnisse einer Untersuchung unter Studentinnen und Studenten der TU und HBK. Januar 2007. 56 S.
74. Eichner, Detlef: Politikdidaktische Zugänge im Kontext von Ökonomie und Gesellschaft am Beispiel von Betriebs- und Berufserkundungen in Kindertagesstätten und Kindergärten. Februar 2007. 31 S.
75. Menzel, Ulrich: Internationale Politische Ökonomie (IPÖ). Foliensatz zur Vorlesung im WS 2006/07. März 2007. 203 S.
76. Mangels-Voegt, Birgit/Paul, Regine: Politikvermittlung und Fernsehen in Deutschland. Zwischen „gewollter“ Entpolitisierung und verfassungsrechtlicher Bindung an den Willensbildungsauftrag. März 2007. 48 S.
77. Mangels-Voegt, Birgit/Paul, Regine: Herausforderung demografischer Wandel. Nachhaltige Handlungsstrategien für die Arbeitswelt. März 2007. 46 S.
78. Menzel, Ulrich: Imperium oder Hegemonie? Folge 1: Song-China 960-1204. April 2007. 49 S.
79. Menzel, Ulrich: Imperium oder Hegemonie? Folge 2: Pax Mongolica 1230 – 1350 und die Globalisierung vor der Globalisierung. Juni 2007. 58 S.
80. Menzel, Ulrich: Imperium oder Hegemonie? Folge 3: Genua und die mediterrane Weltwirtschaft 1261 – 1350. September 2007. 63 S.
81. Menzel, Ulrich: Einführung in die Internationalen Beziehungen (IB). Foliensatz zur Vorlesung im SS 2007. Oktober 2007. 194 S.
82. Menzel, Ulrich: Imperium oder Hegemonie? Folge 4: Die frühen Ming (1368-1435) und die Restauration des Tributsystems. November 2007. 68 S.
83. Menzel, Ulrich: Imperium oder Hegemonie? Folge 5: Venedig – Seemacht mit imperialem Anspruch 1381-1499. Dezember 2007. 74 S.
84. Menzel, Ulrich: Imperium oder Hegemonie? Folge 6: Portugal – „Seaborne Empire“ oder Hegemonialmacht im Indik? Januar 2008. 102 S.
85. Kyas, Stephan: Transferprozesse beim Umgang mit Bildschirmspielen. Eine empirische Untersuchung zu Wechselwirkungsbeziehungen virtueller und anderer kindlicher Lebenswelten sowie personalen und familialen Nutzerfaktoren. Februar 2008. 67 S.
86. Menzel, Ulrich: Imperium oder Hegemonie? Folge 7: Das Osmanische Reich (1453-1571): Weltreich zwischen Europa und Asien oder Hegemonialmacht im Orient? Februar 2008. 102 S.
87. Menzel, Ulrich: Imperium oder Hegemonie? Folge 8: Spanien 1515/19 – 1648/59: Das geerbte Imperium. Mai 2008. 137 S.
88. Menzel, Ulrich: Imperium oder Hegemonie? Folge 9: Die Niederlande und ihr „Goldenes Zeitalter“ 1609-1713. Juli 2008. 140 S.
89. Fricke, Klaus/ Hopf, Henning/ Oberbeck, Herbert: Energien der Zukunft – Potenziale der Region. Beiträge zur Ringvorlesung an der TU Braunschweig im WS 2006/07. Juni 2008. 91 S.

- 90.Menzel, Ulrich: Imperium oder Hegemonie? Folge 10: Frankreich 1635 – 1714: Der gezügelte Hegemon. Dezember 2008. 122 S.
- 91.Richter, Bastian: Verteidigung, Sicherheit, Sichtbarkeit? ESVP-Operationen als Instrumente europäischer Außen- und Sicherheitspolitik. Januar 2009. 151 S.
- 92.Menzel, Ulrich: Imperium oder Hegemonie? Folge 11: England/Großbritannien 1692/1713-1783: Das Erste Empire. November 2009. 108 S.
- 93.Menzel, Ulrich: Imperium oder Hegemonie? Folge 12: Großbritannien 1783-1919: Das Zweite Empire. Dezember 2009. 110 S.
- 94.Menzel, Ulrich: Entwicklungstheorie. Geschichte und Hauptkontroversen. Januar 2010. 208 S.

Die Forschungsberichte können beim Institut für Sozialwissenschaften zum Selbstkostenpreis zzgl. 7% Mehrwertsteuer + Portokosten bestellt werden.

Anschrift: Bienroder Weg 97, 38092 Braunschweig, Tel. 0531-391-8917, Fax 0531-391-8918

